

Friedrich W. Busch / Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.)

Familie und Gesellschaft

**Beiträge
zur
Familienforschung**



**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
2005**

Umschlag: Deutschlandkarte aus dem Familienatlas 2005 –
Potentiale erschließen (Prognos AG 2005), S. 7

Verlag / Druck /
Vertrieb: Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) – Verlag –
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0960-5

Inhalt

<i>Friedrich W. Busch / Rosemarie Nave-Herz</i> Vorwort	5
--	---

Teil I

<i>Karl Lenz</i> Familien als Ensemble persönlicher Beziehungen	9
--	---

<i>Max Wingen †</i> Auf dem Weg zur Familienwissenschaft?	33
--	----

<i>Heike Matthias-Bleck</i> Die gesellschaftliche Etablierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	53
---	----

<i>Kirsten Rüssmann / Oliver Arránz Becker / Paul B. Hill</i> Sozialstruktur, Interaktionsverhalten, Konflikte und Partnerschaftszufriedenheit	77
--	----

<i>Rosemarie Nave-Herz / Michael Feldhaus</i> Geschwisterbeziehungen. Psychologische und soziologische Fragestellungen	111
--	-----

<i>Friedrich W. Busch / Wolf-Dieter Scholz</i> Zwischen Bewahrung und Veränderung. Ehe-, Familien- und Erziehungsvorstellungen von Jugendlichen	125
---	-----

<i>Gisela Schulze</i> Familien in Multiproblemlagen. Am Beispiel von Schülerinnen und Schülern mit schulaversiven Verhaltensmustern	147
--	-----

Teil II

Paul B. Hill

Methodenprobleme in der Ehe- und Familiensoziologie 165

Michael Feldhaus / Johannes Huinink

Längsschnittliche Beziehungs- und Familienforschung.
Darstellung eines Forschungsprogramms 187

Rosemarie Nave-Herz

Der Familienzyklus als empirischer Forschungsansatz 207

Bruno Hildenbrand

Fallrekonstruktive Familienforschung.
Eine Übersicht 219

Michael Feldhaus

Zur Erhebung proximaler Determinanten von Fertilität
im Rahmen einer Panelbefragung 237

Peter Kaiser

Qualitative Methoden in der familienpsychologischen Forschung 257

Monika Adamaszek

Kernkonflikte kindlicher Loyalität.
Ein familienbiographischer Zugang 291

Leon Dyczewski

Familialer Wandel in Polen 317

Autorinnen und Autoren

339

Vorwort

Die *Interdisziplinäre Forschungsstelle Familienwissenschaft (IFF)* an der Carl von Ossietzky Universität gehört zu den wenigen universitären Einrichtungen, die sich in interdisziplinärer Perspektive mit familienwissenschaftlichen Sachverhalten in Forschung und Lehre befassen. Die IFF ist hervorgegangen aus der von *Rosemarie Nave-Herz* nach ihrer Berufung auf die Universitätsprofessur für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familie, Jugend und Freizeit gegründeten Arbeitsgruppe Familiensoziologie. In der Forschungsstelle arbeiten seit Mitte der 1980er Jahre Soziologen und Psychologen, Erziehungswissenschaftler und Pädagogen, Bildungsforscher, Therapeuten und Familienhelfer zusammen, um gemeinsam nach dem Selbstverständnis familienwissenschaftlicher Forschungen, ihren Methoden und methodologischen Grundlagen zu suchen, ihre Ergebnisse in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen und Studierende der sozial- und bildungswissenschaftlichen Studiengänge auf Tätigkeitsbereiche vorzubereiten, die in den Kontext von Familie und Gesellschaft gehören. Ein zentrales Anliegen ist auch die Nachwuchsförderung durch die Anregung und Betreuung von wissenschaftlichen Qualifikationsvorhaben (Diplom, Promotion, Habilitation). Der im Januar 2005 verstorbene Fachkollege und Anwalt für die Etablierung einer eigenen Wissenschaftsdisziplin Familienwissenschaft, *Max Wingen*, hat in seinen letzten Veröffentlichungen (vgl. auch in diesem Band) auf die Bedeutung der Oldenburger Forschungsstelle für den wissenschaftlichen Diskurs um Sachverhalte, die mit den Begriffen Familie, Ehe, Partnerschaft oder familiale Lebensformen verbunden sind, hingewiesen. Insofern ist es zu bedauern, dass mit der Emeritierung von *Rosemarie Nave-Herz* (2003) und *Friedrich W. Busch* (2005), seit vielen Jahren Sprecher der IFF, und den Unsicherheiten über die Freigabe bzw. Wiederbesetzungen ihrer Professuren das Schicksal der IFF außerordentlich ungewiss ist. Die Herausgeber nutzen mithin das Erscheinen dieses Bandes, um einerseits für Kontinuität in der Oldenburger Forschungsarbeit zu werben, andererseits mit dieser Veröffentlichung ein weiteres Mal auf die Leistungen der Forschungsstelle aufmerksam zu machen.

Der hier nun vorliegende Band „Familie und Gesellschaft. Beiträge zur Familienforschung“ setzt die Reihe der Veröffentlichungen fort, die aus der

Arbeit der IFF in den letzten Jahren entstanden sind. Verwiesen sei u. a. auf die in ähnlicher Ausstattung vorliegenden Bände „In Hoffnung widerstehen“ (Ehe, Familie, Partnerschaft als Themen wissenschaftsorientierter Bildungsarbeit; Oldenburg 2002), „Familienvorstellungen von Jugendlichen“ (Dokumentation eines internationalen Workshops; Oldenburg 2003), „Familie zwischen Tradition und Moderne“ (Ausgewählte Beiträge zur Familiensoziologie von Rosemarie Nave-Herz; Oldenburg 2003) sowie „Forschungen zur Familienwissenschaft“ (Forschungsergebnisse im Kontext von Qualifikationsarbeiten; Oldenburg 2004).

Unter der Rahmenthematik *Familie und Gesellschaft* werden hiermit die für den Druck überarbeiteten Vorträge veröffentlicht, die im Studienjahr 2004/2005 von Mitgliedern der Interdisziplinären Forschungsstelle Familienwissenschaft und eingeladenen Experten der Familienforschung im Rahmen einer Ringvorlesung gehalten wurden. Wir danken den Autorinnen und Autoren, dass sie unserer Bitte um zügige Bearbeitung ihrer Texte entsprochen haben, um so ein schnelles Erscheinen dieses Bandes zu ermöglichen. Dank gebührt auch Frau Mareike Müller-Burhop, die uns eine große Hilfe bei der Vorbereitung der Drucklegung war.

Oldenburg, im Mai 2005

Die Herausgeber

Teil I

Karl Lenz

Familien als Ensemble persönlicher Beziehungen

Meine Ausgangsthese: Der in den Sozialwissenschaften gängige Familienbegriff ist revisionsbedürftig und hat inzwischen die Funktion als Leitbegriff für das sich daran anschließende Forschungsgebiet verloren. Mit dieser Doppelthese möchte ich an die Diskussion im Anschluss an meinen Hauptartikel „Familie – Abschied von einem Begriff?“ im Jahrgang 14, Heft 3, der Zeitschrift „Erwägen – Wissen – Ethik“ (vgl. Lenz 2003a, b) anknüpfen. Im Weiteren soll es nicht primär darum gehen, die dort vorgetragenen Argumente zu wiederholen, sondern ich möchte damit die begonnene Diskussion weiterführen. Zunächst soll die Revisionsbedürftigkeit des Familienbegriffs näher begründet und aus einer konstruktivistischen Perspektive eine Begriffsbestimmung vorgenommen werden. Darauf aufbauend werde ich im folgenden Abschnitt Familie als ein variables Ensemble persönlicher Beziehungen auffassen und die Fokuserweiterung aufzeigen, die mit der Umstellung auf den Begriff der persönlichen Beziehung verbunden ist. Im letzten Teil wird das Konzept der persönlichen Beziehungen in Abgrenzung zu alternativen Vorschlägen vorgestellt und ein Analyseraster für die Erforschung persönlicher Beziehungen präsentiert.

Um es gleich vor auszuschicken, ich schließe mich nicht einer Position an, die insbesondere von einigen amerikanischen Kollegen und Kolleginnen vertreten wird, die die Brauchbarkeit des Familienbegriffes als wissenschaftliches Konzept überhaupt in Frage stellen (vgl. auch Lenz 2003b). Ich vertrete vielmehr die Auffassung, dass ein Familienbegriff auch weiterhin gebraucht wird und prinzipiell unverzichtbar ist. Ebenso wenig wie Gesellschaften ohne Familien vorstellbar sind, kann die Soziologie als eine Beobachtungswissenschaft von Gesellschaft ohne einen Familienbegriff auskommen. Wissenschaftliche Begriffe, die aus der Alltagswelt entlehnt sind, bedürfen aber grundsätzlich einer wissenschaftlichen Reflexion. „Der erste Schritt des Soziologen muss“, so Emile Durkheim, „darin bestehen, die Dinge, die er behandelt, zu definieren, damit man weiß und genau weiß, um welches

Phänomen es sich handelt“ (Durkheim 1976, 131). Versäumt man dies, dann ist die Gefahr groß, dass – wie Durkheim es formulierte – das „Gefühl“ Dominanz über den Gegenstand gewinnt. „Tatsächlich erhitzen wir uns für unsere politischen und religiösen Überzeugungen, für unsere praktische Moral in ganz anderem Maße als für die Dinge der physischen Welt; infolgedessen teilt sich dieser leidenschaftliche Charakter auch der Art mit, in der wir die ersteren erfassen und erklären“ (Durkheim 1976, 129). Familie ist in diesem Sinne ein besonders schwieriger Begriff. Familie ist sowohl im privaten wie auch öffentlichen Raum ein wertbeladener Begriff. Mit dem Gegenstand Familie sind Wunschvorstellungen verknüpft, wie eine „richtige“ Familie „eigentlich“ sein sollte oder wie eine Familie „eigentlich“ auszusehen habe (vgl. Jamieson 1998; Wahl 1999). Diese Familienbilder gründen auf Normalitätsannahmen (vgl. Link 1997), sind vielfach emotional hoch besetzt, dienen als Projektionsflächen von Hoffnungen und Ängsten und in ihnen kommen Werthaltungen zum Ausdruck. Diese Wertgebundenheit kann in wissenschaftlicher Perspektive zum Gegenstand der Analyse gemacht werden. Ein wissenschaftlicher Begriff von Familie muss aber unabhängig davon entfaltet werden.

1 Zur Revisionsbedürftigkeit des Familienbegriffs

Die Notwendigkeit, den Familienbegriff einer grundlegenden Revision zu unterziehen, ergibt sich m. E. vor allem aus drei Gründen.

Der massive soziale Wandel in den Familienformen hat erkennen lassen, dass der gängige Familienbegriff sehr stark an einem historisch gebundenen Modell von Familie, nämlich dem bürgerlichen Familienmodell, ausgerichtet ist (vgl. Peuckert 1999; Lenz 2003a). Der Familienbegriff hat sich in die deutsche Sprache weitgehend parallel zum Aufkommen dieses neuen Modells eingebürgert. Dieses Familienmodell, das zunächst auf das sich formierende Bürgertum begrenzt war, hat nach und nach eine kulturelle Hegemonie gewonnen, der sich auch die Familienforschung bis in die jüngste Vergangenheit nicht entziehen konnte. Die massiven Wandlungstendenzen der Familien in den letzten Jahrzehnten machen die Frage virulent, ob Familie nur als eine historisch gebundene, private Lebensform verstanden werden soll oder ob „Familie“ als überzeitliche, analytische Kategorie reformuliert werden kann und reformuliert werden soll.

Die Ausrichtung des Familienbegriffs auf das bürgerliche Familienmodell bedingt zugleich einen Ethnozentrismus in der Begriffsbildung. Eine Familienforschung, die sich aus einer dominanten nationalstaatlichen Ausrichtung lösen und stärker (wieder) eine kulturvergleichende Perspektive einnehmen möchte, die nicht nur auf moderne Gesellschaften beschränkt ist, braucht einen weiter gefassten Begriff von Familie (als Überblick vgl. Leeder 2004). Nicht außer Betracht darf bleiben, dass in Deutschland, wie auch in anderen europäischen Staaten, durch eine starke Zunahme der Migration auch die ethnische Heterogenität stark zugenommen hat. Damit wird zugleich ein Möglichkeitsraum für eine ethnische Differenzierung in den Familienformen geschaffen, die zu erfassen ein Familienbegriff geeignet sein muss.

Mit dem Verlust der Selbstverständlichkeit einer Familiengründung und ihrem starken zeitlichen Aufschub ergibt sich für dieses Forschungsfeld eine thematische Ausweitung; neben Familien treten andere private Lebensformen mit hoher biografischer Relevanz, die auch verstärkt zu Forschungsgegenständen werden. Paare ohne Kinder oder Singles – um zwei Beispiele zu nennen – lassen sich in einer Familienforschung nur sehr bedingt verorten. Zudem besteht immer die Gefahr, dass sie in diesem Kontext nur aus dem Blickwinkel der Familie betrachtet werden. Die thematische Dominanz von Familie hat in der Vergangenheit eine eigenständige Ehe-Forschung verhindert. Es ist sehr fraglich, ob sich die Paarforschung in der thematischen Umarmung durch die Familienforschung entfalten kann (vgl. ausführlich Lenz 2003c). Eine Familienforschung ist permanent in der Gefahr, alles daneben und außerhalb zu vernachlässigen. Ein auch begrifflich weiter gefasstes Forschungsgebiet hat das Potential, dem entgegenzuwirken.

Wenn man von einem Revisionsbedarf spricht, muss man natürlich vorausschicken, dass der Umbau des Familienbegriffs längst im Gange ist. In den 20er und 30er Jahren war der Begriff der „Vollfamilie“ auch in der Fachliteratur verbreitet. Gemeint war damit, dass von einer Familie eigentlich erst dann gesprochen werden kann, wenn mindestens vier Kinder vorhanden sind. Niemand bindet heute noch den Familienbegriff an eine Mindestanzahl von Kindern. Lange war für Familien mit einem Elternteil der Begriff der „unvollständigen Familie“ üblich. Dieser wurde inzwischen durch den der „Ein-Eltern-Familien“ verdrängt. Damit wird zugleich zum Ausdruck gebracht, dass dieses Arrangement nicht mehr als defizitär gilt, sondern als eine Familienform unter anderen aufgefasst wird. In den 90er Jahren hat sich die Erkenntnis in der Familienforschung rasch ausgebreitet, dass die Begriffe

Familie und Haushalt zu trennen sind. Dass Familie nicht an der Haushaltsschwelle aufhört, ist mittlerweile ein gängiger Topos in der Familienforschung, wengleich es weiterhin aktuelle Definitionen von Familien gibt, die das Haushaltskriterium als Definitionselement mit sich führen. Überhaupt gibt es inzwischen eine breite Literatur, die zumindest in einzelnen Punkten auf den Revisionsbedarf hingewiesen hat. Ich maße mir keineswegs an, der Erste zu sein. Meine Aufgabe sah ich in dem oben genannten Beitrag vor allem in einer Systematisierung und Zusammenschau von bereits aufgezeigten und erkennbaren Schwachstellen.

In der Debatte vertrete ich die Position, dass es möglich ist, einen Allgemeinbegriff von Familie mit überzeitlicher und überräumlicher Geltung zu formulieren (ausführlich Lenz 2003a). Ich wende mich damit gegen die These, nach welcher der Familienbegriff notwendigerweise kulturspezifisch sein muss. So hat sich z. B. in der Diskussion in der Zeitschrift „Erwägen – Wissen – Ethik“ Günter Burkart (2003) gegen einen universalen Familienbegriff ausgesprochen, weil sich der „anthropologische Kern von Familie“ nur auf einem „viel zu hohen Abstraktionsniveau bestimmen lässt“. Burkarts Argumentation kann mich nicht überzeugen, vor allem, da er im Fortgang seines Beitrages deutlich macht, was der zentrale soziale Sachverhalt von Familie ist. In Burkarts eigener Formulierung gesprochen: es muss ein Schutzraum für das Aufwachsen der Kinder organisiert werden. Menschliche Gesellschaften brauchen ein soziales Arrangement, in dem die anthropologisch grundgelegte Angewiesenheit der Kinder auf dauerhafte und zuwendungsintensive Unterstützungsleistungen gesichert werden kann. Herausgebildet hat sich ein soziales Arrangement, das sich durch ein Höchstmaß an Personengebundenheit und personengebundene Zuständigkeit von Elter(n) für Kind(er), auszeichnet.

Das zentrale Merkmal von Familie, das die Basis für einen universalen Familienbegriff sein kann, ist die Generationendifferenz (ausführlicher hierzu Lenz 2003a). Mit Familie wird demzufolge auf die Zusammengehörigkeit von zwei oder mehreren aufeinander bezogenen Generationen hingewiesen, die zueinander in einer Beziehung von Elter und Kind stehen. Bei ‚Elter‘ nehme ich den Vorschlag von Christine E. Clason (1989) auf. ‚Elter‘ soll als Singularform zur Pluralform ‚Eltern‘ verwendet werden. Unsere Sprache kennt die Singularform nicht (mehr); in unserem gängigen Alltagsverständnis gibt es diesen Begriff nur als Einheit von zwei Personen. Die Vielzahl von Familien mit nur einer der beiden Personen und auch die hohe Verselb-

ständigung beider Positionen machen m. E. für die Wissenschaft die Einführung dieser künstlichen Singularform notwendig. Eine Ersatzform wie ‚Elternteil‘, die vielfach verwendet wird, kann dies nicht leisten, da mit dem „Teil“ immer schon die Vorstellung vom „Ganzen“ transportiert wird.

Dass die Generationendifferenzierung ein zentrales Merkmal von Familie ist, darüber herrscht in der Familienforschung weitgehend Konsens. Unterschiede findet man dann, wenn es um die Frage geht, ob es weitere Merkmale von Familie gibt bzw. welche Merkmale das sind. Dem Zusatz von Rosemarie Nave-Herz (2004), dass zwischen den Mitgliedern „ein spezifisches Kooperations- und Solidaritätsverhältnis“ bestehe, kann man sich mit Blick auf die anthropologisch vorgegebene Angewiesenheit des neugeborenen Kindes auf Betreuungspersonen anschließen. Auch hat die Support-Forschung überzeugend gezeigt, dass auch in der Gegenwartsgesellschaft die Eltern-Kind-Beziehung das primäre Unterstützungssystem ist (vgl. Lenz/Böhnisch 1999). Einfache Gesellschaften sind gegenüber komplexen Gesellschaften noch sehr viel stärker familiengebunden (vgl. Leeder 2004). Erst die modernen Gesellschaften schaffen in hohem Maße die Möglichkeit, sich von der Familie loszusagen, wenngleich die Familienverbundenheit dennoch in aller Regel gelebt wird. Eine Schwierigkeit in dieser Bestimmung sehe ich darin, dass damit ein harmonisches Bild von Familie gezeichnet wird und damit die Gefahr besteht, dass außer Betracht bleibt, dass es auch Familien gibt, in denen die „dark sides“ dominieren.

Dass eine Familie in den frühen Jahren des Kindes eine Sozialisationsfunktion innehat, ergibt sich ebenfalls unmittelbar aus dem anthropologisch vorgegebenen Angewiesensein des Kindes auf ein soziales Unterstützungssystem. M. E. spricht vieles dafür, den Vorschlag von Franz-Xaver Kaufmann (1995) aufzugreifen und enger gefasst von einer Erziehungsleistung der Familie zu sprechen. Im Erziehungsbegriff wird das intentionale Moment in den Vordergrund gestellt und in dieser absichtsvollen Einflussnahme auf das Kind liegt die besondere Aufgabe der Familie. Nicht angemessen halte ich dagegen, die Reproduktionsfunktion als Definitionsmerkmal von Familie aufzufassen. In diesem Merkmal kommt – so meine These – ein in der Familienforschung weiterhin verbreiteter, meist versteckter Biologismus zum Vorschein.

Was ist damit gemeint? Als Biologismus im Familienkonzept soll die verbreitete Tendenz bezeichnet werden, Familie auf biologische Elternschaft festzulegen. Schon das Rechtsinstitut der Adoption lässt erkennen, dass eine

Familie nicht nur durch biologische Prozesse entsteht. Wäre dies nämlich der Fall, dann könnte dieser Rechtsakt niemals eine Eltern-Kind-Beziehung begründen. Adoptionselementen stehen – zumindest im Falle der Fremdoption – zu ihrem adoptierten Kind in einer voll ausgestatteten Eltern-Kind-Beziehung, ohne dass sie dieses Kind empfangen und geboren bzw. gezeugt haben. Die Adoption macht deutlich, dass Elternschaft nicht nur biologisch, sondern auch rechtlich begründet werden kann.

Betrachtet man diese beiden Wege genauer, so wird deutlich, dass die Biologie – zumindest in modernen Staatswesen – immer sogar das Recht braucht. Während Elternschaft ausschließlich rechtlich begründet werden kann, reicht dagegen die biologische Mutter- oder Vaterschaft noch nicht aus; sie ist immer auf die staatliche Anerkennung angewiesen. Nicht schon die Konzeption, Schwangerschaft oder Geburt generiert den Status als leibliche Mutter, nicht schon die Zeugung den Status als leiblichen Vater. Diese Statuszuweisung ist vielmehr immer daran gebunden, dass diese beiden Personen oder eine davon von staatlichen Instanzen als Mutter oder Vater registriert werden. Die lange Dauer und die Sichtbarkeit der Schwangerschaft sowie die Anwesenheit Dritter bei der Geburt haben zur Folge, dass bei Frauen dieser Rechtsstatus scheinbar unmittelbar mit der biologischen Mutterschaft verknüpft ist.¹ Kinderaussetzung und seit 1999 in einigen deutschen Städten wieder eingeführte Babyklappen² verdeutlichen zudem, dass es – neben der Adoptionsfreigabe – weitere (wenn auch gesellschaftlich missbilligte bzw. umstrittene) Möglichkeiten gibt, der Rechtswirksamkeit der biologischen Mutterschaft zu entgehen. Der Evidenznachweis der Vaterschaft ist deutlich geringer und damit die Wahrscheinlichkeit größer, dass die rechtliche und

1 Aufgrund dieser Selbstverständlichkeit hat der Gesetzgeber bis vor kurzem darauf verzichtet, Mutterschaft zu definieren. Erst die neuen Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin haben einen Definitionsbedarf geschaffen. Erst im neuen Kindschaftsrecht wurde festgelegt, dass Mutter eines Kindes die Frau ist, welche es geboren hat (vgl. Fegert 2002; Schwab 2001). Damit hat der Gesetzgeber festgelegt, dass nicht die Herkunft des genetischen Materials, sondern der Geburtsvorgang das ausschlaggebende Kriterium der Mutterschaft ist.

2 Die erste Babyklappe in Deutschland wurde im Juli 1999 im fränkischen Amberg in Anlehnung an eine vergessene klösterliche Tradition durch das „Projekt Moses“ eröffnet. Babyklappen machen es möglich, völlig anonym an einer Einrichtung mit schneller Hilfe für das Kind, ein Neugeborenes abzugeben. Damit soll Kindstötungen und Kindaussetzungen an beliebigen Orten entgegengewirkt werden.

biologische Vaterschaft nicht übereinstimmen.³ Zwar gibt es zuverlässige Methoden, eine Vaterschaft nachzuweisen, allerdings setzt dies Misstrauen und die Bereitschaft voraus, diese in Handlungen umzusetzen. Dass der rechtliche Vaterstatus und die biologische Vaterschaft auseinander fallen können bzw. zumindest die Angst davor vorhanden ist, ist in Spielfilmen (wie z. B. der deutschen Komödie „Irren ist männlich“ aus dem Jahr 1996⁴) und Theaterstücken (wie z. B. „Der Vater“ von August Strindberg aus dem Jahr 1887⁵) ein wiederkehrendes Motiv.

Für eine soziologische Bestimmung des Familienbegriffs reicht diese Unterscheidung noch nicht aus. Vielmehr muss auch die Unterscheidung zwischen sozialer und biologischer Elternschaft betrachtet werden. Wenn ein Kind mit den beiden leiblichen Eltern aufwächst, dann fallen soziale und biologische Elternschaft zusammen. Wenn aber an die Position eines biologischen Elters eine dritte Person tritt, dann fallen soziale und biologische Mutter- oder Vaterschaft – eventuell sogar beide – auseinander. Mit der sozialen Vater- bzw. Mutterschaft wird die Übernahme und Ausübung der Vater- bzw. Mutter-Position gegenüber einem Kind im Lebensalltag bezeichnet.⁶ Für das Phänomen des Auseinanderfallens von sozialer und biologischer Elternschaft hat sich in der Familienforschung mittlerweile der Begriff der fragmentierten Elternschaft (vgl. Hoffmann-Riem 1989; Schneider/Rosenkranz/Limmer 1998) eingebürgert. Die Adoption erweist sich als ein Sonderfall der sozialen Elternschaft. Die Besonderheit liegt darin, dass die Adoptiveltern leiblichen Eltern rechtlich gleichgestellt sind. Weitere Beispiele für eine fragmentierte

3 Bei der Festlegung der Vaterschaft wird nach dem Familienstand differenziert: Sind die Eltern bei Geburt verheiratet, dann wird das Kind automatisch dem Ehemann zugeordnet. Allerdings kann dies angefochten werden. Beim nichtehelichen Kind muss dagegen die Vaterschaft von beiden Elternteilen anerkannt oder gerichtlich festgestellt werden (vgl. Schwab 2001).

4 Ein Vater mit zwei Kindern erfährt bei einem Fruchtbarkeitstest, dass eine Mumpserkrankung im Jugendalter bei ihm eine Sterilität verursacht hat. Auf seinen Hinweis, er habe doch zwei Kinder erwidert der Arzt lächelnd: „Sie mögen der juristische Vater der Kinder sein, der biologische mit Sicherheit nicht“.

5 Um zu verhindern, dass ihre Tochter bei einem „Freidenker“ in der Stadt ausgebildet wird, weckt Laura bei ihrem Mann gezielt Zweifel an seiner Vaterschaft und treibt ihn nach und nach in den Wahnsinn.

6 In der Kulturanthropologie, in der diese Unterscheidung schon lange gängig ist, wird der biologische Vater als „Genitor“, der soziale Vater als „Pater“, die biologische Mutter als „Genetrix“ und die soziale Mutter als „Mater“ bezeichnet (vgl. Vivelto 1995).

Elternschaft sind Stieffamilien und Familiengründungen durch heterologe Insemination („Inseminationsfamilie“).

Das Phänomen der sozialen Elternschaft hat für die Begriffsbestimmung von Familie weitreichende Auswirkungen. Die Fälle der sozialen Elternschaft zeigen, dass die Reproduktionsfunktion kein universelles Merkmal von Familie ist. Die Reproduktionsfunktion ist kein universelles Merkmal, da es offensichtlich Fälle von Familien gibt, die sich nicht durch Geburt konstituiert haben. Noch wichtiger ist: Die Fälle der Entkoppelung von biologischer und sozialer Mutter- und/oder Vaterschaft zeigen nicht nur, dass eine Familie auch aus einer sozialen Elternschaft entstehen kann. Sie lassen vielmehr erkennen, dass von einer Familie immer dann erst gesprochen werden kann, wenn die biologische Elternschaft zur sozialen Elternschaft wird. Durch die Geburt eines Kindes entsteht noch keine Familie, sondern erst wenn zumindest eine Person eine Elter-Position übernimmt. Die biologische Tatsache der Mutter- und Vaterschaft reicht nicht aus, auch – um dies am Rande zu ergänzen – die rechtliche Zuweisung nicht. Eine Mutter- oder Vaterschaft wird erst dann sozial relevant, wenn sie als solche anerkannt wird, und das heißt, wenn sie in eine soziale Vater- und Mutterschaft überführt wird. Es kann Familien ohne biologische (und ohne rechtliche) Elternschaft geben, nicht aber Familien ohne soziale Elternschaft. Eine Familie wird immer durch die Übernahme und das Innehaben einer oder beider Elter(n)-Position(en) geschaffen und kann nur dadurch fortbestehen.

Der zentrale soziale Sachverhalt, der mit dem Begriff Familie zum Ausdruck gebracht wird, liegt also darin, dass die Generationendifferenzierung durch die Übernahme und das Innehaben einer Mutter- und/oder Vater-Position im Lebensalltag des Kindes generiert wird. Das Wissen um die eigene biologische Mutter- und Vaterschaft scheint offensichtlich kulturübergreifend in einem herausragenden Maße motivationsschaffend und -verstärkend zu wirken, elterliche Zuständigkeit für ein Kind zu übernehmen. Eine Vater- oder Mutter-Position kann jedoch auch übernommen und ausgeübt werden, ohne dass diese biologisch fundiert ist.

Die Ausgestaltung der Mutter- und Vater-Positionen sind im hohen Maße kulturspezifisch und auch einem historischen Wandel unterworfen (vgl. Leeder 2004). In diesem Verständnis besteht die zentrale Aufgabe der Familienforschung gerade darin, die an diese Positionen gerichteten Verhaltenserwartungen in einer Gesellschaft („Rollen“), die Umsetzung dieser normativen Vorgaben im Beziehungsalltag von Vater, Mutter und Kind („Rollen-

handeln“) sowie die Selbstdefinitionen der Positionsinhaber („Rollenidentitäten“) zu erfassen.

Nicht die biologische Abstammung ist für Familie ausschlaggebend (auch wenn sie meist vorhanden ist), sondern Familie ist eine besondere Vergemeinschaftungsformation, in der zumindest die Position eines Elter und eines Kindes reziprok zugeschrieben und im Lebensalltag übernommen werden. Eine solche Fassung des Familienbegriffs setzt sich konsequent von der Ausrichtung an nur einem historisch und kulturell gebundenen Familienmodell ab und vermeidet einen in der Familienforschung vielfach versteckten Biologismus. In dieser Fassung wird der Anspruch eingelöst, dass Familie ein Allgemeinbegriff mit überzeitlicher und überräumlicher Geltung sein soll. Dieser Familienbegriff lässt offen, ob in der Elter(n)generation die Vater- und Mutter-Position besetzt ist oder nur eine von beiden, ebenso, ob die zur Familie gehörenden Personen eine Haushaltsgemeinschaft bilden oder nicht. Möglich ist eine breite Palette von Ausgestaltungen dieser Generationenbeziehung, ohne eine davon als die „eigentliche“ oder „richtige“ Familie zu privilegieren.

Auf diesem Hintergrund bedarf die in der Familienforschung vertretene These, nur die Ehe, nicht aber das Eltern-Kind-System lasse sich aufkündigen (vgl. Nave-Herz 1990; Schütze 1993; Oevermann 2001), einer Korrektur. Eine biologische Mutterschaft oder Vaterschaft ist ein nicht-reversibles Faktum, die soziale Elternschaft dagegen nicht. Betrachtet man die Übernahme der Mutter- und/oder Vater-Position als ausschlaggebend, dann erweist sich auch eine Elter-Kind-Beziehung als aufkündbar. Dies belegen die nicht sorgeberechtigten Väter, die schätzungsweise zu einem Drittel den Kontakt zu ihren Kindern nach der Trennung bzw. Scheidung abrupt abbrechen bzw. nach und nach ausdünnen (vgl. Peuckert 1999; Beck-Gernsheim 1993). In diesen Fällen wird mit der Ehe – oder allgemeiner formuliert: mit der Zweierbeziehung – auch die Vater-Kind-Beziehung aufgelöst.

2 Familie und persönliche Beziehungen

Von einer Familie kann immer erst dann gesprochen werden, wenn mindestens eine Elter-Kind-Beziehung vorhanden ist. Die kleinstmögliche Familie wird von zwei Personen gebildet, die in einer Generationenbeziehung zueinander stehen. Gleichwohl ist eine Familie darauf nicht begrenzt, sondern sie

kann auch drei, vier oder mehr Personen umfassen, die zwei oder mehr Generationen angehören können.

Mit einer dritten Person vermehrt sich das Ensemble der persönlichen Beziehungen in einer Familie auf drei. Gehört die dritte Person der Elterngeneration an, dann setzt sich die Familie aus zwei Elter-Kind-Beziehungen und einer Zweierbeziehung zusammen; gehört sie der Kindgeneration an, so wird die Familie aus zwei Elter-Kind-Beziehungen und einer Geschwisterbeziehung gebildet. Beide Male umfasst die Familie also zwei unterschiedliche Strukturtypen persönlicher Beziehungen (Elter-Kind-Beziehung, Zweierbeziehung bzw. Geschwisterbeziehung).

Mit einer vierten Person erhöht sich die Anzahl der persönlichen Beziehungen bereits auf sechs. Handelt es sich bei dieser Person um ein Kind, dann umfasst diese Familie vier Elter-Kind-Beziehungen, eine Zweierbeziehung sowie eine Geschwisterbeziehung. In diesem Falle zeichnet sich die Familie durch das Nebeneinander von drei Strukturtypen persönlicher Beziehungen aus. Unter der kulturellen Vorgabe der Monogamie ist in Familien die Anzahl der Zweierbeziehung auf eine festgelegt, die zulässigen Elter-Kind- und auch Geschwisterbeziehungen sind dagegen zahlenmäßig nicht beschränkt. Die Anzahl der Elter-Kind-Beziehungen einer Mutter- bzw. Vater-Position variiert mit der Kinderzahl. Ein Kind ist im Regelfall in maximal zwei Elter-Kind-Beziehungen integriert; in Sonderfällen einer binuklearen Familie ist allerdings eine Ausweitung möglich.

Neben den Mutter-, Vater- und Kind-Positionen können Familien weitere Positionen umfassen. Diese können einer weiteren Generation (z. B. Großmutter, Großvater) angehören oder die Elter-Generation horizontal erweitern (z. B. Onkel, Tante). Zur Familie können diese Personen nur dann gerechnet werden, wenn sie tatsächlich als Familienmitglieder wahrgenommen und als solche behandelt werden; eine bloße Haushaltsgemeinschaft reicht dafür nicht aus.

Während den Kern einer jeden Familie das Vorhandensein von mindestens einer Generationenbeziehung bildet, braucht es immer auch eine Definition der Grenzziehung, wer neben dieser bzw. diesen Generationenbeziehung/en noch zur Familie gehört und wer außerhalb steht. Das bürgerliche Familienmodell hat im hohen Maße ein Familienideal propagiert, dass zu einer Familie nur gehöre, wer zugleich auch in einer oder mehreren Generationenbeziehung/en einbezogen ist. Damit werden alle Personen, die nicht aufeinander bezogene Elter- bzw. Kind-Positionen innehaben, aus der eigentlichen Fami-

lie ausgeschlossen. Bis weit in das 20. Jahrhundert hinein existierte im bäuerlichen Milieu noch ein Gegenmodell, in dem auch noch lebende Großeltern bzw. unverheiratete Geschwister ‚wie selbstverständlich‘ in die Familie einbezogen wurden. Inzwischen hat sich aber auch dort das bürgerliche Ideal weitgehend durchgesetzt. Auch wenn eine neue Familie in die Hausgemeinschaft mit den eigenen Eltern (Patri- bzw. Matrilokalitat) begründet wird, führt dies in aller Regel nicht zu einer Generationenerweiterung innerhalb einer Familie (vgl. Fuchs 2003), sondern die Herkunfts- und die Eigenfamilie grenzen sich als je eigenständige Familie voneinander ab. Dies schließt nicht aus, dass auch in der Gegenwart in Einzelfällen die Familienmitgliedschaft über die Elter-Kind-Konstellationen hinausreichen kann. Allerdings sind diese nicht mehr primär milieubezogen, sondern ergeben sich aus Gründen des individuellen Lebensarrangements.

Durch die Festlegung der Familiengrenzen wird die Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit zu einer Familie bestimmt. Bei den Ausgeschlossenen gibt es eine privilegierte Gruppe von Personen. Sie gehören zwar auch nicht zur Familie, werden aber in einem besonderen Verhältnis zur Familie stehend aufgefasst: Diese Gruppe sind die Verwandten. Bei der Bestimmung von Verwandtschaft muss zwischen Verwandtschaftssystemen und Verwandtschaftsgraden unterschieden werden (vgl. Segalen 1990; Vivaldo 1995; Wagner/Schütze 1998). Bei den Verwandtschaftssystemen kann – um nur die Grundtypen zu nennen – zwischen Patrilinearitat, Matrilinearitat und Bilinearität unterschieden werden. Damit wird zum Ausdruck gebracht, ob sich Verwandtschaft nur über die Vaterlinie, Mutterlinie oder über beide generiert hat. Der Verwandtschaftsgrad definiert die Näher der Verwandtschaft einer Person zu einer anderen. Nach dem deutschen Recht bestimmt sich der Grad der Verwandtschaft nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten. Eltern und Kinder sind Verwandte ersten Grades (eine vermittelnde Geburt); Geschwister, Großeltern, Enkelkinder sind im zweiten Grad verwandt (zwei vermittelnde Geburten) usw.

Gesellschaften unterscheiden sich hinsichtlich ihrer gewählten Verwandtschaftssysteme und der Verwandtschaftsgrade. Unserem rechtlich definierten und alltäglich praktizierten Verständnis von Verwandtschaft liegt ein bilineares Verwandtschaftssystem zugrunde. Während in der rechtlichen Fassung auch die Eltern-Kind-Beziehung mit eingeschlossen ist, erstreckt sich unser gängiges Verständnis von Verwandtschaft lediglich auf die Beziehung jenseits der Familiengrenzen. Diese Anleihe an unserem Alltagsverständnis

halte ich auch für die wissenschaftliche Bestimmung des Verwandtschaftsnetzwerks für angebracht. Verwandtschaft erstreckt sich auch nicht nur auf die „blutmäßige Abstammungslinie“, sondern schließt auch Personen ein, die mit Personen aus der Deszendenzlinie in einer besonderen Beziehung stehen. Wäre dies nicht der Fall, würden sowohl die Schwiegereltern wie auch der Schwager oder die Schwägerin nicht zur Verwandtschaft zählen. Eine große Variabilität zwischen Gesellschaften – und z. T. innerhalb einer Gesellschaft – liegt darin, bis zu welchem Grad Verwandtschaft überhaupt wahrgenommen und gelebt wird. Wie die Familiengrenzen sind Grenzziehungen des Verwandtschaftsnetzwerkes kulturelle Setzungen, die familienindividuell variiert werden können. Wie stark diese familienindividuelle Variation sein kann, ist von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich. Das „gelebte“ Verwandtschaftssystem erstreckt sich in unserer Gesellschaft vielfach nur bis zum dritten Grad und nur in seltenen Fällen über den vierten Grad hinaus.

Nach Rosemarie Nave-Herz sind Verwandtschaftsbeziehungen „optionale bzw. potentielle Netzwerke, die genutzt werden können, aber häufig nur aufgrund von Sympathie aktiv erhalten bleiben oder in Notfällen aktiviert bzw. reaktiviert werden“ (Nave-Herz 2004, 35). Sie bestehen lebenslang, und werden auch durch Scheidung nicht notwendigerweise aufgehoben. Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass die Abnahme der Kinderzahlen weitreichende Auswirkungen auf die horizontale Erstreckung der Verwandtschaftsnetzwerke und damit zugleich auf deren Größe hat.

Eine Soziologie persönlicher Beziehungen ist dafür geeignet, die Verwandtschaftsbeziehungen verstärkt aufzugreifen. Um ein Missverständnis zu vermeiden: Eine Soziologie persönlicher Beziehungen soll nicht die Familiensoziologie ersetzen, sondern sie stellt lediglich einen breiteren Kontext dar, in dem es möglich sein soll, die herkömmliche Fokussierung der Familienforschung auf Elter-Kind-Beziehungen zu ergänzen. Die starke Anlehnung der Familienforschung an das Modell der bürgerlichen Familie hat diese Verengung verursacht. Eine lange Tradition hat in diesem Forschungsbereich die Vernachlässigung der Ehe- bzw. – weiter gefasst – der Zweierbeziehungen. Die enge Koppelung von Ehe und Familie in diesem Modell hatte zur Folge, dass die Ehe weitgehend in der Familie aufgegangen ist und von daher kein eigenständiges Forschungsinteresse hat binden können. Sehr deutlich kommt dies in der von René König (1974) geprägten Formel der Ehe als „einer unvollständigen Familie“ zum Ausdruck. Die Ehe, schreibt König

weiter „ist ihrem soziologischen Sinne nach nichts anderes als die Eingangspforte in den weiteren Gruppenkreis der Familie, der neben dem Gatten auch die Kinder mit umfasst“ (König 1974, 95). Diese Sichtweise hat sich in der Familienforschung bis in die Gegenwart ausgebreitet. Erst seit den 90er Jahren zeigen sich Tendenzen, dieser Vernachlässigung entgegenzuwirken. Aber nicht nur die Erforschung der Zweierbeziehung wurde in diesem Rahmen vernachlässigt. Die dominante Fokussierung der Familienforschung auf die Elter-Kind-Beziehungen hatte auch zur Folge, dass Verwandtschafts- und Geschwisterbeziehungen als Forschungsthemen in den Mainstream kaum Eingang gefunden haben. Durch eine Soziologie persönlicher Beziehungen soll es möglich werden, neben Elter-Kind-Beziehungen auch andere in Familien existierende Beziehungsformen (Geschwisterbeziehungen), Beziehungsformen, die sowohl in wie auch außerhalb von Familien vorkommen (Zweierbeziehungen) und auch familienunabhängige Beziehungsformen (wie z. B. Freundschafts- oder Verwandtschaftsbeziehungen) angemessen zu berücksichtigen. Die Schnittmenge einer Familiensoziologie und einer Soziologie persönlicher Beziehungen ist groß. Bleibt man in der Sprache der Mengenlehre, lässt sich formulieren, dass die Familiensoziologie eine Teilmenge der Soziologie persönlicher Beziehungen ist. Eine Familie setzt sich aus einer oder mehreren persönlichen Beziehungen zusammen, aber nicht alle persönlichen Beziehungen sind in einen Familienzusammenhang eingebunden.

Ich plädiere nicht dafür, den Familienbegriff durch den Begriff der Elter-Kind-Beziehung zu ersetzen. Familien umfassen zwar immer mindestens eine Elter-Kind-Beziehung und damit umfasst jede Familie in ihrer Minimalgröße eine persönliche Beziehung. Eine Ersetzung wäre nur möglich, wenn jede Familie nur aus einer Elter-Kind-Beziehung bestehen würde. Da jedoch in einer Mehrzahl von Fällen zwei oder mehrere Elter-Kind-Beziehungen eingeschlossen sind – sei es durch die Anwesenheit von Mutter, Vater und/oder Anwesenheit mehrerer Kinder, möglicherweise auch eine Zweierbeziehung sowie eine oder mehrere Geschwisterbeziehung/en –, ist es immer auch notwendig, den sich dadurch konstituierenden Gruppenverband als solchen zu benennen. Das leistet der Begriff der Familie, nicht aber der der Elter-Kind-Beziehung.

3 Argumente für eine Soziologie persönlicher Beziehungen

Eine Soziologie der persönlichen Beziehungen ermöglicht die notwendige thematische Ausweitung des Forschungsfeldes. M. E. reicht es hierfür nicht aus, – wie Rosemarie Nave-Herz (2004) vorschlägt – Ehe und Familie als eigenständige Forschungsgegenstände sichtbar zu machen und von einer „Ehe- und Familiensoziologie“ zu sprechen. Mit einer Eheforschung ist es nicht getan, da die Ehe selbst – und ungleich stärker noch als die Familiengründung – inzwischen massive Einbußen als eine kulturelle Selbstverständlichkeit hat hinnehmen müssen und in Konkurrenz zu weitgehend gesellschaftlich akzeptierten, nichtkonventionellen Beziehungsformen getreten ist. Auch bleibt bei diesem Vorschlag unberücksichtigt, dass – wie ich bereits angesprochen habe – nicht nur die Ehe als Gegenstand in diesem Forschungsbereich vernachlässigt wurde.

Weitergehende Vorschläge plädieren für eine Soziologie privater Lebensformen oder Lebensführung (vgl. z. B. Schneider/Limmer/Rosenkranz 1998; Matthias-Bleck 2002) bzw. für eine Soziologie des Privaten (vgl. Schneider 2002). Mit diesen Positionen teile ich das zentrale Anliegen, dass es einer Neubenennung bedarf, die über die Familiensoziologie hinausgeht. An dieser Stelle sollen nicht die für diese Vorschläge gewählten Argumentationen nachgezeichnet, sondern einige Argumente angeführt werden, die für eine Soziologie persönlicher Beziehungen sprechen. Zuvor soll aber der Begriff der persönlichen Beziehung noch näher betrachtet werden.

Für die Bestimmung des Konzepts der persönlichen Beziehung bietet es sich an, diese – in Anlehnung an Niklas Luhmanns Sinnbildungsebenen – von Interaktion und Organisation abzugrenzen (ausführlicher Lenz 2003c). Ein zentrales Strukturmerkmal von Organisationen ist die Abtrennung von Person und Position. Eine Organisation besteht im Normalfall auch dann fort, wenn Mitglieder ausscheiden und diese durch neue ersetzt werden. Anders dagegen eine persönliche Beziehung: Die Beziehungspersonen sind nicht austauschbar; mit dem (dauerhaften) Ausscheiden einer Person endet die Beziehung. Dies gilt für Zweierbeziehungen ebenso wie für Eltern-Kind-Beziehungen, Geschwisterbeziehungen und Freundschaften. Eine persönliche Beziehung lässt einen Personalwechsel nicht zu, sie kann nur durch eine neue persönliche Beziehung abgelöst werden (vgl. auch Allert 1998; Hildenbrand 1999). Persönliche Beziehungen sind also durch das Moment der personellen Unersetzbarkeit geprägt.

In Anschluss an Erving Goffman (1973; orig. 1961) wird unter Interaktion die Kopräsenz von zwei oder mehreren Akteuren in einer raumzeitlich bestimmten Situation verstanden. Persönliche Beziehungen sind darauf angewiesen, sich fortgesetzt in Interaktionen zu aktualisieren. Allerdings unterscheiden sich Interaktion und persönliche Beziehungen auch grundlegend: Im Unterschied zur Interaktion zeichnet sich eine persönliche Beziehung durch Kontinuität und Dauerhaftigkeit aus (vgl. auch Huinink 1995; Allert 1998). Auch wenn in persönlichen Beziehungen „Unendlichkeit“ oder „ewige Dauer“ unterstellt wird, zeichnen sie sich – aus subjektiver Sicht – durch das pragmatische Motiv aus, dass sich diese Beziehung, so wie sie ist, auf absehbare Zeit fortsetzt, was ich als Fortdauer-Idealisierung bezeichne.

Neben diesen beiden zentralen Abgrenzungsmerkmalen – dem Moment der personellen Unersetzbarkeit und der Fortdauer-Idealisierung – lassen sich weitere Strukturmerkmale nennen: Eine persönliche Beziehung ist gekennzeichnet durch das Vorhandensein eines persönlichen Wissens, das in jede Interaktion eingeht und deren Verlauf entscheidend mitprägt. Die fortgesetzte Kontinuität einer Beziehung bringt eine emotional fundierte gegenseitige Bindung der Beziehungspersonen hervor. Die Beziehungspersonen „stehen einander nahe“, „sorgen“ oder „freuen“ sich füreinander oder leiden miteinander. Wichtig ist es dabei, darauf hinzuweisen, dass der Emotionen-Haushalt einer persönlichen Beziehung sowohl positive (z. B. Liebe, Zuneigung oder Vertrauen) wie auch negative Emotionen (z. B. Hass, Rachegefühle oder Eifersucht) umfasst. Die Unersetzbarkeit der daran beteiligten Personen qualifiziert persönliche Beziehungen dafür, in einer einmaligen Weise, – wie Johannes Huinink (1995) herausstellt – eine Befriedigung des „Grundbedürfnisses nach persönlicher Fundierung“ zu leisten (vgl. auch Allert 1998). Persönliche Beziehungen besitzen eine ausgeprägte Interdependenz. Dass sich die Beteiligten gegenseitig beeinflussen, ist auch für jede Begegnung grundlegend, aber durch das persönliche Vertrautsein und die emotionale Bindung in einem auf (relative) Dauer gestellten Miteinander gewinnt die Interdependenz in der persönlichen Beziehung eine besondere Ausprägung (vgl. auch Simmel 1985). Das Vorhandensein des persönlichen Wissens und auch die emotionale Bindung erleichtern in einem hohen Maße das Miteinander-in-Kontakt-treten. Viele Vorleistungen, die in Interaktionen mit Fremden erst zu erbringen sind, fallen zwischen Personen weg, die miteinander eine persönliche Beziehung bilden. Man „weiß“, mit wem man es zu tun hat, man „weiß“, was man voneinander erwarten kann, und darauf kann man die eigenen Verhaltensweisen vorab einstellen.

Mir ist durchaus bewusst, dass dieser Begriff nicht – wie der vorgeschlagene Familienbegriff – kulturunabhängig ist. M. E. spricht nichts dagegen, einem Allgemeinbegriff der Familie mit überzeitlicher und überräumlicher Geltung einen kulturgebundenen Begriff der persönlichen Beziehungen zur Seite zu stellen. Folgt man dem Evolutionsmodell von Niklas Luhmann, dann kann ein Begriff der persönlichen Beziehung gar nicht kulturunabhängig gefasst werden. Anders als die Sinnbildungsebenen Interaktion und Gesellschaft ist für Luhmann Organisation kein „Universalphänomen“, sondern eine „evolutionäre Errungenschaft, die ein relativ hohes Entwicklungsniveau voraussetzt“ (Luhmann 1997, 827). Ähnlich kann man argumentieren, dass persönliche Beziehungen an die Differenz zwischen Privatheit und Öffentlichkeit gebunden sind und somit vor allem ein Konzept zur Beschreibung moderner Gesellschaften darstellen. Luhmann spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die moderne Gesellschaft sich durch eine Steigerung in doppelter Hinsicht auszeichnet: „durch mehr Möglichkeiten zu unpersönlichen Beziehungen und durch intensivere persönliche Beziehungen“ (Luhmann 1982, 13). Dadurch gewinnen persönliche Beziehungen einen spezifischen Sinngehalt, der zu einem konstitutiven Moment wird und in dieser Begriffsbestimmung zum Ausdruck gebracht werden muss. Das Konzept der persönlichen Beziehung ist an eine Individualitätssteigerung gebunden, die für moderne Gesellschaften charakteristisch ist.

Eine Soziologie persönlicher Beziehungen bietet die Chancen, unmittelbar an reichhaltige Traditionslinien in der Soziologie anzuknüpfen. Geht man auf die Anfänge zurück, ist hier vor allem an Georg Simmel und Leopold von Wiese zu erinnern. Als Aufgabe der Soziologie bestimmt Simmel (1983; orig. 1908) die Erforschung der Formen der Wechselwirkung oder der Vergesellschaftung (vgl. Bevers 1985; Nedelmann 1983). Mit großem Nachdruck wendet sich Simmel gegen eine makrosoziologische Verengung des Faches und öffnet die Perspektive für die Analyse von „mikroskopisch-molekularen Vorgängen“ (Simmel 1983, 15). Leopold von Wiese (1966) bezeichnete seinen Soziologieentwurf als „Beziehungslehre“. Mit einer deutlich sichtbaren Anlehnung an Simmel bildet für ihn die „soziale Sphäre“, also jene Sphäre, in der die Menschen zueinander in Beziehung treten, den Gegenstand der Soziologie. Zieht man in Betracht, welche prominente Stellung die Beziehungslehre vor dem Kontinuitätsbruch durch das NS-Regime in der deutschsprachigen Soziologie inne hatte, dann lässt sich die Beziehungslehre sogar als ein vergessenes Paradigma der Soziologie bezeichnen.

Aber nicht nur in der Vergangenheit hat eine Soziologie persönlicher Beziehungen Anknüpfungspunkte. Seit ca. drei Jahrzehnten existiert im anglo-amerikanischen Raum ein breiter Forschungsbereich der personal relationship.⁷ In diesem interdisziplinär ausgerichteten Forschungsbereich dominiert zwar eine psychologische Perspektive, dennoch existieren auch für soziologische Studien zahlreiche Anschlussstellen. Ein Anschluss an diesen Forschungsverbund hat neben thematischen Anregungen den Vorteil, dass dadurch die in der Familienforschung weit verbreitete nationale Ausrichtung überwunden werden kann (vgl. Lenz 2003c; 2003d).

Mit einer Soziologie persönlicher Beziehungen wird es nicht nur möglich, die in Familien vorkommenden Formen – Elter-Kind-Beziehungen, Zweierbeziehungen, Geschwisterbeziehungen – und die mit Familien verknüpften Formen wie Verwandtschaftsbeziehungen zu betrachten, sondern einbezogen werden in dieses Forschungsfeld auch familienunabhängige Formen wie z. B. Freundschafts- und Arbeitsbeziehungen. Eine Soziologie persönlicher Beziehungen hat das Potential, diese Forschungsfelder zusammenzubringen (vgl. auch Lenz 2001). Schon die Auflistung dieser Beziehungsformen lässt eine hohe Anschlussfähigkeit zur Netzwerkforschung erkennen. Die wesentlichen Bestandteile eines egozentrischen Netzwerkes sind persönliche Beziehungen. Die Netzwerkforschung hat die Familienforschung durch die Kritik an der Gleichsetzung von Familie und Haushalt (vgl. auch Bayer/Bauereiss 2003; Fuchs 2003) bereichert. Netzwerk und persönliche Beziehung weisen eine große Gemeinsamkeit auf, da beide Konzepte sowohl familiengebundene wie auch familienunabhängige Formen des Miteinanders erfassen.

In der Gegenüberstellung von ‚privat‘ und ‚persönlich‘ halte ich letzteren Begriff für präziser und auch besser bestimmbar. Auf die unterschiedlichen Vorstellungsinhalte, die mit dem Privaten verknüpft sind, haben Günter Burkart (2002) und Hans Bertram (2002) in ihren Erwidern auf Werner Schneider (2002) ausführlich hingewiesen. Hinzu kommen die Probleme der Grenzziehung zwischen dem, was (noch) privat und was (schon) öffentlich ist; Grenzüberschreitungen scheinen in der Gegenwart gängig zu sein, eine

7 Stellvertretend für die Fülle von neueren Publikationen sollen hier nur die beiden speziellen Fachzeitschriften („Journal of Social and Personal Relationships“ und „Personal Relationships“) sowie die beiden Handbücher von Steve Duck („Handbook of Personal Relationships“ 1988, 2. Aufl. 1997) und Clyde und Susan S. Hendrick („Close Relationships“ 2000) angeführt werden.

Neujustierung ist möglicherweise im Gange. Dagegen lässt sich die persönliche Qualität unter Rückgriff auf Erving Goffmans Dichotomie von persönlicher und sozialer Identität klar bestimmen (vgl. Goffman 1967). Von einer persönlichen Beziehung kann immer dann gesprochen werden, wenn in der gegenseitigen Wahrnehmung die persönliche Identität Vorrang vor der sozialen Identität besitzt, wenn also an die Einzigartigkeit der Person gebundenes Wissen (persönliches Wissen) über ein an die soziale Typik gebundenes Wissen (z. B. ein Student, ein Professor) dominiert.

Zum Abschluss noch kurz zum Analyserahmen für die Erforschung persönlicher Beziehungen: Das Moment der personellen Unersetzbarkeit und der auf Seiten der Beziehungspersonen verknüpfte Anspruch der Einzigartigkeit dieser Vergemeinschaftungsformation dürfen nicht den Blick darauf verstellen, dass sich in persönlichen Beziehungen wiederkehrende Ablaufmuster und Regelmäßigkeiten auffinden lassen (vgl. Lenz 2002). Der Fokus einer soziologischen Analyse richtet sich nicht auf die beteiligten Personen, ihre Eigenschaften und Dispositionen, sondern auf die wiederkehrenden interaktiven Ablaufmuster oder – wie es Jean-Claude Kaufmann (1999) formuliert – auf „Gewohnheiten“. In Abgrenzung zu einem individuums-zentrierten Ansatz, der vor allem in der Psychologie und der Paartherapie dominant ist, wird das Soziale eigenständig zum Thema gemacht werden. Gegenstand ist die soziale Wirklichkeit oder – anders formuliert – die institutionelle Ordnung und deren Konstruktionsprozesse.

Die Analyse der institutionellen Ordnung persönlicher Beziehungen kann sich dabei auf fünf Ebenen erstrecken, wobei es nicht immer notwendig ist, alle fünf Ebenen einzubeziehen. Neben der Ebene des Beziehungsalltags („Handlungsebene“) kann sich die Analyse auf die Ebene der kulturellen Vorgaben („Diskursebene“) und die sozialstrukturelle Ebene erstrecken. Die Wirklichkeitskonstruktionen sind keine privaten Erfindungen; sie erfolgen vielmehr im vielfältigen Rückgriff auf einen kulturell vorgegebenen Vorrat von Handlungs- und Deutungsmustern. Persönliche Beziehungen stehen zugleich jedoch auch – um nur zwei Beispiele aufzugreifen – in vielfältiger Weise in Verbindung mit der Arbeits- und Konsumwelt⁸ als zentrale Elemente der Sozialstruktur. Für persönliche Beziehungen erscheint es darüber

8 Der hohe Einfluss der Konsumsphäre auf die Beziehungsanfänge ist Gegenstand der Studie von Eva Illouz (2003), *Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*. Frankfurt/Main: Campus

hinaus immer notwendig zu sein, die Ebenen des sozialen Netzwerkes und der symbolischen Repräsentation einzubeziehen. Die Ebene des sozialen Netzwerkes verweist darauf, dass eine persönliche Beziehung stets in ein Geflecht von Beziehungen eingebunden ist, woraus vielfältige Einflüsse resultieren und die Notwendigkeit einer Grenzziehung erwächst. Die Ebene der symbolischen Repräsentation bezieht sich darauf, dass die Beziehung, ihr Zustandekommen und ihr Fortbestand von den Beziehungspersonen selbst fortlaufend zum Gegenstand der Reflexion gemacht, gemeinsame Ereignisse als sedimentiertes Wissen memoriert und der Bestand durch Beziehungssymbole angezeigt werden.

Literatur

- ALLERT, Tillmann (1998): Die Familie. Fallstudien zur Unverwüstlichkeit einer Lebensform. Berlin.
- BAYER, Hiltrud/BAUEREISS, Renate (2003): Haushalt und Familie in der amtlichen Statistik. In: W. Bien und J.H. Marbach (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Opladen S. 277-305.
- BECK-GERNSHEIM, Elisabeth (1993): Scheidung und Scheidungsfolgen – Soziologische und psychologische Perspektiven. In: A. Herlth et al. (Hg.): Abschied von der Normalfamilie? Berlin. S. 159-173.
- BERTRAM, Hans (2002): Intimität, Ehe, Familie und private Beziehungen. In: Soziale Welt 53. S. 415-422.
- BEVERS, Antonius M. (1985): Dynamik der Formen bei Georg Simmel. Eine Studie über die methodische und theoretische Einheit eines Gesamtwerkes. Berlin.
- BURKART, Günter (2003): Sisyphos oder Der Kampf um die Familie. In: Erwägen – Wissen – Ethik 14. S. 506-508.
- BURKART, Günter (2002): Stufen der Privatheit und die diskursive Ordnung der Familie. In: Soziale Welt 53. S. 393-414.
- BURKART, Günter/KOPPETSCH, Cornelia (2001): Geschlecht und Liebe. Überlegungen zu einer Soziologie des Paares. In: B. Heintz (Hg): Geschlechtersoziologie. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 41. S. 431-543.

- CLASON, Christine E. (1989): Die Einelterfamilie oder die Einelterfamilie? In: R. Nave-Herz und M. Markefka (Hg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Neuwied/ Frankfurt am Main. S. 413-422.
- DUCK, Steve (Hg.) (1997): Handbook of Personal Relationships. Theory, Research and Interventions. 2. Aufl., Chicester.
- DURKHEIM, Emile (1976): Regeln der soziologischen Methode. 4. Aufl., Neuwied.
- ERERA, Pauline Irit (2002): Family Diversity. Continuity and Change in the Contemporary Family. Thousand Oaks.
- FEGERT, Jörg M. (2002): Die Phantasie vom Designerkind: Machbarkeitsfortschritte in der Humangenetik und Reproduktionsmedizin und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Familie im neuen Jahrtausend. In: N. F. Schneider und H. Matthias-Bleck (Hg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Opladen. S. 163-180.
- FUCHS, Marek (2003): Hausfamilien: Nähe und Distanz in unilokalen Mehrgenerationenkontexten. Opladen.
- GOFFMAN, Erving (1967): Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt am Main.
- GOFFMAN, Erving (1973): Interaktion: Spaß am Spiel. Rolleninstanz. München (org. 1961).
- HENDRICK, Clyde/HENDRICK, Susan S. (Hg.) (2000): Close Relationships. A Sourcebook. Thousand Oaks.
- HILDENBRAND, Bruno (1999): Fallrekonstruktive Familienforschung. Anleitungen für die Praxis. Opladen.
- HILL, Paul. B./KOPP, Johannes (1995): Familiensoziologie. Stuttgart.
- HOFFMANN-RIEM, Christa (1989): Elternschaft ohne Verwandtschaft: Adoption, Stiefbeziehung und heterologe Insemination. In: R. Nave-Herz und Markefka, M. (Hg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Bd. 1: Familienforschung. Neuwied/Frankfurt am Main. S. 389-411.
- HUININK, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt am Main.

- ILLOUZ, Eva (2003): *Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*. Frankfurt am Main.
- JAMIESON, Lynn (1998): *Intimacy. Personal Relationships in Modern Societies*. Cambridge.
- KAUFMANN, Franz-Xaver (1995): *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen*. München.
- KAUFMANN, Jean-Claude (1994): *Schmutzige Wäsche. Zur ehelichen Konstruktion von Alltag*. Konstanz.
- KAUFMANN, Jean-Claude (1999): *Mit Leib und Seele. Theorie der Haushaltstätigkeit*. Konstanz.
- KÖNIG, René (1974): Versuch einer Definition der Familie. In: R. König (Hg.): *Materialien zur Soziologie der Familie*. Köln. S. 88-105.
- LEEDER, Elaine (2004): *The Family in Global Perspective*. Thousand Oaks.
- LENZ, Karl (2001): Pädagogische Generationenbeziehungen aus soziologischer Sicht. In: T. Kramer, W. Helsper und S. Busse (Hg.): *Generationsbeziehungen in Familie und Schule*. Opladen. S. 16-39.
- LENZ, Karl (2002): Eigengeschichten von Paaren: Theoretische Kontextualisierung und empirische Analyse. In: G. Melville und H. Vorländer (Hg.): *Geltungsgeschichten*. S. 375-404.
- LENZ, Karl (2003a): Familie – Abschied von einem Begriff? In: *Erwägen – Wissen – Ethik (EWE)* 14. S. 485-498.
- LENZ, Karl (2003b): Familien und persönliche Beziehungen – eine Replik. In: *Erwägen – Wissen – Ethik (EWE)* 14. S. 563-576.
- LENZ, Karl (2003c): *Soziologie der Zweierbeziehung*. 2. aktualisierte Aufl. Opladen.
- LENZ, Karl (2003d): Zur Geschlechtstypik persönlicher Beziehungen. In: K. Lenz (Hg.): *Frauen und Männer. Zur Geschlechtstypik persönlicher Beziehungen*. Weinheim/München. S. 7-51.
- LENZ, Karl/BÖHNISCH, Lothar (1999): Zugänge zu Familien – ein Grundlagentext. In: L. Böhnisch und K. Lenz (Hg.): *Familien. Eine interdisziplinäre Einführung*. Weinheim. S. 9-63.
- LINK, Jürgen (1997): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. Opladen.

- LUHMANN, Niklas (1982): *Liebe als Passion. Zur Codierung von Intimität.* Frankfurt am Main.
- LUHMANN, Niklas (1984): *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie.* Frankfurt am Main.
- LUHMANN, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft.* 2 Bde. Frankfurt am Main.
- MATTHIAS-BLECK, Heike (2002): *Soziologie der Lebensformen und der privaten Lebensführung. Anmerkungen zu Werner Schneiders Soziologie des Privaten.* In: *Soziale Welt* 53. S. 423-436.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (1990): *Familie: Das Ende einer Solidargemeinschaft? Zum Wandel von Ehe und Familie in der Bundesrepublik.* In: R. Hettlage (Hg.): *Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz.* München. S. 202-213.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (2003): *Die Mehrgenerationen-Familie. Eine soziologische Analyse.* In: R. Nave-Herz: *Familie zwischen Tradition und Moderne.* Oldenburg. S. 73-92.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (2004): *Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde.* Weinheim/München.
- NEDELMANN, Birgitta (1983): *Georg Simmel – Emotion und Wechselwirkung in intimen Gruppen.* In: F. Neidhardt (Hg.): *Gruppensoziologie.* Opladen. S. 174-209.
- OEVERMANN, Ulrich (2001): *Die Soziologie der Generationenbeziehungen und der historischen Generationen aus strukturalistischer Sicht und ihre Bedeutung für die Schulpädagogik.* In: R-T. Kramer, W. Helsper und S. Busse (Hg.): *Pädagogische Generationenbeziehungen.* Opladen. S. 78-128.
- PEUCKERT, Rüdiger (1999): *Familienformen im sozialen Wandel.* 3. Aufl., Opladen.
- SCHNEIDER, Norbert F. (2002): *Zur Lage und Zukunft der Familie in Deutschland.* In: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP): Heft 2.* S. 511-544.
- SCHNEIDER, Norbert F./ROSENKRANZ, Doris/LIMMER, Ruth (1998): *Nicht-konventionelle Lebensformen. Entstehung – Entwicklung – Konsequenzen.* Opladen.

- SCHNEIDER, Werner (2002): Von der familiensoziologischen Ordnung der Familie zu einer Soziologie des Privaten. In: *Soziale Welt* 53. S. 375-396.
- SCHÜTZE, Yvonne (1993): Von der Gattenfamilie zur Elternfamilie. In: A. Herlth et al. (Hg.): *Abschied von der Normalfamilie?* Berlin. S. 91-101.
- SCHWAB, Dieter (2001): *Familienrecht*. 11. Aufl. München.
- SEGALEN, Martine (1990): *Die Familie. Geschichte, Soziologie, Anthropologie*. Frankfurt/Main.
- SIMMEL, Georg (1983): *Soziologie*. Berlin (orig. 1908).
- SIMMEL, Georg (1985): Fragment über die Liebe. In: G. Simmel: *Schriften zur Philosophie und Soziologie der Geschlechter*. hsg. von H.-J. Dahme und K. C. Köhnke. Frankfurt am Main. S.224-281 (aus dem Nachlass, 1. Veröffentlichung: 1921/ 22).
- VIVELO, Frank R. (1995): *Handbuch der Kulturanthropologie*. 2. Aufl., Stuttgart.
- WAGNER, Michael/SCHÜTZE, Yvonne (Hg.) (1998): *Verwandtschaft. Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einem vernachlässigten Thema*. Stuttgart.
- WAHL, Klaus (1999): Familienbilder und Familienrealität. In: L. Böhnisch und K. Lenz (Hg.): *Familien. Eine interdisziplinäre Einführung*. Weinheim. S. 99-112.
- WIESE, Leopold von (1966): *System der Allgemeinen Soziologie als Lehre von den sozialen Prozessen und den sozialen Gebilden der Menschen (Beziehungslehre)*. Berlin (orig. 1924 u. 1928).

Max Wingen

Auf dem Weg zur Familienwissenschaft?

Die im ausgewiesenen Thema enthaltene Frage habe ich – ohne die inhaltliche Bearbeitung zu verändern – noch etwas modifiziert: „*Familienwissenschaften oder Familienwissenschaft?*“ Die in dieser Frageformulierung enthaltene Unterscheidung mag auf Anhieb etwas spitzfindig erscheinen. Sie verweist indessen vielleicht noch besser auf das wissenschaftstheoretische – methodische und wohl auch politische – Problem der Zusammenführung von familienbezogenen Disziplinen zu *einem* Fach Familienwissenschaft.

1 Familien im Blickfeld unterschiedlicher Disziplinen und die Notwendigkeit von deren Verschränkung

Wenn man sich vorweg kurz den Stand der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung im Feld von Familie (in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen) einschließlich des inzwischen relativ fest etablierten Ziel-Mittel-Systems Familienpolitik insgesamt zu vergegenwärtigen sucht, lassen sich für dieses überdurchschnittlich wertgeladene und durch manche Vorurteile befrachtete Forschungsfeld drei allgemeinere Befunde hervorheben:

Einmal springt die nach dem Zweiten Weltkrieg zu beobachtende starke Dynamik in der Entwicklung und Verbreiterung der Familienforschung über die Jahrzehnte hinweg sowohl im Hochschulbereich als auch in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen ins Auge. Gegenüber den vergleichsweise bescheidenen Möglichkeiten des Rückgriffs auf familienbezogene Forschungsergebnisse, wie sie in den ersten Nachkriegsjahren gegeben waren, sollte die erhebliche Verbesserung der familienwissenschaftlich orientierten Infrastruktur heute positiv zur Kenntnis genommen werden, ohne damit von Desideraten abzulenken. Dabei ist eine sich als sinnvoll erweisende Zusammenführung von neueren Theorie- und komplexen Forschungsansätzen mit

einer großen Breite der Gebiete der Familienforschung hervorzuheben (vgl. Nave-Herz; Markefka 1989; insbesondere Nave-Herz 1989, 1-17).

Bei den vielfältigen Forschungsarbeiten drängt sich zum *Zweiten* die Notwendigkeit der Beteiligung verschiedener Wissenschaftsdisziplinen auf, und zwar keineswegs nur der Soziologie (Familiensoziologie) und Ökonomik (Familienökonomik), der Finanzwissenschaft, der Betriebswirtschaftslehre (die sich mit der Haushaltswissenschaft berührt) und der Demographie (Familiendemographie), sondern ebenso der Rechtswissenschaft (Familien- und Jugendrecht), der Psychologie (Familienpsychologie), der Pädagogik (Familienpädagogik), und der Geschichtswissenschaft bis hin zur (Sozial-) Ethik – wengleich die einzelnen Disziplinen nur zu oft in getrennt voneinander erfolgenden Arbeiten und Publikationen in Erscheinung treten. Unter den verschiedenen Aspekten wird deutlich, dass Familie im Schnittpunkt des Privaten und des Öffentlichen steht, wobei die durchaus auch spannungsgeladenen Grenzen zwischen beiden Bereichen – wie Vergleiche zwischen Ländern und im Zeitablauf erkennen lassen – wesentlich von der jeweiligen Gesellschaftsordnung mit ihren (unterschiedlichen) Leitbildern bestimmt werden. Angesichts der relativ weit entwickelten Familienforschung in den USA ist bemerkenswert, dass dort allerdings noch vor etwas über einem Jahrzehnt von B. N. Adams festgehalten wird, trotz der Verbesserungen in den theoretischen und methodischen Ansätzen habe „*family social science*“ in der sozialwissenschaftlichen Forschung immer noch einen relativ niedrigen Status (Adams 1988, 12). Er sieht dafür drei Gründe:

1. die Tatsache, dass man es mit weithin weichen Daten (Variablen) zu tun habe, am wenigsten vielleicht noch in der Familiendemographie;
2. die Wertbesetztheit des Familienfeldes;
3. eine Sichtweise, nach der Familie im Bezug zu anderen gesellschaftlichen Institutionen als abhängige Variable gesehen und behandelt werde (was ihren Status innerhalb der Teilfelder der Sozialwissenschaften mindere).

Hervorzuheben ist zum *Dritten* die für die Weiterführung der familienwissenschaftlichen Forschung nützliche Einbeziehung praktisch-politischer Fragestellungen, womit der Gefahr einer Kluft zwischen Wissenschaft und Praxis begegnet werden kann und nicht nur durch Aufzeigen von Desideraten Anregungen für die wissenschaftliche Arbeit gegeben werden, sondern auch die in den letzten Jahren deutlich gestiegene *berufspraktische Relevanz*

der Familienforschung (einschl. der Relevanz für die praktische Familienpolitik) verdeutlicht wird. Gegenüber der US-amerikanischen Diskussion lässt sich in der Nachkriegszeit meines Erachtens in der deutschen, aber auch (kontinental)europäischen (insbesondere französischen) familienbezogenen Forschung auf einem Teilgebiet insofern ein tendenziell weiter fortgeschrittener Stand ausmachen, als die theoretische Auseinandersetzung mit der gesellschaftspolitischen Reaktion auf Probleme der Familien und der Familienentwicklung ein vergleichsweise größeres Gewicht besaß, d. h. die Integration der gedanklichen Grundlagen einer *familienbezogenen Politik* in das Feld von family social science war lange Zeit über in den USA wohl vergleichsweise deutlich weniger entwickelt als in einigen europäischen Ländern. Erst in den 1990er Jahren hat sich die Familienpolitik in den USA fester etabliert.

Familie wurde und wird also aus unterschiedlichen Blickwinkeln gesehen, entsprechend ihrem Charakter als eines relativ „totalen“ im Sinne von ganzheitlichen Sozialgebildes. René König sprach, vielfach zitiert, von der „biologisch-sozialen Doppelnatur“ der Familie. Auch damit war im Grunde ein multidisziplinärer Zugang zur Familie angesagt. Die familienwissenschaftliche Forschung hat bisher jedoch noch nicht zu einem eigenen, in etwa geschlossenen wissenschaftlichen Fach geführt. Vielmehr tritt ihre multidisziplinäre Vielfalt ebenso hervor wie die wissenschaftstheoretische Pluralität. Was bisher insgesamt noch wenig entwickelt ist, ist die *integrative Bündelung und Verschränkung der verschiedenen disziplinären Ansätze* in einer interdisziplinär ausgerichteten Herangehensweise an den Forschungsgegenstand Familie. Wie fruchtbar diese sein könnte, zeigt sehr überzeugend etwa die Arbeit von F. X. Kaufmann über die Zukunft der Familie im vereinten Deutschland (Kaufmann 1995).

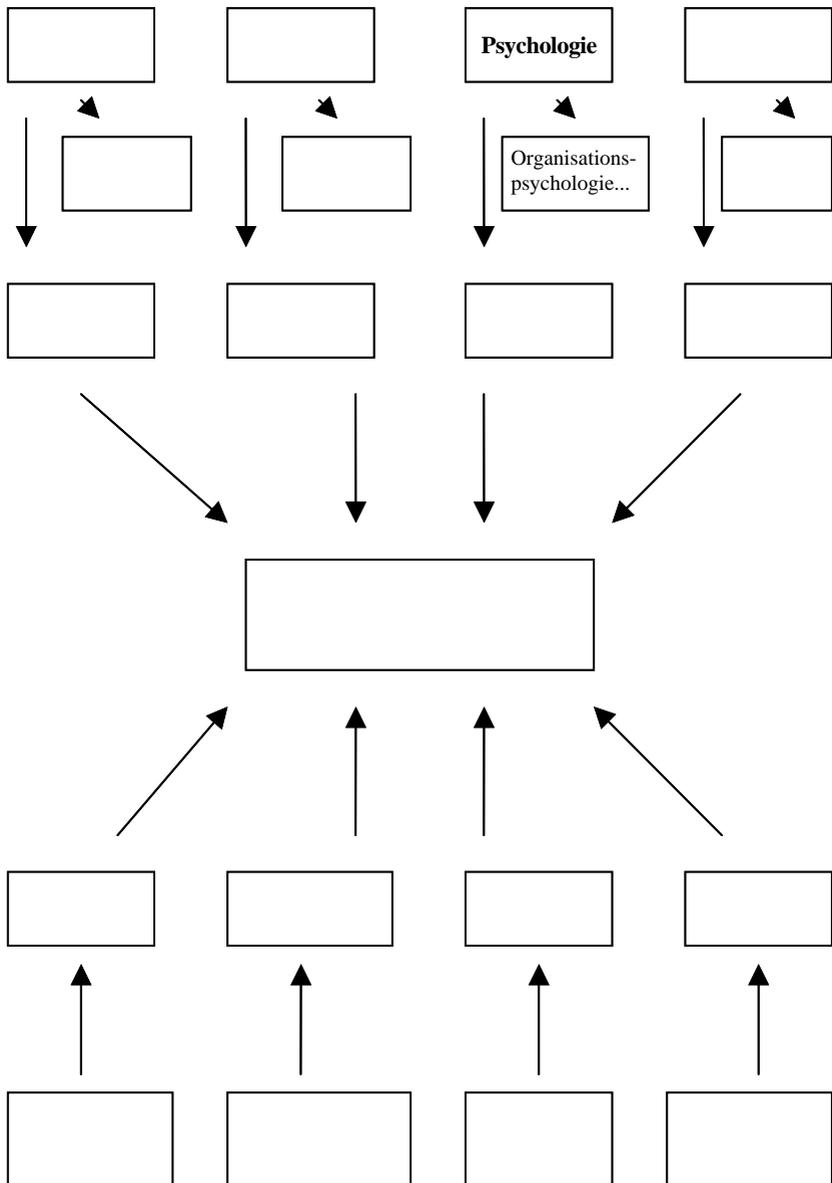
Der wissenschaftliche Zugang zum Gegenstandsbereich Familie wird im Einzelfall wesentlich von der grundständigen Ausrichtung des jeweiligen Wissenschaftlers bestimmt; in einer die Grenzen einer Einzeldisziplin überschreitenden Vorgehensweise erfährt Familie dann jedoch eine umfassendere wissenschaftliche Erfassung, die damit der Realität von Familie deutlich näher kommt, als dies aus dem Blickwinkel nur einer Disziplin der Fall sein

kann.¹ Der integrative interdisziplinäre Ansatz erscheint auch besonders wichtig, wenn es um die Anwendung von familienwissenschaftlichen Forschungsergebnissen in der Familienpolitikberatung geht. Für anwendungsbezogene, politikrelevante Analysen von Familie und familialen Lebenssituationen bleibt immer zu bedenken, dass die Lebenseinheit „Familie“ von einzelnen Teildisziplinen – wir kennen die so genannten „Bindestrichdisziplinen“ – nur begrenzt erfasst werden kann. Die einzelnen familienbezogenen Teildisziplinen sind auf einer ersten Ebene jeweils in ihrem umfassenderen sozial-, wirtschafts- bzw. rechtswissenschaftlichen „Ursprungsfach“, aus dem sie ausdifferenziert sind, verankert (wobei der bevölkerungswissenschaftliche Ansatz der Familiendemographie bereits selbst interdisziplinär orientiert ist). Sie lassen sich auf einer zweiten Ebene aber auch durch ihren gemeinsamen Forschungsgegenstand zusammenfassen und als Fach „Familienwissenschaft“ bündeln, wie in der nebenstehenden vereinfachten schematischen Übersicht angedeutet wird.

Den einzelnen Disziplinen kommt *je nach Fragestellung*, die es zu behandeln gilt, ein unterschiedliches Gewicht zu. Wo etwa eine wissenschaftlich abgesicherte Begründung speziell der Bedeutung der Familie (für den einzelnen und die Gesellschaft) im Vordergrund stünde, würden Disziplinen wie die Biologie, Anthropologie, Psychologie bis hin zur Pädagogik zusätzliches Gewicht gewinnen, weil etwa die familiensoziologischen wie auch die wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Ansätze dies nicht allein leisten könnten.

Für die ohnehin schwierige Bewältigung der Aufgabe der Zusammenführung der verschiedenen (Teil-)Disziplinen – erst recht für einen einzelnen Wissenschaftler – kann es sich anbieten, sich im Umgang mit einem Fach Familienwissenschaft im Bewusstsein der damit schon eintretenden Einengung auf einige Kern(Teil-)disziplinen zu beschränken, die geradezu als konstitutiv angesehen werden können und zu denen die Familienökonomie, -soziologie

1 Interdisziplinäre Ansätze gewinnen auch weit über die Familienforschung hinaus mehr und mehr Bedeutung, wie in jüngster Zeit die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaft an Daniel Kahneman zeigen mag, der gerade dafür ausgezeichnet wurde, dass er Einsichten aus der psychologischen Forschung in die wirtschaftswissenschaftliche Analyse integriert und damit wesentlich zu realitätsnäheren Ansätzen in den Wirtschaftswissenschaften beigetragen hat.



(einschl. der damit verwandten -psychologie), -demographie, -pädagogik sowie die familienbezogene Rechtswissenschaft und politische Wissenschaft gehören sollten. Jede Erweiterung der zu integrierenden Felder dürfte noch näher an das tatsächlich Leistbare heranführen. Für den konstitutiven Kernbereich sollte bei einer „Leit-“ oder „Eckprofessur“ für Familienwissenschaft die hauptsächliche Aufgabe in der interdisziplinären Integrationsleistung liegen. Deren Inhaber(in) sollte sich z. B. auf je eine Juniorprofessur aus den jeweiligen Kern(teil)disziplinen stützen können, für deren gemeinsame zielgerichtete Arbeit er (sie) die letzte Verantwortung trägt. Inwieweit sich dies auf absehbare Zeit in den unter großen finanziellen Restriktionen stehenden Universitätsstrukturen realisieren lässt, ist eine im Blick auf die Realisierungschancen wichtige, aber im Blick auf die wissenschaftspolitische Zielsetzung letztlich zweitrangige Frage. Von daher mag sich auch die Frage stellen, in wie weit nicht im außeruniversitären wissenschaftlichen Arbeitsfeld, so z. B. als Max-Planck-Institut für Familienforschung, günstigere Bedingungen geschaffen werden könnten.

Nun wird von Fachvertretern darauf hingewiesen, dass Wissenschaftsdisziplinen, in denen die Familie nicht nur eine marginale Rolle spielt, sich und den Gegenstand nicht aufgeben können und wollen (so z. B. der Oldenburger Erziehungswissenschaftler F. W. Busch, zugleich seit vielen Jahren Sprecher der Interdisziplinären Forschungsstelle Familienwissenschaft an der Oldenburger Universität). Zu diesem berechtigten Hinweis ist festzuhalten: Es wird gewiss weiterhin eine Familiensoziologie, -ökonomik, -pädagogik, -psychologie oder ein Familienrecht geben und für das Studium von (und die Ausbildung in) Soziologie, Ökonomik, Pädagogik und Psychologie bis hin zum Recht kann darauf nicht verzichtet werden. Die Frage ist jedoch, inwieweit für ganzheitliche Erklärungsansätze in Bezug auf familiäre Lebenswelten nicht *daneben* durch eine – in der Fächerbreite sicherlich nur begrenzt leistbare – Verknüpfung unterschiedlicher Teildisziplinen auf einer „zweiten Ebene“ ein „Verknüpfungsfach“ sui generis entstehen kann und sollte. Dies liefe darauf hinaus, dass es ein Nebeneinander gäbe von auch künftig weiterer Arbeit der „reinen“ Familiensoziologen, Familienökonomien usw., die an ihren disziplinspezifischen Problemdimensionen, Forschungsergebnissen und Verbesserungen von Methoden arbeiten, *und* einer Gruppe von Wissenschaftlern (unter Umständen mit personeller Überlappung), die sich auf die Integration der verschiedenen Disziplinaspekte spezialisiert haben. Letztere wären die eigentlichen Träger einer *interdisziplinär angelegten Familienwissenschaft*, die sich damit in gewissem Sinne als eine weitere Ausdifferenzie-

nung des Wissenschaftsspektrums und *zugleich* als eine Re-Integration möglichst ganzheitlichen wissenschaftlichen Denkens und Arbeitens – in diesem Falle im Blick auf die Lebensinheit Familie – darstellen würde. Meine im Folgenden noch näher zu begründende *These* ist, dass „*Familienwissenschaft*“ *so gesehen mehr ist als eine umgangssprachliche Sammelbezeichnung*.

Die (anvisierte) Familienwissenschaft stellt sich als ein Fach dar, das von seinem Gegenstand her auf die Familie (in ihren unterschiedlichen historisch bedingten und kulturell überformten Erscheinungsformen) spezialisiert und von seiner Herangehensweise an diesen Gegenstand durch eine betont interdisziplinäre Verknüpfung von disziplinspezifischen familienbezogenen Erkenntnisinhalten und methodischen Ansätzen charakterisiert ist. Insofern handelt es sich um eine spezielle, eine „eigene“ Fachrichtung, die sich bisher noch nicht in voller Breite und allgemeiner Anerkennung etabliert hat und erst recht noch nicht als universitäres Unterrichts- oder gar Prüfungsfach festes Element in den universitären Studien- bzw. Ausbildungsgängen ist.

Ein hier nicht näher zu behandelndes Beispiel für den Erkenntnisgewinn einer Kombination unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze mag die *Befassung mit den (Paar)Entscheidungen für oder gegen Kinder* sein – eine gegenwärtig hochaktuelle gesellschaftspolitische Frage angesichts der demographischen Problemlage unseres Gemeinwesens. Diese generativen Entscheidungen über die Weitergabe des Lebens fallen im Spannungsfeld von ökonomischen Kosten-Nutzen-Überlegungen, aber auch vor dem Hintergrund des Verhältnisses zwischen Motiven für Kinderhaben und Barrieren, die diesen Motiven entgegenstehen, sowie nicht zuletzt im Rückgriff auf Wertorientierungen der einzelnen, mit verinnerlichten, vielleicht auch religiös geprägten Normvorstellungen über den Wert von Kindern, Vorstellungen, die im Einzelfall weitgehend unbeeinflusst bleiben von im rationalen Diskurs auszumachenden Benachteiligungen, die unter den gegebenen Bedingungen mit der Entscheidung für Kinder verbunden sein können. Ein monoparadigmatisch rein familienökonomischer oder rein familiensoziologischer/-psychologischer Erklärungsansatz kann diesem komplexen Entscheidungsprozess kaum gerecht werden. Gerade auf Grund von qualitativen Analysen wird deutlich, dass eine ausschließlich utilitaristische Erklärung des generativen Verhaltens unzureichend ist, so dass Normen und vorherrschende kulturelle Deutungsmuster als nicht zu vernachlässigende Handlungsantriebe und -restriktionen bei Familiengründungsprozessen angesehen

werden müssen. Aber auch der Rückgriff auf das so wichtige persönliche Wertebewusstsein *allein* reicht zum Verständnis des tatsächlichen generativen Verhaltens wiederum nicht aus. Wenn die sozialökonomischen Rahmenbedingungen Entscheidungen für (mehrere) Kinder wirtschaftlich einfach als „unvernünftig“ erscheinen lassen (weil die Eltern sich in unteren bis mittleren Einkommensschichten damit z. B. selbst tendenziell in relative Armut hineinmanövrieren oder Frauen sich bei Entscheidung zu mehreren Kindern mit voller Konzentration auf die Betreuung und Erziehung in der Kleinkindphase allzu leicht in ihrer beruflichen Biographie „abkoppeln“), ist zu erwarten, dass die Entscheidungen für Kinder weithin auf der Strecke bleiben und auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene hinter einem „gesellschaftlich erwünschten“ Niveau zurückbleiben. Umgekehrt reicht der Rückgriff auf eine Opportunitätskostenbetrachtung, wie sie von der Familienökonomik herausgearbeitet worden ist, *allein* nicht aus. Wenn die wirtschaftliche Familienförderung noch so hoch ist, aber das Wertebewusstsein in Bezug auf Kinder in der eigenen Biographie fehlt, kann ebenfalls mit Entscheidungen für Kinder kaum gerechnet werden.

2 Möglichkeiten und Grenzen einer interdisziplinär oder gar transdisziplinär angelegten Familienwissenschaft

Den Problemen der Grenzüberschreitung von Einzeldisziplinen soll im Folgenden noch etwas näher nachgegangen werden. *Interdisziplinarität* in der Familienwissenschaft bedeutet, Familienprobleme durch die Brille unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze mit Berücksichtigung ihrer jeweiligen Erkenntnisinhalte zu untersuchen, womit letztlich in der Zusammenschau ein schärferer Blick auf die Problemdimensionen des Forschungsobjekts Familie gewonnen wird. Für eine auch praxis- und familienpolitikorientierte familienwissenschaftliche Arbeit ergeben sich immer wieder disziplinübergreifende Fragestellungen, für deren Bearbeitung die Beiträge mehrerer Disziplinen zusammengeführt werden müssen. Allerdings ist es sehr viel leichter, „Interdisziplinarität“ zu postulieren, als konsequent zu realisieren. „Interdisziplinäre Arbeit wird viel gefordert und viel gelobt, aber wenig praktiziert, weil es erhebliche Schwierigkeiten bereitet und viel Mühe erfordert“ (Püttner 2000, 8). Das interdisziplinäre Vorgehen bedingt Kommunikation zwischen den Vertretern der einzelnen Disziplinen, die ihre je eigene Sichtweise, aber eben auch ihren nur „partikulären Blick“ einbringen und von denen keine die Familie in ihrer Ganzheit zu erfassen vermag. Das

Erkenntnisinteresse der einzelnen familienrelevanten Disziplinen richtet sich je nach ihren disziplinspezifischen Methoden und Forschungsgegenständen jeweils auf bestimmte Aspekte von Familie und familialem Handeln. Obwohl die Realität von Familien einen gemeinsamen Bezugspunkt bildet, kann schon die definitorische Abgrenzung von Familie je nach Ausgangsdisziplin und deren spezifischen Erkenntnisinteressen verschieden sein. In der Addition, mehr noch: in der wechselseitigen Verknüpfung erst lässt sich ein Gesamtbild von Familie und Familienproblemen gewinnen, aus dem sich vertiefere und umfassendere Einsichten ergeben, als der einzelne Fachvertreter durch seine spezielle Brille hätte gewinnen können.

Dies setzt allerdings die Bereitschaft voraus, in gewissem Grade „disziplinäre Scheuklappen“ abzulegen; aber auch die Fächergrenzen sind durchlässiger zu machen, und erst recht sind methodische Engführungen zu vermeiden. Deshalb werden die Vertreter der einen Disziplin verstärkt in theoretischen Ansätzen einer benachbarten Disziplin geschult sein müssen, um diese Ansätze dann auch selbst anzuwenden. Sie bleiben zwar Vertreter ihrer „Herkunftsdisziplin“ und wechseln nicht ihr Fach, sie werden auch nicht zu einem wissenschaftlichen „Chamäleon“; aber sie erweitern – ohne ihre Herkunftswissenschaft zu verleugnen – ihre wissenschaftliche Kompetenz in einer Weise, dass sie zur effizienteren Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Disziplinen sehr viel besser befähigt sind. Erst recht für eine *praxisorientierte* wissenschaftliche Befassung mit dem Gegenstandsbereich Familie werden es sich Vertreter unterschiedlicher Disziplinen immer weniger leisten können, einander so zu ignorieren, wie dies in der Vergangenheit weithin noch der Fall war. (Ein insgesamt recht gelungenes Beispiel für interdisziplinäre Zusammenarbeit bildet der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesfamilienministerium.) Ein nachhaltiges Plädoyer für sehr viel mehr Interdisziplinarität an deutschen Universitäten findet sich in jüngerer Zeit in den Vorschlägen der „Dohnanyi-Kommission“.²

2 Die Kommission, die die Hochschulen Hamburgs zum Vorreiter einer grundlegenden Reform machen möchte, glaubt für Deutschland überhaupt einen Mangel an Interdisziplinarität (und Flexibilität) ausmachen zu können. Dem soll durch Auflösung von Instituten und die Zusammenlegung vieler Fächer zu größeren Einheiten begegnet werden; die Studierenden sollen in interdisziplinär angelegten Einheiten („Modulen“) studieren. In einer deutlichen Kritik an den Kommissionsvorschlägen bemerkt allerdings Dorothea Frede demgegenüber (Frede 2003), die hohen Erwartungen an die Interdisziplinarität in Forschung und Lehre markierten einen seltsamen deutschen Sonderweg, und hält fest, „dass die Götter vor die Interdisziplinarität die Disziplinarität gesetzt haben“. Mit Blick auf

Wenn auch der Ruf nach mehr Interdisziplinarität in der sozial- und familienwissenschaftlichen Forschung unüberhörbar ist, bleibt bei näherem Hinsehen indessen festzuhalten, dass damit inhaltlich durchaus *unterschiedliche Tatbestände* gemeint sein können. Luhmann verweist im Blick auf interdisziplinäre Forschung auf zahlreiche entsprechende wissenschaftspolitische Appelle und organisatorische Anstrengungen, betont andererseits aber auch, dass interdisziplinäre Forschungen nicht den Anspruch darauf erheben, sich den Disziplinen überzuordnen und zu kontrollieren oder zu regulieren, was in den Disziplinen geschieht (Luhmann 1990, 457 ff.). Er fragt, ob es überhaupt sinnvoll sei, unter dem Stichwort „Interdisziplinarität“ einen einheitlichen Tatbestand zu erwarten, und macht *drei sehr unterschiedliche Reaktionen* auf die Ausdifferenzierung der Disziplinen und ihre Abgrenzung gegeneinander aus:

1. Einmal könnten Disziplinen aus Kontakten mit anderen Disziplinen lernen, wobei solche Anstöße von der Einzeldisziplin her gesehen den Charakter des Zufalls hätten („okkasionelle Interdisziplinarität“).
2. Sodann trete Interdisziplinarität schon stärker verdichtet dort auf, wo es zu zeitlich begrenzten interdisziplinären Projekten kommt, bei denen verschiedene Disziplinen kooperieren und interdisziplinäre Forschung problembezogen veranstaltet wird, ergänzend zu den Forschungen, die in den einzelnen Disziplinen geschehen („temporäre Interdisziplinarität“).
3. Einen dritten Weg sieht er bei Unternehmungen, die als „*transdisziplinäre*“ bezeichnet werden: „Anders als normale Disziplinen werden solche transziplinären Fächer von vornherein von einem Paradigma aus gegründet“ (Luhmann 1990, 459). Dies gebe ihnen ihre Eigenart und Unverwechselbarkeit (wobei aber offen bleibe, was mit einem solchen Fach geschieht, wenn es als Ergebnis eines grundlegenden Wechsels in der Sichtweise zu einem Paradigmenwechsel komme).

Kurzstudiengänge heißt es sehr anschaulich: Um über den Tellerrand schauen zu können, brauche man zunächst einen Teller. Dieser Hinweis einer Kennerin der Universitätslandschaft in den Vereinigten Staaten verdient auch speziell im vorliegenden Zusammenhang besondere Beachtung. Ein interdisziplinärer Enthusiasmus kann in der Tat leicht dazu (ver)föhren, interdisziplinäre Zusammenarbeit zu favorisieren, *ohne* das eigene Herkunftsfach gründlich zu kennen.

Luhmann selbst wählt als Paradigma aus den Grundlagen der Systemtheorie die „Selbstorganisation“ bzw. „Selbstreferenz“, die in verschiedenen Disziplinen als anwendbare Begriffe angesehen werden. Für Luhmann erscheint es nicht schwierig sich vorzustellen, dass in allen drei Hinsichten mehr als bisher erreicht werden könnte; zugleich werden mit dieser Typenbildung für ihn aber auch die Grenzen des Erreichbaren sichtbar. Letzteres kann nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden, ebenso wie die Notwendigkeit, im Blick auf eine Familienwissenschaft, die sich als auf dem Weg zum Status einer Transdisziplin verstehen möchte, noch ganz erhebliche (Vor-)Arbeit zu leisten, und zwar insbesondere in grundlagentheoretischer Hinsicht, aber auch in der anwendungstheoretischen Forschung, die überall dort gefordert ist, wo es um die Auseinandersetzung mit den Wirkungen (und den beabsichtigten wie unbeabsichtigten Nebenwirkungen) familienbezogener politischer Maßnahmen geht.

Für die Familienwissenschaft kann es demgemäß nur auf weitere Sicht als (Fern-)Ziel angesehen werden, dass ihr der Status der *Transdisziplinarität* zugestanden wird, d. h. derjenige einer Wissenschaftsform, die problembezogen über die einzeldisziplinäre Konstitution hinausgeht, ein Status, wie ihn Klaus König der (kontinentaleuropäischen) *Verwaltungswissenschaft* nach ihrem heutigen Stand zugesteht, mit Berufung auf den Begriff der *Transdisziplinarität* (bei J. Mittelstrass), der in der neueren Wissenschaftstheorie in erster Linie als Forschungsprinzip und erst in zweiter Linie als theoretisches Prinzip verstanden werde.³ Auf dem Wege zu einem eigenen (transdisziplinären) Fach kommt dem bereits im Gang befindlichen Prozess besondere Bedeutung zu, der zu einer weiteren interdisziplinären Öffnung familienrelevanter Fächer führt. Mit einer solchen Öffnung rücken die familienrelevanten Fächer aus dem Kästchen des eingeschliffenen Wissenschaftsbetriebs näher an die praktisch erfahrbaren familialen Problemlagen heran. Wenn sich die Familienwissenschaft auf weitere Sicht in Richtung der dritten von Luhmann unterschiedenen Kategorie von Interdisziplinarität (im Sinne der Transdisziplinarität) etablieren möchte, bedarf es dazu einer gründlichen integrierenden familienwissenschaftlichen Reflexion, in der sich auch fami-

3 Zum Rückgriff auf den systemtheoretischen Ansatz von N. Luhmann auf die familienwissenschaftliche Fragestellung siehe besonders auch B. Eggen, Familienwissenschaftliche Forschungsstelle (FaFo) im Stat. Landesamt BW, etwa in dem Beitrag „Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Familie“ zu dem Hauptartikel von K. Lenz (2003): Familie – Abschied von einem Begriff? In: *Erwägen – Wissen – Ethik* 14, 3, S. 485-498.

lienbezogene praktische Handlungsfelder (von der Familienarbeit über die Familienpädagogik bis zur Familienpolitik) gut wieder erkennen können. Hier liegen noch große zu bewältigende Aufgaben für die nachwachsenden Wissenschaftlergenerationen.

Für die Familienwissenschaft stellt sich sodann die Frage, wie es gelingen kann, eine dafür erforderliche übergeordnete, die einzelnen Disziplinaspekte verklammernde *gemeinsame Basis* zu gewinnen. Könnte diese etwa in der Einzelhaftigkeit *und* Gemeinschaftsbezogenheit des Menschen, also in seiner *personalen* und damit auch *familialen* Existenz gesehen werden? Bestimmte *zentrale „Schlüsselbegriffe“* können dabei als Ansatzpunkte für Theorieelemente dienen. Als solche ließen sich meines Erachtens die zentralen Aufgaben und personprägenden und gesellschaftsordnenden *Leistungen und Wirkungen* von Familien gegenüber den einzelnen Familienmitgliedern wie auch gegenüber den größeren gesellschaftlichen Einheiten und der Gesamtgesellschaft benennen, die erwarteten Leistungen und die tatsächlich erbrachten Leistungen (= „Wirkungen“). Dazu gehören zugleich wichtige wechselseitige Vermittlungsleistungen zwischen dem Einzelnen und der vielfältig gegliederten Gesellschaft. Mit dieser Sicht der Familie als eines hochbedeutsamen intermediären Sozialgebildes mit seinen (familienpolitisch anzuerkennenden) familialen Leistungen verbindet sich der Aspekt der nachweislichen *Leistungsbehinderungen* (die Ansatzpunkte für familienpolitische Interventionsstrategien bezeichnen). Schließlich gilt es, die *Leistungsgrenzen* zu sehen, die durch die Grundstrukturen von Familien gegeben sind, aus denen heraus Familien an ihre „Grenzen“ stoßen, und die auf die Eingebundenheit der Familien in das gesellschaftliche Gesamtsystem verweisen.

Die familienwissenschaftliche Forschung wird sich in diesem Kontext mit Positionen auseinandersetzen müssen, die auf eine „funktionalistische“ Sicht von Familie hinauslaufen, aus der heraus den Familien eine reine „Dienstleistungsfunktion“ gegenüber der Gesellschaft zugesprochen wird, Familie also ausschließlich von der Gesellschaft her gesehen und in der Folge „instrumentalisiert“ wird.⁴ Einer solchen Sichtweise wird vor allem auf dem Hintergrund eines personalen Menschenverständnisses schon dort begegnet, wo die Leistungen der Familien, die diese in ihrer – relativen – Eigenständigkeit und Autonomie mit ihrem auch institutionellen Charakter gegenüber

4 Zur Kritik an einer solchen Sichtweise vgl. Wingen 1994, 9f.

dem einzelnen (Familienmitglied) erbringen, eine gegenüber gesellschaftsbezogenen Leistungen gleichgewichtige Beachtung finden.

Ein besonderes Problem liegt bei der Entwicklung zu mehr Interdisziplinarität bzw. Transdisziplinarität darin, im Dialog zwischen den Disziplinen die Bedeutung der verschiedenen disziplinären Brillen problembezogen richtig abzuwägen, um ein oft komplexes Problem der Familie als Einheit, in Teilen vielleicht sogar als widersprüchliche Einheit, erfassen zu können (siehe z. B. die von K. Lüscher in jüngerer Zeit besonders herausgearbeitete Ambivalenz der Generationenbeziehungen in der Familie). Mit dem bloßen Appell für eine „ganzheitliche“ Erfassung des Gegenstands Familie ist allein noch keine Erkenntnis gewonnen, sondern wird nur erst das Bewusstsein für die Notwendigkeit geschärft, sich darum durch Integration der vorhandenen Detailansätze und -lösungen zu bemühen. Dies wiederum macht eine Vermittlungs- oder Übersetzungsarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen mit ihren je eigenen Wissenschafts*sprachen* und Modellen erforderlich, damit die notwendige Verständigung erreicht werden kann. Immer wieder muss der Gefahr begegnet werden, die eigenen partiellen Erklärungen zur einzig zulässigen Erklärung der Wirklichkeit von Familie zu machen, und das Bewusstsein dafür ist wach zu halten, dass verschiedene wissenschaftliche Zugriffsweisen ihre Berechtigung haben. Geht es doch um verschiedene Betrachtungsweisen der *einen* Wirklichkeit.

3 Zur praktischen Bedeutung der familienwissenschaftlichen Forschung und Lehre

Auf dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen wäre die bereits angesprochene *Ausbildung* neu zu bedenken. Die Ergebnisse der angewandten Familienforschung sollten ja nicht nur in die Lehre, sondern *über die familienwissenschaftliche Politikberatung hinaus auch für freie gesellschaftliche Träger als Orientierungshilfen* zur Verfügung stehen. Adressaten sind damit gerade auch Nachwuchskräfte im Tätigkeitsfeld von Familienbildungs- und -beratungsarbeit und im Feld kommunaler Familienpolitik sowie nicht zuletzt in der Wirtschaft (Unternehmen mit einer familienbewussten Personalpolitik) und in Sozialverbänden, die künftig allesamt vermehrt Bedarf an familienwissenschaftlich vorgebildeten Mitarbeitern haben dürften. Für sie gewinnt eine stärker interdisziplinär orientierte Ausbildung angesichts der Praxisbedürfnisse besondere Bedeutung. Deshalb stellt sich die Frage, ob und in wie weit hier nicht die Entwicklung hin zu einem eigenen Ausbil-

dungsgang angestrebt werden sollte. Der Erwerb und die Verbreitung familienwissenschaftlichen Wissens erscheinen für zahlreiche andere fachgebundene Ausbildungsgänge ausgesprochen hilfreich. Hier könnte sich daher nicht nur ein (betont interdisziplinär orientiertes) Nebenfach auf dem Weg zum Bachelor-Abschluss anbieten, sondern es könnte auch in Betracht kommen, ein Postgraduierten-Fach auszubilden für diejenigen, die eine andere Fachausbildung schon abgeschlossen haben. Dies liefe dann auf einen praxisrelevanten Abschluss als Ergänzung eines vorausgegangenen Erststudiums hinaus, der zu einer „Doppelqualifikation“ führt, die zu besonderen Startvorsprüngen beim Berufseintritt führt. Innovativen Studiengängen fiel hier die Aufgabe zu, sich nicht zu ausschließlich an dem beobachtbaren Status quo der praktischen Arbeitsfelder zu orientieren, sondern auch Fortentwicklungen zu *antizipieren*, die in der Praxis noch nicht oder erst unzureichend wahrgenommen werden. Deshalb erscheint es wichtig, dass die Universitäten diejenigen Forschungsfelder definieren und den Blick auf solche Studiengänge richten, die in zehn Jahren nachgefragt werden.

Zu der immer wieder einmal gestellten Frage, ob ein solches Fortschreiten im Wissenschaftsprozess in Richtung eines interdisziplinären oder gar transdisziplinären Fachs Familienwissenschaft überhaupt erforderlich erscheint, sei eine Antwort in Form einer Gegenfrage gegeben: Rechtfertigt es sich nicht allein schon aus den Bedürfnissen der Praxis? Den Familien als gesellschaftlichen Grundeinheiten mit ihrem für den Einzelnen und die größeren gesellschaftlichen Gebilde hoch bedeutsamen Aufgaben- und Leistungsspektrum wird es nicht gerecht, sie (nur) in verschiedenen Disziplinen „mitzubehandeln“; sie sind darüber hinaus als gesellschaftliche Grundeinheiten von einem möglichst ganzheitlichen wissenschaftlichen Ansatz her zu sehen und zu untersuchen, um dem Forschungsgegenstand wirklich gerecht werdende Ergebnisse zu erarbeiten, die auch der praktischen Politik hilfreich sein können – von der als Querschnittspolitik zu verstehenden und damit auch ganzheitlich zu sehenden Familienpolitik auf den verschiedenen politischen Entscheidungsebenen über die Familienbildungsarbeit bis hin zur familienbezogenen Jugend- und Sozialarbeit.

Für eine betont praxisorientierte Forschung sind freilich die „*Übersetzungs*“-Probleme und die Probleme der *Umsetzung* der Ergebnisse besonders zu sehen und mit Rücksicht auf die Effizienz der anwendungsorientierten Forschung zu beachten, wobei die Forschung Entscheidungshilfen und vielleicht auch Handlungsalternativen anbieten, aber die politischen Entscheidungen

nicht ersetzen kann. Für deren Wirkung im Prozess der politischen Entscheidungsfindung ist neben der Qualität der Ergebnisse die Art und Weise wichtig, wie diese Ergebnisse angeboten (und im Grunde auch schon, wie sie nachgefragt werden, denn bereits von der Zielgenauigkeit der Formulierung der Fragestellung hängt die Verwendbarkeit der Ergebnisse wesentlich mit ab). Beim Einsatz von wissenschaftlichen Beratungsgremien erscheint es nach aller Erfahrung sehr nützlich (wenngleich es zu wenig beachtet wird), wenn dabei Vertreter des politischen Handlungsfeldes unmittelbar in wechselseitiger Diskussion einbezogen werden. Eine der wirkungsvollsten Vermittlungen von familienwissenschaftlichen Forschungsergebnissen an die Praxis bildet sicherlich auch eine entsprechende *Ausbildung an den Universitäten*, bei der Wissenschaft und Praxis entsprechend verbunden sind, ergänzt freilich durch berufsbegleitende Fortbildung.

Da zur Familienwissenschaft auch die gedankliche Klärung der *theoretischen Grundlagen der Familienpolitik* gehören sollte, wird das inhaltliche Verständnis von Familienwissenschaft nicht nur die familienwissenschaftlichen Analysen zur Familie mit dem Ausschöpfen der Erklärungspotentiale der unterschiedlichen familientheoretischen Ansätze umfassen müssen, sondern auch die wissenschaftliche Durchdringung des familienpolitischen Handlungsfeldes im Sinne der *Lehre von der Familienpolitik* (wissenschaftliche Familienpolitik-Lehre im Unterschied zur praktischen Familienpolitik) mit in ihr durchschlagenden bereichsübergreifenden, wertbesetzten Leitbildern (im Sinne von gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen) und mit bereichsspezifischen Ziel-Mittel-Systemen sowie in der Ausformung mit ihren Aspekten von policy, politics und polity (vgl. Wingen 1997). Dabei wird man auf die – oft in internationalen Vergleichen besonders sichtbar werden – unterschiedlichen Grundverständnisse von Familienpolitik stoßen, die es herauszuarbeiten gilt.

Mit einer in der familienwissenschaftlichen Arbeit im interdisziplinären Ansatz zu entwickelnden Theorie einer rationalen Familienpolitik, wozu der Beitrag der politischen Wissenschaft unentbehrlich ist, werden zwangsläufig auch normative Elemente in die Betrachtung einbezogen werden müssen. Dabei bedarf eine Theorie der Familienpolitik, die auch normative Aspekte einschließt, stets der Untermauerung durch im rationalen Diskurs gewonnene Sachargumente. Normativ mitbestimmte politische Entscheidungen sind damit nicht nur als bewusste Wertentscheidungen offen zu legen, sondern rational zu begründen. Dazu gehören auch empirische Nachweise der *Wir-*

kungen unterschiedlicher familialer Lebensmuster und familienpolitischer Rahmengestaltungen familialer Entwicklungen. Im interdisziplinären Ansatz kommt deshalb gerade auch *politikwissenschaftlichen* Grundlagen eine besondere Bedeutung zu für eine *familienwissenschaftlich begründete Theorie der Familienpolitik*, die in eine übergeordnete soziale Ordnungspolitik mit Werturteilen über ihre Prinzipien integriert ist. Die Grundlagen einer solchen Familienpolitik werden um so tragfähiger und überzeugender sein, je besser eine – von interessenkämpferischen und (partei)machtpolitischen Verzerrungen freie – gedankliche Aufhellung ihres Gegenstandes gelingt.

Hier wären neben der Weiterentwicklung von Wirkungsanalysen zu familienpolitischen Maßnahmen im Blick auf aktuelle familienpolitische Probleme eine Reihe von *Desiderata* zu benennen, die für die familienwissenschaftliche Forschung anstehen, so *beispielsweise*

- die weitere Klärung der bisher keineswegs ausreichend untersuchten problemangemessenen Gewichtung von individuellen Transferleistungen und demgegenüber kollektiven Sach- und Dienstleistungen für Familien in einem auf Rationalität bedachten familienpolitischen Gesamtkonzept;
- die Ausformulierung eines praktikablen, betont auf die Eigenverantwortung abgestützten Modells der intertemporalen Einkommensumschichtung von Lebenseinkommen beim Einzelnen für die Weiterentwicklung einer familiengemäßen Einkommensgestaltung (im Grunde müsste der „Schreiber-Plan“ zeitgemäß neu geschrieben werden, der bei der Rentenreform von 1957 nur zur Hälfte verwirklicht wurde, woran unsere Politik des Familienlastenausgleichs bis heute krankt);
- die konkreten familienpolitischen Konsequenzen, die sich für das Profil einer ganzheitlichen Familienpolitik ergeben, die z. B. die generative Funktion der Sicherung der Generationenfolge nicht so ausblenden darf, wie dies bisher der Fall war;
- die vertiefte Analyse der wechselseitigen Abhängigkeit des Erfolgs eines bestimmten familienpolitischen Ansatzes von der gleichzeitigen erfolgreichen Verwirklichung benachbarter Teilziele, was sich z. B. für die Zuordnung von unterschiedlichen Teilzielen und Instrumenten im Blick auf die konfliktfreiere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit aufzeigen ließe;
- Abklärung des Standorts einer Familienpolitik als gesellschaftlicher Querschnittspolitik in einer Kompetenzordnung der EU.

Im Blick auf die Praxisbedürfnisse ist hier zugleich auf die Zweckmäßigkeit einer *institutionell unterstützten Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis* (also der praktischen Familienarbeit und -politik) hinzuweisen. Diese kann der wissenschaftlichen Reflexion der familienbezogenen Arbeit, aber auch umgekehrt der Orientierung der familienwissenschaftlichen Forschung über die tatsächlichen Bedürfnisse in der Praxis dienen. Hier kann ein wechselseitiger Wissenstransfer stattfinden mit Freisetzung von Lernpotentialen auf *beiden* Seiten. In der familienwissenschaftlichen Politikberatung nehmen so die Träger dieser Beratung zumindest in gewissen Grenzen mittelbar am Prozess des policy-making teil. Im Feld der familienwissenschaftlichen Politikberatung gibt es freilich nicht selten einen mangelnden Konsens zwischen Vertretern der Wissenschaft und der Politik über unterschiedlich angelegte und damit zu unterschiedlichen Konsequenzen für die Beteiligten führende Muster von (sozial)wissenschaftlicher Politikberatung („dezisionistisches“, „technokratisches“ und „pragmatisches“ Muster).

4 Familienwissenschaft auf dem Weg zu einem transdisziplinären Fach? – Ein Ausblick

Eine Familienwissenschaft mit dem Anspruch, auf dem Weg zu einem grundsätzlich interdisziplinär angelegten, in der Zielorientierung sogar transdisziplinären Fach zu sein, wird sich vorerst immer wieder wissenschaftstheoretisch zu rechtfertigen haben (was freilich ihrer methodologischen Reflexion auch wiederum förderlich sein kann). Unbestritten dürfte – auch im Blick auf die angesprochenen Beispiele – die Bedeutung eines verstärkten interdisziplinären Austausches sein, von dem bei konkreten Problemstellungen nach allen Erfahrungen fruchtbare Ergebnisse erwartet werden dürfen. Ziel wird aber darüber hinaus sein müssen, konsequent die Möglichkeiten *und* Grenzen eines transdisziplinär orientierten Fachs Familienwissenschaft zu bedenken. Nach dem heutigen Erkenntnisstand bleibt die Frage, inwieweit sich dieses Ziel tatsächlich wird verwirklichen lassen. Insofern konnte es sich an dieser Stelle um nicht mehr als einige Vorüberlegungen zur Begründung der Familienwissenschaft handeln, – mit dem denkbaren Fernziel einer noch weiter auszulotenden Transdisziplinarität.

Ein Fach Familienwissenschaft wird auf jeden Fall um seine Anerkennung kämpfen müssen; für die Überwindung eines anfänglichen Anerkennungsdefizits wird die überzeugende Bewältigung der innovativen Aufgaben, die sich ihm stellen, besonders wichtig sein. Die Anerkennung in der „scientific

community“ wird wohl erst dann erreicht werden können, wenn dazu *mehrere Voraussetzungen* geschaffen sind:

- Ein eigenes Fach Familienwissenschaft sich konzeptionell vorzustellen und auch zu wollen ist eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für seine Etablierung. Diese hängt auch von Faktoren des jeweiligen kulturellen Systems ab, von den Gegebenheiten einer Gesellschaft, in der nicht nur ein interdisziplinäres Wissenschaftsverständnis als solches auf eine gewisse Anerkennung stößt, sondern auch der Forschungsgegenstand Familie (in ihren unterschiedlichen äußeren Erscheinungsformen) eine hohe (nicht nur verbale) Dignität im Raum der Politik – mit entsprechenden finanziellen Handlungsspielräumen für familienwissenschaftliche Arbeiten im Gefolge – besitzt.
- Solange eine Institutionalisierung der Familienwissenschaft (als eigenes Fach) sich erst anbahnt, aber gezielt angestrebt wird (siehe auch die vorgesehene spezielle (Stiftungs-)Professur für Familienwissenschaft an der Universität Erfurt), kommt es vor allem darauf an, die interdisziplinäre Öffnung der familienrelevanten Disziplinen voranzubringen und *zugleich* die Ansätze zur Bildung einer Familienwissenschaft als einer „Integrationswissenschaft“ auszubauen. Das Verhältnis von „Familienwissenschaften“ im Sinne familienbezogener Disziplinen und einer integrativen Familienwissenschaft (im Singular) verweist in dieser Sicht *nicht* auf eine sich ausschließende Alternative, sondern eher auf einen zweigleisigen Weg der Weiterentwicklung der familienwissenschaftlichen Forschung und Lehre.
- Ein integrativer Forschungsvollzug sollte sich möglichst weitgehend auch in der konkreten familienwissenschaftlich orientierten Ausbildung wiederfinden und sich in der Bereitstellung von brauchbarem *Orientierungswissen* für das praktische (politische und pädagogische) Handeln in der Gestaltung der Lebensverhältnisse von Familien bis in familienorientierte gesellschaftspolitische Reformprozesse hinein bewähren.
- Schließlich werden spezielle Erkenntnisinteressen auszubilden sein, die über partikulare Erkenntnisinteressen verschiedener familienrelevanter Disziplinen hinausgehen und auf familienbezogene integrierende Erkenntnisleistungen abzielen, die dann wiederum auch einem – überzeugend zu artikulierenden – Bedarf an Aus- und Fortbildung von Führungspersonal in familienrelevanten Arbeitsfeldern entsprechen.

So gesehen ist der Weg hin zu einem interdisziplinären, im (Fern-)Ziel sogar transdisziplinär ausgerichteten Fach Familienwissenschaft wohl doch kein abenteuerliches Unterfangen. Familienwissenschaft ist keine Schimäre; auf ihre Etablierung hinzuwirken und über die verschiedenen familienbezogenen Disziplinen („Familienwissenschaften“) hinaus zu *einer* Familienwissenschaft vorzustoßen erscheint vielmehr als Ausdruck eines „realistischen Utopiequantums“ im Prozess der Weiterentwicklung der Wissenschaften. Diese sollte nicht nur als immer weiter fortschreitende Ausdifferenzierung gesehen werden, sondern als gleichzeitige begrenzte Re-Integration einzeldisziplinärer Ansätze, wo dies die ganzheitliche Erfassung der Forschungsobjekte erfordert. Von der Interdisziplinären Forschungsstelle Familienwissenschaft an der hiesigen Universität dürfen dafür sicherlich weitere wichtige Impulse erwartet werden. Den daran Beteiligten wünsche ich weiterhin viel Erfolg!

Literatur

- ADAMS, B.N. (1988): Überblicksartikel. In: Journal of Marriage and the Family.
- BUSCH, F.W./LOGEMANN, N. (Hg.) (2004): Forschungen zur Familienwissenschaft. Oldenburg.
- EGGEN, B. (2003): Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Familie. In: Erwägen – Wissen – Ethik 14, 3, S. 512-514.
- FREDE, D. (2003): Was deutschen Universitäten an Reformunfug blüht: Hamburg als Exempel. In: FAZ v. 7.4.2003.
- KAUFMANN, F.-X. (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.
- LUHMANN, N. (1990): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M.
- NAVE-HERZ, R.: Gegenstandsbereich und historische Entwicklung der Familienforschung. In: R. Nave-Herz u. M. Markefka (Hg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Band 1: Familienforschung. Neuwied u. Frankfurt a. M. S. 1-17.
- NAVE-HERZ, R./MARKEFKA, M. (Hg.) (1989): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band I: Familienforschung. Neuwied u. Frankfurt a. M.

- PÜTTNER, G. (2000): Verwaltungslehre. Ein Studienbuch. 3. Auflage. München.
- WINGEN, M. (1994): Familienpolitik – Theoretische Grundlagen und praktische Probleme im Überblick. In: Wingen, M.: Zur Theorie und Praxis der Familienpolitik. Frankfurt a. M.
- WINGEN, M. (1997): Familienpolitik – Grundlagen und aktuelle Probleme. UTB-Bd. Nr. 1970. Stuttgart.
- WINGEN, M. (2002): Art. Familienwissenschaft. In: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hg.): Fachlexikon der sozialen Arbeit. 5. Auflage. Frankfurt a. M. S. 332.
- WINGEN, M. (2003a): Profilbildung an den Universitäten – Das Beispiel Familienwissenschaft. In: W. Bergsdorf (Hg.): Erfurter Universitätsreden 2003. München. S. 29-64.
- WINGEN, M. (2003b): Anmerkungen zu Stand, Schwerpunkten und Desideraten familienwissenschaftlicher Forschung aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. In: A. Habisch, H.-L. Schmidt u. M. Bayer (Hg.): Familienforschung interdisziplinär. Eichstätter Symposium zu Familienwissenschaften. Connex gesellschaftspolitische Studien. Band 3. Graftschaft. S. 17-32.
- WINGEN, M. (2003c): Familienwissenschaft im Anspruch der Familienpolitikberatung. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl. Heft 2/2003. S. 65-72.
- WINGEN, M. (2004): Auf dem Wege zur Familienwissenschaft? Vorüberlegungen zur Grundlegung eines interdisziplinär angelegten Fachs. In: F. Ettrich, A. Scherzberg u. G. Wegner (Hg.): Erfurter Beiträge zu den Staatswissenschaften. Heft 4. Berlin.

Heike Matthias-Bleck

Die gesellschaftliche Etablierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

Im gesellschaftlichen Modernisierungsprozess werden immer mehr Lebensformen legitim. Dazu haben verschiedene Entwicklungen beigetragen. So haben unter anderem der Wertewandel und veränderte rechtliche Kontextbedingungen, der Wandel der Sozialstruktur und ihrer sozialen Milieus, die Wohlstandssteigerung, die erhöhte Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Frauenbewegung und die Studentenunruhen, das Aufweichen religiöser und kirchlicher Bindungen sowie die Liberalisierung der Sexualmoral veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen nach sich gezogen. Auf dieser Grundlage sind Individualisierungsprozesse abgelaufen, die unter anderem einen Bedeutungsrückgang des Standardmodells des Normallebensverlaufs und die Verbreitung von nichtehelichen Lebensformen zur Folge haben. Ehe und Elternschaft haben sich von einer biographischen Selbstverständlichkeit zu einer Option unter anderen entwickelt, sie unterliegen der freien Wahl und der individuellen Entscheidung. Nichtkonventionelle Lebensformen – wie nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, gewollt kinderlose Ehen oder Alleinerziehende – haben in den letzten Jahren eine enorme Verbreitung erfahren.¹ Mit der Verbreitung nichtehelicher Lebensformen ist ihre zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz verbunden. Während die Legitimität in dieser Hinsicht gestiegen ist, besteht

1 Nach Schneider u. a. sind Lebensformen nichtkonventionell, wenn sie „hinsichtlich ihrer Entstehung und ihrer gesellschaftlichen Bewertung historisch neuartig sind, sich nicht zum dominierenden Standardmodell entwickelt haben und gesellschaftlich gegenüber anderen, traditionellen Lebensformen nicht bevorteilt werden“ (Schneider et al. 1998, 12). Dabei wird zwischen mikro- und makrosoziologischer Perspektive unterschieden. Demnach sind alle Lebensformen nichtkonventionell, die als solche bewertet werden (z. B. die nichteheliche Lebensgemeinschaft eines Spitzenpolitikers) bzw. der o. g. Definition entsprechen. Dazu gehören gewollt kinderlose Ehen, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und auf Dauer angelegte Partnerschaften mit getrennten Haushalten (ebd.).

bezüglich der Legitimität von Lebensformen im Rechtssystem nach wie vor die hohe Ehezentrierung fort (Schwab 1993, 87).

Die Ursachen dieser Entwicklung und die Frage nach Stabilität und Wandel der Familie ist seit der Nachkriegszeit fester Bestandteil familiensoziologischer Fragestellungen. Im Zentrum steht die Frage danach, ob es sich bei den soziodemographischen Veränderungen um subjektive Bedürfnisverschiebungen handelt, die den Bedeutungswandel von Ehe und Familie verursacht und damit zu einer Pluralität der Lebensformen geführt haben (Nave-Herz 1998, 1999). So wird davon ausgegangen, dass mit dem sozialen und kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren ein Wandel von Werten und Orientierungsalternativen des Handelns verbunden ist. Der Wertewandel führt nicht nur zur Veränderung von Einstellungen, sozialem Handeln und sozialer Wahrnehmung, sondern auch zur Veränderung von Institutionen, Normen und Formen des Zusammenlebens (familiärer Bereich, Wohnbereich, Arbeitswelt), Bindungskonstellationen, Optionen privater Lebensführung und subjektiver Sinnzuschreibung der Lebensformen. Die zu beobachtende Pluralisierung der Lebensformen wird z. B. von Hradil dahingehend interpretiert, dass es heute vor allem die Individuen und die unmittelbar Zusammenlebenden sind, die neue Lebensformen und neue Formen der Zukunftsgestaltung (auch jenseits typischer Formen der Industriegesellschaft) suchen und begründen – dies nicht zuletzt deshalb, weil sie über Wege und Ziele der Modernisierung reflektieren (Hradil 1991, 368). Andere halten Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen – wie die Bildungsexpansion, die stärkere Partizipation von Frauen am Erwerbssystem, die veränderte Rechtssituation – als entscheidend für die Verbreitung neuer (nichtkonventioneller) Lebensformen (vgl. z. B. Hill/Kopp 1999; Lauterbach 1999). Und schließlich wird hinsichtlich der Pluralisierung von Lebensformen auch von einem Zusammenspiel von individuellen Präferenzen und strukturellen Rahmenbedingungen ausgegangen (Burkart/Kohli 1989; Huinink 1995, 1999; Huinink/Wagner 1998; Schneider et al. 1998, 2001, 2002).

Neben der Ursachenforschung wird in den letzten zwei Jahrzehnten in der Öffentlichkeit und in der Wissenschaft verstärkt das Für und Wider nichtkonventioneller (oder alternativer) Lebensformen aus verschiedenen Perspektiven diskutiert. Im Mittelpunkt des aktuellen Diskurses steht die gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft (vgl. z. B. Keil/Haspel 2000). Dabei geht es um die Außen- und Binnenstruktur, um Vor- und Nachteile verschiedener Lebensformen, um sozialetische Positionen und um rechtlichen Rege-

lungsbedarf. Die überwiegend soziologischen, sozioethischen und juristischen Beiträge diskutieren hinsichtlich der Pluralisierung der Lebensformen vor allem die Leitbildfunktionen und die Folgen von zunehmender Verbreitung und Verrechtlichung. Als Vergleichsebene dient in der Regel die Ehe, die lange Zeit die einzige legitimierte Form der Partnerschaft war.

Offen bleibt bei diesen Erklärungsansätzen wie sich die nichtkonventionellen Lebensformen sozialstrukturell und normativ etablieren, wie sie „veralltäglichen“. Am Beispiel der nichtehelichen Lebensgemeinschaft werde ich einen Ausschnitt aus dem Prozess der gesellschaftlichen Etablierung vorstellen. Es wird zwei zentralen Fragestellungen nachgegangen:

- Welche allgemeinen gesellschaftlichen, rechtlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen vermindern oder begünstigen eine Etablierung von (neuen) Lebensformen?
- Wie verläuft der Prozess der Institutionalisierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft (Stufen, markante Ereignisse, Qualität) – verstanden als Prozess der Verfestigung sozialer Regelmäßigkeiten?

Eingehen werde ich dabei auf die Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und die soziodemographischen Merkmale der Personen, die in dieser Lebensform leben, auf die Entstehungszusammenhänge und die Bedeutung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Lebensverlauf, auf die gesellschaftliche Akzeptanz und auf die rechtliche Situation nichtehelicher Partner. Die Analyse ist auf die Situation in Westdeutschland begrenzt.

Zunächst werden die Verbreitung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft seit 1972 und die soziodemographischen Merkmale der Personen, die in dieser Lebensform leben, dargestellt. Im Anschluss daran werde ich anhand von drei Thesen meine Ergebnisse erörtern, die unter anderem den Institutionalisierungsprozess der nichtehelichen Lebensgemeinschaft kennzeichnen.²

Wie die folgende Graphik zeigt, hat sich nach der amtlichen Statistik die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften im früheren Bundesgebiet innerhalb von zwanzig Jahren verzehnfacht.³ Aktuell liegt die Zahl der nicht-

2 Ausführlich wird der Institutionalisierungsprozess der nichtehelichen Lebensgemeinschaft in Matthias-Bleck 2004 dargestellt.

3 Bis 1996 liegen für die Bundesrepublik Deutschland keine exakten Daten über die nichteheliche Lebensgemeinschaft vor, erst seitdem werden im Mikrozensus nichteheliche

ehelichen Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland laut Mikrozensus 2000 bei über zwei Millionen, in Westdeutschland bei ca. 1,6 Millionen (Statistisches Jahrbuch 2001).⁴ Diese Zahl ist damit um ein Vielfaches höher als 1972. In den ersten Jahren ist der Anstieg in den alten Bundesländern besonders rasant vorangegangen. Von 1985 bis 1989 war die Zunahme geringer, um dann wieder anzusteigen. Die sprunghafte Zunahme von 1990 auf 1991 ist durch ein verbessertes Schätzverfahren des Anteils nichtehelicher Paare mit Kindern bedingt.

Der Vergleich von 1972 zu 1992 zeigt bei einer wachsenden Bevölkerungszahl für nahezu alle Lebensformen einen quantitativen Zuwachs (Höhn/Dorbritz 1995, 165). Werden die Daten von 1972 gleich 100% gesetzt, sind die Veränderungen unterschiedlich. Während die kinderlosen Ehepaare 121% ausmachen, beträgt der Wert für Ehepaare mit Kind(ern) 1992 nur noch 76%. Die höchste Steigerung erfahren allerdings nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kind(ern) mit über 800% (Höhn/Dorbritz 1995, 165). In Ostdeutschland war das nichteheliche Zusammenleben in den 1980er Jahren ähnlich weit verbreitet wie in Westdeutschland. Von 1981 bis 2000 ist die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften von 150.000 auf 520.000 angestiegen (Peuckert 2002, 74). Seit 1990 ist in Ost- und Westdeutschland ein stetiges Wachsen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften zu verzeichnen. Über den Ost-West-Vergleich hinaus lassen sich regionale Unterschiede feststellen. So sind nichteheliche Lebensgemeinschaften in

Lebensformen gezählt, die in verschieden- und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften unterschieden werden können (Eggen 2001). Die seit 1972 ausgewiesenen Zahlen wurden geschätzt. Als nichteheliche Lebensgemeinschaft galten Haushalte von einem Mann und einer Frau, die nicht miteinander verheiratet, verwandt oder verschwägert sind. Im Haushalt können Kinder eines oder beider Partner leben. Nicht berücksichtigt wurden Paare, die zwar zusammenleben, doch getrennt wirtschaften oder Paare, die in einer Wohngemeinschaft leben (Niemeyer 1994, 505f., nach Schneider et al. 1998, 75). 1990 und 1991 wurden die Schätzverfahren der Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften verbessert (Niemeyer 1994, 505). So konnten der Auswahlplan auf der Basis der Volkszählung 1987 ersetzt und zugleich die regionale Schichtung vertieft sowie eine genauere Hochrechnung der Stichprobendaten realisiert werden. 1991 ist das auf den Ergebnissen des Mikrozensus beruhende Aufbereitungs- und Schätzverfahren präzisiert worden. Das hatte zur Folge, dass vor allem die Partnerschaften mit Kind(ern) besser erfasst wurden (ebd.).

- 4 Unter einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft versteht die amtliche Statistik seit 1996 ein unverheiratet zusammenlebendes, gemischtgeschlechtliches Paar. Entscheidend für die Bezeichnung als Lebensgemeinschaft ist dabei die Einstufung durch die Befragten selbst (Statistisches Bundesamt 2002, 21).

Großstädten stärker verbreitet als in ländlichen Regionen (BMJFG 1985, 25; Müller et al. 1999, 45).

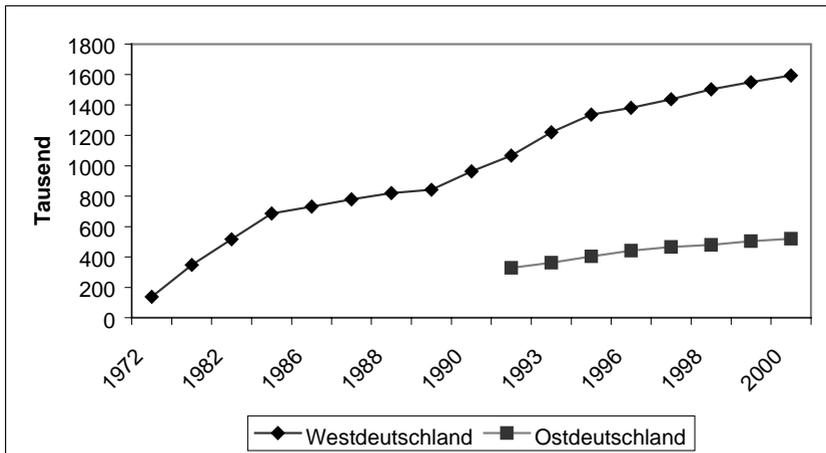


Abb. 1: Nichtehele Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland 1972-2000 (in Tausend)

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1990 für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt 1990, 58, und Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt 2001, 64.

Die nichtehele Lebensgemeinschaft ist in kurzer Zeit zu einer Lebensform für junge, ledige, kinderlose Personen geworden. Betrachten wir diese Entwicklung genauer:

Während die nichtehele Lebensgemeinschaften 1972 größtenteils aus Männern und Frauen des mittleren und höheren Erwachsenenalters bestanden, setzt sich diese Lebensform seit den 1980er Jahren überwiegend aus jungen Männern und Frauen zusammen. Nach Strohmeier/Schulze (1995) hat sich unter der jungen Bevölkerung keine Lebensform so stark verbreitet wie die nichtehele Lebensgemeinschaft. Am stärksten verbreitet ist diese Lebensform bei den 25- bis 34-Jährigen (Engstler/Menning 2003, 45), heute sind 60% der Personen, die in nichtehele Lebensgemeinschaften leben, unter 35 Jahre alt (Matthias-Bleck 2004, 132ff. u. 289). Die nichtehele Lebensform scheint sich bei dieser Altersgruppe als Übergangsphase zwischen dem Verlassen des Elternhauses und der Eheschließung bzw. Familiengründung etabliert zu haben. Bei den über 35-Jährigen wird der Anteil der

nichtehelichen Paare an allen Partnerschaften deutlich geringer (Engstler/Menning 2003, 45). Für die älteren Altersgruppen ist das nichteheliche Zusammenleben überwiegend eine nacheheliche Lebensform, die als Alternative zur (weiteren) Ehe vor allem seit Mitte der 1990er Jahre an Bedeutung gewonnen hat (Schneider et al. 1998, 77; Engstler/Menning 2003, 47; Matthias-Bleck 2004, 132ff. u. 289).

Von 1972 bis 1982 hat sich die nichteheliche Lebensgemeinschaft entsprechend der veränderten Altersverteilung von einer nachehelichen zur vorehelichen Lebensform entwickelt (Linke/Clausen 1985, 151ff.). In 48% aller nichtehelichen Paare war 1972 mindestens ein Partner – meistens die Frauen – verwitwet. In 30% waren beide Partner ledig. 1982 sind drei Viertel aller Paare ledig und damit mit Abstand die größte Gruppe. Diese Entwicklung hält bis heute an. Überwiegend sind die nichtehelichen Partner ledig (59%). Seltener sind Paare, in denen ein Partner ledig ist (19%), und in denen keiner von beiden ledig ist (23%). Differenzen hinsichtlich des Familienstands bestehen erwartungsgemäß nach dem Alter: Je älter die Partner in nichtehelichen Lebensgemeinschaften sind, desto seltener sind beide ledig. Ledige sind zur überwiegenden Mehrheit bei den unter 35-Jährigen und in kinderlosen Partnerschaften zu finden. Möglicherweise macht sich hier das seit Mitte der 1970er Jahre in Westdeutschland stark angestiegene Erstheiratsalter bemerkbar. Heute heiraten ledige Männer im Schnitt mit 31,2 Jahren, sechs Jahre später als 1970, und Frauen mit 28,4 Jahren fünf Jahre später (Statistische Jahrbücher). Es hat also eine Verschiebung der Eheschließung – vor allem bei den Männern – auf die Zeit nach dem 30. Lebensjahr stattgefunden. Auf der Paarebene überwiegen jedoch nach wie vor die Paare, in denen beide Partner ledig sind (Schneider et al. 2000, 72 u. 82; Engstler/Menning 2003, 224).

Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist in Westdeutschland – anders als in Ostdeutschland – in erster Linie eine kinderlose Lebensform. Von 1972 bis 1982 ist der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) leicht zurückgegangen (von 18% auf 14%). Die Kinder in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft stammten damals überwiegend aus früheren Beziehungen der Frauen. Während 1972 der Anteil der Kriegerwitwen bei den nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) hoch war (44%), ist 1982 der Anteil der geschiedenen Frauen (+ 313%) gestiegen. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kind(ern) scheint vorwiegend für Frauen als Alternative zur Wiederheirat und für Männer eine Alternative zur Erstheirat

darzustellen (Linke/Clausen 1985, 163ff.). Bei den ledigen Partnern überwiegt nach wie vor die Kinderlosigkeit (vgl. Matthias-Bleck 2004, 132ff. u. 289). Heute sind in den alten Bundesländern etwa drei Viertel der nichtehelichen Paare kinderlos (Engstler/Menning 2003, 46).

Erste These: Die nichteheliche Lebensgemeinschaft stellt eine (neue) strukturelle Möglichkeit einer normativ geregelten Lebensphase dar. Sie ist heute eine Norm in der Partnerschaftsbiographie.

Neben den dargestellten soziodemographischen Merkmalen, weisen weitere Daten darauf hin, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft vor allem für die jüngeren Jahrgänge als Phase in der Partnerschaftsbiographie dazugehört. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist die zweithäufigste Lebensform, die bis zum 30. Lebensjahr gelebt wurde (vgl. Abb. 2). Die weit überwiegende Lebensform ist in allen Kohorten die Ehe.⁵ Im Kohortenvergleich ist sie – infolge des Aufschubs der Heirat – unter den Jüngsten geringer verbreitet. Die nichteheliche Partnerschaft ohne gemeinsamen Haushalt („Living Apart Together“, kurz LAT) und das Alleinleben (Single) kommen erwartungsgemäß in der jüngsten Alterskohorte häufiger vor als in den älteren, sind im Intra-Kohortenvergleich jedoch in allen Kohorten seltener als die nichteheliche Lebensgemeinschaft. Die Bedeutung nichtkonventioneller Lebensformen im Lebensverlauf hat – das zeigen auch andere Ergebnisse – im Zeitverlauf zugenommen (vgl. Nave-Herz 1984; Diewald/Wehner 1995; Brüderl/Klein 2003; Schmidt et al. 2003).

Insgesamt hat die Fluktuation von Beziehungen von Generation zu Generation zugenommen (vgl. auch Schmidt et al. 2003, 213). Nach der Anzahl der Partner und Partnerinnen, mit denen bis zum 30. Lebensjahr eine mindestens einjährige Beziehung bestand, verfügen die Verheirateten über die geringste Erfahrung mit mehreren Partnerschaften (vgl. Matthias-Bleck 2004, 292): 85% der 50- bis 55-Jährigen, 74% der 40- bis 45-Jährigen und 67% der 30- bis 35-Jährigen haben den ersten (festen) Partner geheiratet. Die Unverheirateten haben dagegen über alle Kohorten bis zum 30. Lebensjahr häufiger zwei und mehr Partnerschaftserfahrungen (Matthias-Bleck 2004, 143; vgl. auch Tölke 1991, 125; Lauterbach 1999, 292f.).

5 Die nichtehelichen Lebensformen sind – auch im Kohortenvergleich – überwiegend kinderlos. Im Westen besteht die enge Koppelung von Elternschaft und Ehe nach wie vor.

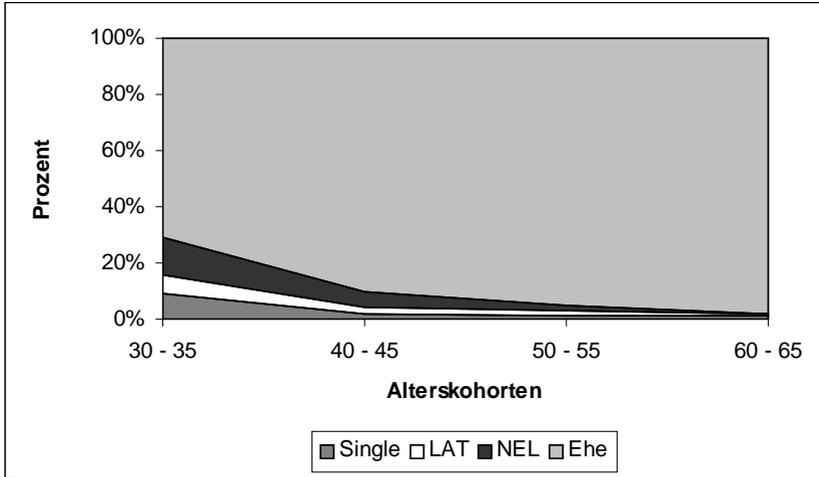


Abb. 2: Lebensform im Alter von 30 Jahren (in Prozent)*⁶

Quelle: DJI-Familienurvey 2000, eigene Berechnungen

* Angaben nur für Befragte im alten Bundesgebiet. Grundgesamtheit: Personen mit mindestens einem Partner (nur Partnerdatensatz).

Wird die Häufigkeit der Lebensformen, die bis zum 30. Lebensjahr eingegangen werden, betrachtet, ist die Ehe über alle Kohorten die Lebensform, die am meisten nur einmal eingegangen wird, während die nichtkonventionellen Lebensformen – insbesondere die nichteheliche Partnerschaft ohne gemeinsamen Haushalt – öfter gelebt werden (vgl. Matthias-Bleck 2004, 292). 60% der 30- bis 35-Jährigen haben mindestens einmal in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft gelebt. Die Älteren haben dagegen seltener ohne Trauschein zusammen gelebt (47% der 40- bis 45-Jährigen, 23% der 50- bis 55-Jährigen). Die nichteheliche Partnerschaft ohne gemeinsamen Haushalt ist im Vergleich dazu jedoch die Lebensform, die über alle Kohorten am häufigsten mehr als einmal im Lebensverlauf gelebt wurde (80%-90%). Dementsprechend werden bis zum 30. Lebensjahr die Phasen in nichtehelicher Lebensgemeinschaft länger, während die Ehe-Phasen kürzer wer-

6 Die Art der graphischen Darstellung kann kritisiert werden, weil es sich hier nicht um durchgehende Daten handelt. Diese Graphik wurde dennoch gewählt, weil sie optisch am deutlichsten die Zunahme der Bedeutung nichtkonventioneller Lebensformen zeigt.

den. Das bedeutet also, dass sich die Phase vor der Eheschließung ausgedehnt hat – deutlich am gestiegenen Heiratsalter und der Dauer der nichtehelichen Lebensgemeinschaft abzulesen. Aus diesen Daten lässt sich folgende These formulieren:

Zweite These: Je institutionalisierter die Lebensform ist, desto seltener wird sie bis zum 30. Lebensjahr mehr als einmal im Leben eingegangen.

Über Anzahl und Dauer der Lebensformen hinaus verdeutlicht die Partnerschaftsbiographie nach der Abfolge der Partnerschaftsformen die höhere (Partnerschafts-)Erfahrung der jüngsten Kohorte. Dreißigjährige der jüngsten Kohorte haben selten nur in einer Partnerschaftsform gelebt. Typisch ist die Abfolge „LAT – NEL – EHE“, für die älteren Kohorten war dagegen ein Phasenablauf „LAT – EHE“ charakteristisch. Eine gemeinsame Haushaltsgründung erfolgte bei den höheren Altersgruppen erst mit der Eheschließung, während dies bei den Jüngeren mit der nichtehelichen Lebensgemeinschaft stattfindet. Diese Differenz veranschaulicht die stärkere Etablierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Phasenablaufprozess bei den Jüngeren (vgl. auch Schmidt et al. 2003; Diewald/Wehner 1995).

Insgesamt zeigen diese Daten, dass Jüngere über mehr Partnerschaftserfahrungen verfügen als Ältere, denn sie wechseln die Lebensformen häufiger. Die Ehe wird dennoch bis zum 30. Lebensjahr über alle Kohorten überwiegend einmal eingegangen, andere Lebensformen kommen dagegen öfter vor. Daraus folgt einerseits, dass die Ehephasen von Dreißigjährigen im Kohortenvergleich immer kürzer und andererseits nichteheliche Partnerschaftsphasen immer länger werden. Der Stellenwert verschiedener Lebensformen und -phasen ist im Lebensverlauf gestiegen, jedoch kann nicht von einem „anything goes“ ausgegangen werden (Diewald/Wehner 1995; Burkart 1997; Schneider et al. 1998). Darüber hinaus zeigt sich, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft für die jüngeren Alterskohorten zur Partnerschaftsbiographie dazugehört, während diese Lebensform bei den älteren Kohorten bis zum 30. Lebensjahr kaum vorgekommen ist.

Dritte These: Die Entstehungszusammenhänge der nichtehelichen Lebensgemeinschaft tragen zur Etablierung bei.

Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist eine Lebensform mit einer langen Tradition, deren zeitgeschichtlich differierende Entstehungszusammenhänge aus heutiger Sicht in drei Phasen eingeteilt werden können (Trost 1995;

Rupp 1999). Für die vorindustrielle Zeit bis Mitte des 20. Jahrhunderts waren es vor allem Heiratsschranken oder andere Umstände, die eine Eheschließung verhinderten, und somit stellte die nichteheliche Lebensgemeinschaft eine *Alternative* dar, galt als „Indikator sozialer Marginalität und sozio-ökonomischer Desintegration“ (Höpflinger 1999, 169; vgl. auch Trost 1995). Durch rechtliche Regelungen war eine Ehe vielen Bevölkerungsgruppen verwehrt. Erst 1871 fielen diese Heiratsschranken (vgl. Barabas/Erlor 2002, 35). Die rechtliche Freigabe der Eheschließungsfreiheit führte zu einem deutlichen Anstieg der Eheschließungen, die dann nach einer kurzen Normalisierungsphase bis in die 1950er Jahre kontinuierlich anstiegen, lediglich unterbrochen von den Kriegs- und Nachkriegsjahren (vgl. Barabas/Erlor 2002, 35f.). Die nichteheliche Lebensgemeinschaft war in der Folge der zwei Weltkriege eine geduldete Alternative zur Ehe, die aus ökonomischen Interessen eingegangen wurde.

Für die zweite Phase seit den Nachkriegsjahren gab es vor allem in den älteren Bevölkerungsgruppen nichteheliche Lebensgemeinschaften, die als *verhinderte Ehen* bezeichnet werden. Diese so genannten „Bratkartoffelverhältnisse“ oder „Onkelehen“ wollten auf Versorgungsansprüche bzw. Transferleistungen – meist der Witwen – nicht verzichten. Die – in der Amtssprache so titulierten – „Rentnerkonkubinate“ wurden wenig akzeptiert. Im „golden age of marriage and family“ sind sie ideologisch ins Abseits nicht erwünschter Lebensverhältnisse gedrängt worden (vgl. Barabas/Erlor 2002, 127). In den „unruhigen“ Zeiten Ende der 1970er Jahre gewann die *auf Protest beruhende nichteheliche Lebensgemeinschaft* an Bedeutung. Die Institution Ehe wurde in Frage gestellt und normativ vorgegebene Muster wurden abgelehnt. Diese Veränderung steht im Kontext gesellschaftlichen Wandels – wie Säkularisierung, Liberalisierung der Sexualität, Bildungsexpansion und Emanzipation – und ging zunächst von den höheren Bildungsschichten aus. Diese Entwicklung ist in den meisten Industrienationen zu beobachten. Bis etwa zur Mitte der 1980er Jahre ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft als Gegenentwurf zur Ehe charakterisiert worden. Daran anschließend wurde zunehmend von der *Ehe auf Probe* gesprochen, die als Vorläufer der Ehe oder als neue Variante der Verlobung betrachtet wurde (vgl. Rupp 1999, 41f.). Diese Sinnzuschreibung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft markiert den Übergang zur nächsten Phase.

Heute, in der dritten Phase, gilt die nichteheliche Lebensgemeinschaft als eine frei wählbare Lebensform, deren Entstehungszusammenhang variiert

und nicht auf bestimmte soziale Gruppen oder Lebensumstände begrenzt werden kann. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft gilt in der westlichen Welt als Norm der 1990er Jahre (Trost 1989) und wird in vielen Publikationen als *Quasi-Institution* bezeichnet. Dabei etabliert sich die nichteheliche Lebensgemeinschaft nicht nur als eine feste Phase in der Postadoleszenz, sondern wird auch zunehmend für Geschiedene eine attraktive Lebensform. Nichteheliche Lebensformen lassen sich heute weder als Ehe-Ersatz noch als einfaches Durchgangsstadium einheitlich charakterisieren (vgl. Rupp 1996). Differenziert werden muss wenigstens nach der biographischen Platzierung, nach den Entstehungsgründen und danach, ob es sich um eine Lebensform mit Kindern oder ohne Kinder handelt (vgl. Schneider et al. 1998, 83).

Demnach lassen sich vier Grundformen nichtehelicher Lebensgemeinschaften unterscheiden:

- als Phase in der Partnerschaftsentwicklung,
- als Vorstufe zur Ehe,
- als Alternative zur Ehe,
- als Lebensform ohne besondere partnerschaftsbezogene Absichten.

Heute finden die unterschiedlichen Formen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft weitestgehend gesellschaftliche Akzeptanz (vgl. auch Schneider et al. 1998, 88; Rupp 1999, 42), es bestehen jedoch sozio-regionale Differenzen, die sich auf die biographische Bedeutung des nichtehelichen Zusammenlebens beziehen (vgl. Burkart 1997, 97). Aufgrund der vorliegenden Daten gehe ich davon aus, dass die Etablierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft vor allem auf die Phase in der Partnerschaftsbiographie zu beziehen ist.

Die zentrale Leitidee der nichtehelichen Lebensgemeinschaft hat sich in den letzten drei Jahrzehnten kaum verändert und lässt sich als „Synthese aus Freiheit und Bindung“ (Peuckert 2002, 86) charakterisieren. Der rechtlichen Unverbindlichkeit der Beziehung, der leichten Revisionsmöglichkeit und folgenlosen Trennung stehen die Bedeutung als Bindungsphase, als Lebensform mit der die Festigung der Beziehung signalisiert wird, gegenüber. Die Annahme, in der nichtkonventionellen Lebensform anders leben zu können als in der konventionellen Ehe, ist darüber hinaus offenbar vor allem für Frauen verlockend. Insbesondere für hoch gebildete Frauen stellt die nichteheliche Lebensgemeinschaft eine optimale Lebensform dar, denn hier können sie ihre beruflichen Wünsche verwirklichen (vgl. Meyer/Schulze 1989;

Hill/Kopp 1999; Lauterbach 1999). Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die nichteheliche Lebensgemeinschaft in Westdeutschland eine Lebensform für junge Menschen ist, die ledig und kinderlos sind. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft wird also in einer Lebensphase gelebt, in der viele Zukunftsperspektiven noch offen sind – in der Ausbildung und in der beruflichen Anfangsphase. Für die ungebundenen Erwachsenen, die finanziell unabhängig von Eltern und Partner sind, die sich frei von normativen Zwängen des sozialen Umfelds und von konfessionellen Orientierungen fühlen, ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft eine ganz normale Phase im Beziehungsentwicklungsprozess geworden.

Vierte These: Die Legitimität der nichtehelichen Lebensgemeinschaft ist – trotz der Nicht-Verrechtlichung – hoch.

Die Einstellungen zum nichtehelichen Zusammenleben sind seit Ende der 1960er Jahre immer liberaler geworden. Bereits damals ist eine relativ hohe Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaft festzustellen, die sich bis heute kaum verändert hat. Nahezu 50% der Befragten äußerten sich 1997 positiv zur „Ehe ohne Trauschein“, etwa ein Drittel lehnte das nichteheliche Zusammenleben eher ab und ca. ein Fünftel hat eine indifferente Einstellung gegenüber unverheirateten Paaren. Die positivere Bewertung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft durch die jüngere Generation (bis 30 Jahre; Allensbacher Jahrbuch 1997, 147) ist sicher auf die Selbstverständlichkeit der Lebensform in der Postadoleszenz zurückzuführen. In der Akzeptanz bestehen allerdings Unterschiede hinsichtlich der biographischen Platzierung und Bedeutung: auf Dauer gerichtete nichteheliche Lebensgemeinschaften und (voreheliche) familiäre Lebensgemeinschaften erfahren geringere Akzeptanz als Übergangslbensgemeinschaften und nacheheliche (geschiedene, verwitwete) Stieffamilien (vgl. z. B. Glatzer 1997, 61).

Die steigende Akzeptanz ist auch in der Titulierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft erkennbar. Ein spürbarer Legitimierungstrend wird nach Schwab (1981) am Begriff „Ehe ohne Trauschein“ deutlich. Dieser suggeriert die Eheähnlichkeit, das Vorhandensein des Kerns der Ehe auch ohne Formalien. Neben dem Begriff der „nichtehelichen Lebensgemeinschaft“ ist der umgangssprachliche und wissenschaftliche Sprachgebrauch – nicht nur zeitgeschichtlich gesehen – zu dieser Lebensform vielseitig. Diederichsen, ein renommierter Jurist, veröffentlichte 1983 einen Beitrag zur nichteheli-

chen Lebensgemeinschaft im Zivilrecht, den er mit einer Begriffssammlung beginnt (Diederichsen 1983, 1017):

„Konkubinat, Onkelehe, wilde Ehe, Verhältnis, faktische Ehe, Ehe ohne Ring, Ehe ohne Trauschein, Partnerschaft, freie Partnerschaft, Zweierbeziehung, Lebensgefährtschaft, alternative Lebensgemeinschaft, eheähnliche Lebensgemeinschaft.“

Diese Aufzählung verdeutlicht teilweise die historische Entwicklung, denn die Begriffe kennzeichnen verschiedene Dekaden: z. B. „Onkelehe“ für die Nachkriegszeit oder „wilde Ehe“ für die Zeit der 68er-Generation. Juristisch wird der Begriff der „nichtehelichen Lebensgemeinschaft“ verwandt, denn das entscheidende Merkmal dieser Partnerschaften ist ihre rechtliche Unverbindlichkeit. Die juristische Definition einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft wurde vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum § 137 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) vom 17.11.1992 festgelegt. Die folgende, in der Rechtsdogmatik und Verwaltungspraxis allgemein anerkannte Legal-Definition orientiert sich im wesentlichen an der „Eheähnlichkeit“ des Zusammenlebens: Als eine nichteheliche Lebensgemeinschaft gilt „eine Lebensgemeinschaft zwischen einem Mann und einer Frau, die auf Dauer angelegt ist, daneben typischerweise keine weitere Lebensgemeinschaft gleicher Art zulässt, sich durch innere Bindungen auszeichnet und ein gegenseitiges Entstehen der Partner füreinander begründet, also über die Beziehungen in einer reinen Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeht“ (BverfG 1993, 645; zit. nach Stichweh/Schmidt 1998, 15f.).

Die zunehmende Anerkennung macht sich ebenso im alltäglichen Leben bemerkbar. So bieten Versicherungen Verträge auch für Partner nichtehelicher Lebensgemeinschaften an, die sonst nur Ehepartnern vorbehalten waren – und zwar bereits vor der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes für gleichgeschlechtliche Partner. Auch in der Selbstwahrnehmung der Betroffenen spiegelt sich die breite gesellschaftliche Akzeptanz wider. Heute ist es keinesfalls ungewöhnlich, nichtehelich zusammenzuleben. Die Mehrzahl der in der Bamberger Studie Befragten hält das Zusammenleben ohne Trauschein für „normal“ (Vaskovics/Rupp 1995, 30).

Die Legitimität der nichtehelichen Lebensgemeinschaft basiert, wie die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, vor allem auf der hohen gesellschaftlichen Akzeptanz – und das seit Ende der 1970er Jahre. Zwar wird es vereinzelt Diskriminierungen gegeben haben, aber insgesamt haben nichteheliche

Lebensgemeinschaften ein geringes Maß an Missbilligungen und ein hohes Maß an Toleranz und Akzeptanz erlebt. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist auf dieser Ebene sehr schnell „salonfähig“ geworden (Tyrell 1985, 115). An den Einstellungen wird deutlich, dass die in „wilder Ehe“ lebenden Normabweichler und -abweichlerinnen damals weitgehend von der Bevölkerung akzeptiert wurden. Auch die juristische Profession hat in jener Zeit im nichtehelichen Zusammenleben kein unmoralisches Verhalten mehr gesehen (vgl. Tyrell 1985, 115). Während die Einstellung in der Bevölkerung gegenüber der nichtehelichen Lebensgemeinschaft schon früh überwiegend positiv ist, tat und tut sich die allgemeine rechtliche Situation mit der Anerkennung schwer (vgl. Abb. 3). Zwar hat der Staat auf die allgemeine Akzeptanz und die zunehmende Verbreitung des nichtehelichen Zusammenlebens reagiert und den rechtlichen Tatbestand des Unsittlichen, den so genannten Kuppelei-paragraphen, 1973 abgeschafft, aber seitdem hat es keine rechtlichen Veränderungen gegeben. In den 1980er Jahren fand die rechtspolitische Diskussion vor allem in Juristenkreisen statt – so z. B. auf dem 57. Deutschen Juristentag 1988 in Mainz. Dort beschäftigten sich die Juristen damit, ob es überhaupt sinnvoll sei, die rechtlichen Fragen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gesetzlich zu regeln. Auch wurden einige Beschlüsse gefasst: Unter anderem sollte die nichteheliche Lebensgemeinschaft von der Rechtsordnung nicht ignoriert, aber auch nicht der Ehe gleichgestellt werden. In den 1990er Jahren war die nichteheliche Lebensgemeinschaft vor allem Thema in den Parteien. Ziel war es, ein Rechtsinstitut zu schaffen – ähnlich der 2001 eingeführten Lebenspartnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Auf Bundesebene sind die Gesetzesentwürfe über eine Diskussion nicht hinaus gekommen. Anders dagegen in zwei Bundesländern: Brandenburg und Berlin haben in ihre Verfassung die Schutzbedürftigkeit von auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaften neben der Ehe aufgenommen. Eine wesentliche rechtliche Änderung ist dann mit der Kindschaftsrechtsreform 1997 erfolgt, die die nichteheliche Elternschaft betrifft. Bedeutsame Neuregelungen sind unter anderem die Möglichkeit einer gemeinsamen elterlichen Sorge für nichteheliche Eltern, das Recht des Kindes auf Umgang mit seinen Eltern und die Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Kinder im Erbrecht.

Ansonsten dreht sich die rechtspolitische Diskussion in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre um die Definition der nichtehelichen Partnerschaft (vgl. die Beratung im Deutschen Bundestag zum Gesetzentwurf von Bündnis '90/Grüne vom 13.11.1997). Die neuere rechtspolitische Diskussion betont nur vereinzelt, dass eine einheitliche Definition der nichtehelichen Lebens-

gemeinschaft kaum geleistet werden kann. Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt, vor allem aus rechtsdogmatischer Perspektive, ist die Gleichstellung von Ehe und nichtehelicher Partnerschaft. Anfang der 1990er Jahre hat diese Entwicklung einen Schub durch die Änderungen im Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilferecht sowie durch die Entwicklung in den Nachbarländern erhalten. Die Analogiebehandlung wird in der Regel unter Verweis auf Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz abgelehnt⁷, denn dieser verbietet eine Gleich- oder gar Besserstellung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Vergleich zur Ehe (vgl. Stichweh/Schmidt 1998, 17). Zu fragen wäre, ob manche ehelichen Regelungen nicht ohnehin überholt sind und revidiert werden müssten, etwa das Ehegattensplitting im Steuerrecht (vgl. von Renesse 1996, 214; Krause 2000). Dadurch, dass die Gerichte den Begriff der „eheähnlichen Gemeinschaft“ zur Analogiebildung heranziehen und stets weiterentwickeln, entsteht unversehens eine Art „Ehe minderen Rechts“, die mit Art. 6 GG kaum vereinbar sein dürfte (vgl. von Renesse 1996, 213; Schwab 1999, 394). Übersehen werden darf nicht, dass die Orientierung an der Vermeidung der Eheanalogie insbesondere in den Bereichen der staatlichen Leistungen zu einer (rechtlichen) Schlechterstellung nichtehelicher Partnerschaften mit Haushalts- und Wohngemeinschaft führt.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Recht in den letzten vierzig Jahren – abgesehen von der Abschaffung der Rechtswidrigkeit Anfang der 1970er Jahre – kaum Einfluss auf die Institutionalisierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft genommen hat. Zwar hat in historischer Perspektive die rechtliche Situation dazu beigetragen, dass das nichteheliche Zusammenleben eine zwangsläufige Neben-Institution zur Ehe war, aber seitdem die nichteheliche Lebensgemeinschaft eine frei wählbare Lebensform ist, spielt das Recht kaum noch eine Rolle im Institutionalisierungsprozess. Verrechtlichungstendenzen haben jedoch zugenommen. Im Hinblick auf die familiäre nichteheliche Lebensform hat es 1997 eine Gleichstellung gegeben.

7 Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) lautet: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.“

- 1969 Verabschiedung des Nichteelichengesetzes (in Kraft getreten 1970).
- 1973 Abschaffung des sog. Kuppeleiparagraphen (§§ 180 + 181 StGB).
- 1983 Der 42. Deutsche Anwaltstag in Essen beschäftigt sich u. a. mit dem Thema „Rechtsfragen der nichtehelichen Lebensgemeinschaft“.
- 1988 Im Vorfeld des Deutschen Juristentages verabschiedet der Deutsche Juristinnenbund seine Nürnberger Beschlüsse und fordert grundsätzliche rechtliche Regelungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften.
- 1988 Der 57. Deutsche Juristentag in Mainz beschäftigt sich mit der Frage „Empfiehl es sich, die rechtlichen Fragen der nichtehelichen Lebensgemeinschaften gesetzlich zu regeln?“ und fasst einige Beschlüsse. U. a. sollte die nichteheliche Lebensgemeinschaft von der Rechtsordnung nicht ignoriert werden, außerdem darf die nichteheliche Lebensgemeinschaft der Ehe nicht gleichgestellt werden etc.
- 1991-93 Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission: Überlegungen von SPD, BÜNDNIS '90/GRÜNE und PDS zur Ausweitung der grundgesetzlichen Institutionengarantie der Ehe auf andere Lebensgemeinschaften finden keine Mehrheit.
- 1992 Verfassung des Landes Brandenburg, Art. 26: (2) Die Schutzbedürftigkeit anderer auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften wird anerkannt. (..)
- 1994 Die Kommission des Fünften Familienberichtes fordert eine komplexe Neugestaltung des Familienrechts.
- 1995 Verfassung des Landes Berlin, Art. 12 II: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Andere auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften haben Anspruch auf Schutz vor Diskriminierung.
- 1995-97 Die PDS-Bundestagsgruppe hat mehrere parlamentarische Initiativen zur Gleichstellung aller Lebensweisen gestartet.
- 1996/97 Die SPD-Bundestagsfraktion diskutiert einen von ihrer rechtspolitischen Sprecherin Margot von Renesse formulierten Gesetzentwurf „Wohn- und Lebensgemeinschaften“ mit der Schaffung eines entsprechenden Rechtsinstituts, der allerdings über die Diskussion nicht hinauskommt.
- 1997 Gesetzentwurf „zur Regelung der Rechtsverhältnisse nichtehelicher Lebensgemeinschaften“ von BÜNDNIS '90/GRÜNE.
- 1997 Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat beschließen das Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts, das am 01.07.98 in Kraft tritt und nichteheliche mit ehelichen Kindern gleichsetzt sowie u. a. die Stellung des nichtehelichen Vaters stärkt und eine gemeinsame elterliche Sorge nichtehelicher Eltern auf konsensualen Antrag hin ermöglicht.
- 1998 Im Mai 1998 findet eine Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags zum Gesetzentwurf „zur Regelung der Rechtsverhältnisse nichtehelicher Lebensgemeinschaften“ von BÜNDNIS '90/GRÜNE statt.

*Abb. 3: Entwicklung der Rechtspolitik hinsichtlich nichtehelicher Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland seit 1969**

* Größtenteils übernommen von Stichweh/Schmidt 1998, 24f.

Fazit: Institutionalisierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft

Der Institutionalisierungsprozess der nichtehelichen Lebensgemeinschaft seit Mitte der 1960er Jahre ist als allmählicher Verlauf erfolgt. Wesentliche Modifikationen in diesem Prozess sind

- die seit den 1980er Jahren veränderten soziodemographischen Merkmale der Unverheirateten, denn seitdem ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft überwiegend eine Lebensform für junge, ledige, kinderlose Personen;
- der Wandel der Entstehungszusammenhänge von der verhinderten Ehe zur auf Protest beruhenden nichtehelichen Lebensgemeinschaft zur normalen Phase in der Partnerschaftsbiographie seit den 1990er Jahren;
- die seit dem Ende der 1970er Jahre bestehende hohe gesellschaftliche Akzeptanz.

Die Institutionalisierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft hat sich vor allem mit den Entstehungszusammenhängen gewandelt. In der ersten Phase (bis 1950) kann von einer erzwungenen Normabweichung in dem Sinn ausgegangen werden, als dass den Individuen nichts anderes übrig geblieben ist, wenn bestimmte Umstände eine Eheschließung verhinderten. Das hat jedoch auch zu einer Institutionalisierung dieser Lebensform geführt, sie war eine „Neben“-Institution zur Ehe. In der anschließenden Phase, in der das Zusammenleben ohne Trauschein aus Protest stattfand (1970), haben die Individuen – wenn auch nur eine Minderheit – freiwillig normabweichend gehandelt. In dieser Zeit war die nichteheliche Lebensgemeinschaft als „wilde Ehe“ zu einem geringen Grad institutionalisiert. Die erneute gesellschaftliche Etablierung beginnt mit der dritten Phase (ab 1990), in der das nichteheliche Zusammenleben eine überwiegend voreheliche Lebensform wird, die als normale Phase oder Entscheidungsstufe für breite Bevölkerungsschichten in den Beziehungsentwicklungsprozess integriert ist. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist dabei jedoch nicht, wie in individualisierungstheoretischer Sicht angenommen, Ausdruck eines normabweichenden Handelns und eine Variante neuer Beliebtheit, sondern sie stellt im Gegenteil eine neue strukturelle Möglichkeit einer normativ geregelten Lebensphase dar (vgl. Burkart 1991; Vaskovics et al. 1997). Deshalb kann heute ein hoher Institutionalisierungsgrad der nichtehelichen Lebensgemeinschaft angenommen werden. Das nichteheliche Zusammenleben findet aufgrund kultureller, traditioneller Selbstverständlichkeit statt.

Insgesamt ist von einem Prozess der schleichenden Institutionalisierung auszugehen. Dieser ist durch einen ungeplanten Verlauf gekennzeichnet. Das heißt, dass viele Individuen bzw. Paare einfach nach ihren Interessen gehandelt haben, ohne zu bedenken, welche Folgen das haben könnte. Es handelt sich also nach Schimank um ein „Phänomen der dritten Art“ (Schimank 2000, 185), um Akteurskonstellationen, in denen keiner der Beteiligten mit seinem Handeln strukturbezogene Absichten verbindet, sondern die Strukturen durch das handelnde Zusammenwirken der Akteure entstehen. Wesentlich sind daher für den Institutionalisierungsprozess der nichtehelichen Lebensgemeinschaft die Individuen, die ohne Absprache eine Lebensform wählen, die zu ihrer Lebenssituation passt. Die Akteure gestalten die Lebensform so, wie sie diese brauchen (Hradil 1991) – früher aus der Not heraus als Kontrast zur Ehe, in den frühen 1970er Jahren als Protest und heute als normale Phase in der Partnerschaftsbiographie. Unterstützt wurde das individuelle Handeln durch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.

Auf den verschiedenen Institutionalisierungsebenen, die ich angesprochen habe, ist die Geschwindigkeit jedoch unterschiedlich: Im Kontext gesamtgesellschaftlicher Wandlungsprozesse sind es vor allem die schnelle Verbreitung und die hohe gesellschaftliche Akzeptanz, die die Institutionalisierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft begründen. So erfahren nichteheliche Paare bereits in den 1980er Jahren kaum noch Missbilligungen im sozialen Umfeld, deshalb kann – neben den Akteuren – vor allem der Wertewandel als entscheidend für den Institutionalisierungsprozess angesehen werden (vgl. auch Burkart 1997, 90). Auf politischer und rechtlicher Ebene findet die Realität der Lebensformen dagegen lange keinen Eingang. Diese rechtliche „Verweigerung“ kann der Etablierung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft jedoch nichts anhaben. Die rechtliche und politische Situation ist dementsprechend von geringer Relevanz.

Die wachsende Bedeutung nichtkonventioneller Lebensformen im Lebensverlauf ist im Kohortenvergleich deutlich geworden (vgl. Nave-Herz 1984; Diewald/Wehner 1995; Brüderl/Klein 2003; Schmidt et al. 2003). Die jüngeren Generationen verfügen im 30. Lebensjahr über mehr Partnerschaftserfahrung als die Älteren. Der Aufschub der Heirat bedeutet auch, dass die Dauer der nichtehelichen Lebensgemeinschaft gestiegen ist. Nicht nur die zunehmende Fluktuation von Beziehungen (Schmidt et al. 2003), sondern auch der lockerer gewordene Sinn- und Verweisungszusammenhang zwischen den

einzelnen Handlungsakten bis zur Eheschließung (Tyrell 1988; Matthias-Bleck 1997) sowie der größere individuelle Entscheidungsspielraum hinsichtlich privater Lebensformen (Nave-Herz 1996) führen neben der unbeständigen Berufseinstiegsphase (Huinink 1995; Rupp 1999) zu einem längeren Verbleib in der „Unsicherheitsphase“. Berücksichtigt werden müssen jedoch die Milieuunterschiede: Auch wenn die nichteheliche Lebensgemeinschaft in allen Milieus gelebt wird, gibt es Differenzen in der Bedeutung und der kulturellen Selbstverständlichkeit der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und den verschiedenen Formen (vor- bzw. nahehelich, als Alternative oder als Bindungsphase usw.).

Die nichteheliche Lebensgemeinschaft ist also nicht als Konkurrenz zur Ehe zu sehen, vielmehr ist sie eine Ergänzung zur Ehe. Die spezielle Leistung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft ist dabei nicht nur, wie die differenzierungstheoretische Perspektive annimmt, auf Liebe und Emotionalität gerichtet (Meyer 1992, 1993; Nave-Herz 1996), sondern auch auf eine bestimmte Lebensphase. Insgesamt ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft – auch wenn sie in allen westlichen Ländern auf unterschiedliche Weise verbreitet ist – zum universalen Phänomen geworden (Huinink 1995, 294), das gesellschaftlich fest etabliert ist.

Literatur

- BARABAS, Friedrich K./ERLER, Michael (2002): Die Familie. 2. Auflage. Weinheim.
- BRÜDERL, Josef/KLEIN, Thomas (2003): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland 1996-2000. In: Bien, Walter/Marbach, Jan H. (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey. Opladen. S. 189-217.
- BUNDESMINISTER FÜR JUGEND, FAMILIE UND GESUNDHEIT (BMJFG) (Hg.) (1985): Nichteeliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schriftenreihe des BMJFG, Bd. 170. Stuttgart.
- BURKART, Günter (1991): Kohabitation und Individualisierung. In: Zeitschrift für Familienforschung. Jg. 3, H. 3/1991. S. 26-48.
- BURKART, Günter (1997): Lebensphasen, Liebesphasen. Vom Paar zur Ehe zum Single und zurück? Opladen.

- BURKART, Günter/KOHLI, Martin (1989): Ehe und Elternschaft im Individualisierungsprozeß. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Jg. 15, H. 4/1989. S. 405-426.
- DEUTSCHER BUNDESTAG (1997): 203. Sitzung am 13.11.1997.
- DIEDERICHSEN, Uwe (1983): Die nichteheliche Lebensgemeinschaft im Zivilrecht. In: Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 36, H. 19/1983. S. 1017-1026.
- DIEWALD, Martin/WEHNER, Sigrid (1995): Verbreitung und Wechsel von Lebensformen im jüngeren Erwachsenenalter – Der Zeitraum von 1984 bis 1993. In: Zapf, Wolfgang et al. (Hg.): Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt a. M. S. 125-146.
- EGGEN, Bernd (2001): Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften – Kontinuität im Wandel intimer und familialer Lebensformen. In: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hg.): Familie, Partnerschaft und Recht. Jg. 7, H. 7/2001. S. 444-449.
- ENGSTLER, Heribert/MENNING, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik (erw. Neuauflage). Bonn: BMFSFJ.
- GLATZER, Wolfgang (1997): Nichteeliche Lebensgemeinschaften. Eheähnlich oder eher alternativ? Stand der Forschung in Deutschland 1996/97. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hg.): Materialien zur Bevölkerungswissenschaft. H. 89/1997. Wiesbaden.
- GRUNDGESETZ (GG) 1978.
- HILL, Paul B./KOPP, Johannes (1999): Nichteeliche Lebensgemeinschaften – theoretische Aspekte zur Wahl von Lebensformen. In: Klein, Thomas/Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Nichteeliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen. S. 11-35.
- HÖHN, Charlotte/DORBRITZ, Jürgen (1995): Zwischen Individualisierung und Institutionalisierung – Familiendemographische Trends im vereinten Deutschland. In: Nauck, Bernhard/Onnen-Isemann, Corinna (Hg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Neuwied. S. 149-174.
- HÖPFLINGER, Francois (1999): Nichteeliche Lebensgemeinschaften im internationalen Vergleich. In: Klein, Thomas/Lauterbach, Wolfgang

- (Hg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen, Opladen. S. 167-181.
- HRADIL, Stefan (1991): Einführung. Sozialstrukturelle Paradoxien und gesellschaftliche Modernisierung. In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt a. M. S. 361-369.
- HUININK, Johannes (1995): Warum noch Familie? Zur Attraktion von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft. Frankfurt a. M.
- HUININK, Johannes (1999): Die Entscheidung zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft als Lebensform. Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. In: Klein, Thomas/Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen. S. 113-138.
- HUININK, Johannes/WAGNER, Michael (1998): Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensformen. In: Friedrichs, Jürgen (Hg.): Die Individualisierungsthese. Opladen. S. 85-106.
- KEIL, Siegfried/HASPEL, Michael (Hg.) (2000): Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in sozialetischer Perspektive. Beiträge zur rechtlichen Regelung pluraler Lebensformen. Neukirchen-Vluyn.
- KRAUSE, Harry D. (2000): Marriage for the New Millennium. Heterosexual, same sex – or not at all? In: Deutsches und Europäisches Familienrecht. Jg. 2, H. 4/2000. S. 208-221.
- LAUTERBACH, Wolfgang (1999): Die Dauer nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Alternative oder Vorphase zur Ehe? In: Klein, Thomas/Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen. Opladen. S. 269-307.
- LINKE, Wilfried/CLAUSEN, Gisela (1985): Sonderauswertung von Mikrozensusdaten. In: Bundesministerium für Familie, Jugend, Gesundheit (Hg.): Nichteheliche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des BMJFG, Bd.170. Stuttgart. S.141-168.
- MATTHIAS-BLECK, Heike (1997): Warum noch Ehe? Erklärungsversuche der kindorientierten Eheschließung. Bielefeld.

- MATTHIAS-BLECK, Heike (2004): Jenseits der Institution? Lebensformen auf dem Weg in die Normalität. (Habilitationsschrift) Mainz.
- MEYER, Sibylle/SCHULZE, Eva (1989): Balancen des Glücks. Neue Lebensformen: Paare ohne Trauschein, Alleinerziehende und Singles. München (2. Aufl. 1992).
- MEYER, Thomas (1992): Modernisierung der Privatheit. Opladen.
- MEYER, Thomas (1993): Vom Teilsystem Familie zum Teilsystem privater Lebensformen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 45, H. 1/1993. S. 23-40.
- MÜLLER, Rolf/SOMMER, Thorsten/TIMM, Andreas (1999): Nichteheleiche Lebensgemeinschaft oder Ehe? Einflüsse auf die Wahl der Partnerschaftsform bei ersten Zusammenzug im Lebenslauf. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. Jg. 24, H. 4/1999. S. 449-472.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (1984): Familiäre Veränderungen in der Bundesrepublik seit 1950. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie. Jg. 4, H. 1/1984. S. 45-63.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (1996): Zeitgeschichtliche Differenzierungsprozesse privater Lebensformen am Beispiel des veränderten Verhältnisses von Ehe und Familie. In: Clausen, Lars (Hg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt a. M. S. 60-77.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (1998): Die These über den „Zerfall der Familie“. In: Friedrichs, Jürgen et al. (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Opladen. S. 286-315.
- NAVE-HERZ, Rosemarie: Wozu Familiensoziologie? Über Entstehung, Geschichte und Aufgaben der Familiensoziologie. In: Busch, Friedrich et al. (Hg.): Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft. Würzburg. S. 15-32.
- NIEMEYER, Frank (1994): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften und Ehepaare – Formen der Partnerschaften gestern und heute. In: Wirtschaft und Statistik, o.J. H. 7/1994. S. 504-517.
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth/KÖCHER, Renate (Hg.) (1997): Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 1993-1997. Bd. 10. München.
- PEUCKERT, Rüdiger (2002): Familienformen im sozialen Wandel. 4. Auflage. Opladen. Renesse, Margot von: Ein rechtliches Dach für Wohn- und

- Lebensgemeinschaften. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, Jg. 29, H. 6/1996, S. 212-214.
- RUPP, Marina (1996): Nichteheleiche oder eheähnliche Gemeinschaften? In: Zeitschrift für Frauenforschung. Jg. 14, H. 4/1996. S. 36-55.
- RUPP, Marina (1999): Die nichteheleiche Lebensgemeinschaft als Bindungsphase. Hamburg.
- SCHIMANK, Uwe (2000): Handeln und Strukturen. Weinheim u. München.
- SCHMIDT, Gunter/STARKE, Kurt/MATTHIESEN, Sijal/DECKER, Arne/STARKE, Uta (2003): Beziehungsformen und Beziehungsverläufe im sozialen Wandel. Eine empirische Studie an drei Generationen. In: Zeitschrift für Sexualforschung, Jg. 16, H. 3/2003. S. 195-231.
- SCHNEIDER, Norbert F./HARTMANN, Kerstin/EGGEN, Bernd/FÖLKER, Brigitte (2000): Wie leben die Deutschen? Lebensformen, Familien- und Haushaltsstrukturen in Deutschland. Sonderauswertungen mit Daten des Mikrozensus 1998, hrsgg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- SCHNEIDER, Norbert F./KRÜGER, Dorothea/LASCH, Vera/LIMMER, Ruth/MATTHIAS-BLECK, Heike (2001): Alleinerziehen. Vielfalt und Dynamik einer Lebensform. Weinheim, München.
- SCHNEIDER, Norbert F./LIMMER, Ruth/RUCKDESCHEL, Kerstin (2002): Mobil, flexibel, gebunden. Familie und Beruf in der mobilen Gesellschaft. Frankfurt a. M.
- SCHNEIDER, Norbert F./MATTHIAS-BLECK, Heike (1999): Moderne Familie – altes Recht? In: Busch, Friedrich W. et al. (Hg.): Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft. Würzburg. S. 185-210.
- SCHNEIDER, Norbert F./ROSENKRANZ, Doris/LIMMER, Ruth (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen. Opladen.
- SCHWAB, Dieter (1981): Eheschließungsrecht und nichteheleiche Lebensgemeinschaft: Eine rechtsgeschichtliche Skizze. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht. Jg. 28, H. 12/1981. S. 1151-1156.
- SCHWAB, Dieter (1993): Wertewandel und Familienrecht. Hannover.
- SCHWAB, Dieter (1999): Rechtsprobleme des nichteheleichen Zusammenlebens. In: Familienrecht, 10. Aufl., München. S. 394-412.

- STATISTISCHES BUNDESAMT (1990): Statistisches Jahrbuch 1990 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2001): Statistisches Jahrbuch 2001 für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.) (2002): Leben und Arbeiten in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2001. Presseexemplar. Wiesbaden.
- STICHWEH, Rudolph/SCHMIDT, Johannes (1998): Soziologische Aspekte der Genese von Rechtsnormen: Probleme der Verrechtlichung innerhalb von nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Endbericht des Forschungsprojektes. Bielefeld.
- STROHMEIER, Klaus Peter/SCHULZE, Hans Joachim (1995): Die Familienentwicklung der achtziger Jahre in Ost- und Westdeutschland im europäischen Kontext. In: Nauck, Bernhard et al. (Hg.): Familie und Lebensverlauf im gesellschaftlichen Umbruch. Stuttgart. S. 26-38.
- TÖLKE, Angelika (1991): Partnerschaft und Eheschließung – Wandlungstendenzen in den letzten fünf Jahrzehnten. In: Bertram, Hans (Hg.): Die Familie in Westdeutschland – Stabilität und Wandel familialer Lebensformen. Opladen. S. 113-157.
- TROST, Jan (1989): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften. In: Nave-Herz, Rosemarie/Markefka, Manfred (Hg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Bd. 1: Familienforschung. Neuwied. S. 363-373.
- TROST, Jan (1995): Ehen und andere dyadische Beziehungen. In: Nauck, Bernhard/Onnen-Isemann, Corinna (Hg.): Familie im Brennpunkt von Wissenschaft und Forschung. Neuwied. S. 343-355.
- TYRELL, Hartmann (1985): Literaturbericht. In: Bundesministerium für Familie, Jugend, Gesundheit (Hg.): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des BMFJG, Bd. 170. Stuttgart. S. 93-140.
- VASKOVICS, Laszlo A./RUPP, Marina (1995): Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Opladen.
- VASKOVICS, Laszlo A./RUPP, Marina/HOFMAN, Barbara (1997): Nichteheleiche Lebensgemeinschaften. Opladen.

Kirsten Rüssmann / Oliver Arránz Becker / Paul B. Hill

Sozialstruktur, Interaktionsverhalten, Konflikte und Partnerschaftszufriedenheit

*Eine empirische Untersuchung
zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit
in Ehen und Partnerschaften*

In der Soziologie beschäftigen sich Forscher schon seit Beginn des letzten Jahrhunderts mit der Frage nach Prädiktoren der partnerschaftlichen Zufriedenheit.¹ Im Mittelpunkt standen dabei zunächst Ehepaare (z. B. Terman et al. 1938), später fand eine Ausweitung auf unverheiratete Paare statt (z. B. Stack & Eshleman 1998). Die untersuchten Prädiktoren in den entsprechenden Studien waren in der Regel nahezu ausschließlich soziologischer bzw. sozialstruktureller Natur (Klein & Kopp 1999). Eine Beschränkung auf rein soziologische Merkmale (z. B. Merkmale der Sozial- und Familienstruktur, Rollen und Werthaltungen) erwies sich aber als unzureichend, um das Konstrukt der Beziehungsqualität ausreichend zu explizieren. So vermuteten verschiedene Theoretiker (z. B. Karney & Bradbury 1995; Lewis & Spanier 1979), dass nicht nur sozialstrukturelle Variablen, sondern auch Belohnungen aus Interaktionen zwischen den Partnern den Partnerschaftserfolg beeinflussen. Die Frage, warum eine ähnliche sozial- und familienstrukturelle Verankerung zu unterschiedlichen Partnerschaftsbewertungen und -verläufen führen kann, ist letztlich nur durch die ergänzende Berücksichtigung von vermittelnden kognitiven und/oder verhaltensbezogenen Prozessen zu beantworten.

Dies führte zu Beginn der 70er Jahre zu einer Gegenbewegung durch psychologisch-therapeutische Forscher, die sich insbesondere durch den Einsatz

1 Die Begriffe partnerschaftliche Zufriedenheit, Beziehungsqualität und Beziehungszufriedenheit werden im vorliegenden Beitrag synonym verwendet und bezeichnen die von Partnern subjektiv empfundene Zufriedenheit mit ihrer Partnerschaft.

von Verhaltensbeobachtung sowie eine Fokussierung auf kognitive und verhaltensbezogenen Determinanten der partnerschaftlichen Zufriedenheit von der soziologischen Tradition abgrenzte (z. B. Bradbury 1989; Bradbury et al. 1996; 2000; Gottman 1979; 1994; 1998). Aber auch die psychologischen Forschungsprogramme gaben Anlass zu Kritik. So wurden – obschon ein allgemeiner Konsens darüber bestand, dass die Entwicklung von Paarbeziehungen sowohl durch Personmerkmale als auch durch externe Umwelteinflüsse gesteuert wird (vgl. Bradbury et al. 2000) – die soziodemographischen Charakteristika der Probanden oftmals nicht erhoben und primär die spezifischen Interaktionsstrukturen zwischen den Partnern bzw. kognitive Prozesse in Zusammenhang mit der Partnerschaftszufriedenheit untersucht (vgl. Boland & Follingstad 1987, 292; Karney & Bradbury 1995).

Aus den genannten Kritikpunkten wird die Notwendigkeit einer Verknüpfung (familien)soziologischer und psychologischer Forschung zu Partnerschaften deutlich. Einer solchen ‚interaktionistisch fokussierten‘ Perspektive sind bisherige Theorie- und Forschungsansätze jedoch nicht in ausreichendem Maße gerecht geworden und nur wenige Studien (z. B. Rusbult, Johnson & Morrow 1986) wurden im Schnittbereich dieser parallel verlaufenden Forschungsstränge durchgeführt. Aus diesen Gründen beschäftigte sich die im Folgenden vorgestellte Studie explizit mit der Interdependenz von sozial- und familienstruktureller Verankerung und der Interaktionsstruktur in ihrer Auswirkung auf die partnerschaftliche Zufriedenheit, wobei als weiterer (potentieller) Prädiktor das in Partnerschaften bestehende Konfliktpotential² berücksichtigt wurde (zu einem ausführlichen Überblick vgl. z. B. die Beiträge in Hill 2004; Karney & Bradbury 1995).

1 Theorie- und Forschungsstand

In der soziologischen Forschung finden sich in erster Linie Studien, die eine Untersuchung von einzelnen sozial- und familienstrukturellen Determinanten der Beziehungsqualität vornehmen. Eine größere Anzahl davon hat sich mit dem Zusammenhang von Beziehungsqualität und Lebens- bzw. Familienzyklus³ (Anderson et al. 1983; Cox et al. 1999; Glenn 1998; Rogers & White

2 Das Konfliktpotential setzte sich dabei aus der Häufigkeit und der empfundenen Belastung durch in der Partnerschaft auftretende Konflikte zusammen.

3 Zum Familienzykluskonzept vgl. Glick 1947 und Hill & Kopp 2004.

1998; Rollins & Feldman 1970; Sutor 1991; Vaillant & Vaillant 1993) und dabei vor allem mit dem Übergang zur Elternschaft beschäftigt.

Crohan (1996) stellte beispielsweise fest, dass die Anzahl der Konflikte nach der Geburt eines Kindes ansteigt. Das Konfliktverhalten sagte die partnerschaftliche Zufriedenheit dabei in der Weise voraus, dass destruktive Verhaltensweisen, wie Attackieren des Partners und aktive Formen der Konfliktvermeidung, wie das Verlassen der Szene, die Zufriedenheit senken. Vermeiden die Partner Konflikte hingegen durch passiven Rückzug, wird ein Ansteigen der Beziehungszufriedenheit festgestellt. Gottman und Notarius (2000) fassen die Befundlage hinsichtlich partnerschaftsinterner Entwicklungsprozesse nach dem Übergang zur Elternschaft dahingehend zusammen, dass bei 40-70% der untersuchten Paare nach der Familiengründung eine Abnahme der Beziehungsqualität zu konstatieren ist, die primär durch die Zunahme von Partnerschaftskonflikten und eine segregierte Arbeitsteilung gemäß der traditionellen Geschlechtsrollenorientierung vermittelt wird; bei den übrigen Paaren bleibt die Zufriedenheit hingegen konstant oder steigt sogar an.

Andere Studien beschäftigten sich mit Auswirkungen einer Berufstätigkeit der Ehefrau und der damit verbundenen Arbeitsteilung bezüglich Haus- und Erwerbsarbeit auf die Beziehungsqualität. Als Beispiel sei die Untersuchung von Tichenor (1999) zur Zufriedenheit bei Ehepaaren, in denen die Frau einen höheren beruflichen Status als ihr Mann einnimmt, genannt. Hierbei zeigte sich, dass Paare mit einem höheren beruflichen Status der Frau über mehr Unzufriedenheit als Paare mit traditioneller Arbeitsteilung berichteten.

Weitere Studien wiesen darauf hin, dass die innerfamiliäre Arbeitsteilung (z. B. der empfundenen Fairness, vgl. Greenstein 1996; Piña & Bengston 1993) in Verbindung mit der Art, wie die Partner Konflikte austragen, wichtige Konsequenzen für die Beziehungsqualität hat. Konkret fanden sich Hinweise darauf, dass der Erwerbsstatus der Ehepartner Belastungen und Konflikte evozieren kann, die unter Vermittlung des Interaktionsverhaltens auf die Zufriedenheit in der Partnerschaft wirken: So berichteten Conger et al. (1999), dass finanzielle Engpässe, die z. B. aus einer Arbeitslosigkeit resultieren, unter Vermittlung eines erhöhten allgemeinen Konfliktpotentials die empfundene Partnerschaftszufriedenheit senken. Matthews et al. (1996) konnten zeigen, dass die Auswirkungen von Konflikten im Spannungsfeld von Familie und (Erwerbs-)Arbeit auf die partnerschaftliche Zufriedenheit entscheidend durch die Interaktionsmerkmale Feindseligkeit und Unterstützung vermittelt werden.

Stack und Eshleman (1998) konstatierten in einer Studie zum interkulturellen Vergleich der Partnerschaftszufriedenheit, dass verheiratete Paare sich als zufriedener einschätzen als Paare, die nicht verheiratet sind. Grau & Bierhoff (1998) stellten fest, dass Partner mit einer hohen Homogamie in ihren Einstellungen über eine höhere Beziehungsqualität berichten als solche mit heterogenen Einstellungen. Auch White & Hatcher (1984) fanden in einer Literaturreview zur (sozialstrukturellen) Homogamie, dass die sozialwissenschaftliche Forschung die Ähnlichkeitshypothese (je ähnlicher, desto zufriedener) weitgehend stützt. In einer Studie von Esser (vgl. Klein & Kopp 1999) zu Determinanten der Ehescheidung zeigte sich schließlich jeweils ein positiver Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und den Merkmalen Beziehungsdauer und Berufstätigkeit des Mannes sowie ein negativer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kindern und zu einer Berufstätigkeit der Frau.

Der psychologische Zweig der Beziehungsqualitätsforschung beschäftigte sich (u. a.) mit der Bedeutung verschiedener Merkmale des partnerschaftlichen Interaktionsverhaltens für die Zufriedenheit in intimen Beziehungen. Die Forschung zu Interaktionen und Kommunikation in Familien lässt sich nach Steggl und Harper (1991) in drei Entwicklungsphasen aufteilen. Die erste Phase (1930-1939) zeichnet sich durch nicht theoriegeleitete, deskriptive Forschung aus, in der zweiten Phase (1940-1969) beginnen Forscher sich bei ihren Untersuchungen auf Theorien und repräsentative Stichproben zu stützen. In dieser Phase finden sich erstmals auch Studien zur ehelichen Interaktion im Zusammenhang mit Fehlfunktionen in der Familie. In der dritten Phase (ab 1970) zeichnet sich die Forschung durch den Gebrauch von spezifischen Theoriekonzepten zur Festlegung und Überprüfung ihrer Hypothesen aus, wobei direkte Beobachtung die gebräuchlichste Methode zur Erhebung von Interaktion und Kommunikation wird.

Als Hauptergebnis der Untersuchungen zum Zusammenhang von Interaktions- bzw. Kommunikationsstilen und Beziehungszufriedenheit lässt sich festhalten⁴ (vgl. Steggl & Harper 1991): Die Zufriedenheit in intimen Beziehungen ist das Ergebnis von verschiedenen Interaktions- und Kommunikationsfaktoren. Zu diesen gehören gegenseitige Bestätigung der Partner, Reziprozität von positiven Affekten, Abwesenheit von negativen Wortwech-

4 Angemerkt werden muss, dass die partnerschaftliche Zufriedenheit in weniger als 2% der von Steggl und Harper (1991) vorgestellten Studien explizit im Zusammenhang mit Interaktion und Kommunikation untersucht wurde.

seln und negativen nonverbalen Botschaften sowie für beide Partner zufrieden stellende Konfliktlösungsstrategien.

In der theoretischen Debatte und der empirischen Forschung der neueren Zeit haben im Wesentlichen die Ansätze der sozialen Austausch-, Bindungs-, Verhaltens- und Krisentheorie die Diskussion um die Erklärung der Beziehungsqualität dominiert (vgl. Karney & Bradbury 1995), auf deren Grundlage es (auch) möglich ist, Merkmale des partnerschaftlichen Interaktionsverhaltens abzuleiten, die sich als mehr oder weniger funktional für den Beziehungserfolg erwiesen haben oder erweisen könnten (zu einem ausführlichen Überblick der Befunde und Ansätze der dargestellten Theorien in Zusammenhang mit dem Beziehungserfolg vgl. Arránz Becker 2004; Arránz Becker, Hill & Rüssmann 2004; Arránz Becker & Rüssmann 2004).

Die Bindungstheorie (Bowlby 1975; 1976; 1983; Bartholomew 1990; Hazan & Shaver 1987) geht davon aus, dass frühkindliche Erfahrungen bezüglich der Verfügbarkeit, Ansprechbarkeit und Zuneigung wichtiger Bezugs- oder Bindungspersonen als Bindungserfahrungen in Form von internen Arbeitsmodellen über enge soziale Beziehungen im Gedächtnis gespeichert werden, welche in unterschiedlichen Bindungsstilen resultieren. Diese in der Kindheit internalisierten Arbeitsmodelle beeinflussen im Erwachsenenalter die alltäglichen Interaktionen einer Person im Rahmen ihrer Partnerschaft. Aus verschiedenen Studien (z. B. Bartholomew & Horowitz 1991; Collins & Read 1990; Feeney & Noller 1996; Guerrero 1996; 1998; Kobak & Hazan 1991) zur Auswirkung von Bindungserfahrungen im Erwachsenenalter lässt sich folgern, dass es für die Beziehung in Bezug auf Zufriedenheit und Stabilität förderlich ist, wenn Personen ihre Kommunikation im Alltag als positiv und zufrieden stellend empfinden. Dazu ist es notwendig, dass die eingesetzten Interaktionsstile Intimität, Gemeinsamkeit, Verständnis, Selbstöffnung sowie ein positives Bild des Partners reflektieren, denn nur so sind die Partner der Bindungstheorie zufolge in der Lage, sich ihrer gegenseitigen Verfügbarkeit und Unterstützung zu versichern.

Mit der Frage, wie sich spezifische Interaktionsstile im Rahmen von Konfliktsituationen auf die Bewertung der Beziehung auswirken, beschäftigen sich vor allem Forscher, deren theoretische Wurzeln in der Verhaltens- oder Stresstheorie liegen (z. B. Gottman 1979; 1994; 1998; Lazaurus & Folkman 1984; Revensdorf et al. 1980). Als dysfunktional haben sich dabei Konfliktstile herausgestellt, die beispielsweise durch den Ausdruck von ungerechtfertigter, pauschaler Kritik am Partner und von Verachtung dem Partner

gegenüber sowie durch Ignorieren oder Zurückweisen des Partners gekennzeichnet sind. Solche Interaktionsstile werden insgesamt als ‚destruktiv‘ bezeichnet.⁵ Konstruktive Konfliktstile beinhalten hingegen eine synchrone Berücksichtigung der Interessen beider Partner, Entgegenkommen, die Integration von unterschiedlichen Bedürfnissen und die Suche nach Kompromissen. In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass vor allem das Ausmaß an positiven Affekten (z. B. Humor, Interesse) in Konfliktsituationen die partnerschaftliche Zufriedenheit determiniert (Gottman et al. 1998).

Zusammenfassend muss festgehalten werden, dass die bisherigen familiensoziologischen Studien weitgehend den direkten Einfluss von sozial- und familienstrukturellen Merkmalen auf die Beziehungszufriedenheit untersucht haben und nur vereinzelt auf über Interaktions- oder Konfliktverhalten vermittelte Effekte eingegangen wurde. Die Studien der psychologischen Forschungstradition hingegen sind zwar auf Auswirkungen des Interaktions- oder Konfliktverhaltens eingegangen, der Einfluss von sozial- und familienstrukturellen Merkmalen wurde jedoch weitgehend vernachlässigt.

Im Rahmen der Austauschtheorie (vgl. Blau 1964; Hill & Kopp 2004; Thibaut & Kelley 1959) wurden erste Versuche unternommen, sozialstrukturelle und verhaltensbezogene Aspekte gemeinsam zur Vorhersage von Beziehungsqualität und -stabilität einzusetzen. Die Grundprämisse der Austauschtheorie lautet, dass Akteure ihre Handlungen am Prinzip der Nutzenmaximierung ausrichten, wobei sie subjektiv rational vorgehen. Für eine Paarbeziehung bedeutet dies, dass die Differenz zwischen dem aus der Beziehung erhaltenen Nutzen und den in die Beziehung investierten Kosten in maximalem Ausmaß positiv ausfallen soll. Darauf aufbauend haben Lewis & Spanier (1979) ein Modell zur Erklärung der Ehestabilität entworfen, in welches die partnerschaftliche Zufriedenheit als zentrales Konstrukt eingeht, die selbst von folgenden Variablen erklärt wird (Spanier & Lewis 1980):

- a) Voreheliche personale und soziale Faktoren (z. B. Homogamie der Partner, materielle Ressourcen, Offenlegung der erwarteten Rollenteilung in der Ehe);

5 Angemerkt werden muss, dass zum Teil konträre Ergebnisse gefunden wurden. Als Beispiel sei der Befund einer Studie von Gottman und Krokoff (1989) genannt, welcher beinhaltet, dass spezifische negative Interaktionsformen die Beziehungszufriedenheit zwar zunächst senken, diese aber bei einer Messung nach einem Jahr erhöhen.

- b) Zufriedenheit mit dem Lebensstil, der sich aus sozialen und ökonomischen Faktoren ableitet (z. B. sozioökonomische Position, Erwerbstätigkeit der Frau, Haushaltszusammensetzung);
- c) Belohnungen aus (bzw. Zufriedenheit mit) der partnerschaftlichen Interaktion (z. B. Aufmerksamkeit und emotionale Zuwendung durch den Partner, Effizienz der Kommunikation).

Eine empirische Überprüfung dieses Modells steht bislang jedoch weitgehend aus.

2 Herleitung des Forschungsmodells

Im Rahmen unserer Untersuchung wurde der Versuch unternommen, sowohl soziologische als auch psychologische Determinanten der Beziehungsqualität in ihrem Zusammenspiel zu explizieren. Die zentrale Grundannahme (vgl. Arránz Becker, Hill & Rüssmann 2004) lautete dabei, dass bestimmte sozial- und familienstrukturelle Merkmalskonstellationen die Beziehungszufriedenheit über das in einer Partnerschaft bestehende Konfliktpotential und über das Interaktionsverhalten (gemeint sind hier die spezifischen Interaktionsstile eines Paares in Alltags- und in Konfliktsituationen) vermittelt beeinflussen. Eine Verbindung der einzelnen Komponenten erfolgte über die aus der Austauschtheorie abgeleitete Annahme, nach der verschiedene sozialstrukturelle Lebenslagen unterschiedliche Konflikte evozieren, sowie aus Bindungs- und Verhaltenstheorie abgeleiteten Annahmen, nach denen die Auswirkung von Konflikten auf die Beziehungsqualität entscheidend von der Kommunikationsweise in Alltags- und Konfliktsituationen abhängt. Die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Interaktionsstile wird ihrerseits durch bestimmte Merkmale der Sozial- und Familienstruktur determiniert, wobei auch hier von vermittelnden Effekten des Konfliktpotentials ausgegangen wurde.⁶

Zur Überprüfung dieser Annahmen wurden potentiell relevante Determinanten der Beziehungszufriedenheit ermittelt (Arránz Becker, Hill & Rüssmann 2004; Arránz Becker & Rüssmann 2004) und operationalisiert (Rüssmann, Arránz Becker & Kelzenberg 2004). Im Anschluss daran wurden zunächst Analysen mit dem Ziel einer Konkretisierung des Einflusses von sozial- und familienstrukturellen Merkmalen auf das partnerschaftliche Konfliktpotential

6 Eine Beschreibung der einzelnen Konstrukte bzw. Komponenten findet sich im Methodenteil.

(Rüssmann 2004) und auf das Interaktionsverhalten sowie der Auswirkung des Interaktionsverhaltens auf die Beziehungszufriedenheit (Arránz Becker 2004) durchgeführt. Die auf diese Weise identifizierten sozialstrukturellen und verhaltensbezogenen Determinanten wurden dann in Hinblick auf ihr Zusammenwirken bei der Vorhersage der partnerschaftlichen Zufriedenheit hin untersucht (Rüssmann & Arránz Becker 2004). Mit dieser letzten Thematik beschäftigt sich der vorliegende Beitrag.

Zur Konkretisierung und Explikation der oben genannten Zusammenhänge wurde ein Modell formuliert, in welches einzelne Determinanten der Sozial- und Familienstruktur, des Konfliktpotentials sowie des Interaktionsverhaltens eingingen, die sich in vorhergehenden Analysen (vgl. Arránz Becker 2004; Rüssmann 2004; Rüssmann & Arránz Becker 2004) – jeweils separat betrachtet – als für die Beziehungszufriedenheit relevant erwiesen haben (vgl. Abbildung 1). In diesem Modell wurden die einzelnen Determinanten als gleichwertig betrachtet und in ihrer Vorhersagekraft bezüglich der Partnerschaftszufriedenheit einander gegenübergestellt.

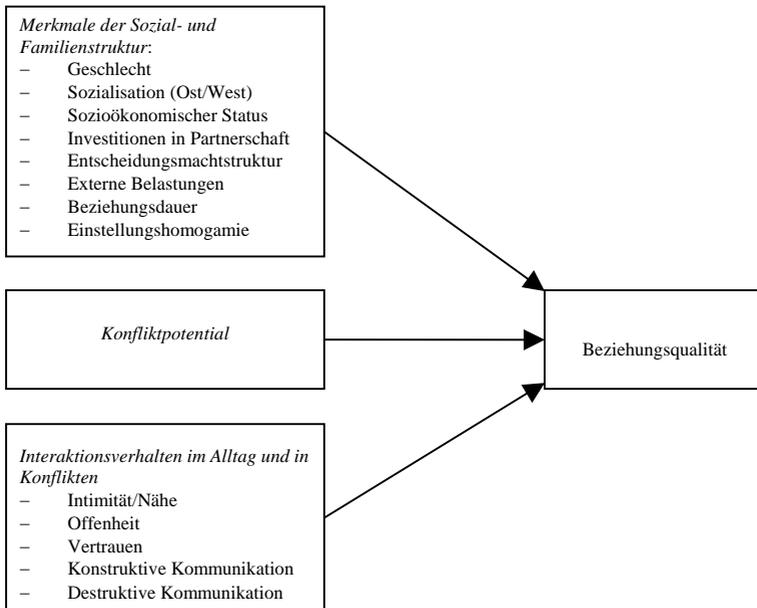


Abb. 1: Modell zur Erklärung der Beziehungsqualität mit paralleler Berücksichtigung der Determinanten

Zusätzlich wurde in vertiefenden Analysen untersucht, ob sich der (potentielle) Einfluss der einzelnen Determinanten auf die Beziehungsqualität direkt vollzieht oder ob dieser über andere Konstrukte bzw. Variablen vermittelt wird. Dabei wurde zum einen überprüft, ob die Auswirkung verschiedener sozialstruktureller Konstrukte auf die einzelnen Merkmale des Interaktionsverhaltens und auf die Beziehungsqualität über das partnerschaftliche Konfliktpotential vermittelt wird. Zum anderen wurde versucht, den Zusammenhang zwischen Konfliktpotential, Interaktionsverhalten und partnerschaftlicher Zufriedenheit zu explizieren.

3 Methoden und Ergebnisse

Zur Vorhersage der Beziehungsqualität durch die simultane Berücksichtigung von Prädiktorvariablen aus den Bereichen Sozialstruktur, Konfliktpotential und Interaktionsverhalten wurde auf das Verfahren der (schrittweisen) multiplen Regression (vgl. z. B. Bortz 1999; Urban 1996) zurückgegriffen. Vertiefend sollten unter Einsatz von schrittweisen und hierarchischen Regressionsanalysen diejenigen sozialstrukturellen Prädiktorvariablen identifiziert werden, welche die partnerschaftlichen Interaktionsstile und die Beziehungsqualität direkt und/oder über das Konfliktpotential vermittelt beeinflussen. Im Anschluss daran wurde überprüft, ob sich der (potentielle) Einfluss des Konfliktpotentials auf die Beziehungsqualität direkt oder über das Interaktionsverhalten vermittelt vollzieht.⁷

Zur Auswahl der Prädiktorvariablen, welche den Ausgangspool der durchgeführten Analysen zur Vorhersage der Beziehungsqualität bildeten, wurden auf der Grundlage von vorausgehenden Analyseergebnissen zum Einfluss der Sozialstruktur auf das Konfliktpotential und auf das Interaktionsverhalten Konstrukte bzw. Merkmale mit signifikanter Auswirkung zusammengestellt (vgl. Arránz Becker 2004; Arránz Becker & Rüssmann 2004; Rüssmann 2004). Dabei handelte es sich im Bereich der Sozial- und Familienstruktur um die Konstrukte Geschlechtszugehörigkeit, Sozialisation (in Ost- vs. Westdeutschland), Schichtzugehörigkeit bzw. sozioökonomischer Status,

7 Aufgrund der Stichprobengröße wurde eine (zweiseitige) Irrtumswahrscheinlichkeit von $p < .001$ als kritischer Grenzwert zur inferenzstatistischen Beurteilung der regressionsanalytischen Ergebnisse festgelegt. In Ausnahmefällen wurden aus inhaltlichen Überlegungen heraus auch Ergebnisse von $p < .01$ bzw. $p < .05$ interpretiert.

Investitionen in die Partnerschaft, Entscheidungsmachtstruktur, (externe) Belastungen, Beziehungsdauer sowie Einstellungshomogamie der Partner.⁸ Zur Untersuchung von Kommunikationsmerkmalen in Alltagssituationen wurden die Interaktionsstile Intimität/Nähe, Offenheit und Vertrauen herangezogen, zu den Kommunikationsmerkmalen in Konfliktsituationen zählten konstruktive sowie destruktive Kommunikation. Außerdem wurde das allgemeine Konfliktpotential in die Analysen einbezogen. Bevor auf die Analyseergebnisse eingegangen wird, soll zunächst – sofern diese nicht intuitiv ersichtlich ist – eine kurze Konkretisierung der genannten Konstrukte (vgl. 3.1) sowie eine Beschreibung der erhobenen Stichprobe und der deskriptiven Kennwerte des Konfliktpotentials, der einzelnen Interaktionsmerkmale und der Beziehungsqualität unter den berücksichtigten sozialstrukturellen Variablen (vgl. 3.2) erfolgen.

3.1 Konstruktbeschreibung

Als primär sozialstrukturell verortet lassen sich die Konstrukte Geschlechtszugehörigkeit, sozioökonomischer Status und Sozialisation einordnen. Zur Erfassung der *Schicht* bzw. des *sozioökonomischen Status* eines Paares wurden die Variablen (Netto-)Einkommen, Bildung und berufliche Stellung (des Hauptverdieners) herangezogen (vgl. Winkler 2000). Das Merkmal *Sozialisation* beschreibt, ob die Partner überwiegend in Ost- oder in Westdeutschland aufgewachsen bzw. sozialisiert worden sind. Dabei wurden nur Personen als ostdeutsch sozialisiert klassifiziert, die mindestens 18 Jahre vor der Wende in Ostdeutschland gelebt haben, da nur in diesem Fall von entsprechenden differierenden Sozialisationserfahrungen in der ehemaligen DDR und in Westdeutschland ausgegangen wurde.

In der theoretischen Debatte um die Erklärung der Stabilität und Zufriedenheit von Beziehungen wird – neben anderen – folgenden familienstrukturellen Konstrukten eine besondere Bedeutung zugewiesen (vgl. Hill & Kopp 1999): Unter *Investitionen in die Partnerschaft* (vgl. Hill & Kopp 2004) wurden in der durchgeführten Untersuchung gemeinsame Kinder sowie der ge-

8 Die Merkmale Schichtzugehörigkeit, Investitionen in die Partnerschaft, Entscheidungsmachtstruktur und (externe) Belastungen wurden in den Analysen in Form der zur Indexbildung (über verschiedene Variablen hinweg) aggregierten Punktwerte berücksichtigt. Dabei bedeuten höhere Punktwerte jeweils höhere Merkmalsausprägungen bzw. im Fall des Konstrukts Entscheidungsmacht zunehmend egalitäre Entscheidungen durch beide Partner.

meinsame Besitz von Immobilien, eines Geschäftes oder einer Firma, eines Autos und der Wohnungseinrichtung subsumiert. Das Konzept der familialen *Entscheidungsmachtstruktur* steht in Zusammenhang mit der formalen oder informellen Verteilung von Ressourcen oder Befugnissen (vgl. z. B. Stalb 2000). Eine Operationalisierung erfolgte über Angaben darüber, welcher der Partner Entscheidungen in den Bereichen alltägliche Ausgaben, Kauf von Kleidung, größere Anschaffungen, Freizeitaktivitäten, Wohnungssuche und berufliche Veränderungen fällt. Ein niedriger Wert bedeutet dabei, dass die Entscheidungen überwiegend von einem der Partner allein getroffen werden, je höher der Wert wird, desto stärker finden sich egalitäre Entscheidungen. *Belastungen*, die von *außen* auf die Partnerschaft einwirken, wurden auf Basis der Höhe von wahrgenommenen Problemlagen in folgenden Bereichen eingeordnet: finanzielle Unterstützung für andere Personen, Pflegefälle, Erziehungsprobleme sowie Alkohol- und Drogenprobleme eines Familienmitglieds. Das Merkmal *Homogamie der Partner auf Einstellungsebene* (vgl. Hill & Kopp 2000; Hill & Kopp 2004) wurde schließlich über einen Index erhoben, der auf der Übereinstimmung der Partner in ihren Einstellungen zu den Themen Umgang mit Geld, Auswahl von Kleidung, Freizeitinteressen, Ordnung und Sauberkeit im Haushalt, Lebensanschauungen, Politik sowie Sexualität beruhte.

Grundgedanke bei der Operationalisierung des in einer Partnerschaft bestehenden *Konfliktpotentials* war, dass dieses sich aus zwei Komponenten zusammensetzt: Die primär verhaltensbezogene Komponente beinhaltet die Häufigkeit, mit der Konflikte in der Beziehung vorkommen. Die kognitive Komponente *Belastung* erfasste, inwieweit diese Konflikte als subjektiv belastend empfunden werden. Berücksichtigt wurden dabei folgende Bereiche: Finanzen, Verwandtschaft/Freunde, Häufigkeit der stattfindenden Gespräche, Ordnung und Sauberkeit im Haushalt, emotionale Zuwendung und Verständnis durch den Partner, Zeit, welche die Partner füreinander aufbringen, Freizeitgestaltung, Vertrauen und Eifersucht, Sexualität sowie Aufteilung der Hausarbeit.

Im Bereich des Interaktionsverhaltens wurde zwischen allgemeinen Interaktionsmerkmalen (a bis c) und Interaktionsstilen in Konfliktsituationen (d bis e) unterschieden:

- a) *Offenheit*: Ein offenes Kommunikationsklima ist durch hohe Expressivität, gegenseitige Selbstöffnung der Partner sowie geringe Angst der Partner vor potentiell konfliktträchtigen Interaktionen charakterisierbar.

Positive Affekte, aber auch Beschwerden werden verbalisiert, wobei jedoch verletzende Vorwürfe oder Anklagen vermieden werden. Es erfolgt ein gegenseitiger verbaler Austausch intimer Informationen (gemeint sind hier explizite und implizite Informationen über Persönlichkeit, Verhalten und Verhaltensdispositionen der Partner).

- b) *Intimität und Nähe*: Schon in der Phase des Kennenlernens entsteht in der Regel das für Partnerschaften charakteristische intensive Gefühl der Nähe, welches die subjektive Komponente der Intimität darstellt. Die Interaktionen zwischen den Partnern sind hierbei durch ein hohes Maß an Empathie sowie durch den Wunsch gekennzeichnet, Erfahrungen und Erlebnisse mit dem Partner zu teilen. In Abgrenzung hiervon bezeichnet eine eher objektive Intimitätskomponente den Verflechtungsgrad der Handlungsräume beider Partner, der sich z. B. in der Häufigkeit gemeinsamer Rituale wie Mahlzeiten etc. ausdrückt.
- c) *Vertrauen*: Der längerfristige Austausch intimer Informationen und Handlungen setzt die Bereitschaft beider Partner voraus, die Beziehung nicht für egoistische Zwecke zu instrumentalisieren, sondern in gewissem Maß den Nutzen des Partners bzw. den ‚joint profit‘ zu berücksichtigen. Vertrauen bezeichnet in diesem Sinne die Bereitschaft, negative Tauschbilanzen zu tolerieren und nicht auf einem strikten quid pro quo zu bestehen sowie die Einschätzung, dass der Partner auch bei höheren kurzfristigen Tauschnachteilen die Partnerschaft nicht zugunsten einer vergleichbar profitableren Alternative verlässt.
- d) *Konstruktivität*: Hiermit werden Interaktionen bezeichnet, die durch gegenseitigen Respekt der Partner, Zuwendung von Aufmerksamkeit, Problemlösungsorientierung, gegenseitige positive Verstärkung sowie beiderseitige Kompromissbereitschaft gekennzeichnet sind. Berücksichtigt wird auch die Fertigkeit, die Paarinteraktion und daran geknüpfte Veränderungswünsche selbst auf konstruktive Weise zu thematisieren.
- e) *Destruktivität*: Ein destruktiver Stil ist durch Koordinationsschwierigkeiten in der Kommunikation (die Partner haben häufig das Gefühl, „aneinander vorbeizureden“) sowie den Austausch pauschaler und verächtlich vorgetragener Kritik gekennzeichnet. Die Partner verhalten sich in Konflikten diffus-emotional oder dominant, sie weisen dem Partner die Schuld für negative Ereignisse zu und es kommt zu fortgesetzter negativer Verhaltensreziprozität, die nicht durch neutrales oder positives Verhalten durch einen der Partner beendet wird. Allgemein weisen die Part-

ner gravierende Schwächen in der gegenseitigen Anpassung des kommunikativen Ablaufs auf.

Abschließend sei in Bezug auf das Explanandum angemerkt, dass die Begriffe *Beziehungszufriedenheit*, *Beziehungsqualität* und *partnerschaftliche Zufriedenheit* synonym verwendet wurden. Hierunter wurde die subjektiv empfundene Bewertung einer intimen Beziehung (Ehe oder eheähnliche Gemeinschaft) durch die Partner verstanden.

3.2 Stichprobenbeschreibung

Die Stichprobe umfasste insgesamt 2041 Personen, die mittels CATI (Computer Assisted Telephone Interview) befragt wurden. Diese Personen lebten zum Erhebungszeitpunkt (2002) in einer festen Partnerschaft (Ehe oder eheähnliche Gemeinschaft) gemeinsam in einem Haushalt. Beide Partner mussten zwischen 18 und 70 Jahren alt und entweder in Ost- oder Westdeutschland aufgewachsen sein. Das Durchschnittsalter der befragten Personen betrug 46.3 Jahre ($s = 12.7$), die durchschnittliche Dauer der Partnerschaft 21.3 Jahre ($s = 13.1$). Unter den befragten Personen befanden sich 982 mit ostdeutscher und 877 mit westdeutscher Sozialisation (182 Personen wurden aufgrund der oben beschriebenen Operationalisierungsform aus der Stichprobe ausgeschlossen). Bei 1628 Partnerschaften handelte es sich um Ehen, bei 345 um eheähnliche Gemeinschaften. Insgesamt gaben 1706 Befragte an, mindestens ein Kind zu haben.

Tab. 1 und Tab. 2 informieren über die deskriptiven Kennwerte der Interaktionsmerkmale, des Konfliktpotentials sowie der Beziehungsqualität unter den berücksichtigten sozialstrukturellen Variablen.

Tab. 1: Verteilungskennwerte der allgemeinen Interaktionsstile nach sozialstrukturellen Subgruppen⁹

	Offenheit		Vertrauen		Intimität/Nähe	
	\bar{X}	<i>s</i>	\bar{X}	<i>s</i>	\bar{X}	<i>s</i>
<i>Gesamtstichprobe</i>	4.38	1.07	5.49	.70	5.06	.73
<i>Sozialisation</i>						
Ostdeutschland	4.38	1.06	5.48	.69	5.19	.69
Westdeutschland	4.31	1.09	5.53	.71	4.92	.75
<i>Geschlecht</i>						
männlich	4.47	1.00	5.48	.68	5.10	.70
weiblich	4.31	1.11	5.49	.71	5.03	.74
<i>Entscheidungsmacht</i>						
asymmetrisch	4.00	1.07	5.25	.97	4.86	.90
egalitär	4.47	1.03	5.52	.65	5.11	.69
<i>Belastungen</i>						
niedrig	4.39	1.06	5.52	.64	5.07	.71
mittel	4.36	1.07	5.41	.79	5.04	.76
hoch	4.16	.94	5.22	1.06	4.87	.78
<i>Schicht</i>						
Unterschicht	4.56	1.07	5.42	.72	5.19	.62
Mittelschicht	4.41	1.06	5.49	.68	5.10	.70
Oberschicht	4.22	1.06	5.51	.70	4.91	.78
<i>Investitionen</i>						
gering	4.38	.96	5.38	.76	4.93	.79
hoch	4.36	1.07	5.53	.66	5.11	.69
<i>Homogamie</i>						
gering	4.09	1.06	5.26	.79	4.70	.77
hoch	4.63	1.00	5.67	.55	5.34	.54

⁹ In Tabelle 1 und 2 wurden intervallskalierte Variablen der Sozialstruktur kategorisiert, um so eine Angabe von Mittelwert und Standardabweichung in unterschiedlichen Gruppen zu ermöglichen.

Tab. 2: Verteilungskennwerte der Konfliktstile, des Konfliktpotentials und der Beziehungsqualität nach sozialstrukturellen Subgruppen

	Konstruktivität		Destruktivität		Konflikt- potential		Beziehungs- qualität	
	\bar{X}	<i>s</i>	\bar{X}	<i>s</i>	\bar{X}	<i>s</i>	\bar{X}	<i>s</i>
<i>Gesamstichprobe</i>	4.91	.66	2.24	.87	3.14	3.41	8.76	1.24
<i>Sozialisation</i>								
Ostdeutschland	4.91	.66	2.16	.85	2.45	2.89	8.81	1.22
Westdeutschland	4.89	.67	2.31	.89	3.62	3.67	8.66	1.26
<i>Geschlecht</i>								
männlich	4.91	.64	2.11	.78	2.57	2.89	8.88	1.11
weiblich	4.92	.66	2.33	.90	3.32	3.71	8.68	1.31
<i>Entscheidungs- macht</i>								
asymmetrisch	4.80	.73	2.44	.93	2.83	3.72	8.11	1.78
egalitär	4.95	.63	2.19	.84	3.73	3.69	8.86	1.15
<i>Belastungen</i>								
niedrig	4.91	.64	2.23	.84	2.81	3.21	8.81	1.18
mittel	4.96	.65	2.28	.92	3.62	3.89	8.65	1.34
hoch	4.69	.85	2.42	.98	3.47	3.95	8.21	1.68
<i>Schichtlage</i>								
niedrig	4.94	.68	2.25	.93	2.21	2.89	8.79	1.39
mittel	4.94	.64	2.21	.85	2.92	3.38	8.81	1.17
hoch	4.85	.66	2.31	.87	3.49	3.31	8.64	1.28
<i>Investitionen</i>								
gering	4.90	.68	2.36	.91	3.42	3.57	8.57	1.36
hoch	4.92	.64	2.20	.85	2.85	3.22	8.83	1.17
<i>Homogamie</i>								
gering	4.67	.66	2.54	.88	4.40	4.03	8.19	1.39
hoch	5.13	.56	2.00	.78	2.08	2.41	9.22	.84

Im Folgenden soll kurz auf einige ausgesuchte Aspekte der deskriptiven Kennwerte, die inhaltlich interessant erscheinen, eingegangen werden. Zunächst fällt auf, dass Paare, die in Ostdeutschland sozialisiert wurden, im Vergleich zu westdeutsch sozialisierten Paaren – zumindest tendenziell – über ein positiveres Interaktionsverhalten (eine Ausnahme bildet lediglich Vertrauen), ein erniedrigtes Konfliktpotential sowie eine höhere Beziehungsqualität berichten. Dies deckt sich mit den Befunden von Gysi (1989), nach denen Personen, die in der ehemaligen DDR aufgewachsen sind, im Rahmen ihrer Sozialisation durch die Interaktion mit dem sozialen Umfeld grundlegende – überwiegend positive – Werthaltungen und Einstellungen bezüglich der Bedeutung und Funktion von Partnerschaft und Familie ausgebildet haben. Die Kernfamilie, in welcher Achtung, Liebe, emotionaler Verbundenheit und Kommunikation eine vorrangige Bedeutung beigemessen wurde, bildete dabei die Basis für Gefühlsbindungen, Verständnis und Solidarität. Diese Einstellungen und Orientierungen sind einerseits aus der besonderen Bedeutung des Privaten in Abgrenzung zum allmächtigen Staat und andererseits aus dem hohen Stellenwert familienpolitischer Fertilitätsförderung entstanden und haben zur Ausbildung bestimmter Erwartungen an die Partnerschaft und die Familie geführt. Obschon diese Erwartungen nach der Wiedervereinigung und der Anpassung der sozialen Sicherungssysteme auf den Stand der BRD für viele Paare auf den harten Boden der Realität zurückgeworfen worden sein dürften, scheinen sich die spezifischen Sozialisationserfahrungen bzw. die daraus entstandenen Erwartungen und Ansprüche an eine Partnerschaft auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch in einem im Vergleich zu Paaren mit westdeutscher Sozialisation erhöhten Level an positiven sowie einem erniedrigten Level an negativen Beziehungscharakteristika zu manifestieren.

Bezogen auf die Geschlechtszugehörigkeit ergibt sich, dass Männer das Ausmaß an Offenheit, Intimität und partnerschaftlicher Zufriedenheit höher einstufen als ihre Partnerinnen, die Bewertung von Destruktivität und Konfliktpotential fällt hingegen niedriger aus. Eine Erklärungsmöglichkeit für eine solche Struktur bieten Befunde, nach denen Frauen in einer Beziehung häufig die Rolle der Konfliktmanagerin übernehmen (vgl. z. B. Gottman 1994). Ein wesentlicher Bestandteil dieser Rolle besteht darin, dass Frauen Probleme eher als Männer thematisieren und lösen wollen und somit über ein erhöhtes Konfliktpotential berichten. Männer hingegen sprechen Probleme häufig nicht an bzw. verdrängen diese. Die von Frauen als geringer empfundene Offenheit, Intimität und Zufriedenheit könnte demzufolge als Reaktion

auf die Vermeidungshaltung der Männer interpretiert werden, wohingegen Männer sich ihrer Verdrängungstendenz oftmals nicht bewusst werden (vgl. hierzu auch die Ausführungen im Diskussionsteil).¹⁰

Die Mittelwertprofile ergeben weiterhin – den allgemeinen Erwartungen entsprechend – generelle Vorteile im Hinblick auf ein positives Beziehungsklima (hohe Ausprägung von Zufriedenheit und funktionalen Interaktionsstilen, niedrige Ausprägung von dysfunktionalen Stilen und Konflikten) für Paare mit egalitärer Entscheidungsmachtstruktur, hohen Investitionen in die Partnerschaft, einem niedrigen Belastungsniveau sowie einem hohen Maß an Homogamie in Werten und Einstellungen. In Zusammenhang mit dem Konzept der Entscheidungsmachtstruktur sei auf eine der Basisannahmen der sozialen Konflikttheorie zur Familie verwiesen, nach der Familiensysteme durch Machtunterschiede – gemeint ist hier das unterschiedliche Ausmaß, in dem verschiedene Familienmitglieder in der Lage sind, ihre Selbstinteressen durchzusetzen – charakterisiert sind (vgl. Farrington & Chertok 1993). Auf allgemeiner Ebene gilt, dass Macht und die Art, in der Macht verteilt ist, ein kritisches Element der menschlichen sozialen Existenz darstellen. Macht muss dabei nicht unbedingt destruktiv sein, sondern kann unter bestimmten Bedingungen als Garant für die existierende gesellschaftliche Ordnung fungieren.

Dies könnte auf die Paarebene übertragen bedeuten, dass bei asymmetrischer Verteilung der Entscheidungsmacht u. U. mit positiven Beziehungsattributen zu rechnen ist. Aus der Perspektive von internen Familiendynamiken gestaltet sich das Machtphänomen jedoch eher in der Art, dass Machtunterschiede eine Konfliktquelle in Familien darstellen, wenn einzelne Familienmitglieder bemüht sind, die bestehenden Machtstrukturen zu verändern, andere diese hingegen beibehalten möchten. Dies korrespondiert mit den dargestellten Kennwerten, nach denen Paare, welche Entscheidungen in gegenseitigem Einvernehmen gemeinsam treffen, über ein geringeres Maß an Konfliktpotential und Destruktivität sowie über erhöhte Ausprägungen in den funktionalen Interaktionsstilen und in der partnerschaftlichen Zufriedenheit berichten.

10 Analysen zum kombinierten Einfluss von Geschlecht und Sozialisation ergaben in keinem Fall eine signifikante Wechselwirkung der Konstrukte. Die beschriebenen Effekte des Geschlechts finden sich somit gleichermaßen unter ost- und westdeutscher Sozialisation, die Effekte der Sozialisation entsprechend bei Männern und Frauen.

Abschließend sei noch auf das unerwartete Ergebnis hingewiesen, nach dem ein niedriger sozioökonomischer Status tendenziell mit günstigeren Ausprägungen in den einzelnen Beziehungskomponenten einhergeht.

3.3 Determinanten der Beziehungsqualität

Ergebnisse zur Interdependenz von Sozial- und Familienstruktur, Konfliktpotential, Interaktionsstil und Beziehungsqualität

Zunächst sollen hier die Ergebnisse der Analysen vorgestellt werden, die zum Zweck der Identifikation einer Kombination von sozial- und familienstrukturellen Merkmalen, Konfliktpotential und Interaktionsstilen zur Vorhersage der Beziehungsqualität durchgeführt wurden.

Im Zuge der Modellerstellung konnte den Konstrukten destruktives Konfliktverhalten, Geschlecht, Schichtzugehörigkeit, Sozialisation, Investitionen in die Partnerschaft und Beziehungsdauer in Kombination mit den in Tab. 3 aufgeführten Konstrukten kein eigenständiger Erklärungsbeitrag zugeordnet werden, so dass diese (sukzessiv) aus dem Modell entfernt wurden. Tab. 3 informiert über die Analyseergebnisse des auf diese Weise entstandenen Modells zur Vorhersage der Beziehungsqualität, in welches ausschließlich Merkmale mit eigenständigem bedeutsamem Einfluss auf die partnerschaftliche Zufriedenheit eingehen.¹¹

Obschon es sich um die Resultate einer Regressionsanalyse nach der schrittweisen Methode handelt, werden die einzelnen Prädiktorvariablen in der Tabelle nicht in der Reihenfolge ihres Erklärungsbeitrags, sondern – zur besseren Übersichtlichkeit – nach Determinanten der Sozialstruktur, des Konfliktpotentials und des Interaktionsverhaltens (vgl. Modell in Abbildung 1) differenziert aufgeführt. Die Höhe des Vorhersagepotentials der einzelnen Prädiktoren bzw. der Grad ihrer Auswirkung auf die Beziehungsqualität kann den standardisierten Regressionsgewichten (β) entnommen werden. Den höchsten positiven Einfluss weist demnach ein durch Intimität und Nähe gekennzeichnete Interaktionsstil auf, der größte negative Einfluss kommt dem Konfliktpotential zu.

11 Auf eine Darstellung der Analyseergebnisse der Zwischenschritte sowie der Zwischenmodelle wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.

Tab. 3: *Schrittweise multiple Regression zur Erklärung der Beziehungsqualität durch Merkmale der Sozial- und Familienstruktur, des Konfliktpotentials und des Interaktionsverhaltens (N = 1304); Varianzaufklärung (adjusted R²)=.553*

<i>Konstrukt/Merkmal</i>	<i>B</i>	<i>β</i>	<i>Signifikanz</i>	<i>Eta-Quadrat</i>
<i>Sozial- und Familienstruktur</i>				
Einstellungshomogamie	.234	.143	<.001	.030
Entscheidungsmacht	.073	.076	<.001	.012
Belastung	-.105	-.047	<.01	.005
<i>Konfliktpotential</i>	-.068	-.195	<.001	.059
<i>Interaktionsverhalten</i>				
Intimität/Nähe	.336	.194	<.001	.042
Konstruktives Konfliktverhalten	.335	.186	<.001	.045
Vertrauen	.326	.181	<.001	.050
Offenheit	.150	.125	<.001	.026

Vertiefende Analysen ergaben außerdem, dass eine zumindest auf dem 5%-Niveau signifikante Wechselwirkung zwischen den Konstrukten „Entscheidungsmacht“ und „externe Belastungen“ besteht ($p=.015$, Eta-Quadrat =.005). Eine Interpretation dieser Wechselwirkung erschien – ungeachtet des geringen Eta-Quadrats – aus inhaltlicher Sicht sinnvoll. Den entsprechenden Verlaufprofilen ist Folgendes zu entnehmen: Je ausgewogener die Entscheidungsmacht egalitär auf beide Partner verteilt ist, desto weniger wirkt sich das Ausmaß an Belastung auf die Beziehungsqualität aus. Liegt die Entscheidungsmacht hingegen vorwiegend bei *einem* Partner, ist die Beziehungsqualität bei hoher Belastung im Vergleich zu mittlerer und niedriger Belastung (sichtbar) erniedrigt.

Eine Interpretation der dargestellten Ergebnisse findet sich im letzten Teil dieses Beitrags (vgl. 4). An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass eine Fokussierung auf entweder soziologische oder psychologische Prädiktoren der partnerschaftlichen Zufriedenheit nicht sinnvoll scheint. Die Ergebnisse liefern vielmehr einen deutlichen Beleg dafür, dass die kombinierte Betrachtung von Merkmalen aus beiden Bereichen mit einem Erklärungsgewinn verbunden ist.

Zur Aufdeckung bzw. Trennung von direkten und über das Konfliktpotential vermittelten Effekten der Sozial- und Familienstruktur auf die einzelnen Interaktionsstile wurden verschiedene Analysen durchgeführt, in welchen die einzelnen Interaktionsstile separat als abhängige Variablen eingesetzt wurden.¹² In diesen konnten bezüglich der Interaktionsstile Intimität/Nähe und Vertrauen nur direkte Einflüsse verschiedener sozialstruktureller Konstrukte festgestellt werden. Im Falle eines durch Intimität und Nähe geprägten Interaktionsverhaltens handelte es sich dabei um die Merkmale Sozialisation in Ost- vs. Westdeutschland (Ostdeutsche berichten über ein höheres Ausmaß an Intimität), sozioökonomischer Status ($\beta = -.078$), beziehungspezifische Investitionen ($\beta = .070$), Entscheidungsmacht ($\beta = .060$) sowie Einstellungshomogamie ($\beta = .408$). In Hinsicht auf Vertrauen hatten die Merkmale beziehungspezifische Investitionen ($\beta = .084$), externe Belastungen ($\beta = -.067$) und Einstellungshomogamie ($\beta = .224$) eine bedeutsame Auswirkung. In Bezug auf den Interaktionsstil Offenheit wurde neben direkten Effekten der Merkmale sozioökonomischer Status ($\beta = -.095$), Homogamie ($\beta = .253$) und Beziehungsdauer ($\beta = -.159$) ein über das Konfliktpotential vermittelter Effekt der Geschlechtszugehörigkeit ermittelt.

Inhaltlich gestaltete sich dieser wie folgt: Männer berichten über ein geringeres Konfliktpotential als Frauen. Dieses hat einen positiven (bzw. bei Frauen einen negativen) Effekt auf den Grad an Offenheit, den Männer in ihrer Partnerschaft empfinden. In Verbindung mit einem konstruktiven Kommunikationsstil zeigten lediglich die Merkmale Homogamie ($\beta = .317$) und Schichtzugehörigkeit bzw. sozioökonomischer Status einen bedeutsamen Effekt, wobei dieser im Fall der Schichtzugehörigkeit über das Konfliktpotential vermittelt wurde. Dabei ist das Konfliktpotential umso ausgeprägter, je höher der sozioökonomische Status eines Paares ist. Dieses erhöhte Konfliktpotential bewirkt dann einen verringerten Einsatz von konstruktiven Verhaltensweisen in Konflikten. Bezogen auf den destruktiven Kommunikationsstil wurde in vertiefenden Analysen festgestellt, dass dieser als vermittelnde Variable zwischen Sozialstruktur und Konfliktpotential eingeordnet werden sollte, d. h. dem Konfliktpotential eher vor- als nachgeordnet ist. Aus diesem

12 Analysen zum (kombinierten) Einfluss von sozialstrukturellen Merkmalen auf die Beziehungsqualität ergaben signifikante Auswirkungen für die Konstrukte Einstellungshomogamie, Entscheidungsmacht und externe Belastungen. Der Einfluss der genannten Merkmale vollzieht sich – wie die Resultate einer hierarchischen Regression belegen – direkt und wird nicht über das Konfliktpotential vermittelt.

Grund wurde in Zusammenhang mit der destruktiven Kommunikation eine Analyse berechnet, in welcher das Konfliktpotential die abhängige Variable bildete. Den Ergebnissen zufolge bestehen vermittelnde Effekte in Bezug auf die Merkmale Geschlechtszugehörigkeit und Entscheidungsmacht:¹³ Frauen berichten über ein höheres Ausmaß an destruktiver Kommunikation als Männer. Dies führt bei Frauen zu einem vergleichsweise erhöhten Konfliktpotential. Außerdem ist die Kommunikation in dem Maß weniger durch Destruktivität gekennzeichnet, in dem Entscheidungen von beiden Partnern gemeinsam getroffen werden. Dies wirkt sich in einem entsprechend verringerten Konfliktpotential aus.

Im Rahmen von Analysen zur Klärung der Frage, ob sich der Einfluss des Konfliktpotentials auf die Beziehungsqualität direkt oder über das Interaktionsverhalten vermittelt vollzieht, konnte gezeigt werden, dass es sich bei den Auswirkungen des Konfliktpotentials auf die Beziehungsqualität um einen direkten Effekt handelt, der sich unabhängig vom Interaktionsverhalten vollzieht. Bezogen auf einen destruktiven Kommunikationsstil muss konstatiert werden, dass dieser in einer Analyse, in welcher nur die genannten Interaktionsmerkmale einbezogen wurden, einen eigenständigen Beitrag zur Vorhersage der Beziehungsqualität leisten konnte ($\text{Eta Quadrat} = .017$, $p < .001$). Durch Einbeziehung des Konfliktpotentials verliert er jedoch deutlich an Prädiktionskraft ($\text{Eta Quadrat} = .002$, $p = .124$). Dies deutet darauf hin, dass es sich bei Destruktivität eher um ein dem partnerschaftlichen Konfliktpotential vorgeordnetes Merkmal handelt, welches die Beziehungsqualität über das Konfliktpotential vermittelt beeinflusst und nicht umgekehrt. Destruktive Kommunikation führt dabei zu einem erhöhten Konfliktpotential, welches seinerseits die Zufriedenheit senkt.

4 Diskussion und Fazit

An dieser Stelle soll vertiefend auf die Befunde hinsichtlich der Erklärung der Beziehungsqualität eingegangen werden. Auf Grundlage der im Rahmen der Analysen identifizierten Einflussvariablen finden sich verschiedene Belege für die Angemessenheit des in Abbildung 1 dargestellten Modells zur Vorhersage der partnerschaftlichen Zufriedenheit unter Berücksichtigung

13 Dem Konstrukt Einstellungshomogamie konnte ein direkter Effekt ($\beta = -.392$) auf das Konfliktpotential attribuiert werden.

von soziologischen (Sozial- und Familienstruktur) und eher psychologischen (Konfliktpotential, Interaktionsverhalten) Determinanten. Bedeutsame eigenständige Auswirkungen konnten dabei für die familienstrukturellen Merkmale Einstellungshomogamie, Entscheidungsmachtstruktur und externe Belastungen der Partnerschaft, für das in der Partnerschaft bestehende Konfliktpotential sowie für die Interaktionsstile Offenheit, Intimität/Nähe, Vertrauen und Konstruktivität nachgewiesen werden.

Die Einflussrichtung der aufgeführten Konstrukte gestaltet sich folgendermaßen: Das Konfliktpotential verringert die partnerschaftliche Zufriedenheit, Homogamie auf der Einstellungsebene, Intimität/Nähe, Vertrauen, konstruktives Konfliktverhalten und Offenheit erhöhen diese hingegen. Die Konstrukte „externe Belastungen“ und „Entscheidungsmachtstruktur“ beeinflussen die Beziehungsqualität in Wechselwirkung (s. u.).

Bezogen auf die ursprünglich untersuchten Merkmale der Sozialstruktur und des Interaktionsverhaltens muss festgehalten werden, dass Geschlecht, Sozialisation (in Ost- oder Westdeutschland), Schichtzugehörigkeit, beziehungs-spezifische Investitionen, Beziehungsdauer und destruktive Kommunikation¹⁴ in Kombination mit den oben genannten Konstrukten keinen bedeutsamen Beitrag zur Erklärung der Beziehungsqualität leisten. Diese Ergebnisse können als Belege für eine Redundanz der genannten Konstrukte innerhalb des Modells gewertet werden, da diese die partnerschaftliche Zufriedenheit zwar separat in signifikanter Form beeinflussen, ihnen aber in Kombination mit den oben aufgeführten Konstrukten kein nennenswerter eigenständiger Erklärungsbeitrag für die Beziehungsqualität zugesprochen werden konnte.

Bevor eine zusammenfassende Bewertung im Zusammenhang mit den Analyseergebnissen zu vermittelnden Effekten erfolgt, soll kurz auf einige aus-gesuchte Resultate eingegangen werden: Die Beziehungsqualität ist bei Paa-ren mit egalitärer Machtverteilung im Vergleich zu Paaren, bei denen die Entscheidungsmacht überwiegend bei einem Partner allein liegt, allgemein erhöht. In einer Analyse unter Berücksichtigung von Wechselwirkungen konnte außerdem gezeigt werden, dass Paare mit egalitärer Verteilung der

14 Der Befund, nach dem positive im Vergleich zu negativen Verhaltensweisen einen höheren Beitrag zur Vorhersage der Beziehungsqualität leisten, weist aus einer anwendungsbezo-genen Perspektive betrachtet darauf hin, dass bei der Behandlung von beziehungs-spezifischen Störungen verstärkt auf positive Interaktionsmerkmale zurückgegriffen werden sollte.

Entscheidungsmacht Belastungen, die von außen auf die Beziehung einwirken, insofern besser kompensieren, als die partnerschaftliche Zufriedenheit bei hoher, mittlerer und niedriger Belastungshöhe annähernd gleich beurteilt wird. Paare mit asymmetrischer Entscheidungsmachtstruktur zeigen hingegen bei hohen Belastungen eine im Vergleich zu niedrigerer (und mittlerer) Belastung erkennbar verringerte Beziehungsqualität. Diese Befunde stellen eine Verbindung zwischen den Ergebnissen der Forschung zu Machtverhältnissen in Partnerschaften und Modellen im Bereich der familialen Stressbewältigung (vgl. z. B. das Vulnerability-Stress-Adaptation-Modell von Karney & Bradbury 1995) her: In Partnerschaften mit egalitärer – im Unterschied zu asymmetrischer – Machtverteilung scheint demnach eine effektivere Bewältigung externer Belastungen möglich zu sein. Die häufig in der Literatur konstatierte Verringerung der Partnerschaftszufriedenheit aufgrund von äußeren Belastungen (Cohan & Bradbury 1997) scheint durch eine egalitäre Verteilung der Entscheidungsmacht kompensierbar zu sein. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es bei Kriseninterventionen, z. B. nach einem Anstieg externer Belastungen durch ein kritisches Lebensereignis, hilfreich sein könnte, bei den Partnern positive Interaktionsstrukturen zu fördern, um eine Beeinträchtigung der Beziehungsqualität zu vermeiden. Als konkreter Ansatzpunkt bietet sich dazu nach den vorliegenden Forschungsergebnissen vor allem die Egalisierung partnerschaftlicher Machtverhältnisse an.

Das in einer Partnerschaft bestehende Konfliktpotential leistet gemeinsam mit einem durch Intimität und Nähe gekennzeichneten Interaktionsstil den höchsten Beitrag zur Vorhersage der Beziehungsqualität. Dies deutet auf die beträchtlichen Risiken für Partnerschaften hin, die von einer hohen Konfliktbelastung ausgehen, was zum Teil der These widerspricht, dass Konflikte Impulse für konstruktive Veränderungen darstellen können (Schneider 1994).

Insgesamt muss festgehalten werden, dass den psychologischen Variablen des Modells im Vergleich zu den soziologischen Variablen ein höherer Beitrag in Bezug auf die Prädiktion der partnerschaftlichen Zufriedenheit zukommt. Ein Vergleich der Varianzaufklärung des gesamten Modells mit der eines Modells, in welches ausschließlich Konfliktpotential und Interaktionsstile eingehen, offenbart jedoch, dass der Ausschluss der sozialstrukturellen Variablen zu einer bedeutsamen Verringerung der Varianzaufklärung führt (vgl. Rüssmann & Arránz Becker 2004). Daraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass zur Vorhersage der partnerschaftlichen Zufriedenheit

eine kombinierte Betrachtung von sozialstrukturellen Merkmalen, Konfliktpotential und Interaktionsverhalten der isolierten Betrachtung von psychologischen Determinanten eindeutig vorzuziehen ist.

Analysen zur Aufdeckung indirekter bzw. vermittelter Effekte ergaben Folgendes: Zur Klärung der Fragestellung, ob sich der Einfluss der Sozialstruktur auf die untersuchten Interaktionsmerkmale direkt vollzieht oder ob dieser über das in Partnerschaften bestehende Konfliktpotential moderiert wird, wurde zunächst für jeden Interaktionsstil eine Kombination von sozialstrukturellen Variablen mit bedeutsamer Auswirkung identifiziert und danach überprüft, inwieweit diese über das Konfliktpotential vermittelt wurde.¹⁵

In Bezug auf einen durch Intimität und Nähe geprägten Interaktionsstil zeigte sich dabei, dass lediglich direkte Effekte der Sozialstruktur in folgender Art vorliegen: Intimität und Nähe wachsen mit Ansteigen der Einstellungshomogamie¹⁶ und der beziehungsspezifischen Investitionen. Außerdem berichten Personen mit ostdeutscher im Vergleich zu solchen mit westdeutscher Sozialisation sowie Paare mit einem vergleichsweise geringen sozioökonomischen Status tendenziell über ein höheres Ausmaß an Intimität. Ebenfalls nur direkte Effekte ließen sich bei einem durch Vertrauen gekennzeichneten Interaktionsstil feststellen: Vertrauen nimmt mit der Einstellungshomogamie und mit dem Ausmaß an beziehungsspezifischen Investitionen zu und sinkt, wenn externe Belastungen vorliegen.

Eine direkte Wirkung auf den Interaktionsstil Offenheit konnte für die sozialstrukturellen Merkmale sozioökonomischer Status (negativ), Einstellungshomogamie (positiv) und Beziehungsdauer (negativ) konstatiert werden. Außerdem fand sich ein über das Konfliktpotential vermittelter Einfluss der Geschlechtszugehörigkeit in folgender Weise: Männer berichten im Vergleich zu Frauen über ein geringeres partnerschaftliches Konfliktpotential. Dies führt dazu, dass Männer ihre partnerschaftliche Interaktion als offener

15 Für jeden der untersuchten Interaktionsstile konnte ein bedeutsamer Einfluss des Konfliktpotentials festgestellt werden. Ein Anstieg des Konfliktpotentials steigerte dabei das Ausmaß an destruktiver Kommunikation und verringerte Offenheit, Vertrauen, Intimität sowie konstruktive Kommunikation.

16 Homogamie zeigte durchweg bedeutsame direkte Auswirkungen sowohl auf Konfliktpotential und Interaktionsstile als auch auf die Beziehungszufriedenheit in Richtung eines für den Beziehungserfolg förderlichen Effekts. Dies korrespondiert mit Befunden zur Ähnlichkeitshypothese, nach denen Homogamie den Beziehungserfolg verbessert (z. B. Grau & Bierhoff 1998; White & Hatcher 1984).

einschätzen als Frauen. Dieser Befund korrespondiert mit Befunden, nach denen Frauen in einer Beziehung häufig die Rolle der Konfliktmanagerin übernehmen. Damit geht einher, dass Frauen Probleme eher als Männer thematisieren und klären wollen, Männer Probleme hingegen häufig nicht ansprechen bzw. verdrängen oder ignorieren (vgl. z. B. Gottman 1994). Die von Frauen als geringer empfundene Offenheit könnte demzufolge als Reaktion auf die Vermeidungshaltung der Männer interpretiert werden, wohingegen Männer sich ihrer Verdrängungstendenz oftmals nicht bewusst werden.

Im Zusammenhang mit einem konstruktiven Kommunikationsstil konnte ein direkter (positiver) Effekt der Einstellungshomogamie sowie ein über das Konfliktpotential moderierter Einfluss der Schichtzugehörigkeit konstatiert werden. Dieser gestaltet sich in der Art, dass das Konfliktpotential mit steigendem sozioökonomischen Status anwächst. Dies führt zu einer Verringerung an konstruktiver Kommunikation. Die Vermutung, nach der der beschriebene Effekt hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass sich Paare in unteren Schichtlagen zwar häufiger streiten, dies aber als weniger belastend empfinden, konnte in detaillierten Analysen zu dieser These nicht bestätigt werden. Paare aus höheren sozioökonomischen Lagen berichten in der Tat über eine höhere Belastung, streiten aber auch öfter. Daraus kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ein niedrigerer sozioökonomischer Status nicht generell einen Nachteil sondern vielmehr einen Vorteil im Hinblick auf die genannten Beziehungskomponenten und letztendlich auch für die wahrgenommene Beziehungsqualität darstellt.

In Bezug auf eine durch Destruktivität gekennzeichnete Kommunikation wurde schließlich festgestellt, dass diese eine vermittelnde Variable zwischen der Geschlechtszugehörigkeit sowie der Entscheidungsmachtstruktur und dem Konfliktpotential darstellt. Frauen berichten über ein höheres Ausmaß an destruktiver Kommunikation als Männer, was mit einem Anstieg des Konfliktpotentials einhergeht. Auch dieser Befund lässt sich mit dem Konzept des Konfliktmanagers explizieren (s. o.). Der vermittelnde Effekt der destruktiven Kommunikation in Zusammenhang mit der Entscheidungsmacht gestaltet sich derart, dass häufiger über Destruktivität berichtet wird, wenn Entscheidungen primär von einem Partner allein getroffen werden. Dies hat dann ein erhöhtes Konfliktpotential zur Folge. Überlegungen der Equity-Theorie (vgl. Hill & Kopp 2004; Sprecher 2001) zufolge ist dieser Befund mit einer subjektiv empfundenen Benachteiligung des Partners, der nicht an Entscheidungen mitwirken darf, erklärbar. Dieser möchte die ge-

benen Umstände ändern, sein Partner will den Status quo jedoch beibehalten. Ein solcher Zustand des Ungleichgewichts führt letztlich zu Destruktivität und Konflikten.

In einem weiteren Schritt wurde überprüft, ob über das Konfliktpotential vermittelte Effekte der Sozialstruktur auf die Beziehungsqualität bestehen. Solche konnten jedoch nicht nachgewiesen werden. Direkte Auswirkungen konnten den Merkmalen Einstellungshomogamie (positiv), Entscheidungsmacht (höhere Zufriedenheit bei egalitärer Machtverteilung) und externe Belastungen (negativ) attribuiert werden.

Analysen zur Klärung der Frage, ob der nachgewiesene (negative) Einfluss des Konfliktpotentials auf die Beziehungsqualität über das Interaktionsverhalten vermittelt wird, führten zu der Schlussfolgerung, dass in keinem Fall ein mediierender Effekt vorliegt. Konflikte in einem bestimmten Ausmaß senken die Beziehungszufriedenheit unabhängig vom jeweils bestehenden Interaktionsstil.¹⁷ Daraus kann die Folgerung gezogen werden, dass nicht von einer Kausalkette „Konfliktpotential → Interaktionsverhalten → Beziehungsqualität“ ausgegangen werden sollte, sondern dass diese Konstrukte die abhängige Variable jeweils eigenständig (parallel) beeinflussen. Ein Beleg für diese Vermutung findet sich in den gleichermaßen signifikanten Ergebnissen einer hierarchischen Regressionsanalyse, in der zunächst die Interaktionsstile und im zweiten Schritt das Konfliktpotential aufgenommen wurde. Eine Ausnahme bildet der Interaktionsstil „destruktive Kommunikation“. Hier konnte nachgewiesen werden, dass der bedeutsame Einfluss auf die Beziehungsqualität unter Hinzunahme des Konfliktpotentials verschwindet. Destruktive Kommunikation scheint somit zu einer Verringerung der Beziehungsqualität zu führen, indem das Konfliktpotential durch diese Interaktionsform gesteigert wird.

Dieser Überlegung folgend wurden vertiefende Analysen durchgeführt, in welchen der über destruktive Kommunikation vermittelte Einfluss von sozialstrukturellen Variablen auf das Konfliktpotential und auf die verbleibenden Interaktionsskalen konkretisiert werden sollte. Hierbei ergaben sich (neben einem direkten Einfluss der Einstellungshomogamie auf das Konfliktpotential) zunächst die oben beschriebenen, über einen destruktiven Kommunika-

17 Angemerkt werden sollte, dass das Konfliktpotential die einzelnen Interaktionsstile selbst jeweils bedeutsam (in erwarteter Richtung) beeinflusst bzw. von diesen beeinflusst wird.

tionsstil vermittelten Effekte des Geschlechts (Männer berichten im Vergleich zu Frauen über weniger destruktive Kommunikation, was zu einem verringerten Konfliktpotential führt) und der Entscheidungsmacht (je egalitärer die Entscheidungsmacht verteilt ist, desto weniger kommt es zu destruktiver Kommunikation und desto weniger Konflikte treten auf). Das Ausmaß des Konfliktpotentials determinierte dann die partnerschaftliche Zufriedenheit. Der oben geschilderte Effekt der Geschlechtszugehörigkeit auf eine durch Offenheit gekennzeichnete Interaktion wird durch das Vorliegen von destruktiver Kommunikation wie folgt moderiert: Frauen berichten über ein erhöhtes Ausmaß an destruktiver Kommunikation, dies steigert das Konfliktpotential und führt zu einer als geringer eingeschätzten Offenheit mit entsprechender Auswirkung auf die Beziehungszufriedenheit. Bei Männern gilt das Umgekehrte. Auch diese Befunde korrespondieren mit der oben angeführten Interpretation, nach der Frauen in Partnerschaften meist die Rolle der Konfliktmanagerin zukommt bzw. mit der damit korrespondierenden Verdrängungstendenz bezüglich des Ansprechens und Austragens von Konflikten auf Seite der Männer. Außerdem lässt sich ein über Destruktivität und Konfliktpotential vermittelter Effekt der Entscheidungsmachtstruktur auf Offenheit sowie auf Beziehungsqualität ableiten (egalitäre Entscheidungsmacht führt über verringerte Destruktivität zu weniger Konflikten und nachfolgend zu mehr Offenheit und Zufriedenheit). Der über das Konfliktpotential vermittelte Einfluss des sozioökonomischen Status auf einen konstruktiven Kommunikationsstil vollzieht sich hingegen ohne ‚Umweg‘ über die destruktive Kommunikation.

Abschließend soll noch einmal kurz auf die Befunde zum destruktiven Konfliktverhalten, welches dem Konfliktpotential vorgeordnet zu sein scheint, eingegangen werden. Die Annahme, dass in Verbindung mit einer hohen Konfliktbelastung ein hohes Maß an Destruktivität in Konflikten zu einer Verringerung der Beziehungsqualität führt, konnte nicht bestätigt werden: Während das Konstrukt „destruktives Konfliktverhalten“ bei isolierter Betrachtung eine verringerte Partnerschaftszufriedenheit vorhersagt (vgl. Arránz Becker 2004), kommt ihm in einem Modell unter gleichzeitiger Berücksichtigung von sozialstrukturellen Variablen, Konfliktpotential und positiven Interaktionsmerkmalen kein eigenständiger Erklärungsbeitrag mehr zu. Im zweiten Teil der Untersuchung ergab sich dazu korrespondierend, dass ein destruktiver Kommunikationsstil eher als antezedierende Variable des Konfliktpotentials, welches seinerseits negative Auswirkungen auf die Beziehungsqualität hat, einzuordnen ist. Außerdem kommt der destruktiven

Kommunikation ein vermittelnder Einfluss zwischen den Konstrukten Entscheidungsmacht bzw. Geschlecht und Konfliktpotential mit den entsprechenden Effekten auf Offenheit und Beziehungszufriedenheit zu. Die dargestellten Ergebnisse sprechen somit insgesamt eher für das Vorliegen von über Destruktivität vermittelten Effekten als für eine Interpretation der destruktiven Kommunikation im Sinne einer redundanten Variablen, welche die Analyseergebnisse zur Erstellung einer Kombination von (parallelen) relevanten Determinanten der Beziehungsqualität nahe legen. Festzuhalten bleibt, dass Destruktivität in der Regel zu einer Erhöhung des Konfliktpotentials führt. Ist eine Partnerschaft jedoch durch eine relativ hohe Konfliktbelastung gekennzeichnet, scheinen insbesondere konfliktentschärfende Interaktionsstile eine wichtige Rolle für die Beziehungsregulation zu spielen. Diese Befunde stützen die in der Literatur vertretene These, nach der in Untersuchungen zur Funktionalität von Kommunikationsstilen neben den häufig erforschten destruktiven Stilen stets auch positive Interaktionsmerkmale Berücksichtigung finden sollten (Fincham & Beach 1999).

Die dargestellten Befunde erhellen das Konstrukt ‚partnerschaftliche Zufriedenheit‘, indem relevante soziologische und psychologische Determinanten der Beziehungsqualität in ihrer Interdependenz herausgearbeitet werden. Eine solche (interdisziplinäre) Vorgehensweise führt gegenüber einer isolierten Betrachtung von soziologischen und psychologischen Konstrukten zu einem deutlichen Erklärungsgewinn. Eine Berücksichtigung der direkten und indirekten Auswirkungen der identifizierten relevanten Faktoren in kombinierter Form erlaubt gegenüber einer Betrachtung einzelner Faktoren außerdem eine präzisere Diagnose der partnerschaftlichen Zufriedenheit.

Literatur

- ANDERSON, S.A./RUSSELL, C.S./SCHUMM, W.R. (1983): Perceived marital quality and family life-cycle categories: A further analysis. *Journal of Marriage and the Family*, 45. S. 127-139.
- ARRÁNZ BECKER, O. (2004): Soziale Determinanten und Konsequenzen partnerschaftlicher Interaktionsstile. In P.B. Hill (Hrsg.): *Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften*. Würzburg. S. 157-206.
- ARRÁNZ BECKER, O./HILL, P.B./RÜSSMANN (2004): In P.B. Hill (Hrsg.): *Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltags-*

- interaktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften. Würzburg. S. 157-206.
- ARRÁNZ BECKER, O./RÜSSMANN, K. (2004): In P.B. Hill (Hrsg.): Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften: Würzburg. S. 157-206.
- BARTHOLOMEW, K. (1990): Avoidance of intimacy: An attachment perspective. *Journal of Social and Personal relationships*, 61. S. 226-244.
- BARTHOLOMEW, K./HOROWITZ, L.M. (1991): Attachment styles among young adults: A test of a four-category model. *Journal of Personality and Social Psychology*, 61. S. 226-244.
- BLAU, P. M. (1964): *Exchange and power in social life*. New York.
- BOLAND, J.P./FOLLINGSTAD, D.R. (1987): The relationship between communication and marital satisfaction: A review. *Journal of Sex and Marital Therapy*, 13 (4). S. 286-313.
- BORTZ, J. (1999): *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin u. a.
- BOWLBY, J. (1975): *Bindung*. Frankfurt.
- BOWLBY, J. (1976): *Trennung*. Frankfurt.
- BOWLBY, J. (1983): *Verlust, Trauer und Depression*. Frankfurt.
- BRADBURY, T.N. (Ed.) (1998): *The developmental course of marital dysfunction*. Cambridge.
- BRADBURY, T.N./BEACH, S.R.H./FINCHAM, F.D./NELSON, G.M. (1996): Attributions and behavior in functional and dysfunctional marriages. *Journal of Consulting and Clinical psychology*, 64 (3). S. 569-576.
- BRADBURY, T.N./FINCHAM, F.D./BEACH, S.R.H. (2000): Research on the nature and determinants of marital satisfaction: A decade in review. *Journal of Marriage and the Family*, 62. S. 964-980.
- COLLINS, N.C./READ, S.J. (1990): Adult attachment, working models, and relationship quality in dating couples. *Journal of Personality and Social Psychology*, 58(1). S. 644-663.
- CONGER, R.D./RUETER, M.A./ELDER, O.H. (1999): Couple resilience to economic pressure. *Journal of Personality and Social Psychology*, 76. S. 54-71.

- COX, M.J./PALEY, B./BURCHINAL, M./PAYNE, C.C. (1999): Marital perceptions and interactions across the transition to parenthood. *Journal of Marriage and the Family*, 61(3). S. 611-625.
- CROHAN, S.E. (1996): Marital quality and conflict across the transition to parenthood in african american and white couples. *Journal of Marriage and the Family*, 58(4). S. 933-944.
- FARRINGTON, K./CHERTOK, E. (1993): Social conflict theories of the family. In: P.G. Boss, W.J. Doherty, R. LaRossa, W.R. Schumm & S.K. Steinmetz, *Sourcebook of family theories and methods – A contextual approach*. New York. S. 357-384.
- FEENEY, J.A./NOLLER, P. (1996): *Adult attachment*. Thousand Oaks, London, New Dehli.
- FINCHAM, F.D./BEACH, S.H.R. (1999): Conflict in marriage: Implications for working with couples. *Annual Review of Psychology*, 50. S. 47-77.
- GLENN, N.D. (1998): The course of marital success and failure in five american 10-year marriage cohorts. *Journal of Marriage and the Family*, 60(3). S. 569-576.
- GLICK, P.C. (1947): The family cycle. *American Sociological Review*, 12. S. 164-174.
- GOTTMAN, J.M. (1994): *What predicts divorce? The relationship between marital processes and marital outcomes*. Hillsdale.
- GOTTMAN, J.M. (1979): *Marital interaction: Experimental investigations*. New York.
- GOTTMAN, J.M. (1994): *What predicts divorce? The relationship between marital processes and marital outcomes*. Hillsdale, NJ.
- GOTTMAN, J.M. (1998): Psychology and the study of marital processes. *Annual Review of Psychology*, 49. S. 169-197.
- GOTTMAN, J.M./COAN, J./CARRERE, S./SWANSON, C. (1998): Predicting marital happiness and stability from newlywed interactions. *Journal of Marriage and the Family*, 60(1). S. 5-22.
- GOTTMAN, J.M./KROKOFF, L.J. (1989): Marital interaction and satisfaction: A longitudinal view. *Journal of Consulting and Clinical Psychology*, 57(1). S. 47-52.

- GOTTMAN, J.M./NOTARIUS, C.I. (2000): Decade Review: Observing marital interaction. *Journal of Marriage and the Family*, 62. S. 927-947.
- GRAU, I./BIERHOFF, H.W. (1998): Tatsächliche und wahrgenommene Einstellungsähnlichkeit als Prädiktoren für die Beziehungsqualität. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 29. S. 38-50.
- GREENSTEIN, T.N. (1996): Gender Ideology and perceptions of fairness of the division of labor: Effects on marital quality. *Social Forces*, 74. S. 1029-1042.
- GUERRERO, L.K. (1996): Attachment-style differences in intimacy and involvement: A test of the four-category model. *Communication Monographs*, 63. S. 269-292.
- GUERRERO, L.K. (1998): Attachment-style differences in experience and expression of romantic jealousy. *Personal Relationships*, 5. S. 273-291.
- GYSI, J. (1989): *Familienleben in der DDR. Zum Alltag von Familien und Kindern*. Berlin.
- HAZAN, C./SHAVER, P.R. (1987): Romantic love conceptualized as an attachment process. *Journal of Personality and Social Psychology*, 59. S. 511-524.
- HILL, P.B. (2004): *Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften*. Würzburg.
- HILL, P.B./KOPP, J. (1999): Ehescheidung: Historische Entwicklungen und theoretische Erklärungen. In: T. Klein & J. Kopp (Hrsg.): *Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht. Familie und Gesellschaft. Band 2*. Würzburg. S. 23-42.
- HILL, P.B./KOPP, J. (2000): Entwicklungstendenzen, Erklärungsansätze und Forschungsbefunde zum Heiratsverhalten. In: U. Mueller, B. Nauck & A. Diekmann (Hrsg.): *Handbuch der Demographie. Band 2: Anwendungen*. Berlin u. a. S. 958-979.
- HILL, P.B./KOPP, J. (2004): *Familiensoziologie – Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Wiesbaden.
- KARNEY, B.R./BRADBURY, T.N. (1995): The longitudinal course of marital quality and stability: A review of theory, method, and research. *Psychological Bulletin*, 118(1). S. 3-34.

- KLEIN, T./KOPP, J. (Hrsg.) (1999): Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht. Würzburg.
- KOBAK, R.R./HAZAN, C. (1991): Attachment in marriage: Effects of security and accuracy of working models. *Journal of Personality and Social Psychology*, 60(6). S. 861-869.
- LAZARUS, R.S./FOLKMAN, S. (1984): Stress, appraisal, and coping. New York.
- LEWIS, R.A./SPANIER, G.B. (1979): Theorizing about the quality and stability of marriage. In: W. Burr et al. (eds.): *Contemporary theories about the family*, Vol 1. New York, London. S. 268-294.
- MATTHEWS, L.S./CONGER, R.D./WICKRAMA, K.A.S. (1996): Work-family conflict and marital quality: Mediating processes. *Social Psychology Quarterly*, 59 (1). S. 62-79.
- PIÑA, D.L./BENGTSON, V.L. (1993): The division of household labor and wives' happiness: Ideology, employment, and perceptions of support. *Journal of Marriage and the Family*, 55(4). S. 901-912.
- REVENSTORF, D./VOGEL, B./WEGENER, R.B./HAHLWEG, K./SCHINDLER, L. (1980): Escalation phenomena in interaction sequences: An empirical comparison of distressed and nondistressed couples. *Behavior Analysis and Modification*, 2. S. 97-116.
- ROGERS, S.J./WHITE, L.K. (1998): Satisfaction with parenting: The role of marital happiness, family structure, and parent's gender. *Journal of Marriage and the Family*, 60(2). S. 293-308.
- ROLLINS, B.C./FELDMAN, H. (1970): Marital satisfaction over the family life cycle. *Journal of Marriage and the Family*, 32. S. 20-28.
- RÜSSMANN, K. (2004): Sozialstruktur und Konfliktpotential in Partnerschaft und Ehe. In: P.B. Hill (Hrsg.): *Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften*: Würzburg. S. 103-156.
- RÜSSMANN, K./ARRÁNZ BECKER, O. (2004): Die Interdependenz von Sozialstruktur, Familienzyklus, Interaktionsstil und Partnerschaftszufriedenheit. In P.B. Hill (Hrsg.): *Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften*. Würzburg. S. 207-247.

- RÜSSMANN, K./ARRÁNZ BECKER, O./KELZENBERG, D. (2004): Konzepte und Skalen zur Messung des Beziehungserfolgs. Zur Entwicklung einschlägiger Instrumente. In: P.B. Hill (Hrsg.): *Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften*: Würzburg. S. 73-102.
- RUSBULT, C.E./JOHNSON, D.J./MORROW, G.D. (1986): Determinants and consequences of exit, voice, loyalty, and neglect: Responses to dissatisfaction in adult romantic relationships. *Human Relations*, 39 (1). S. 45-63.
- SCHNEIDER, W. (1994): *Streitende Liebe – Zur Soziologie familialer Konflikte*. Opladen.
- SPANIER, G.B./LEWIS, R.A. (1980): Marital quality: A review of the seventies. *Journal of Marriage and the Family*. S. 825-839.
- SPRECHER, S. (2001): Equity and social change in dating couples: Associations with satisfaction, commitment, and stability. *Journal of Marriage and the Family*, 63. S. 5-613.
- STACK, S./ESHLEMAN, J.R. (1998): Marital status and happiness: A 17-nation study. *Journal of Marriage and the Family*, 60(2). S. 527-537.
- STALB, H. (2000): *Eheliche Machtverhältnisse. Ein Theorievergleich*. Herbolzheim.
- STEGGEL, G.L./HARPER, J.M. (1991): Family interaction patterns and communication processes. In S.J. Bahr (Ed.): *Family Research: A Sixty-Year Review*, Vol.1. Toronto, New York. S. 97-171.
- SUITOR, B.J. (1991): Marital quality and satisfaction with the division of household labor across the family life cycle. *Journal of Marriage and the Family*, 53. S. 221-230.
- TERMAN, L.M./BUTTENWIESER, P./FERGUSON, L.W./JOHNSON, W.B./WILSON, D.P. (1938): *Psychological factors in marital happiness*. New York.
- THIBAUT, J.W./KELLEY, H.H. (1959): *The social psychology of groups*. New York.
- TICHENOR, V.J. (1999): Status and income as gendered resources: The case of marital power. *Journal of Marriage and the Family*, 61(3). S. 638-650.

- URBAN, K. (1996): Statistik. Einführung in die statistische Methodenlehre für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. München.
- VAILLANT, C.O./VAILLANT, G.E. (1993): Is the U-curve of marital satisfaction an illusion? A 40-year study of marriage. *Journal of Marriage and the Family*, 55. S. 230-239.
- WHITE, S.G./HATCHER, C. (1984): Couple complementary and similarity: A review of the literature. *The American Journal of Family Therapy*, 12 (1). S. 15-25.
- WINKLER, J. (2000): in H. Stolzenberg, Bundes-Gesundheitssurvey 1998, Public Use File BGS98, Dokumentation des Datensatzes. Berlin. S. 27-32.

Rosemarie Nave-Herz / Michael Feldhaus

Geschwisterbeziehungen

Psychologische und soziologische Fragestellungen

In der Soziologie, auch in der Familiensoziologie, hat das Thema „Geschwisterbeziehungen“ keine Tradition, was Schütze bereits 1989 betonte; diese Aussage hat bis heute ihre Gültigkeit behalten. Man könnte Frage stellen, ob dieses Forschungsdefizit vielleicht deshalb besteht, weil das Wort *Geschwister-Beziehungen* eher auf die gesellschaftliche Mikroebene, auf die Interaktionen zwischen zumindest zwei Personen, verweist und somit diesbezügliche Forschungsthemen allerhöchstens sozialpsychologisch, aber nicht soziologisch orientiert sein könnten.

Sieht man sich die vorhandenen Forschungsergebnisse an, so scheinen auch in der Tat die Psychologen und Psychologinnen fast eine Monopolstellung auf diesem Gebiet zu besitzen. Auf psychologische und sozialpsychologische Ergebnisse möchten wir im ersten Teil unseres Vortrages eingehen, wobei wir des Umfangs wegen keinen Anspruch auf Vollständigkeit postulieren. Ziel dieses Abschnittes ist es, an ausgewählten Beispielen die spezifische psychologische Forschungsperspektive aufzuzeigen, um – ohne ihre Ergebnisse in Frage stellen zu wollen – diese anschließend unter soziologischem Aspekt einer kritischen Analyse zu unterziehen. Nur ein solches Vorgehen erlaubt es darzustellen – was wir im anschließenden zweiten Teil zu beschreiben beabsichtigen –, dass eine „*Soziologie der Geschwisterbeziehungen*“ eine völlig andere Sichtweise beinhaltet.

1 Ausgewählte psychologische Forschungsthemen über Geschwisterbeziehungen

Mit klinisch-psychologischen und psychoanalytischen Fallstudien wurde – seit es überhaupt eine Psychologie und ihre psychoanalytische Richtung gibt – immer wieder die große Bedeutung von Geschwistern für den Soziali-

sationsprozess von Kindern, nicht zuletzt im Hinblick auf Störungen in der Persönlichkeitsentwicklung, nachgewiesen (vgl. Kasten 1993a, b; 2003).

Im Weiteren gingen dann allerdings empirische Untersuchungen vor allem auch der Bedeutung von Geschwistern für den lerntheoretischen Entwicklungsprozess der Kinder nach, z. B. für ihre Intelligenzentwicklung, für die Ausprägung bestimmten Sozialverhaltens, von Identitätsproblemen. Ferner wurden Studien über Emotionalität und Ambivalenz, über Rivalität, über Nähe und Ferne in Geschwisterbeziehungen durchgeführt. In vielen dieser Projekte wurden als unabhängige Variablen die soziale Schicht, das Ausbildungsniveau, Persönlichkeitsmerkmale der Kinder und anderes mehr definiert. Weiterhin wurden vor allem die Folgen der Geburt des zweiten Kindes für das erste Kind und der damit bewirkte Wandel in der Eltern-Kind-Beziehung untersucht (z. B. Schütze 1989). Auf Probleme des Übergangs vom Einzelkind zum Geschwisterkind hatten bereits Adler und auch Freud hingewiesen. Freud schreibt wörtlich: Das ältere Kind „fühlt sich entthront, beraubt, in seinen Rechten geschädigt, wirft einen eifersüchtigen Hass auf das Geschwisterchen und entwickelt einen Gräuel auf die ungetreue Mutter, die sich sehr oft in einer unliebsamen Veränderung seines Benehmens Ausdruck schafft. Es wird etwa ‚schlimm‘, reizbar, unfolgsam und macht seine Erwerbungen in der Beherrschung der Ausscheidungen rückgängig“ (Freud 1972, 131).

Auch aus neueren Untersuchungen geht hervor, dass die Hälfte der Mütter nach der Geburt des zweiten Kindes negative Verhaltensänderungen beim ersten Kind registriert, wie Schlafprobleme, Rückzugsverhalten, Weinerlichkeit, Anklammern, Trotz usw. (vgl. zusammenfassend Schütze 1989, 316).

Zudem wurde der Tod von Geschwistern als kritisches Lebensereignis und dessen lebenslange Wirkung nicht nur im Hinblick auf die Eltern, sondern auch hinsichtlich der Geschwister und die sich hierdurch vielfach veränderte Beziehung zwischen Eltern und ihren lebenden Kindern thematisiert. Auch liegen Untersuchungen über den Einfluss der körperlichen und/oder geistigen Behinderung eines Kindes auf die Geschwisterkinder vor.

In Bezug auf ausgewählte psychologische Forschungsergebnisse über Geschwisterbeziehungen ist hervorzuheben, dass in der Psychologie lange Zeit ein spezieller Forschungszweig, nämlich die Geschwisterkonstellationsforschung, sich dominierend durchgesetzt hatte. Diese misst dem Geburtsrangplatz, also dem Rang in der Geschwisterreihenfolge, eine besondere sozialisierende Bedeutung bei (vgl. Thoman 1989). Die Zahl diesbezüglicher

empirischer Untersuchungen ist fast ins Unermessliche angestiegen; doch ihre Ergebnisse widersprechen sich stark: Einerseits werden in Untersuchungen die ältesten Geschwister als herrschsüchtiger, geltungssüchtiger und prahlerischer beschrieben als jüngere und mittlere. Jüngere Geschwister würden dagegen eher psychologische Techniken zur Durchsetzung ihrer Wünsche gebrauchen. Andererseits soll als erwiesen gelten, dass ältere Kinder eher von Erwachsenen abhängig, mehr auf schulische Norm eingestellt, mehr auf die Einhaltung genereller Normen bedacht sind. Jüngere Kinder dagegen seien von Erwachsenen viel unabhängiger, stärker auf Geschwister und Altersgenossen gerichtet, eher impulsiv, aktiv und selbstsicherer als das ältere Kind, das sich selbst ja an einer Erwachsenenwelt orientieren musste. Für Kinder in mittlerer Geschwisterrangposition gelte vor allem, dass sie ein besseres soziales Geschick entwickeln würden (vgl. Thomae 1972, 800f.).

Ebenso wurden die Risiken und Chancen des Einzelkinddaseins, also das Fehlen von Geschwistern, in der psychologischen Literatur kontrovers beurteilt. Zum Beispiel schreiben Forer und Still: „Beim Einzelkind, insbesondere bei Jungen, scheint das Fehlen von Wettbewerb das Selbstvertrauen zu steigern. Die Welt gehört ihm, und es kennt keine Herausforderung, der es nicht gewachsen wäre. Einzelkinder sind meist dominant, wortgewandt und perfektionistisch ... Sie (sind) stets eifrig bemüht, der Autoritätsfigur zu gefallen – sei es der Mutter, dem Chef oder dem militärischen Vorgesetzten“ (Forer/Still 1982, 22). Andere Autoren betonen, dass Einzelkinder von ihren Eltern tendenziell hohe Zuwendungen und Aufmerksamkeit, aber auch Überfürsorglichkeit erfahren und damit eher zu egoistischem Verhalten neigen und streitsüchtiger wären. Ferner würden sie sich besonders stark an den Konsumgewohnheiten ihrer Eltern, also Erwachsener, orientieren und jegliche „kindtypischen“ Wünsche und Einkäufe vermissen lassen (Rolff/Zimmermann 1992, 25; vgl. zusammenfassend auch Schmidt/Denter 1993, 346ff.; Schütze 1989).

Auf weitere Forschungsergebnisse der Geschwisterpositions- und Einzelkindforschung soll hier nicht weiter eingegangen werden. Unseres Erachtens hat man dieser Forschungsrichtung zu Recht vorgeworfen, dass ihre Sichtweise zu monokausal wäre, dass die Unterschiedlichkeiten nach dem Altersabstand, dass das Geschlecht und die Zahl der Geschwister zu wenig beachtet, dass Kompensationsmöglichkeiten (z. B. durch Spielgruppen) nicht einbezogen und dass die Stärke des geschwisterlichen Einflusses auf den Sozia-

lisationsprozess überbetont würden. Vor allem könnten Kinder auch aufgrund ihrer Persönlichkeit, z. B. des Temperaments, in ein und demselben familialen Kontext sehr unterschiedliche Erfahrungen machen, was wiederum ihre weitere Entwicklung beeinflusse. Zudem sind die soziale Schichtzugehörigkeit und die Qualität der familiären Beziehung von großer Bedeutung. Neben der Geschwisterstruktur spielen also familiäre und außerfamiliäre Faktoren eine große Rolle. Kurzum: Die Geschwisterkonstellation stellt keine isolierte Bedingung dar.

Gleichwohl wurde in jüngster Zeit von Anhängern der Soziobiologie erneut an der Vorstellung eines fast „naturbedingten Einflusses“ auf die Persönlichkeitsentwicklung durch die Geschwisterrangfolge angeknüpft. Sulloway z. B. geht in seinem Buch „Der Rebell der Familie – Geschwisterrivalität, kreatives Denken und Geschichte“ von folgenden Thesen aus: Ein ganz wesentlicher Grund für die Unterschiede zwischen Geschwistern liege in ihrer Konkurrenz um den Zugang zu den familialen Ressourcen. Der Streit darum, insbesondere um die elterliche Liebe, führe zu Rivalitäten. In der Natur hätten wiederkehrende Konflikte Anpassung zur Folge. Kinder erben zwar keine speziellen Gene, die sie zu Erstgeborenen oder Spätgeborenen werden lassen. Doch die Gene, die sie erben, würden ihnen helfen, die Konkurrenz um die elterliche Zuwendungen zu bestehen. Durch die familiäre Umwelt sei festgelegt, wie diese Konkurrenz zum Ausdruck kommen werde. Er schreibt wörtlich: „Strategien, die Erstgeborene entwickeln, werden durch Gegenstrategien der Spätgeborenen beantwortet. Es kommt zu einem regelrechten evolutionären Rüstungswettlauf in der Familie. Im Hinblick auf das Primat des Geschwisterkampfes stimmt sogar die Bibel mit der Evolutionstheorie überein: Der erste in der Bibel erwähnte Mord – der von Kain an seinem jüngeren Bruder Abel – ist ein Brudermord ... Es liegt in der Stellung von Erstgeborenen, dass sie sich stärker mit Macht und Autorität identifizieren. Erstgeborene kommen als Erste in die Familie, und sie nutzen ihre überlegene Größe und Stärke, um diese besondere Stellung zu verteidigen. Sie sind bestimmender, sozial dominanter, ehrgeiziger, eifersüchtiger, auf ihren Status bedacht und gleichzeitig defensiver als ihre jüngeren Geschwister. Diese wiederum neigen aufgrund ihrer untergeordneten Position im Familiensystem, den Status quo in Frage zu stellen und unter bestimmten Bedingungen auch eine ‚revolutionäre Persönlichkeit‘ zu entwickeln. Im Namen der Revolution haben sich später Geborene wiederholt dem Altherwürdigen und Annahmen ihrer Zeit entgegengestellt. Die kühnen Forscher, die Bilder-

stürmer, die Häretiker, die wir aus der Geschichte kennen, kommen aus ihren Reihen“ (Sulloway 1999, 14).

Geschwistergemeinschaften können zwar auch gekennzeichnet sein, wie Sulloway es beschreibt, durch Neid, Konkurrenz, durch dauernde Kämpfe um materielle Dinge, durch die Rivalität um die Zuneigung der Mutter und/oder des Vaters, durch gegenseitige Erniedrigungen, vor allem in Folge der Kenntnis der jeweiligen Schwächen des anderen. Aber sie können ebenso auch emotionale Unterstützung und Fürsorge, sowie Beistand beinhalten (Matsche 2001, 42).

Auch für diesen theoretischen Ansatz gelten alle bisher genannten kritischen Einwände, die gegenüber dem Geschwisterpositionsansatz genannt wurden.

Es gibt eben nicht **die** Geschwistergemeinschaft. Für jedes einzelne Kind kann eine Geschwistergemeinschaft sehr Unterschiedliches bedeuten und damit unterschiedlichen Einfluss auf seinen Entwicklungsprozess nehmen, zumal die Intensität der Geschwisterbeziehung im Kindes- und Jugendalter wiederum sehr unterschiedlich sein und im Lebensverlauf die Nähe bzw. Ferne zwischen den Geschwistern sich verändern kann.

Mehrere Abhandlungen zeigen jedenfalls, dass die Nähe bzw. Ferne, die Solidarität und anderes mehr während des Lebensverlaufs und in bestimmten familiären Phasen zwischen den Geschwistern unterschiedlich intensiv sein kann (vgl. hierzu ausführlicher Lamb/Sutton-Smith 1982; Goetting 1986; Cicirelli 1995). Im mittleren Erwachsenenalter, „wenn der Beruf und die Karriere, die Partnerbeziehung und die Kindererziehung im Vordergrund stehen, (rücken) die Geschwister ... etwas in den Hintergrund. Nicht selten reduzieren sich während dieser Altersphase die geschwisterlichen Kontakte auf regelmäßige, fast ritualisierte Treffen zu besonderen Anlässen, wie Feiertage, Geburtstage oder Jubiläen.“ Als Begründung führt Geser den Ressourcenansatz an: „Aufgrund von Familiengründung und Karriereaufbau kommt es zu einer Verknappung der zeitlichen Ressourcen. Sind diese Aufgaben im höheren Alter beendet, wird die Beziehungspflege wieder intensiviert“ (Geser 1998, 8). Demgegenüber könnte aber auch argumentiert werden, dass mit dem Aufbau der eigenen Karriere usw. gerade familiäre Ressourcen benötigt werden; und so stellt sich die Frage, warum Geschwisterbeziehungen dann an Bedeutung verlieren sollten. Zurecht betont Kasten: „Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass – über die Lebensspanne betrachtet – die Bedingungen und näheren Umstände, unter denen Geschwister

sich gegenseitig Hilfe und Unterstützung gewähren, noch weitgehend unbekannt sind“ (Kasten 1993a, 168).

Untersuchungen zeigen darüber hinaus, dass allein stehende und kinderlose Geschwister häufiger engeren Kontakt haben und größeres gegenseitiges Vertrauen empfinden und somit eine engere freundschaftliche Beziehung unterhalten als Geschwisterpaare, die verheiratet sind und eigene Kinder haben (Kasten 1998, 154). Deshalb wird von einigen Autoren vermutet, dass im Zuge der demographischen Veränderungen (zunehmende Alterung der Gesellschaft, Zunahme von Kinderlosen usw.) die Geschwisterbeziehungen und insgesamt die horizontalen Verwandtschaftsbeziehungen an Bedeutung wieder zunehmen könnten (Kasten 2003). Gegen diese Prognose sprechen jedoch die Ergebnisse einer explorativen Studie von Geser. Sie zeigt, dass „mit steigender Geschwisterzahl die Anzahl an wichtigen Personen, Freunden, ambivalenten Beziehungen und Personen, von denen die Probanden psychische und instrumentelle Unterstützung bekommen, (sinkt). Personen mit größeren Geschwisternetzwerken schränken ihr außerfamiliales Engagement offensichtlich eher ein“ (Geser 1998, 20). Mit steigender Geschwisterzahl nehmen daher die außerfamilialen Netzwerke ab. Dies könnte im Umkehrschluss für die Zukunft bedeuten, dass Individuen bei sinkenden Geschwisterzahlen mehr Bedeutung auf außerfamiliales Engagement setzen müssen, um z. B. bestimmte Unterstützungsleistungen zu bekommen.

Insgesamt muss betont werden, dass die psychologischen Forschungsergebnisse vielfach keine Eindeutigkeit dokumentieren. Die Variablen sind zu vielfältig; zu viele Faktoren können die Geschwisterbeziehungen beeinflussen. Dazu können im späteren Alter noch folgende Ereignisse die Geschwisterbeziehungen belasten: z. B. Nachlassregelungen der Eltern, ihre Pflege, das Verhältnis des Ehepartners zu den Geschwistern und anderes mehr.

Zusammenfassend sei betont, dass die Aufzählung der psychologischen und sozialpsychologischen Forschungsergebnisse zeigte, dass generelle Aussagen über Geschwisterbeziehungen angesichts der Vielzahl von Sozialisationsvariablen kaum zu formulieren möglich sind. Gewiss können die einzelnen Ergebnisse wertvolle Hilfestellungen für die psychotherapeutische Praxis im Hinblick auf die Diagnose von Einzelfällen leisten. Für die Soziologie jedoch, die nicht am Einzelfall, sondern an der Vielzahl gleich gelagerter Fälle interessiert ist, bieten die bisherigen Ergebnisse eigentlich kaum einen Erkenntnisgewinn. Sie können jedoch dazu dienen, Vorurteile abzu-

wehren, z. B. die schnelle Vorverurteilung von Einzelkindern kann verhindert oder der Vorstellung, dass Geschwistergemeinschaften für die Entwicklung von Kindern immer positiv zu bewerten sind, kann kritisch begegnet werden.

2 Geschwisterbeziehungen: Eine soziologische Forschungsperspektive

Im Vergleich zur Psychologie, die sich auf Einzelmenschen und deren Motive als Ursprung der gesellschaftlichen Vorstellungen konzentriert, fragt die Soziologie – wie Esser betont – umgekehrt: „wie die Menschen und ihre Motive (immerfort) gesellschaftlich erzeugt werden“ (Esser 2003). Auf unser Thema übertragen müssen wir also die Frage stellen, wie Geschwisterbeziehungen gesamtgesellschaftlich „entstehen“ und ihrerseits stets auf die Gesellschaft zurückwirken.

Diese Sicht könnte für Nicht-Soziologen unverständlich sein, weil man im Alltag wie selbstverständlich davon ausgeht, dass Geschwister und damit Geschwisterbeziehungen biologische Phänomene sind. Mit welcher Berechtigung können wir also behaupten, dass „Geschwister“ und „Geschwisterbeziehungen“ als gesellschaftliche „Produkte“ zu verstehen sind?

Deutlich wird dieser Sachverhalt bereits bei dem Versuch, das Wort „Geschwister“ definieren zu wollen. Ethnologisch gesehen bezog es sich historisch zunächst nur auf den Plural von Schwestern. Erst ab dem 16. Jahrhundert wurde der Begriff auf die Brüder ausgedehnt. Das ursprüngliche Wort „Gebrüder“ wurde seitdem in unserem Sprachgebrauch immer mehr verdrängt. Ein ähnlicher Prozess findet gegenwärtig in der englischen Sprache statt, die ebenfalls bislang nur über die Begriffe „Schwestern“ und „Brüder“ verfügte und in der heutzutage immer stärker das amerikanische Wort „siblings“ Verbreitung findet. Da Sprache u. a. die Wahrnehmung der Menschen vorstrukturiert, wird deutlich, dass die Sozialstrukturen von Gesellschaften unterschiedlich ausdifferenziert sind, je nachdem, ob das Wort „Geschwister“ oder nur die Worte „Schwestern“ und „Brüder“ existieren.

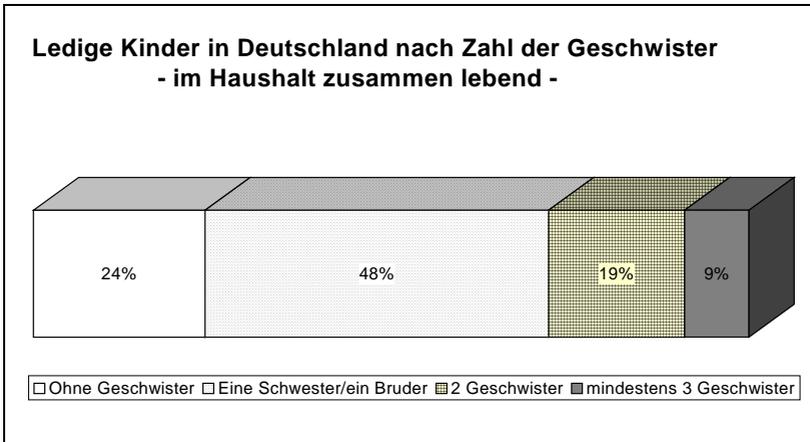
Ferner: Wer zum Kreis der Geschwister gehört, wird nicht durch die biologische Abstammung bestimmt, sondern ebenso durch die jeweilige Gesellschaft. So gelten nichteheliche Kinder in einigen Kulturen als Geschwister oder Halbgeschwister der ehelichen, in anderen werden sie als nicht ver-

wandt mit dem biologischen Vater anerkannt und als „Bastarde“ tituiert. Zudem kennen manche Kulturen die „Blutsbrüderschaft“, eine besonders enge ethisch-verpflichtende Beziehung zwischen nicht abstammungsmäßig verbundenen Personen. Auch durch Adoption können Geschwistergemeinschaften entstehen, mit allen sozialen und juristischen Folgen, z. B. der gesellschaftlichen Erwartung der gegenseitigen Unterstützung, des Heiratsverbots und des gleichen Erbspruchs.

Aber nicht nur welche Personen als Geschwister anerkannt werden, bzw. als Geschwister in einer Gesellschaft gelten, ist kulturabhängig, sondern auch die Art bzw. Form der Geschwisterbeziehung. Diese spiegelt zugleich auch das Geschlechterverhältnis der jeweiligen Kultur wider. In patriarchalischen Abstammungsgesellschaften z. B. steht der älteste Bruder in der Hierarchie innerhalb der Geschwistergemeinschaft formal am höchsten und sämtliche Brüder rangieren vor den Schwestern, was sich in Anweisungsbefugnissen, zumeist auch im Erbrecht und anderem mehr niederschlägt. Ferner haben in vielen Abstammungsgesellschaften die Geschwister die Pflicht, zumeist bezogen auf die Brüder, sich gegenseitig beruflich zu unterstützen. Das gilt auch für politische Positionen (was in unserer Kultur abwertend mit „Vetternwirtschaft“ tituiert würde).

Auch die Größe der Geschwistergemeinschaft wird von den sozialen und ökonomischen Bedingungen einer Gesellschaft bestimmt. Diese Behauptung klingt auf den ersten Blick hin banal. Denn es ist allgemein bekannt, dass in ökonomisch unterprivilegierten Gesellschaften gerade die Säuglings- und Kindersterblichkeit besonders hoch ist und deshalb – trotz hoher Geburtenzahlen – die Geschwistergemeinschaften vor allem im Jugend- und Erwachsenenalter nur wenige Personen umfasst. Das gilt zur Zeit für viele so genannte Entwicklungsländer und galt ebenso für unsere Gesellschaft bis ins 18. Jahrhundert hinein. Heute wird der Rückgang der Kinderzahl in den Familien durch andere Gründe bestimmt. Aber weiterhin ist die Größe der Geschwistergemeinschaft ebenso von den sozialen Funktionen von Kindern in einer Gesellschaft und von den ökonomischen Lagen der Familien abhängig.

In Deutschland herrscht im Übrigen die Situation vor, dass die Mehrzahl der Kinder Geschwister hat, aber viele lediglich einen Bruder oder eine Schwester, wie das folgende Schaubild zeigt.



Quelle: Zusammengestellt aus den Angaben des Statistischen Bundesamtes: Ergebnisse des Mikrozensus 2002, Wiesbaden 2003, 34

Interkulturell vergleichende bevölkerungswissenschaftliche Forschungen (die „Value of Children Studies“; vgl. Nauck 2001) und familienökonomische Untersuchungen haben als Erstes aufgezeigt, dass die sinkende Geschwisterzahl in der Familie nicht auf eine mangelnde Kinderzuneigung der Eltern zurückzuführen ist, sondern auf einen Funktionswandel von Kindern in der Familie: Kinder waren in der vorindustriellen Zeit vor allem Träger materieller Güter und wurden nicht – wie heute – ausschließlich um ihrer selbst Willen und/oder zur eigenen psychischen Bereicherung gewünscht und geplant, dazu reicht – wegen der heute sehr niedrigen Säuglings- und Kindersterblichkeitsquote – aus, dass ein oder zwei Kinder geboren werden.

Ferner ist in unserer Gesellschaft ein Zusammenhang zwischen der ökonomischen Lage der Familie und ihrer Kinderzahl festzustellen. Von den Familien mit drei und mehr Kindern entfallen 6 Prozent auf diejenigen, die über ein monatliches Haushaltseinkommen von unter 1.200 € verfügen, dagegen 20 Prozent und mehr auf diejenigen mit 5.000 €. Die Zahl der Geschwister bzw. die Größe der Geschwistergemeinschaft steht also in einem funktionalen Verhältnis zum sozialen und ökonomischen System der jeweiligen Gesellschaft (vgl. hierzu ausführlicher Nave-Herz 2001).

Die individuellen Entscheidungen über die Kinderzahlen in der eigenen Familie orientieren sich also an der ökonomischen Lage der Familie und an

der elterlichen Einschätzung bezüglich (des Wandels) der aktuellen Rolle von Kindern in der Gesellschaft. Gleichwohl führen sie zu weit reichenden gesellschaftlichen Konsequenzen. Selbstverständlich sind die nachträglichen Folgen für die Stabilität des Rentensystems infolge demografischer Verwerfungen nicht von Eltern intendiert. Solches gilt ebenfalls für die Auswirkungen der Begrenzung der Geschwisterzahl in der Familie auf weitere gesellschaftliche Teilbereiche, etwa das Schul- und Ausbildungssystem. Exakt das aber muss eine Soziologie der Geschwisterbeziehungen als eigenständige Aufgabe leisten – die Betrachtung der gesamtgesellschaftlichen Folgen individuellen Handelns, individueller Entscheidungsprozesse in Familien.

Dass die Größe der Geschwistergemeinschaft die Ausprägung bestimmter kultureller Muster in unserer Gesellschaft ermöglicht hat, soll abschließend noch gezeigt werden. Claessens hat bereits 1967 darauf hingewiesen, dass nur durch die heutige Kleinfamilie die bei uns vorhandene Relativität von Werten übermittelt werden konnte. Das Paradoxon, dass die Autorität bestimmter Wertaussagen („Du sollst nicht lügen“) nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird, obwohl im Alltag situationsbezogen die Beachtung solcher Normen immer wieder ausgesetzt wird, lässt sich nur auf der Individual-ebene ausbalancieren. Wenn ich, obwohl ich anwesend bin, mich verleugnen lasse, ohne grundsätzlich diese Verhaltensweise zu billigen, bedarf es gegenüber den (anwesenden) Familienmitgliedern, insbesondere den Kindern, einer ausführlichen, begründenden Argumentation, die in dieser Form nur in einer sehr übersehbaren kleinen Gruppe geführt werden kann. Entscheidend ist, dass für alle, die von dem Vorgang Kenntnis haben, dessen „Ausnahmecharakter“, seine situative Besonderheit erkennbar und verstehbar wird.

Eine derartige im alltäglichen Umgang vermittelte und erlernte „dynamische Toleranz“ – wie Claessens es nennt – gegenüber einer situativ begründeten Verletzung von Normen, bietet Gesellschaften die Möglichkeit der gleichzeitigen Nichtbeachtung und Achtung von soziokulturellen Werten mit universalem Geltungsanspruch – was ein charakteristisches Merkmal komplexer Gesellschaften ist. Durch das hohe Maß an Begründungsbedarf für abweichendes Verhalten wird der universale Wert gleichzeitig betont und bestärkt. Die kleine Gruppe leistet damit eine Entschärfung potenzieller soziokultureller Konflikte. In diesem Sinne stellt sich gerade die geringe Größe unserer heutigen Familie, eben die Familie mit einer reduzierten Geschwisterzahl, als gesellschaftlich funktional, als Stabilitätsfaktor, dar.

In diesem kurzen Beitrag mussten wir uns auf wenige Beispiele beschränken, die gleichwohl die Vielfältigkeit psychologischer und soziologischer Fragestellungen im Hinblick auf die Analyse von Geschwisterbeziehungen zeigen wollte. Sie sollen im Sinne unseres einleitend skizzierten Anliegens vor allem auf grundsätzliche Unterschiede in der Forschungsperspektive von Psychologie und Soziologie aufmerksam machen. Geschwisterbeziehungen sind gesellschaftlich nicht allein oder vordringlich als Individualphänomene zu betrachten; sie sind ein sozialstruktureller Tatbestand, an dem sich gesellschaftliche Veränderungen markieren lassen, was nur in einer soziologischen Sicht geleistet werden kann. Dass es bezüglich der Stärkung dieser Perspektive einen erheblichen Nachholbedarf gibt, dürften unsere Betrachtungen gezeigt haben.

Literatur

- BEDFORD, V.H. (1993): Geschwisterbeziehungen im Erwachsenenalter. In: A.E. Auhagen, M. Salisch: Zwischenmenschliche Beziehungen. Göttingen. S. 119-141.
- CICIRELLI, V.G. (1995): Sibling relationships across the life span. New York.
- CLAESSENS, D. (1967): Familie und Wertsystem. Berlin.
- ESSER, H. (2003): Wohin, zum Teufel, mit der Soziologie? In: Forum der deutschen Gesellschaft für Soziologie. Heft 2. S. 72-82.
- FORER, L./STILL, H. (1982): Erstes, zweites, drittes Kind ... Welche Bedeutung hat die Geschwisterfolge für Kinder, Eltern, Familie? Hamburg.
- FREUD, S. (1972): Neue Folge der Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse, gesammelte Werke. Frankfurt a. M.
- GESER, W. (1998): Der Zusammenhang zwischen Geschwisternetzwerk und dem Eltern- und außerfamilial-Netzwerk. In: Zeitschrift für Familienforschung. S. 5-25.
- GOETTING, A. (1986): The developmental tasks of siblingship over the life cycle. In: Journal of Marriage and the Family. S. 703-714.
- HUININK, J. (2003): Familie und Gesellschaft. In: M. Feldhaus, N. Logemann, M. Schlegel (Hg.): Blickrichtung Familie – Vielfalt eines Forschungsgegenstandes. Würzburg. S. 1-14.
- KASTEN, H. (1993a): Die Geschwisterbeziehung. Göttingen.

- KASTEN, H. (1993b): Spezielle Geschwisterbeziehungen. Göttingen.
- KASTEN, H. (1998): Geschwisterbeziehungen im Lebenslauf. In: M. Wagner, Y. Schütze: Verwandtschaft. Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einem vernachlässigten Thema. Stuttgart. S. 147-163.
- KASTEN, H. (2003): Geschwister. Vorbilder, Rivalen, Vertraute. München.
- LAMB, M. E./SUTTON-SMITH, B. (1982): Sibling relationships: Their nature and significance across the lifespan. Hillsdale.
- MATSCHKE, R. (2001): Die Bedeutung von Eltern und Peers für Selbstbildungsprozesse von Kindern. In: Diskurs. S. 38-41.
- NAUCK, B. (2001): Der Wert von Kindern für ihre Eltern. „Value of Children“ als spezielle Handlungstheorie des generativen Verhaltens. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Heft 3/2001. S. 407-436.
- NAVE-HERZ, R. (2001): Familie und Verwandtschaft. In: B. Schäfers, W. Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. 2. Auflage. Opladen. S. 207-216.
- NAVE-HERZ, R. (2002): Familie heute – Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. 2. Auflage. Darmstadt.
- NAVE-HERZ, R. (2004): Ehe- und Familiensoziologie – Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim/München.
- ROLFF, H.-G./ZIMMERMANN, P. (1992): Kindheit im Wandel. Weinheim.
- SCHMITD-DENTER, U. (1993): Eltern-Kind- und Geschwister-Beziehungen. In: M. Markefka, B. Nauck: Handbuch der Kindheitsforschung. Neuwied. S. 337-352.
- SCHÜTZE, Y. (1989): Geschwisterbeziehungen. In: R. Nave-Herz, M. Markefka: Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Bd. II: Familienforschung. Neuwied. S. 311-324.
- SULLOWAY, F. J. (1999): Der Rebell der Familie – Geschwisterrivalität, kreatives Denken und Geschichte. Berlin.
- THOMAE, H. (1972): Familie und Sozialisation. In: G.F. Graumann: Handbuch der Psychologie. 7. Band Sozialpsychologie/ zweiter Halbband. Heidelberg. S. 778-824.

THOMANN, W. (1989): Psychoanalytische Erklärungsansätze in der Familienforschung. In: R. Nave-Herz, M. Markefka: Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Bd. II: Familienforschung. Neuwied. S. 81-94.

ZUCKOW, P.G. (1989): Sibling Interaction Across Cultures. New York.

Friedrich W. Busch / Wolf-Dieter Scholz

Zwischen Bewahrung und Veränderung

Ehe-, Familien- und Erziehungsvorstellungen von Jugendlichen¹

Vorbemerkung

Wir möchten Ihnen in diesem Beitrag unsere Gedanken über die Hintergründe, das Konzept und die ersten Ergebnisse eines international vergleichenden Forschungsprojektes über Familienvorstellungen von Jugendlichen in *Dialogform* darstellen. Wir wählen diese eher ungewöhnliche Beitragsform deshalb (gerne), weil wir zum einen seit langen Jahren gemeinsam an der Beantwortung der im Thema gestellten Problemstellungen arbeiten und weil wir zum anderen neben gemeinsamen auch unterschiedliche, sich jedoch ergänzende Kompetenzen in diesen Forschungsgegenstand der Familienwissenschaft einbringen können.

Busch: Herr Scholz ist Erziehungswissenschaftler mit einem Schwerpunkt seiner Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der empirischen Bildungsforschung.

Scholz: Herr Busch ist ebenfalls Erziehungswissenschaftler und Vergleichender Bildungsforscher mit einem Forschungsschwerpunkt auf dem Gebiet normativer, systematischer und historischer Fragen von Bildung und Erziehung.

Der Ausgangspunkt für unser Projekt war eine Diskussion, die wir beide über einen Aufsatz geführt haben, in dem Herr Busch seine Vorstellungen bzw. sein Leitbild über die „Familie in christlicher Verantwortung“ entfaltet hat (vgl. Busch 1999). Dort hat er u. a. die These vertreten und begründet, dass im Prozess der Modernisierung der Lebensverhältnisse in unserer Gesellschaft ein anerkanntes und im deutschen Sprach- und Kulturraum identi-

1 Für den Druck überarbeitete Fassung. Die Vortragsform wurde beibehalten.

fizierbares und konsensfähiges *Verständnis von Familie* verloren zu gehen scheint.

Busch: Überspitzt formuliert hatte ich gemeint: Jede Sozialform, die sich Familie nennt, ist Familie oder kann sich als Familie bezeichnen. Im familiensoziologischen Diskurs ist es üblich geworden, eine möglichst weite Definition von Familie zu verwenden. So schlug etwa Nave-Herz vor, mit Familie „das Eltern- oder Mutter- bzw. Vater-Kind-System“ zu bezeichnen, „gleichgültig ob dieses ein formales oder informales oder überhaupt kein Ehesystem – z. B. im Falle des Alleinerziehens – aufweist“ (Nave-Herz 1995, 64).

Unter soziologischen Gesichtspunkten mag dieser weite Familienbegriff gerechtfertigt sein, vor allem wenn es das Ziel entsprechender Studien und Untersuchungen ist, den (familialen) Wandel und die Pluralität von (familialen) Lebensformen zu erfassen – unter Verzicht auf Bewertungen. Unter familienpädagogischen, auch aus theologischer und ethischer Perspektive kann m. E. jedoch auf Bewertung(en) nicht verzichtet werden. Wenn es richtig ist, dass menschliches Zusammenleben – wie Luhmann es formuliert – nur möglich ist „in einer Lebenswelt, die gemeinsam ausgelegt und verstanden wird, eine erwartbare Ordnung aufweist und hinreichende Anknüpfungspunkte für übereinstimmende Erfahrungen bietet“ (zit. n. Busch 1999, 348), dann gehört in den Kontext familienwissenschaftlicher Diskussionen und Forschungen auch die Frage, ob das Gelingen menschlichen Zusammenlebens nicht wesentlich abhängig ist vom Vorhandensein, zumindest von Angeboten von Orientierungsgrößen für dieses Zusammenleben.

Da ich diese Frage bejahe, habe ich – weiterführend – angeregt darüber nachzudenken, ob nicht die Gesellschaft, unsere Gesellschaft, (wieder) Leitbilder für die Familie benötigt, damit sich das Zusammenleben der Menschen daran orientiert (vgl. Busch 1999).

An zwei Fragen sollte sich dieses Nachdenken orientieren: „Braucht die Familie Leitbilder?“ und/oder „Braucht die Gesellschaft Familienleitbilder?“

Scholz: Die Konturen oder gar Einzelheiten eines solchen Familienleitbildes können hier nicht näher dargestellt werden. Dieses würde den thematischen und zeitlichen Rahmen unseres heutigen Vortrages sprengen. Unsere Diskussionen darüber zeigten aber, dass wir uns weitgehend normativ mit diesen Fragen auseinander setzen mussten, weil es an empirischen Belegen fehlt und dass wir uns in einen Grenzbereich von Wissenschaft und Moral begeben, dass das Leitbild „Familie in christlicher Verantwortung“ geeignet

erscheint, gerade in einer weitgehend säkularen Welt eine moralisch-ethische Handlungsorientierung zu bieten, um den negativen Auswirkungen zu begegnen, die mit den Umbrüchen der Lebensverhältnisse, in denen Frauen, Männer und Heranwachsende heute leben, verbunden sind.

Um nun beides zu erreichen und die normativ-handlungsleitende Absicht mit empirisch gehaltvollen Antworten über die tatsächliche Relevanz der Bedeutung von Familienleitbildern zu verknüpfen, habe *ich* nun vorgeschlagen, die Diskussion vom (normativen) Kopf auf die (empirischen) Füße zu stellen und junge Menschen danach zu fragen, welche Vorstellungen/Leitbilder sie von Ehe, Familie und Kinder(erziehung) *tatsächlich* haben.

Das war – wenn man so will – die Geburtsstunde des Forschungsprojektes, über das wir hier berichten wollen. Beginnen wollen wir mit einer kurzen Darstellung des internationalen Kontextes der geplanten Untersuchung.

Die Universität Oldenburg verfügt trotz ihres vergleichsweise jungen Alters von 30 Jahren über ein dichtes Netz von internationalen Kooperationsbeziehungen. Zu den ersten ausländischen Universitäten, mit denen gesamtuniversitäre Kontakte vertraglich hergestellt wurden, gehörten die Universitäten in Groningen (Niederlande) und Torun (Polen); als ein weiteres osteuropäisches Land kam – nach den politischen Umbrüchen Ende der 1980er Jahre – die Universität Kleipeda (Litauen) hinzu.

An diesen Universitäten haben wir in Vorträgen und Kolloquien sowohl das „Leitbild Familie in christlicher Verantwortung“ vor- und zur Diskussion gestellt, als auch über die Absichten und Überlegungen gesprochen, familienwissenschaftliche Erkenntnisse und Interpretationen über Entstehung, Veränderung, Funktion, Vermittlungsinstanzen und Kontrollmechanismen von Familienleitbildern durch eine empirische Befragung, d. h. erfahrungswissenschaftlich, zu konkretisieren und als eine international vergleichende Studie zu entwickeln.

Die Vortragsveranstaltungen und Kolloquien in Groningen, Thorn und Kleipeda haben wir ergänzen können um Gespräche mit Familienwissenschaftlern aus Madrid (Spanien), Lublin (Polen) und Seoul (Südkorea), die sich am Hanse-Wissenschafts-Kolleg Delmenhorst, einer Forschungseinrichtung der Universitäten Bremen und Oldenburg, aufhielten. Da wir diesen Gesprächen nicht nur unsere Projektkonzeption, sondern auch schon – als Untersuchungsinstrument – einen von uns entwickelten Fragebogen zu Grunde legen konnten, war neben der Weckung des wissenschaftlichen Interesses bei unse-

ren Partnern auch sehr schnell die Bereitschaft entstanden, das Vorhaben auf diese Länder auszudehnen und als international- und kulturvergleichendes Projekt durchzuführen.

Busch: Mit *Litauen* und *Polen* konnten zwei postsozialistische Länder gewonnen werden, deren Elterngeneration noch stark unter dem realexistierenden Sozialismus als sowjetische Teilrepublik (Litauen) bzw. als Teil des Ostblocks (Republik Polen) sozialisiert worden ist. Hinzu kommt, dass Polen auch als Volksrepublik immer eine stark einwirkende katholische Kirche gehabt hat.

Mit *Spanien* wird ein Land einbezogen, das nach einer langen Phase des Franco-Faschismus demokratisiert worden und das rein katholisch ist.

Südkorea wird mit seiner starken Orientierung am Konfuzianismus in diese Untersuchung als Land einbezogen sein, zu dem aufgrund der konfuzianischen Moralphilosophie und Tradition vermutlich die stärkste kulturelle Differenz im Vergleich mit den anderen Ländern besteht.

Bevor wir Ihnen hier die wichtigsten Ergebnisse einer bereits von uns in Oldenburg durchgeführten explorativen Befragung vorstellen, wollen wir zunächst den theoretischen Kontext, die Zielsetzungen und ihre Umsetzung in operationale Untersuchungsfragestellungen vorstellen.

Scholz: Sozialisation, Erziehung und Bildung werden in den modernen Gesellschaften durch ein miteinander verknüpft System von Institutionen erreicht (Familie, Kindergarten, Kinderhort, Heime, Schule, Beruf, Freunde, Medien etc.). Der Familie kommt eine herausgehobene Bedeutung zu, wenn der junge Mensch soziale und personale Identität erwerben soll, wenn er grundlegende Wertorientierungen und Handlungskompetenzen aufbauen muss, die die Basis für eine gute und erfolgreiche Lebensführung bilden. Alle anderen Institutionen sind ihr bei diesen Aufgaben in ihrer grundlegenden Bedeutung nur ergänzend zugeordnet. Sie können die familialen Erziehungsleistungen nicht wirklich ersetzen. Das hat seine besondere Bedeutung auch in dem Umstand, dass nach wie vor fast alle Menschen in unserer Gesellschaft in einer Familie leben bzw. gelebt haben.

Busch: Diese Aufgabe scheint allerdings schwieriger zu werden, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse komplizierter wurden. Zunehmend fehlen verbindliche Vorgaben über den „richtigen Weg“ in der Erziehung der Kinder. Was sich in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft findet, lässt auch die Erziehung in der Familie nicht unberührt: Es ist dies die Pluralisierung der Lebensentwürfe sowie die Vielfalt zum Teil miteinander kon-

kurrierender normativer Vorstellungen. Diese Pluralisierung führt dazu, dass auch die Familien in den modernen Gesellschaften an Kraft verlieren, den Lebenszusammenhang verbindlich zu organisieren und in der Erziehung so etwas wie festen Boden unter den Füßen zu fühlen. Für die Gesellschaft stellen sich angesichts dieser Veränderungen die Fragen, wie diese Familienleistungen von außen unterstützt werden können, unter welchen Bedingungen, in welcher Verfassung die Familie diese Leistungen für den jungen Menschen und für die Gesellschaft erbringen muss und welche Zukunftsaussichten sie dabei hat.

Scholz: In den gegenwärtigen familienwissenschaftlichen Diskussionen scheint Einigkeit darüber zu bestehen, welche historischen Vorläufer die heutige Familie in unserem Kulturraum hatte, wie diese systematisch und funktional entstanden sind und wie sie sich verändert haben. Uneinheitlich dagegen ist die Deutung der heutigen Veränderungsindikatoren, die die Rolle, die Strukturen und die Funktionen der Familie in unserer gegenwärtigen Situation betreffen. Diese Interpretationen reichen von der Feststellung, dass sich die „bürgerliche Kernfamilie“ sukzessive auflöst und zur „postmodernen Familie“ verändert (vgl. Nave-Herz 2001), bis hin zur Interpretation derselben Sachverhalte, nach denen es zwar Veränderungsprozesse gibt, das Grundmuster der modernen Kernfamilie aber weitgehend unverändert geblieben ist.

Busch: Auf dem Hintergrund dieser wissenschaftlichen Kontroversen wollen wir nun – wie bereits angedeutet – empirisch untersuchen, welche Vorstellungen von Ehe, Familie, Kindern und Kindererziehung junge Menschen haben. Die Untersuchung wird bewusst auf eine Altersgruppe – die der 15- bis 25-Jährigen – beschränkt, weil bei der überwiegenden Mehrzahl von ihnen die endgültige Entscheidung noch aussteht, welcher Entwurf des Zusammenlebens und welches Konzept von Familie praktisch realisiert werden sollen. Fast alle aus dieser Altersgruppe verfügen über Eigenerfahrungen in der Herkunftsfamilie. Es kann auch davon ausgegangen werden, dass es in dieser Altersgruppe bereits diffuse oder deutliche Vorstellungen darüber gibt, wie das eigene familiäre Leben gestaltet werden soll, wie bzw. ob Ehe und/oder Familie überhaupt erstrebenswerte Ziele sind, ob es den Wunsch und die Absicht nach eigenen Kindern gibt, welche Formen der innerfamiliären Interaktion und Arbeitsteilung gewünscht werden und welche Bedeutung und innere Bindung die Herkunftsfamilie hat.

Scholz: Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen verfolgen wir *drei Hauptziele*.

Das *erste* besteht darin, nach der *Zukunftsfähigkeit der Familie* sowie nach den Formen und Modalitäten, die sich junge Menschen für ein gemeinsames Leben wünschen bzw. für sich planen, zu fragen. Damit soll ein empirischer Beitrag zur Frage geleistet werden, welche Familienvorstellungen sich bei der jungen Generation empirisch nachweisen lassen.

Über ausgewählte Indikatoren soll geprüft werden, ob sich in den formalen Strukturvorstellungen von Familie ebenso wie in den internen interaktiven Aspekten dessen, was mit Familie, mit Ehe, mit Kindern und Partnern verbunden wird, etwas Neues finden lässt; neu insofern, als es die noch geltenden normativen Familienorientierungen über die moderne bürgerliche Kernfamilie überschreitet in Richtung postmoderner Lebensentwürfe. Auch wenn mit einer Befragung nur die normative Seite von Familienvorstellungen aufgedeckt werden kann, und diese nicht zwingend schon auf ein verändertes Verhalten in den Partnerbeziehungen oder in der Kindererziehung verweisen muss, kann davon ausgegangen werden, dass die heute erhobenen normativen Vorstellungen junger Menschen auf Tendenzen ihres späteren Familienverhaltens verweisen, weil sie bzw. wenn sie die Funktionen von Leitbildern haben.

Busch: Damit ist ein *zweites* – eher theoretisches – Ziel angesprochen. Es besteht darin, den *Begriff* des *Familienleitbildes* auf seine theoretische und empirische Evidenz zu untersuchen. Dabei soll geprüft werden, ob das Konstrukt des Familienleitbildes geeignet ist, mögliche Veränderungen in den Orientierungen und den Vorstellungen über die inhaltliche Ausgestaltung von Partnerschaft und Ehe bei jungen Menschen zutreffend zu beschreiben und Veränderungsprozesse aufzuweisen. Dieses scheint insbesondere im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Diskussionen um die Auflösung von Familienbeziehungen und verbindlichen Beziehungen im Leben und dem Wissen über den bei jungen Menschen vorhandenen Wunsch nach einer gelungenen dauerhaften Beziehung wichtig zu sein.

Methodisch geht es darum, die festgestellten Einstellungen der Jugendlichen zu Ehe, Familie und Kindern gleichsam als familiäre Deutungsmuster zu Familienleitbildern zusammenzufassen. Die Zielgruppe der 15- bis 25-Jährigen ist als Träger der zukünftigen Familiengenerationen besonders geeignet, sie nach dem Familienleitbild oder den Familienleitbildern der Zukunft zu befragen.

Scholz: *Unser drittes* Ziel ist schließlich, die Familienleitbilder junger Menschen im interkulturellen Vergleich zu untersuchen. Die Untersuchung ist deshalb für jedes der daran beteiligten Länder in einer doppelten Weise angelegt. Es hat ein nationales Erkenntnisinteresse und soll zeigen, welche Familienleitbilder jeweils national zu finden sind. Und es hat ein international vergleichendes Erkenntnisinteresse, indem es danach fragt, ob es länder- und kulturspezifische Deutungen gibt und/oder ob sich auch länder- und kulturübergreifende Elemente von Familienleitbildern nachweisen lassen, die auf Gemeinsamkeiten in unterschiedlichen gesellschaftlich-kulturellen Lebenszusammenhängen verweisen.

Busch: Ich möchte das noch etwas differenzierter darstellen, weil hier der eigentliche Reiz und die Besonderheit unserer Untersuchung liegt. Die Beteiligung der fünf (einschließlich Deutschland) genannten Länder bietet die Möglichkeit, den internationalen Vergleich unter drei Aspekten zu differenzieren und nach drei komplexen unabhängigen Variablen zu analysieren:

1. Der Einfluss unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungen und Erfahrungen in postsozialistischen und nichtsozialistischen Ländern auf die Entwicklung und Ausprägung von Familienleitbildern der jungen Menschen.
2. Der Einfluss des religiös-kirchlichen Kontextes der beteiligten Länder auf die Familienleitbilder – Spanien und Polen als katholische, Niederlande, Litauen als protestantische Länder, Deutschland als konfessionell gemischtes und Korea als konfuzianisches Land.
3. Der Einfluss der Einbindung in den europäischen und in den asiatischen Zusammenhang (Europa versus Korea).

Scholz: Wir werden jetzt die wichtigsten Ergebnisse einer Voruntersuchung vorstellen, die wir mit einem von uns entwickelten – und von den anderen beteiligten Ländern weitgehend übernommenen – Fragebogen durchgeführt haben.

Dieser Fragebogen ist im Rahmen eines Studienprojektes gemeinsam mit Studierenden erarbeitet worden. Sie haben auch an der Durchführung und Auswertung der Befragung teilgenommen.

Der Fragebogen ist thematisch grob strukturiert worden durch die folgenden Fragen:

- Wie beurteilt die nach uns kommende Generation der heute 15- bis 25-Jährigen die gegenwärtige und zukünftige Bedeutung der Familie?

- Verfügt sie über einen bestimmten Familienbegriff und wenn ja, wie wird er konkretisiert bzw. welche Erwartungen werden mit der Familie verbunden?
- Sind für ihren eigenen Lebenszusammenhang Ehe und Familie überhaupt noch erstrebenswert?
- Wie stellen sie sich die innere und äußere Organisation ihres späteren Zusammenlebens vor?
- Welche Rolle spielen Kinder bzw. deren Erziehung generell und in der eignen Lebensplanung?

Busch: Dabei wollen wir gar nicht verhehlen, dass wir die Befragung nicht nur mit dem analytischen Interesse der Familienforscher durchgeführt, sondern durchaus auch mit gemischten Gefühlen auf die Ergebnisse gewartet haben. Es war ja nicht auszuschließen, dass wir hätten feststellen müssen, dass unsere eigenen Familienvorstellungen nicht mehr konsensfähig, vielleicht sogar überholt sind. Unsere Hoffnung war und ist aber auch, dass wir empirisch gehaltvolle Hinweise darauf bekommen, ob die Klage oder Feststellung berechtigt ist, dass die bürgerliche Kernfamilie aus der Perspektive derer, die noch alles vor sich haben, ein Auslaufmodell ist oder ob es sich bei dieser Diskussion eher um ein theoretisches Konstrukt, also eine „schöne“ soziale Erfindung ohne eine wirkliche reale gesellschaftliche Basis handelt, bei der nur die persönlichen Erfahrungen einer bestimmten sozial-kulturellen Schicht thematisiert und generalisiert werden.

An unserer explorativen Befragung haben sich 129 Personen beteiligt. Der überwiegende Teil der Fragebögen wurde von Männern (60%) ausgefüllt. Über die Hälfte der Befragten (54%) ist bis zu 20 Jahre alt, rund ein Viertel (23%) ist 21 bis 25 Jahre alt, und 7% sind zwischen 26 und 30 Jahre. Jede/r Zehnte ist bereits über 30 Jahre alt. Das durchschnittliche Alter lag bei 21,6 Jahren. Vor allem die männlichen Befragten waren noch recht jung: knapp drei Viertel (71%) sind bis zu 20 Jahre alt. Bei den Frauen ist rund ein Drittel in diesem Alter (32%). Frauen waren vor allem in der Altersgruppe der 21- bis 25-Jährigen vertreten (38%).

Scholz: Zu den wichtigen inhaltlichen Ergebnissen der Befragung gehört, dass die *Familie* ebenso wie die *Ehe* nach wie vor eine hohe Zustimmung bei vielen jungen Menschen findet und durchaus für die eigene Lebensplanung gewünscht wird, dass die Befragten aber auch aufgeschlossen sind gegenüber anderen Formen des Zusammenlebens. Bei einer insgesamt eher partnerschaftlich orientierten Grundhaltung über das Verhältnis von Männern

und Frauen haben die männlichen Jugendlichen jedoch stärker als die weiblichen Befragten traditionelle Vorstellungen über die Aufgaben von Mann und Frau in einer Partnerschaft. Nur eine kleine Gruppe von 2% möchte später lieber als Single leben, während mehr als zwei Drittel (69%) das Leben mit einem Partner bzw. einer Partnerin anstreben bzw. heute schon so leben. Dabei hat die Ehe insgesamt zwar einen hohen Stellenwert, es gibt aber auch eine beachtliche Anzahl unter den jungen Menschen, die eher skeptisch oder zurückhaltend ist. So möchte auf der einen Seite fast jede/r Zweite später heiraten bzw. ist bereits verheiratet. Andererseits ist aber jede/r Fünfte der Auffassung, die Ehe sei eine überholte Einrichtung – diese ablehnende Haltung wird von den männlichen Befragten häufiger genannt als von den Frauen (24% zu 17%). Es überrascht nicht, dass sich angesichts der Alterszusammensetzung der Befragten 30% nicht festlegen wollten. Unterschiede zeigen sich zwischen den männlichen und den weiblichen Befragten. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Bereitschaft, auch ohne Ehe in einer Partnerbeziehung zu leben, bei den Männern stärker ausgeprägt ist als bei den Frauen.

Unabhängig aber von der gewünschten Form des Zusammenlebens wünschen sich fast alle Befragten (84%) eigene *Kinder*. Dabei entspricht die Vorstellung über die Zahl der Kinder weitgehend der heutigen durchschnittlichen Geburtenhäufigkeit. Die Mehrzahl möchte zwei Kinder haben (71%), fünf oder mehr Kinder werden von keinem/r in Erwägung gezogen. Kinder werden vor allem aus emotionalen Gründen gewünscht. Fast alle empfinden sie als Bereicherung des eigenen Lebens (86%). Soziale Anerkennung oder materielle Gründe spielen so gut wie keine Rolle. Es gibt aber auch durchaus Befragte, die sich keine eigenen Kinder wünschen. Dabei werden in erster Linie Gründe genannt, die in der vermuteten Überforderung der eigenen Person gesehen werden und bei denen auch materielle Zukunftsbefürchtungen durchscheinen (Angst vor Arbeitslosigkeit, zu hohe finanzielle Belastungen). Stärker als die Männer sprechen sich die befragten Frauen gegen Kinder aus – vor allem wegen der vermuteten hohen Zeitaufwendungen, der Befürchtung, dass mit Kindern eine Einschränkung in ihrer Berufstätigkeit verbunden ist und schließlich weil sie befürchten, nicht genug Geduld für Kinder aufbringen zu können. Männer haben dagegen eher Zweifel, mit der Erziehung von Kindern überfordert zu sein – ein ablehnendes Argument, das bei den Frauen überhaupt nicht angegeben wird. Finanzielle oder äußere Gegebenheiten (z. B. Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit) und die Belastung der Partnerschaft treten bei ihnen in den Hintergrund.

Die Gründung einer *eigenen Familie* hat für die Mehrheit der Befragten (66%) eine insgesamt hohe bis sehr hohe Bedeutung, die bei den Frauen mit 83% noch ausgeprägter ist als bei den Männern (54%). Bei der Mehrheit spielen dabei die durchgängig positiven Erfahrungen in der eigenen Herkunftsfamilie eine motivierende und stimulierende Rolle. In vielen Bereichen hat diese eine Vorbildfunktion für die eigene (spätere) Familienausgestaltung.

Wichtigste Voraussetzung für die *Familiengründung* ist der gemeinsame Wille und die Zustimmung beider Partner zu dieser Lebensform. Dies wird von den Frauen besonders oft genannt. Aber auch die finanzielle Unabhängigkeit wird als fundamental angesehen (50%). Hingegen spielen Unterstützungsleistungen aus dem Freundes- und Verwandtenkreis, Wohneigentum oder das Alter nur eine untergeordnete Rolle.

Busch: Bei der Frage, was eine *gute Ehe* bzw. eine *gute Partnerschaft* ohne Trauschein kennzeichnet, ist zunächst festzustellen, dass die Bewertung beider Lebensformen in weiten Teilen übereinstimmt. Deutlich herausgestellt wird der gegenseitige respekt- und liebevolle Umgang mit dem Partner bzw. der Partnerin. Darin zeigt sich die hohe emotionale Wertschätzung, die mit einem gemeinsamen Zusammenleben verbunden wird. Besonders wichtig sind den Befragten, sich gegenseitig verzeihen zu können, Treue, Respekt, Anerkennung, Toleranz und Verständnis aufzubringen. Für die Frauen sind diese sozialen und charakterlichen Verhaltensweisen noch wichtiger als für die Männer; vor allem innerhalb einer Partnerschaft ohne formelle Eheschließung. Eine glückliche sexuelle Beziehung als Voraussetzung für eine gute Beziehung ist zwar wichtig, sie ist aber im Spektrum der genannten „Gütekriterien“ nur eher nachgeordnet, hat allerdings bei den Männern mehr Bedeutung als bei den Frauen. Materielle Merkmale wie angemessenes Einkommen, gute Wohnverhältnisse, Übereinstimmung in Geldfragen nehmen mit durchschnittlich 73% (Ehe) und 64% (Partnerschaft) einen mittleren Stellenwert ein, liegen aber in der Bewertung noch vor dem Kinderwunsch.

Jenseits der insgesamt hohen Übereinstimmung in den Merkmalen und Voraussetzungen einer guten Ehe und Partnerbeziehung ohne Trauschein zeigen die Männer insgesamt traditionellere Orientierungen als die Frauen. So haben bei ihnen Kinder in der Ehe einen höheren Stellenwert und werden enger mit der traditionellen Familienform in Verbindung gebracht als mit anderen Formen der Lebensgemeinschaften.

Die romantische Ehe ist auch für die jüngeren Menschen der große Renner. Bei den Gründen für eine Heirat geben mit 94% fast alle Befragten die *Liebe*

an, von den bereits verheirateten Männern sind es sogar alle. Insgesamt spielt auch der Kinderwunsch eine wichtige Rolle, gefolgt von dem Wunsch nach Sicherheit und Geborgenheit in der Ehe. Bei den Männern steigt mit dem Kinderwunsch bzw. bei einer Schwangerschaft der Partnerin noch stärker als bei den befragten Frauen die Bereitschaft zur Heirat. Dagegen sind steuerliche Vorteile oder gesellschaftliche Anerkennung kaum bis gar nicht relevant für eine Eheschließung.

Scholz: Für die Mehrheit der Befragten bietet die *Kernfamilie* (gemeint sind damit die verheirateten Eltern mit mindestens einem Kind) einen besseren Schutz für die Kinder als andere Lebensformen. Mehr als die Hälfte erwartet, dass die Kinder Alleinerziehender Nachteile im Leben haben. Diese Angaben scheinen aber eher ein Ausdruck von Besorgnis als eigener normativer Orientierungen zu sein. Für den größten Teil der Befragten (65%) spielt es nämlich keine Rolle, ob die Kinder gemeinsam von Mutter oder Vater oder nur von einem Elternteil erzogen werden – wobei 20% mehr Frauen als Männer diese Meinung vertreten. Dies lässt den Schluss zu, dass die Frauen noch stärker als die Männer beiden Geschlechtern die gleiche Verantwortung und Fähigkeit für die Erziehung der Kinder zuschreiben, ohne dieses von der Familienform abhängig zu machen.

Auch wenn die Ehe als Lebensform eine nach wie vor hohe Wertschätzung hat, werden von der überwältigenden Mehrheit der befragten jungen Erwachsenen Paare, die unverheiratet zusammenleben, akzeptiert (98%). Hier scheint sich zumindest auf der normativen Ebene die *nichteheliche Lebensform* als gleichwertig und durchaus alternativ zur Ehe durchgesetzt zu haben. Demzufolge wird die Ehe auch nicht als eine Voraussetzung für ein glücklicheres Leben angesehen, weder bei Männern noch bei Frauen. Dazu passt auch die Einschätzung über die Zukunft der Ehe als Lebensform. Fast jede/r Zweite hält sie nicht nur heute, sondern auch in Zukunft für bedeutsam, für jede/n Fünfte/n ist sie eine überholte Einrichtung, und jede/r Dritte will sich bei dieser Einschätzung nicht festlegen.

So wenig – nach der Auffassung der Mehrheit der Befragten – die Ehe für ein glückliches Leben notwendig ist, so wenig gilt das auch für eigene Kinder. Diese werden zwar von den meisten gewünscht und sind ein wichtiges Motiv für eine Heirat. Dennoch ist weit über die Hälfte der Befragten davon überzeugt, dass weder das Glück einer Frau (58%) noch das eines Mannes (66%) von Kindern abhängt, wobei fast ein Drittel der Befragten – der größte Teil davon sind Männer – der Auffassung ist, dass Kinder für das Glück einer Frau eine etwas größere Rolle spielen als für den Mann.

Busch: Die Antworten auf eine in unserer Gesellschaft eher strittige Frage, nämlich wann von einer Familie gesprochen werden sollte, ob nur die vollständige Kernfamilie damit gemeint ist oder ob die Bezeichnung Familie auch für nicht verheiratete Paare mit Kind(ern) zutrifft und auch Alleinerziehende Familien bilden, zeigen eine relativ große Ausweitung des *Familienverständnisses*. Acht von zehn Befragten zählen Unverheiratete mit Kindern zu den Familien, für jeweils mehr als die Hälfte fallen darunter auch alleinerziehende Mütter (58%) bzw. alleinerziehende Väter (56%). Das gilt in annähernd der gleichen Größenordnung für gleichgeschlechtliche Paare mit einem Kind (55%). Die Ergebnisse zeigen auf der einen Seite, dass sich der *Familienbegriff* auszuweiten und zu pluralisieren scheint, dass es aber auf der anderen Seite auch unter vielen jungen Menschen durchaus eine Beschränkung des Familienbegriffs auf die verheirateten Eltern mit Kind bzw. Kindern gibt und die Familienanerkennung von Alleinerziehenden (immer) noch auf Abwehr stößt, wenngleich nur bei einer Minderheit.

Auf *Liebe* und *Treue* kann man in der Ehe nicht verzichten. Beide rangieren in der Wertschätzung junger Menschen ganz oben. Liebe ist nach Auffassung der großen Mehrheit der befragten Männer und Frauen ein konstitutives Merkmal, eine grundlegende Bedingung einer Ehe. Das spricht für die stabile Bedeutung und Verankerung der romantischen Liebesheirat als Norm. Uns interessierte aber auch, ob sich bei der Heirat eine Distanz zur kirchlichen Trauung zeigt und ob – nach Auffassung der jüngeren Menschen – die rechtlich notwendige standesamtliche Trauung auch den Erwartungen an die kirchliche Heirat entspricht. Das Ergebnis ist überraschend. Fast zwei Drittel befürworten für sich persönlich eine kirchliche Trauung. Die Gründe sind vielschichtig und variieren auch nach dem Geschlecht der Befragten. Etwa jeweils ein Drittel der Befragten führt an, dass die staatliche und kirchliche Trauung aus Gründen der Tradition zusammengehören, dass die kirchliche Trauung auch unabhängig von ihrem religiösen Gehalt einfach zur Heirat dazugehört. 13% halten sie aus religiösen Gründen sogar für wichtiger als die staatliche Trauung. Diese religiös motivierte Haltung wird stärker von den Frauen als von den Männern vertreten. Für jede/n Dritte/n ist die kirchliche Trauung allerdings unnötig. Dass bei der Eheschließung der Nachname frei gewählt werden kann, finden 95% entweder gut oder stehen dem gleichgültig gegenüber.

Wir können also feststellen, dass es in den *Familienvorstellungen* bei der Mehrzahl der Befragten eine Öffnung und Pluralisierung des Familienbegriffs gibt. Nur relativ wenige beschränken ihre Vorstellung von der Familie

eher traditionell auf den Typus der vollständigen Kernfamilie. Bei der Frage nach der rechtlichen Gleichstellung von Ehe und nichtehelichen Gemeinschaften ist die Bindung an traditionelle Muster noch geringer. Zwei Drittel der Befragten sprechen sich für eine Gleichstellung aus. Ein ebenso großer Teil hält es für richtig, wenn gleichgeschlechtliche Paare heiraten würden – diese Position ist bei einem hohen Grundsockel an Zustimmung bei den befragten Frauen noch ausgeprägter.

Wie halten es aber die jungen Menschen mit der *Ehescheidung*? Für die große Mehrzahl ist sie nicht nur ein Teil der gesellschaftlichen Realität, sie wird auch für sich selbst durchaus für denkbar gehalten: nur 3% vertreten die Position, dass es nie einen Grund gibt, eine Ehe durch Scheidung zu beenden. Plausible Gründe für eine Scheidung werden vor allem im persönlich-emotionalen Bereich gesehen. Wenn die Liebe nachlässt, bei Untreue, wenn sich die Partner auseinander gelebt haben und unlösbare Probleme auftreten, wird eine Scheidung befürwortet. Auch wenn Kinder davon betroffen sind, ist das für 80% kein Grund, die Ehe unter solchen Bedingungen fortzuführen. Interessant ist, dass Untreue für die Männer eher zur Scheidung führen sollte als bei den Frauen. Für die junge Generation verliert die Scheidung den Charakter des Ungewöhnlichen, des Dramatischen und wird mehr oder weniger zum gesellschaftlichen Normalfall bei schweren und unüberwindbaren Konflikten in der Ehe.

Scholz: Unsere Fragen nach den Ehe- und Familienvorstellungen junger Menschen haben wir auch im Zusammenhang mit deren allgemeinen *Wertvorstellungen* verbinden wollen. Wir haben deshalb danach gefragt, welche Dinge in ihrem Leben von besonderer Bedeutung sind. An erster Stelle steht die gute Freundschaft. Sie hat für fast 60% den höchsten Stellenwert im Leben. Für etwa jede/n Zweite/n folgt in der persönlichen Wertschätzung der Wunsch nach einer eigenen Familie bzw. glücklich in einer Familie zu leben. An dritter Stelle genannt wird von jedem/r Dritten die Realisierung der eigenen Vorstellungen im Leben (Selbstverwirklichung), gefolgt von dem Wunsch, Erfüllung in der Arbeit zu finden (28%) bzw. dort erfolgreich zu sein (25%). Auch die Zuneigung anderer Menschen zu erwerben, wird häufig genannt (16%). Kaum eine Bedeutung hat das eher altruistische Motiv, anderen Menschen zu helfen (5% der Nennungen). Ein religiöses Leben zu führen, wird von keinem/r der Befragten explizit genannt.

Bei der Frage nach den persönlichen Wertvorstellungen gibt es eine Reihe geschlechtsspezifischer Unterschiede. So haben „gute Freunde“ für die

männlichen Befragten eine deutlich größere Bedeutung als für die Frauen. Die Familie wiederum hat für die Frauen eine größere Relevanz für das Leben. Zwei Drittel der Frauen haben sie genannt, während bei den Männern jeder Zweite auf das glückliche Leben in einer eigenen Familie großen Wert legt. Auch bei der Selbstverwirklichung gibt es Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Während es für fast jede zweite Frau von großer Bedeutung ist, die eigenen Lebensentwürfe realisieren zu können, wird dieses Ziel nur von jedem vierten männlichen Befragten genannt.

Busch: Neben den generellen Einschätzungen von Ehe, Familie und Kindern interessierte uns auch, welche Vorstellungen die Befragten von ihrer zumeist zukünftigen *Rolle als Partner/Partnerin* bzw. *Vater/Mutter* haben, wie sie sich die Aufgabenverteilung zwischen den Partnern vorstellen und wie Familienverpflichtungen und Berufstätigkeit zu vereinbaren sind. Dazu haben wir sie gebeten, unter Berücksichtigung möglicher verschiedener geschlechtsspezifischer Rollenaufteilungen in einer Partnerschaft anzugeben, welche Familien- bzw. Lebensform von ihnen als wünschenswert für ihre eigene Zukunft gesehen wird.

Die Auswertung der Ergebnisse ergab, dass mehr als die Hälfte der Befragten (54%) eine Beziehung, in der beide Partner gleichberechtigt nebeneinander stehen, als erstrebenswert erachten. Es ergibt sich jedoch ein signifikanter geschlechtsspezifischer Unterschied in der Beurteilung der gleichberechtigten Partnerschaft: Diese wird nämlich von deutlich mehr Frauen befürwortet als von Männern (66% zu 46%).

Ein Viertel aller Befragten bevorzugt das traditionelle Modell, in dem die Frau beruflich weniger beansprucht wird als der Mann und mehr Zeit für Haushalt und Erziehung aufbringen sollte. Diese Präferenz für ein Modell, das eine modernisierte Form der eher traditionellen Form der innerfamilialen Arbeitsteilung ist, wird von knapp doppelt so vielen Männern wie Frauen genannt (30% zu 17%). Bemerkenswert ist nun, dass sich nur 7% für das alte Modell der Hausfrauenehe aussprechen, bei dem der Mann für den Außenbereich zuständig ist (Beruf), die Frau hingegen auf den Innenbereich (Haushalt, Erziehung) beschränkt bleibt. Auch wenn der Sockel an Zustimmung zu dieser Form der Rollenteilung auf einem insgesamt niedrigen Niveau der Zustimmung zu finden ist, so zeigen sich gleichwohl geschlechtsspezifische Unterschiede in der erwarteten Weise: Die Männer favorisieren diese Alternative doppelt so oft wie die Frauen (9% gegenüber 4%).

Scholz: Insgesamt lässt sich aber sagen, dass die Mehrheit der Befragten für ein fortschrittliches Modell der Partnerrollen plädiert, bei dem die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zur Maxime wird. Es ist jedoch auch erkennbar, dass das alte Muster der Polarisierung der Geschlechter das Denken von knapp einem Drittel (31%) der Befragten beeinflusst. Die männlichen Befragten, die sich für eine eigene Familie entscheiden, orientieren sich stärker an dem traditionellen Familienmodell, während die Frauen eher eine gleichberechtigte Partnerschaft anstreben.

Wir können feststellen, dass die Vorstellung, die Frauen sollten im Zweifelsfall für die häuslichen Angelegenheiten stärker verantwortlich sein als die Männer, bei vielen manifest, zumindest aber latent vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund ist die Frage relevant, ob es für Jungen wichtiger als für Mädchen ist, eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben. Diese Ansicht wird zwar nur noch generell von knapp einem Viertel der Befragten vertreten (23%), allerdings ist dabei der Anteil der Männer, die dieser Sichtweise zustimmen, fast dreimal so hoch wie bei den weiblichen Befragten (30% zu 11%). Die überwiegende Mehrheit (zwei Drittel aller Befragten) ist der Auffassung, dass es für Mädchen in gleichem Maße wie für Jungen wichtig sei, eine Berufsausbildung zu haben. Auf den ersten Blick scheint das erfreulich zu sein. Der zweite Blick relativiert dieses Ergebnis aber deutlich. Diese Mehrheit setzt sich nämlich vorwiegend aus Frauen zusammen: 9 von 10 Frauen vertreten diese Meinung – knapp 30% mehr als männliche Befragte (87% zu 58%). Das bestätigt die vorangegangenen Ergebnisse, nach denen sich bei den jüngeren Männern immer noch erkennbare Restbestände eines eher traditionellen Denkens über die Rolle von Männern und Frauen in Partnerschaften zeigen.

Bei der Frage nach einer Verteilung der Aufgaben und Arbeiten im Haushalt, zeigt sich insgesamt, dass auf der *normativen Ebene* Veränderungen stattfinden. Ein Großteil der Befragten ist der Meinung, dass die Aufgaben und Arbeiten im Haushalt anteilig auf beide Lebenspartner verteilt werden sollten. Lediglich bei Reparaturen im Haushalt ist der Mann „Herr des Geschehens“. Betrachtet man die Frage unter geschlechtsspezifischem Aspekt, lässt sich feststellen, dass die Aufgabengebiete, die traditionell der Frau zugewiesen wurden (bzw. werden), wie Saubermachen, Wäschewaschen, Kochen sowie Kinder betreuen, insgesamt als Zuständigkeitsbereiche beider Geschlechter gesehen werden. Gleichwohl bleiben auch hier Reste von traditioneller Rollenaufteilung bestehen. So sieht beispielsweise mehr als die Hälfte der

Männer (53%) das Wäschewaschen als vorrangige Aufgabe von Frauen an, gegenüber gut einem Drittel der weiblichen Befragten (35%).

Busch: Wir haben auch danach gefragt, welcher Rat einer Freundin gegeben werden sollte, die eine Familie hat und gleichzeitig einen Beruf ausüben möchte. Mehr als jede/r zweite Befragte sieht keinen Konflikt in der *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* und würde zuraten, beides gleichzeitig zu verwirklichen (56%). Aber auch hier gibt es über den relativ hohen Sockel an genereller Zustimmung hinaus einen signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschied: Drei Viertel der Frauen würde diese Form des Nebeneinanders von Beruf und Familie empfehlen, gegenüber nicht einmal der Hälfte der Männer (75% zu 41%).

Mehr als jede/r Dritte der Befragten würde empfehlen, Familie und Beruf nacheinander zu verwirklichen und während der ersten Lebensjahre des Kindes auf eine Berufstätigkeit der Mutter zu verzichten. Es sind wiederum vorwiegend männliche Befragte, die für dieses sukzessive Modell plädieren (53% zu 21% bei den Frauen).

Insgesamt verweist unsere Befragung darauf, dass die Mehrzahl der Befragten zwar ein Rollenverteilungsmodell wählt, in dem beide Partner gleichberechtigt sind, dass ein Teil der Männer jedoch seine Vorstellungen stärker am tradierten Modell der geschlechtsspezifischen Rollenaufteilung orientiert, als dies bei den Frauen der Fall ist. Sie betonen die Gleichberechtigung stärker.

Scholz: Diese Ergebnisse dürfen nun nicht so verstanden werden, als seien damit bereits in der jüngeren Generation alle Voraussetzungen für eine partnerschaftlich-gleichberechtigte Form des Zusammenlebens geschaffen. Es handelt sich bei unserer Befragung um Einschätzungen, um normative Orientierungen, die erst in der konkreten Auseinandersetzung mit dem „wirklichen Leben“ ihre Bewährung erfahren. Allerdings dürfen diese deutlich erkennbaren Tendenzen und Bereitschaften zu moderneren Formen des Zusammenlebens der Geschlechter auch nicht unterschätzt werden. Wir wissen, dass das Bewusstsein dem konkreten Verhalten oft vorauseilt; eine Veränderung überkommener traditionsbestimmter Verhaltensweisen ist aber in der Regel freiwillig nur zu erwarten, wenn das individuelle und das gesellschaftliche Bewusstsein Veränderungen zeigen.

Busch: Wir haben im Zusammenhang mit der Wertschätzung der Familie bereits darauf hingewiesen, dass die Mehrzahl der Befragten positive Anregungen für die eigenen Vorstellungen in ihrer *Herkunftsfamilie* bekommen

hat. Der Aspekt der Bedeutung der Herkunftsfamilie ist in unserer Befragung ausführlicher unter weiteren Gesichtspunkten aufgegriffen worden.

Die Familie ist für die Mehrzahl der von uns Befragten der Ort für Rat und Hilfesuche bei auftretenden Problemen. Dabei zeigt sich im Hinblick auf die Problemfelder eine Art geschlechtsspezifische Aufgabenteilung: Bei politischen und beruflichen Fragen ist vor allem der Vater Ansprechperson, bei den anderen Problemen des Alltags ist es eher die Mutter. Interessant ist nun, dass die Familie bei sehr persönlichen und intimen Fragen offenbar mit zunehmendem Alter der Ratsuchenden an Bedeutung verliert. So wird der Freundeskreis stärker in Anspruch genommen, wenn es um Liebeskummer oder sexuelle Aufklärung geht (65%). Eine nur geringe Bedeutung bei Problemen und Konflikten spielen Geschwister und Großeltern.

Insgesamt haben die Befragten retrospektiv den Eindruck, dass sich ihre Eltern genügend Zeit für sie genommen haben. Dies gilt besonders für die Mutter (82%), aber auch – wenngleich schwächer – für den Vater (59%). Die Qualität der persönlichen Beziehung zu den Eltern wird ebenfalls von den meisten positiv beurteilt. Dabei scheinen die Bindungen an die Mutter noch stärker zu sein als an den Vater. Vor diesem Hintergrund überrascht es auch nicht, dass mehr als zwei Drittel den Zusammenhalt in bzw. mit ihrer Herkunftsfamilie als stark empfindet.

Scholz: Wir haben unsere Befragung mit einer in die Zukunft gerichteten Frage beendet und wollten wissen, welche Dinge für jede/n Einzelne/n in 20 Jahren wichtig sein werden. Von herausragender Bedeutung sind in dieser *Zukunftsprojektion* gute Freunde. Neun von zehn Befragten haben den Wunsch geäußert, dann viele und gute Freunde haben zu wollen. Überraschend ist für uns, dass für fast 80% auch in der fernen Zukunft das gute Verständnis mit den Eltern sehr wichtig (40%) oder wichtig (39%) ist. Die prospektive Bindung an die Eltern ist bei den Frauen noch stärker zu finden als bei den befragten Männern. Großen Wert legen die Befragten aber auch auf den positiven Erlebnisgewinn in den nächsten 20 Jahren ihres Lebens. Für 72% ist es sehr wichtig bzw. wichtig, viel gesehen, viel gereist und viel erlebt zu haben. Für die Frauen ist diese erlebnisorientierte Lebenserwartung noch ausgeprägter (83%) als für die Männer (63%). Eine hohe Priorität wird aber auch den materiellen Seiten des Lebens eingeräumt. So wird der Besitz von Wohneigentum von zwei Dritteln für sehr wichtig oder wichtig gehalten. Diese Erwartung, ein eigenes Haus bzw. eine eigene Wohnung zu besitzen, ist bei den Männern noch häufiger zu finden als bei den Frauen. Der zukünft-

tige Lebenserfolg bzw. die Lebenszufriedenheit hängt für viele auch davon ab, dass eigene Kinder da sind. Für zwei Drittel aller Befragten ist das in 20 Jahren sehr wichtig (30%) oder wichtig (35%). Auch hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. 80% aller Frauen sehen im Dasein von Kindern eine Wunschvorstellung für ihr Leben, bei den Männern sind das nur 54%.

Busch: Welches Resümee lässt sich nun aus unserer Voruntersuchung ziehen?

Insgesamt zeigt sich eine Reihe überraschender aber durchaus auch erwarteter Ergebnisse. So ist das Bedürfnis der jungen Menschen nach *Bindungen in Partnerschaften* sehr stark ausgeprägt. Auch wenn dieses bei den Frauen eine noch größere Bedeutung hat als bei den Männern, kann festgehalten werden, dass das Alleinleben nur bei sehr wenigen aus dieser Altersgruppe als eine wünschenswerte Lebensform genannt wird.

Bei der konkreten *Form des Zusammenlebens* erweist sich die Mehrheit der Befragten eher als modern, offen und wenig festgelegt. Die Ehe als legalisierte Lebensform – von vielen standesamtlich *und* kirchlich gewünscht – wird zwar von jedem/r zweiten Befragten präferiert, andere Formen des Zusammenlebens haben aber ein hohes Maß an Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Ob Ehe oder nicht, wichtig ist die *Liebe als zentrales Motiv* des Zusammenlebens.

Bedeutsam für die eigene Lebensplanung sind auch *Kinder*. Hier zeigt sich allerdings eine Orientierung in der eigenen Lebensplanung an der gesellschaftlichen Realität: Ein bis zwei Kinder sind die Zielvorgabe.

Scholz: Und noch ein Ergebnis scheint uns besonders erwähnenswert. Es ist dies die insgesamt *moderne Grundorientierung* über das Verhältnis von Mann und Frau in den Beziehungen. Dabei ergibt sich aber bei näherem Hinsehen eine Spreizung zwischen der Auffassung der befragten Männer und der der Frauen. Die *Frauen* sind in einem deutlich stärkeren Ausmaß an arbeitsteilig-partnerschaftlichen Formen des Zusammenlebens interessiert. Ihr Lebensentwurf beinhaltet in der Mehrzahl der Fälle eine *Vereinbarung von Familie und Beruf*, bei der der Mann durch partnerschaftliche Arbeitsteilung einen wichtigen Beitrag zur Realisierung leisten muss. Auf der Ebene allgemeiner Aussagen sind die Männer wie die Frauen zwar ebenfalls für partnerschaftliche Formen des Zusammenlebens, wenn es aber um konkrete Konsequenzen daraus geht, fallen viele Männer in traditionelle Deutungen der Rollenaufteilung von Mann und Frau zurück. Soweit es um die zukünft-

tige Rolle der Männer und Frauen in unserer Gesellschaft geht, zeigen die jungen Männer in unserer Befragung einen gewissen Modernitätsrückstand: Sie sind im Kern zwar aufgeschlossen, latent jedoch durchaus traditionalistisch. Mit anderen Worten: Die jungen Männer sind zwar auf dem Weg vom Pascha zum Partner, sie haben aber noch eine beachtliche Strecke bis zu diesem Ziel zurückzulegen!

Busch: Wir wollen abschließend noch einmal auf den explorativen Charakter unserer ersten Befragung verweisen. Diese muss und soll nun ergänzt werden um eine größere Befragung, die stärker die Ansprüche von Repräsentativität erfüllt. Das wird schon bald bei uns in Deutschland ebenso wie in den mitbeteiligten anderen Ländern erfolgen. Für die deutsche Befragung haben wir uns entschlossen, Studierende an Universitäten und Fachhochschulen sowie Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe und der Sekundarstufe II an Berufsbildenden Schulen im Rahmen einer regionalen Feldstudie zu befragen. Wir haben dafür die Weser-Ems-Region (Oldenburg, Osnabrück, Ostfriesland und Wilhelmshaven) ausgesucht. Wir haben die Befragungen in den Schulen nach den Schulsommerferien 2004 bzw. in den Hochschulen mit dem Beginn des Wintersemesters im Oktober 2004 gestartet. An der Universität Oldenburg wurde eine Online-Befragung durchgeführt. Bis zum Beginn des Wintersemesters 04/05 wurde der Fragebogen in das Internet eingestellt. Er war durch eine entsprechende Anweisung aufzurufen, die den Studierenden per E-Mail bereits Ende September 2004 an ihre E-Mailadresse in der Universität mitgeteilt wurde – selbstverständlich unter Beachtung aller datenschutzrechtlicher Bestimmungen und der Anonymität der Angaben der Befragten.

Zur gleichen Zeit finden in Polen, Litauen, Spanien und Südkorea deren Befragungen statt. Im März 2005 wurden auf einem Workshop in Oldenburg die Ergebnisse aller nationalen Einzeluntersuchungen verglichen und die Grundlagen für den abschließenden Auswertungsbericht erarbeitet. Die wichtigsten Untersuchungsergebnisse unserer deutschen und der international vergleichenden Auswertung werden wir zusammenfassend im UNI-Info der Universität Oldenburg und im Internet veröffentlichen. Darüber hinaus ist eine Buchpublikation geplant, die – voraussichtlich Ende 2005 – in der Schriftenreihe „Familie und Gesellschaft“, die u. a. von Busch und Nave-Herz im Ergon-Verlag, Würzburg, herausgegeben wird, erscheinen wird.

Literatur

- BUSCH, Friedrich W. (1999): Plädoyer für die Beibehaltung eines Leitbildes. Familie in christlicher Verantwortung. In: Busch, Friedrich W. u. a. (Hg.): Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft. Familie und Gesellschaft Band 1. Würzburg. S. 231-259.
- BUSCH, Friedrich W./NAUCK, Bernhard/NAVE-HERZ, Rosemarie (Hg.) (1999): Aktuelle Forschungsfelder der Familienwissenschaft. Würzburg.
- BUSCH, Friedrich W./NAVE-HERZ, Rosemarie (Hg.) (1996): Ehe und Familie in Krisensituationen. Oldenburg.
- BUSCH, Friedrich W./SCHOLZ, Wolf-Dieter (2000): Brauchen Familien Leitbilder? Oldenburger Universitätsreden Nr. 125. Oldenburg.
- BUSCH, Friedrich W./SCHOLZ, Wolf-Dieter (u. a.) (2000): All you need is love. Oder: Über die Unverzichtbarkeit von Liebe und Treue. Vorstellungen von Jugendlichen über Ehe und Familie. Oldenburg (Manuskriptdruck).
- BUSCH, Friedrich W./SCHOLZ, Wolf-Dieter (2001): Familie – Auslaufmodell oder Zukunftsoption? Oldenburger Universitätsreden Nr. 129. Oldenburg.
- GRIESWELLE, Detlef/WEIGELT, Klaus (1985): Prinzipien politischen Handelns. In: Weigelt, Klaus (Hg.): Werte, Leitbilder, Tugenden. Mainz. S. 11-38.
- HETTLAGE, R. (1998): Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch. Unter Mitarbeit von Susanne Wagner. München (2., aktualisierte Auflage).
- HOLETSCHEK, Klaus (Hg.) (2000): Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten. München.
- KAUFMANN, Franz-Xaver (1995): Die Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.
- LÜSCHER, Kurt (1997): Familienrhetorik, Familienwirklichkeit und Familienforschung. In: Vaskovics, Lazlo A. (Hg.): Familienleitbilder und Familienrealitäten. Opladen. S. 50-67.
- LÜSCHER, Kurt u. a. (Hg.) (1988): Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz.

- NAVE-HERZ, Rosemarie (Hg.) (1988): Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart.
- NAVE-HERZ, Rosemarie/MARKEFKA, Manfred (Hg.) (1989): Handbuch der Familien- und Jugendforschung. Neuwied.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (1994): Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt.
- NAVE-HERZ, Rosemarie (2001): Gibt es die postmoderne Familie? In: Hoeltje, B./Jansen-Schulz, B./Liebsch, K. (Hg.): Stationen des Wandels: Rückblicke und Fragestellungen zu dreißig Jahren Bildungs- und Geschlechterforschung. Hamburg. S. 169-180.
- WEIGELT, Klaus (Hg.) (1985): Werte, Leitbilder, Tugenden. Mainz.

Gisela C. Schulze

Familien in Multiproblemlagen

*Am Beispiel von Schülerinnen und Schülern
mit schulaversiven Verhaltensmustern*

1 Einleitung

Erziehungswissenschaftliche Studien der letzten Jahre haben sich wenig mit den Beziehungen zwischen Familie und Schule, zwischen Eltern und Pädagogen sowie Eltern und schulpflichtigen Kindern auseinander gesetzt. Es erfolgten auf der einen Seite Forschungen über die Lehrer-Schüler-Beziehungen, in denen jedoch die Eltern bzw. die Familie keine Rolle spielen und auf der anderen Seite Untersuchungen des familialen Erziehungs- und Beziehungssystems, die allerdings den Einfluss von Schule auf die Familie vernachlässigen. Auch die interdisziplinär orientierte Sozialisationsforschung hat bislang weitgehend institutionszentriert und weniger personenzentriert gearbeitet. Sie hat ihre Aufmerksamkeit vor allem auf einzelne Sozialisationsbereiche (u. a. Familie, Kindergarten, Schule) gerichtet, aber das Ineinandergreifen verschiedener Institutionen sowie auch die unterschiedlichen Blickwinkel von am System beteiligten Personen kaum berücksichtigt.

Gegenwärtig erleben wir deutliche Veränderungen im familialen Zusammenleben, die sich auf die Bildung und Erziehung der Heranwachsenden sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich deutlich auswirken.

Belastende Erfahrungen und Lebensverhältnisse der Schülerinnen und Schüler wirken oft als Stressoren unmittelbar in den Unterricht hinein. Familien sind zunehmend mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Sozialisations- sowie Erziehungsprobleme treten gehäuft auf und wirken auf die schulische Erziehung aller Schichten einer ganzen Generation ein. Die Auffassungen über Bildung und Erziehung von Lehrerinnen und Lehrern und Eltern gehen zunehmend auseinander, die „Sündenbockposition“ für die Bildungsmisere wird sich sowohl von überforderten Lehrern als auch von teilweise resignier-

ten Eltern im Wechsel zugeschoben. Immer mehr Kinder und Jugendliche wachsen in Familien in so genannten Multiproblemlagen auf, mit einer Häufung von sozialen, ökonomischen sowie psychischen und medizinischen Problemen, die sich in Deutschland wie in keinem anderen Land auf die schulische Bildung extrem benachteiligend auswirken (PISA 2003).

In der Schulpraxis wird deutlich, dass angewandte Lehr- und Lernmethoden sowie Erziehungsweisen mitunter wenig den Lebensproblemen, den Veränderungen in der heutigen Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen entsprechen. Eine wachsende Anzahl von Heranwachsenden erwidert die auf sie einwirkenden Problemlagen mit einem schrittweisen Rückzug aus dem Unterricht und aus dem Feld der Schule.

Besonders erschwerend wirkt sich dieser Tatbestand für Schüler mit Beeinträchtigungen im Lernen und Verhalten aus. Der Zusammenhang von Schulleistungsversagen und auffälligem Verhalten fand in den letzten Jahren zunehmend Beachtung. In Untersuchungen zum Bereich der „Lern- bzw. Teilleistungsstörungen“ wurde Lernbeeinträchtigungen eine hohe Bedeutung für die Entstehung und Verfestigung von Schulleistungsproblemen und ablehnendem Verhalten gegenüber Schule zugeschrieben (Ricking 2003; Schulze & Wittrock 2003).

Beeinträchtigungen im Lernen und Auffälligkeiten bzw. Störungen im Verhalten ergänzen sich zu einem Teufelskreislauf, der immer schwerer zu durchbrechen ist und zu schulaversiven Verhaltensmustern führen kann, besonders dann, wenn die Familie ihre unterstützende und haltgebende Funktion im schulischen Bereich nicht leistet.

Die in diesem Beitrag bewusst gewählte Fokussierung auf die Zielgruppe der Schüler mit schulaversiven Verhaltensmustern aus Familien in Multiproblemlagen soll zu einer weiterführenden Auseinandersetzung mit der Thematik anregen und den offenen Diskurs zu aktuellen Veränderungsprozessen in Kindheit, Jugend und Familie heute mit initiieren, sowie dringend notwendige Konsequenzen für die pädagogische Arbeit, speziell auch in der verstärkten Zusammenarbeit mit Familien in Multiproblemlagen, aufzeigen helfen.

Pädagoginnen und Pädagogen müssen dabei lernen, die veränderten Lebensverhältnisse ihrer Schüler sowie ihrer Familien wahrzunehmen, auf die vielfältigen Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu achten, sie zu beschreiben und sich aktiv mit ihnen auseinander zu setzen.

2 Schülerinnen und Schüler mit schulaversiven Verhaltensmustern

In den folgenden Ausführungen wird bei der Beschreibung der Formen der physischen und psychischen Abwesenheit von Schülern auf einen deskriptiv angelegten Überblick von schulaversiven Verhaltensmustern aus einem Forschungsprojekt der Universität Rostock Bezug genommen, der auf der Basis von quantitativen sowie qualitativen Studien in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen entwickelt wurde (Schulze & Wittrock 2001). Im Rahmen des Forschungsprojektes fand eine Kategorisierung der schulaversiven Verhaltensmuster in zwei zentrale Teilbereiche statt, welche nach dem operationalisierbaren Kriterium des Aufenthaltsorts erfolgte.

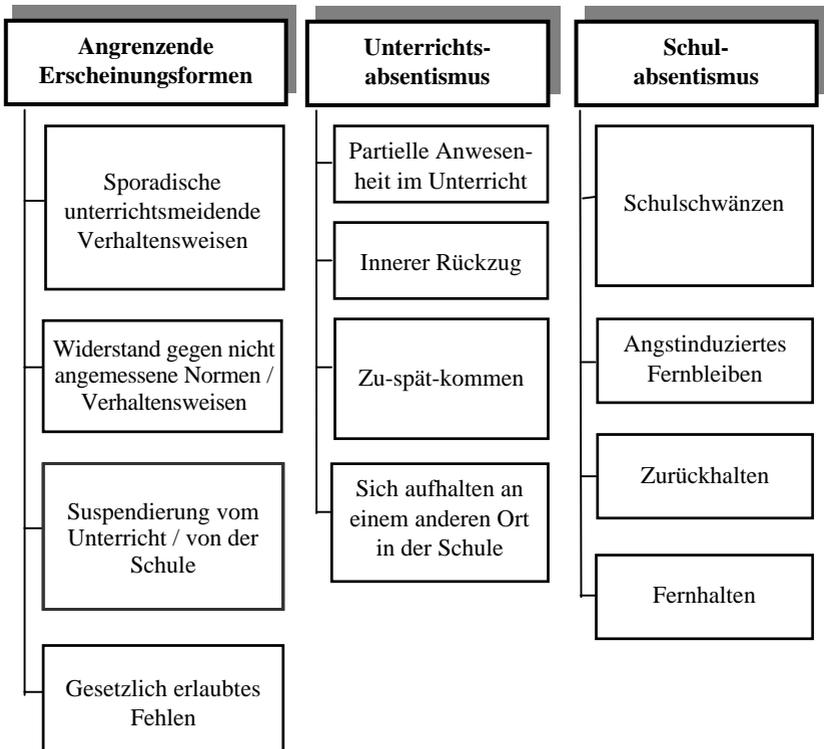


Abb. 1: Schulaversive Verhaltensmuster (nach Schulze & Wittrock 2001)

Kategorie: Schulabsentismus

Die Kategorie des Schulabsentismus umfasst Schüler, die sich während der Unterrichtszeit weder im Klassenraum noch in der Schule bzw. auf dem Schulgelände aufhalten und somit nicht am schulischen Leben partizipieren. Sie ist klar charakterisiert durch die physische Abwesenheit im Wirkungsbereich Schule; diese Schüler sind nicht bzw. nicht mehr in diesen Lernort eingebunden. In der Forschung zum Schulabsentismus werden in Anlehnung an Preuss (1978), Mattejat (1981) und Bools (1990) drei Subkategorien differenziert: das Schulschwänzen, das angstinduzierte Fernbleiben und das Zurückhalten (Neukäter & Ricking 1997; Schulze & Wittrock 2001; Ricking 2003). Immer deutlicher wird, dass sich eine vierte Subkategorie mit einer meist sehr hohen Druckkomponente durch die Eltern, z. B. zum Verschleiern bei Missbrauch und familialer Gewalt, herausgebildet werden sollte: das Fernhalten. Durch diese Subkategorie wurde die Wahrnehmung der Pädagogen für entsprechende Wirkungszusammenhänge geschärft.

Das Phänomen Schulschwänzen kennzeichnet diejenigen Schulversäumnisse, die auf das Betreiben des Schülers zurückgehen und von denen die Erziehungsberechtigten häufig keine Kenntnisse haben. Schüler, die Schule schwänzen, gehen während der Unterrichtszeit häufig für sie attraktiveren Beschäftigungen nach, meist außerhalb der elterlichen Wohnung. Schulschwänzen steht dabei häufig in einem engen Zusammenhang mit schulischen Versägenserlebnissen, Misserfolgen und dem Nicht-versetzt-werden. Eine der Hauptursachen für angstinduziertes Fernbleiben von der Schule ist in der Herausbildung von manifestierten Ängsten zu sehen. Dabei wird eine differentialdiagnostische Unterscheidung zwischen schulinduzierten Ängsten, z. B. Leistungsangst, und elterninduzierten Ängsten, z. B. Trennungsangst, vorgenommen (Nissen 1977, Ricking 2003).

Die Absentismusform des systematischen und planvollen Zurückhaltens von Heranwachsenden, ausgehend von Eltern, aber auch zunehmend von Betrieben, ist im Ansteigen begriffen und wird immer häufiger von der Gesellschaft akzeptiert, so z. B. das von Eltern bewusst vorgenommene „Verlängern“ von Ferien (Schulze & Wittrock 2001). Das Fernhalten als eine vierte Subkategorie des Schulabsentismus betrifft vorwiegend Schüler im Grundschulbereich. Um zu verhindern, dass sichtbare Folgen von meist familialer Gewalt in Form von Kindesmisshandlungen entdeckt werden, erfolgt nach dem tätlichen Übergriff oft durch Erziehungsberechtigte bzw. familiennahe

Personen eine Schulbefreiung, wobei meist das ärztliche Attest fehlt (Schulze & Wittrock 2001).

Kategorie: Unterrichtsabsentismus

Bei der Kategorie des Unterrichtsabsentismus halten sich die Schüler während der Unterrichtszeit zeitweise bzw. in einzelnen Stunden nicht im Klassenraum auf, befinden sich aber noch im schulischen Bereich (auf dem „Schulgelände“) und partizipieren somit noch in begrenztem Umfang an Unterricht und Schulleben.

Dabei tritt die Form der schülerinduzierten partiellen Abwesenheit, z. B. das recht regelmäßige Zu-spät-kommen (ohne organisatorische Gründe wie Busverspätungen) oder das früher aus dem Unterricht gehen, z. B. zum Aufsuchen der Toiletten oder der inoffiziellen Raucherecke ohne Rückkehr in den Unterricht, auf.

Weiterhin gibt es die lehrerinduzierte partielle Abwesenheit, z. B. in Form der Kurzzeitsuspendierung aus einem Teil der Stunde („Herauswurf“ aus der Klasse) bei laufendem Unterricht.

Andererseits gibt es Schüler, die von vornherein während einzelner Stunden nicht im Unterricht aber im schulischen Raum am anderen Ort, z. B. im Schülerclub, aufzufinden sind. Sie zeigen Desinteresse an bestimmten Fächern bzw. werden aufgrund der mangelhaften didaktisch-methodischen Kompetenz der Lehrer sowie lebensweltfremder Bildungsinhalte nicht mehr erreicht. Für sie spielt Schule als sozialer Kontaktraum zur Kommunikation und Interaktion mit Gleichgesinnten noch eine Rolle, wobei sie als Bildungs- und Erziehungsinstitution anscheinend ihre Anziehungskraft verloren hat.

Als eine weitere mögliche Form des Unterrichtsabsentismus sollte in Zukunft der „Innere Rückzug“ diskutiert werden. Schrittweise können in einem Prozess aufgebaute Barrieren, z. B. Lernbarrieren und fehlende soziale Beziehungen, beim Zusammentreffen von ungünstigen Bedingungen über den inneren Rückzug, der Nichtbeteiligung, der Ausbildung von schulaversiven Verhaltensweisen bis hin zur Isolation führen.

Bei der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Facetten des Phänomens „Unterrichtsabsentismus“ wird deutlich, dass sie als erste Signale für einen drohenden Schulabsentismus zu sehen sind. Werden diese Signale nicht erkannt, wird ihnen keine Bedeutung beigemessen, stehen die betroffenen Schüler in der Gefahr, sich über längere Zeiträume und über wachsende

räumliche Distanzen schrittweise erst aus dem Unterricht(sprozess) zu entfernen bis sie physisch gar nicht mehr im Wirkungsraum Schule anwesend und involviert sind (vgl. Definition Schulabsentismus).

Um Schulabsentismus wirksam vorbeugen zu können, müssen pädagogische Interventionen dann ansetzen, wenn sich die Schüler noch im schulischen Wirkungsraum aufhalten, wenn noch irgendein Interesse für den Ort Schule besteht und wenn dadurch die betroffenen Kinder und Jugendlichen für Lehrer im Feld der Schule noch erreichbar sind. Deutlich ist, dass bei der Herausbildung von schulaversiven Verhaltensweisen die Einstellung und Haltung der Eltern, der Familie zur Schule eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. In diesem Sinne kommt der Auseinandersetzung mit der Kategorie des Unterrichtsabsentismus in enger Verbindung mit einer kooperierenden Arbeit mit den Familien der betroffenen Schüler bei der Entwicklung von Interventionsmaßnahmen eine verstärkte Bedeutung zu.

3 Risikofaktoren von Familien in Multiproblemlagen

Im Rahmen des o. g. Forschungsprojektes konnten anhand von Einzelbefragungen von Heranwachsenden Risikofaktoren im familialen Feld von Schülern mit schulaversiven Verhaltensmustern ermittelt werden. Dabei ist zu betonen, dass in der Regel nicht ein oder zwei ausgewählte Aspekte zu Risikofaktoren für schulaversives Verhalten führen, sondern ein kombiniertes Zusammenwirken von unterschiedlichen Faktoren in enger Wechselwirkung mit speziellen Problemlagen, meist über einen länger andauernden Zeitraum. Ähnliche Risikofaktoren bei der Konstellation von familialen Problemen lassen sich auch in den Beiträgen zur Familienforschung u. a. von Nave-Herz finden.

Risikofaktoren im familialen Feld von Schülern/Schülerinnen mit schulaversiven Verhaltensmustern:

- Alleinerziehendes Elternteil
- Trennungen (Scheidung, Tod, häufiger Ortswechsel)
- Mangelndes (Erziehungs-) Wissen
- Ein Geschwisterkind mit schulaversiven Verhaltensmustern
- Armut
- Arbeitslosigkeit, andauernd über Generationen
- Schlechte Erfahrungen mit Schule in den Elternbiographien
- Erfolgreiche Schulzeit der Eltern

- Häusliche Gewalt
 - Gleichgültigkeit gegenüber den eigenen Kindern
 - Überbehütung
 - Überforderung/Resignation der Eltern bei der Erziehung
 - chronische Krankheiten in der Familie
 - Sucht und Drogenabhängigkeit von Familienmitgliedern
 - Versagenserleben und Stigmatisierung von Kindern und/oder Eltern
- (vgl. Schulze 2003, Nave-Herz 2002, Schulze 2003)

Goldbrunner zeigt 1996 vier spezifische Problemgruppen von Familien in Multiproblemlagen auf, wobei auch hier wiederum diese Problemlagen nicht isoliert wirken, sondern vielfältig ineinander greifen.

Zu betonen ist dabei, dass Familien in Multiproblemlagen häufig nicht in der Lage sind, selbständig (ohne Hilfen) adäquate Lösungsstrategien für die Multiproblemlagen zu entwickeln.

Ausgewählte Merkmale von Familien in Multiproblemlagen

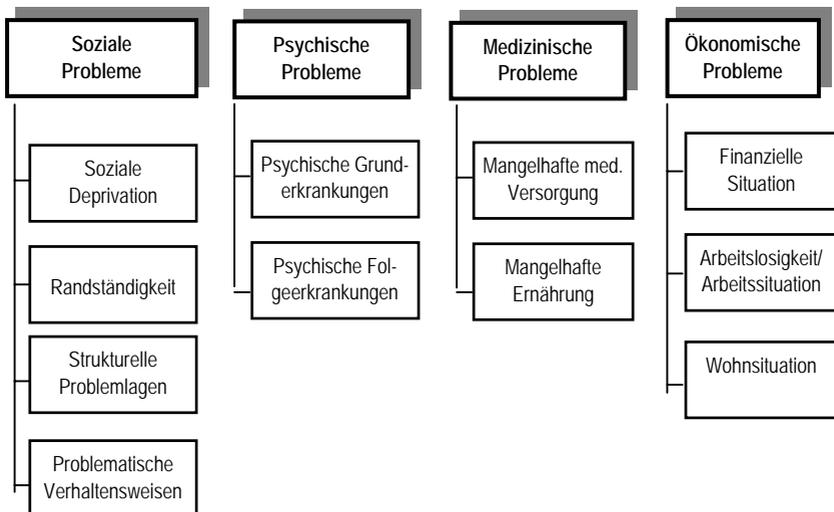


Abb. 2: Ausgewählte Merkmale von Familien in Multiproblemlagen (nach Goldbrunner 1996, 40)

4 Der Lebensraum einer Schülerin/eines Schülers

Auf der Grundlage von wissenschaftlichen Ansätzen, hier speziell der Feldtheorie des Sozialpsychologen Kurt Lewin, gilt es, pädagogische Handlungskonzepte zu entwickeln, die familienzentrierte Angebote – entsprechend den Problemlagen und individuellen Erfordernissen – in den Wirkungsraum Schule einbinden und einbeziehen.

Aus dem breiten Spektrum des feldtheoretischen Ansatzes ist das Modell des Lebensraumes mit seinen Wirkungsräumen von besonderem Interesse. Der Lebensraum umfasst die Person und die Regionen ihrer Umwelt.

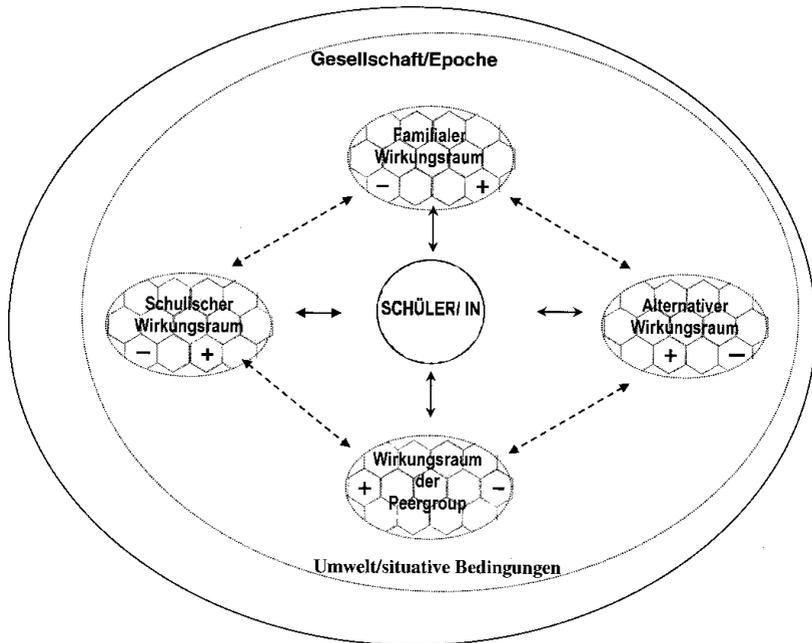
In diesem Modell wirkt der Mensch durch sein Denken und Tätigsein als Element des Feldes: Er nimmt aktiv Einfluss und wird beeinflusst, Person und Umwelt stehen in verschiedenen Wechselwirkungsverhältnissen.

Erziehungssituationen mit ihren gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten sind dabei als dynamisches Ganzes – als Gestalt – zu betrachten (vgl. Lewin 1953, 41).

Um die Lebenswelt von Schülern zu verdeutlichen, können folgende vier zentrale Wirkungsräume unterschieden werden: der familiale Wirkungsraum, der schulische Wirkungsraum, der Wirkungsraum der Peergroup und der alternative Wirkungsraum (siehe Abb. 2). Die verschiedenen Wechselwirkungsprozesse zwischen den Wirkungsräumen in Form von Bindung vs. Ablösung bzw. Attraktion vs. Aversion, der Person der Schülerin/des Schülers in ihrem/seinem Lebensraum, den situativen Bedingungen und der Gesellschaft sind durch Pfeile gekennzeichnet.

In den vier Wirkungsräumen existieren sowohl psychische Felder/Regionen (z. B. Beziehungen, Bindungen) als auch Handlungsfelder/Regionen (z. B. Kommunikation, soziale Interaktion), die es zu berücksichtigen gilt.

Der Lebensraum einer Schülerin/eines Schülers



Legende:

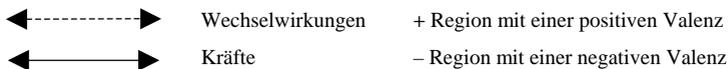


Abb. 3: *Feldtheoretisch strukturierte Wirkungsräume im Lebensraum einer Schülerin/eines Schülers (Schulze & Wittrock 2001, 53)*

Wirkfaktoren im Lebensraum einer Schülerin/eines Schülers können entsprechend Abbildung 3 feldtheoretisch individuell und differenziert betrachtet werden:

Der Schüler mit seiner individuellen psychisch-physischen Ausstattung: Der Schüler ist Teil des Feldes und steht im Spannungsverhältnis der Wirkungsräume, der situativen Bedingungen und der Gesellschaft. Zu seiner psychisch-physischen Ausstattung zählen sowohl äußere Merkmale als auch persönliche Fähig- sowie Fertigkeiten und Interessen. Im Sinne einer feld-

theoretischen Betrachtungsweise sind diese nicht als feststehende Persönlichkeitsmerkmale zu interpretieren, sondern resultieren aus einem sich stetig ändernden Wechselwirkungsverhältnis der Person mit der Umwelt.

Der **familiale Wirkungsraum**: Hierzu zählen der direkte Personenkreis der unmittelbaren Familienmitglieder sowie die Stellung des Schülers in der Familie und in der Geschwisterreihe. Im Zeitalter der so genannten Patchworkfamilien gehören zusätzlich auch die Personen zur Familie, die die Erziehung direkt beeinflussen, z. B. Lebenspartner, Stiefgeschwister, Großeltern und Verwandte. Weiterhin umfasst der familiäre Wirkungsraum die sozial-strukturellen Daten der Erziehungsberechtigten wie (Aus-)Bildung, berufliche Tätigkeit und Arbeitsort, die sozioökonomische Situation der Familie, die räumlichen Wohngegebenheiten und finanziellen Ressourcen. Die Wirkfaktoren, Beziehungen und Bindungen zwischen den Familienmitgliedern sind dabei prägend für die Persönlichkeitsentwicklung des Kindes.

Der **schulische Wirkungsraum**: Die Schule ist sowohl eine Stätte der Wissensvermittlung als auch ein Ort für soziale Begegnungen. Man lernt Kontakte zu knüpfen, trifft Verabredungen und findet Freunde. Der schulische Wirkungsraum untergliedert sich in verschiedene personelle und strukturelle Unterbereiche, z. B. den Unterricht bei verschiedenen Fachlehrern, die Mitschüler in der Klasse, räumliche Gegebenheiten des Schulgebäudes und zeitliche Strukturen der Unterrichtsplanung. Diese Bereiche können für den Schüler mit positiven bzw. negativen Valenzen besetzt sein, die sich im Prozessverlauf der Zeit wandeln können. Täglich stellen sich Schüler vielfältige unterschiedliche Ziele, die sie erreichen wollen: z. B. die Beachtung vom Lehrer, die Anerkennung von Mitschülern und gute Noten. Doch viele Schüler stoßen beim Umsetzen ihrer Absichten auf Barrieren. Können diese nicht überwunden oder umgangen werden, besteht die Gefahr, dass der Schüler keinen Zugang mehr zu bestimmten Regionen (z. B. zum Unterrichtsinhalt) findet und aus dem schulischen Wirkungsraum gleitet.

Der **Wirkungsraum der Peergroup**: Halt und Orientierung an gleich gesinnten Kindern und Jugendlichen sowie Freundschaften zu Mitschülern spielen eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung von Haltungen und Einstellungen. Schüler, die in die Klassengemeinschaft gut integriert sind, haben in der Regel eine positive Einstellung zur Schule. Erlebt ein Kind keinen positiven Kontakt zu Mitschülern, kommt es häufig zum inneren Rückzug bis hin zur freiwilligen Isolation. Qualitative Untersuchungen zur Unter-

richtsmeidung zeigten, dass fehlende Anbindungen an schulische Peergroups häufig Orientierungen an außerschulische Bezugsgruppen nach sich ziehen.

Der **alternative Wirkungsraum**: Alternative Wirkungsräume sind Bereiche, in denen sich Heranwachsende aufhalten, wenn sie sich nicht in einem der anderen Wirkungsräume befinden. Sie werden durch bestimmte Beschäftigungen in diesem Bereich charakterisiert. Alternative Wirkungsräume können sowohl Bahnhöfe, Warenhäuser und Spielotheken sein, aber auch der Waldsee oder der Dachboden, an die man sich zurückzieht. Alternative Wirkungsräume haben einen hohen Aufforderungscharakter, die Kinder und Jugendlichen fühlen sich hingezogen, die Aktivitäten werden als attraktiv empfunden. Es gilt zu analysieren, welche besonderen (attraktiven) Elemente der alternative Raum aufweist und folglich welche Bedürfnisse und Motivationen davon für den jeweiligen Heranwachsenden abgeleitet werden können. Gleichzeitig ist zu prüfen, inwieweit alternative Räume auch „Übergangsräume“ darstellen können, in denen unerlaubten Tätigkeiten, z. B. Rauchen im Schulgebäude, nachgegangen wird.

Die **Gesellschaft**: Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, Tendenzen und Erwartungen spiegeln sich in dem Lebensfeld und in den Lebensproblemen des Schülers wieder. Marktwirtschaftliches Denken, steigende Leistungsanforderungen, Konsumdenken und Perspektivlosigkeit sind einige gesellschaftlich bedingte Faktoren, die auf den Heranwachsenden direkt oder indirekt über die Wirkungsräume einwirken.

Die **situativen Bedingungen**: Situative Bedingungen umfassen die konkreten spezifischen physischen (materiellen, räumlichen, zeitlichen etc.) und die individuellen psychischen Gegebenheiten der Person. An den psychischen Gegebenheiten sind immer Personen beteiligt, die mittelbar und unmittelbar auf das Individuum einwirken. Überforderung und Unterforderung, Versagensangst, Strukturmangel, zu wenig Zuwendung, Ungerechtigkeiten, um einige psychische Belastungssituationen zu nennen, sind situative Bedingungen, die die Entwicklung von Auffälligkeiten in der Regel begünstigen.

5 Möglichkeiten der Kooperation von Eltern und Pädagogen

Anhand der feldtheoretischen Lebensraumanalyse können die vielfältigen Problemlagen im Bildungs- und Erziehungsprozess und die Wechselwirkungen von Wirkungsräumen, u. a. zwischen dem familialen Wirkungsraum und dem schulischen Wirkungsraum, dargestellt werden.

Es gelingt, besondere Gegebenheiten vor Ort, aber auch Interessenlagen, Fähigkeiten, Fertigkeiten im Rahmen einer Prozessdynamik schwerpunktmäßig aufzuzeigen, eine Vorgehensweise, der auch bei der Planung von familienzentrierten Angeboten in der Schule eine stärkere Bedeutung zukommen sollte, speziell bei der Intervention von schulaversiven Verhaltensmustern in Kooperation von Schule und Elternhaus.

Dabei können folgende Maßnahmen unterschieden werden:

Umfeldbezogene Maßnahmen, u. a.:

- Entwicklung einer Schulkonzeption in Kooperation mit den Eltern,
- Förderung eines guten Schulklimas,
- Einsatz für ein förderliches Schulsetting,
- Schaffung eines „least restrictive environment“,
- Schulverein/Elternverein,
- Aktiver Einbezug von familialen Aktivitäten in Schule, (Involvieren) in das Schulkonzept,
- Öffnung von Schule,
- Schule als Raum für Empowerment („Selbstbemächtigung, Selbstbefähigung“).

Personenbezogenen Maßnahmen, u. a.:

- Pädagogische Analyse/ Diagnostik und Beratung von Familien (Aufklärungs- und Beratungsangebote: Wehret den Anfängen),
- Individuelle pädagogisch-therapeutische Programme zur Förderung von
 - Sozialkompetenz,
 - Selbstkompetenz,
 - Aneignungskompetenz,
- Angebote zur Hausaufgabenentlastung,
- Möglichkeiten zum familialen Erfahrungsaustausch,
- Angebote von Eltern für Eltern an Schule,
- Präventive/früh intervenierende Gespräche (Beziehungsaufbau, Problemverständnis) in einem kooperativen Klima,
- Gemeinsames Aufstellen von Regeln,
- Kontakttelefon,
- Hausbesuche,
- Elternsprechzeiten/ Elternsprechtage,
- Themenbezogene Elternabende.

In diesem Prozess sollte sich die bisherige schulische „Elternarbeit“ hin zu einer „pädagogischen Zusammenarbeit mit Eltern“ entwickeln mit dem Ziel, dass eine Passung zwischen schulischen Angeboten zur Kooperation mit Eltern und den spezifischen Bedürfnissen von Familien in Multiproblemlagen hergestellt wird.

Es sollte ein institutionsübergreifendes soziales Netzwerk für Schüler mit schulaversiven Verhaltensmustern und deren Familien vor Ort entwickelt werden, in Kooperation mit den betroffenen Schülern und ihren Familien sowie allgemeinen Pädagogen und Sonder- bzw. Sozialpädagogen.

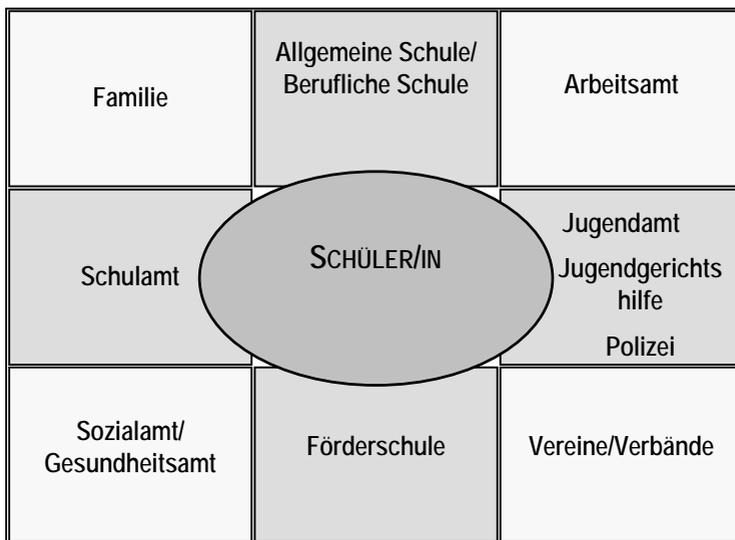


Abb. 4: Soziales Netzwerk für Schüler mit schulaversiven Verhaltensmustern und deren Familien (vgl. Schulze 2003, 214)

6 Resümee

Die Basis für eine pädagogische Arbeit mit Eltern ist eine partnerschaftliche und respektierende Beziehung zwischen Pädagogen und Familien. Die elterliche Erziehungskompetenz bzw. ihre Erziehungsbemühungen und Problemlagen müssen dabei anerkannt werden.

Zentrale Gesichtspunkte in der Auseinandersetzung von Lehrern und Eltern lassen sich dabei im Wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten zusammenfassen:

- Die Übertragung einer Grundhaltung zwischen „professionellen Helfern“ und „Betroffenen“ auf die Zusammenarbeit von Fachleuten und Eltern.
- Die differenzierte Betrachtung elterlicher Kompetenzen im Verständnis der Eltern als „Experten in eigener Sache“.

Für die Zusammenarbeit von Lehrern und Eltern ergeben sich schlussfolgernd folgende Aspekte:

- Die Wahrnehmung von Eltern als autonome Menschen.
- Die Förderung der (Wieder-)Entdeckung eigener Fähigkeiten und Ressourcen z. B. mittels einer „verständnisvollen Kommunikation“.

Dies erfordert, dass sich Pädagogen auf einen problemsuchenden und -entdeckenden Dialog einlassen können. Sie müssen zuhören und Eltern ermutigen/unterstützen sowie Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten setzen.

Das Grundverständnis für die konkrete Lebenswelt der Betroffenen wird dabei vorausgesetzt, so dass Unterstützungsmaßnahmen stets in Bezug zu den sozialen Rahmenbedingungen zu sehen sind.

Pädagogen sollten in diesem Prozess auf vorschnelle Problemlösungspakete verzichten und stattdessen eine zurückhaltende, selbstkritische aber konstruktive professionelle Haltung einnehmen.

Literatur

- BERNITZKE, F./SCHLEGEL, P. (2004): Handbuch der Elternarbeit. Troisdorf.
- BECKER-TEXTOR, I. (1992): Der Dialog mit den Eltern. München.
- EHMANN, C./RADEMACKER, H. (2003): Schulversäumnisse und sozialer Ausschluss. Bielefeld.
- GOLDBRUNNER, H. (1996): Arbeit mit Problemfamilien. Mainz, 5. Auflage.
- GORDON, T. (2000): Familienkonferenz. München.
- HURRELMANN, K. (2004): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim.

- KIY, M. (2003): Systemische Beratung in der Behindertenpädagogik. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Bremen.
- KLOCKE, A./HURRELMANN, K. (Hg.) (2003): Kinder und Jugendliche in Armut. Wiesbaden.
- KNÖDLER, H. (1993): Problemschüler-Problemfamilien. Ein praktisches Lehrbuch zur systemischen Arbeit mit schulschwierigen Kindern. Weinheim.
- LAKEMANN, U. (1999): Familien und Lebensformen im Wandel. Freiburg i. B.
- LEWIN, K. (1953): Die Lösung sozialer Konflikte. Bad Nauheim.
- LÜCK, H. (1996): Die Feldtheorie und Kurt Lewin. Weinheim.
- MATTER, H. (1999): Sozialarbeit mit Familien. Bern.
- NAVE-HERZ, R. (2002): Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt.
- NEUKÄTER, H./RICKING, H. (1997): Absentismus und Verhaltensstörungen. In: Goetze, H. (Hg.): Schulische Erziehungshilfe – grenzüberschreitend – Potsdam. S. 175-184.
- NISSEN, G. (1977): Psychopathologie des Kindesalters. Darmstadt.
- OISA-KONSORTIUM (Hg.) (2004): PISA 2003. Münster.
- REID, K. (1985): Truancy and School Absenteeism. London.
- RICKING, H. (2003): Schulabsentismus als Forschungsgegenstand. Oldenburg.
- SCHULZE, G./WITTRÖCK, M. (2001): Schulaversives Verhalten – Multifaktorielle Ansätze zur Erfassung und Bearbeitung des Phänomens im Rahmen einer systemisch orientierten Sonderpädagogik. Abschlussbericht des Forschungsprojektes. Band I und II. Rostock.
- SCHULZE, G. (2003): Unterrichtsmeidende Verhaltensmuster. Formen, Ursachen, Interventionen. Hamburg.
- SCHULZE, G./WITTRÖCK, M. (2003): Lebensproblemzentrierte Unterrichtsgestaltung – eine didaktische Chance zur Förderung der Partizipation von Jugendlichen mit Beeinträchtigungen im Lernen und Verhalten. In: Schulze, G./Wittröck, M. (Hg.): Fit fürs Leben. Würzburg. S. 75-86.

- SCHULZE, G. (2004): Der Feldtheoretische Ansatz nach Kurt Lewin. In: Vernooij, M.A./Wittrock, M. (Hg.): Verhaltensgestört. Perspektiven, Diagnosen, Lösungen im pädagogischen Alltag. Paderborn [u. a.]. S. 144-161.
- ULICH, K. (1993): Schule als Familienproblem. Frankfurt a. M.
- VERNOOIJ, M. A. (2003): Verhalten und Beziehung als multifaktorielle Handlungsgestalten. In: Vernooij, M.A./Wittrock, M. (Hg.): Beziehungs(-s) Gestalten. Oldenburg. S. 9-31.
- WARZECHA, B. (2001): Schulschwänzen und Schulverweigerung. Hamburg.
- WITTRÖCK, M. (1998) (Hg.): Pädagogisch-therapeutische Erklärungs- und Handlungsansätze. Oldenburg.
- WITTRÖCK, M./SCHULZE, G. (2000): Handlungskonzepte im Umgang mit schulaversiven/schulabsenten Schülern – Konsequenzen und Anregungen für schulische und außerschulische Einrichtungen. In: VHN Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete 69 (2000) 3.
- WITTRÖCK, M./SCHULZE, G. (2004): Unterrichtsabsentismus – ein pädagogisches Thema im Schnittfeld von Pädagogik, Sonderpädagogik und Sozialpädagogik. In: VHN Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete, 73, Jg. 3.

Teil II

Paul B. Hill

Methodenprobleme in der Ehe- und Familiensoziologie

1 Einleitung

Die zentrale Aufgabe der Soziologie bzw. der Sozialwissenschaften liegt – zumindest nach dem gut begründeten herkömmlichen Verständnis – in der Erklärung und damit auch in der Deskription von sozialen Phänomenen. Die angestrebten Beschreibungen sollten trivialerweise „richtig“ bzw. „wahr“ sein,¹ nur dann können sie als Prüfstein für unsere Theorien dienen. Sind die Beschreibungen nicht korrekt, dann falsifizieren wir unter Umständen richtige Theorien oder wir bestätigen falsche Theorien.

Dieses wissenschaftstheoretische Grundproblem gilt für alle wissenschaftlichen Disziplinen, naturwissenschaftliche wie sozialwissenschaftliche, sofern sie Aussagen mit einem empirischen Gehalt testen. Deshalb legen alle diese Wissenschaften großen Wert auf die Entwicklung eines angemessenen methodischen Apparates, dessen Nutzung möglichst gute Messungen, also wenig Fehler, garantieren soll. In den Sozialwissenschaften ist das Ideal einer fehlerfreien Messung aber vermutlich deutlich schwieriger zu verwirklichen als in den Naturwissenschaften. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe: Erstens haben die Naturwissenschaften eine wesentlich längere Tradition und Entwicklungszeit, was sich auch in ihren methodischen Standards niederschlägt, und zweitens zeigen die Messinstrumente bzw. Messobjekte in den Sozialwissenschaften sehr häufig eine Eigenschaft, die einer möglichst fehlerfreien Messung entgegenwirken kann: sie sind reaktiv. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Es wird nicht behauptet, dass Reaktivität

1 Aus wissenschaftstheoretischer Sicht liegen die Dinge allerdings nicht so einfach. Auch singuläre Beschreibungen implizieren – wie Popper (1976, 61) verdeutlicht hat – allgemeine theoretische Annahmen, die ihrerseits nicht verifizierbar sind. Dies ändert aber nichts daran, dass bei wissenschaftlichen Realitätsbeschreibungen eine möglichst exakte Realitätsabbildung anzustreben ist.

ausschließlich in den Sozialwissenschaften anzutreffen ist und in den Naturwissenschaften eben nicht. In den Naturwissenschaften – man denke an Tierbeobachtungen in der Biologie oder Blutdruckmessungen in der Humanmedizin – gibt es das Problem gelegentlich auch,² aber in den Sozialwissenschaften ist es die Regel. Insbesondere alle Interviewformen und einige Formen der Beobachtung leiden darunter und damit auch die experimentelle Forschung (Bungard 1984).

Mit Reaktivität bezeichnet man die Tatsache, dass unsere Befragten nicht nur auf das Messinstrument (also auf die Fragen, Items, Testaufgaben) reagieren, sondern auf die gesamte Erhebungssituation (vgl. Schnell/Hill/Esser 2005, 353; Sechrest/Belew 1983). D. h. sie reagieren auch auf das angekündigte Thema der Befragung, auf den Auftraggeber, auf das Auftreten und vielleicht Aussehen des Interviewers oder auf die Anwesenheit Dritter bei der Datenerhebung. Darüber hinaus gibt es Effekte durch die Frageformulierung und Positionierung (vgl. schon Sudman/Bradburn 1974; Bradburn/Sudman 1979; Dijkstra/Zouwen 1982). Dass solche Effekte auftreten können, bedeutet aber noch nicht, dass sie in allen Studien auch auftreten oder in einem solchen Umfang virulent werden, dass die Messungen bzw. Befragungsergebnisse insgesamt keine vernünftigen Abbildungen der Realität liefern. Natürlich wird gelegentlich die gesamte umfragebasierte Forschung für „Lug und Trug“ gehalten. Aber diese Einschätzung ist schlicht falsch. Reaktivitätseffekte kann man durch bestimmte methodische Strategien aufdecken, man kann sie quantifizieren und in der professionellen wissenschaftlichen Forschung versucht man ihnen entgegenzuwirken.

Das Gesagte gilt ganz allgemein für die empirischen Sozialwissenschaften bzw. für die soziologische Forschung. In der Familiensoziologie treten aber einige der genannten Effekte in erhöhtem Maße auf. Die hier vertretene These lautet: Familiensoziologische Forschung muss ganz besonders auf Artefakte achten, weil viele ihrer Themen besonders anfällig für Reaktivität sind. Familiensoziologische Forschung muss deshalb außerordentlich methodenkritisch, professionell und umsichtig sein. Nur dann kann sie ihre Funk-

2 Nicht selten wird hier darauf hingewiesen, dass auch in der Quantenphysik dieses Problem auftritt. So verweist Niels Bohr (1970, 393f.; zuerst 1955) darauf, dass die Wechselwirkung (Reaktivität) zwischen Objekt und Messgerät die Quantenphysik von der klassischen Physik grundlegend unterscheidet und ein neues Paradigma begründet. Diese Sicht ist nicht ohne prominenten Widerspruch geblieben (vgl. Held 1999).

tion bei der Deskription der familialen Lebenswelten und bei der Prüfung von Theorien wahrnehmen.

2 Methodenartefakte in der familiensoziologischen Forschung

Im Folgenden sollen an einigen ausgewählten Beispielen aus der familiensoziologischen Forschung die angedeuteten Probleme verdeutlicht werden. Es sind insgesamt vier Bereiche, die angesprochen werden: die Rekrutierung von Befragten, die Schiefe von Verteilungen, die (mangelnde) Validität von Partnerauskünften und Interviewereffekte. Damit sind keineswegs alle Problembereiche angesprochen und die aufgegriffenen können auch nur rudimentär behandelt werden, aber die besondere Nähe von empirischer Familienforschung und Problemen der Datenerhebung und Datenanalyse wird in den Ausführungen doch deutlich.

2.1 Die Rekrutierung von Befragten

Die empirische Sozialforschung arbeitet bekanntermaßen in der Regel mit Zufallsstichproben, nur diese garantieren eine repräsentative Abbildung der Grundgesamtheit und nur auf solche lassen sich die bekannten statistischen Modelle anwenden (Schnell/Hill/Esser 2005, 265-317). Ausfälle bzw. Unit-Nonresponse kann die Güte von Stichproben deutlich einschränken. Relativ unproblematisch ist Unit-Nonresponse, wenn die Ausfälle nicht mit den erhobenen Merkmalen (Variablen) der Befragten korrelieren, wenn es sich also um so genannte stichprobenneutrale Ausfälle handelt. Beispiele dafür sind: nicht korrekte Adressen oder Telefonnummern, nicht anzutreffende Personen oder die Tatsache, dass Personen wegen einer Erkrankung für die Datenerhebung ausfallen. Letzteres – und dies deutet schon auf die Probleme hin – gilt aber nur dann, wenn diese Erkrankungen nicht systematisch mit den interessierenden Merkmalen der Untersuchung zusammenhängen.

Problematisch sind aber systematische Ausfälle. Dadurch unterscheiden sich die Mittelwerte in der Stichprobe über die erwart- und erklärbaren Zufallsvariationen hinaus von den unbekanntem, zu schätzenden Mittelwerten der Grundgesamtheit. Wenn nun aber Personen nicht erreichbar oder befragbar sind oder sie nicht kooperieren, also verweigern, dann muss man die Ursachen für diese Ausfälle analysieren. Erst dann kann man eine angemessene Antwort auf die Frage, ob die Ausfälle systematisch oder zufällig sind, geben. Leider erfolgt eine genaue Analyse der Nonresponsequoten nur selten.

Einige Tendenzen lassen sich aber insbesondere durch die Untersuchungen von Schnell (1991, 1997) aufzeigen.

In der akademischen Umfrageforschung sind große Unterschiede hinsichtlich der ausgewiesenen Nonresponsequoten zu finden, was zum Teil auf eine deutliche faktische Variation, zum Teil aber auch auf divergierende Berechnungsmethoden zurückzuführen ist (Schnell 1997). In der Praxis hängt die Quote von einer Vielzahl erhebungstechnischer Details, wie zum Beispiel der Anzahl der Kontaktversuche und der Befragungsthematik, ab. Trotz dieser Schwierigkeiten lässt sich aber ein Trend erkennen: Ab den siebziger Jahren ist ein relativ klarer Anstieg der Quoten von etwa 20% auf 30% in den neunziger Jahren festzustellen und die Entwicklung setzt sich vermutlich gegenwärtig fort. Ein Teil dieser Ausfälle geht auf Verweigerungen zurück. Dieser hat in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Mitte der neunziger Jahre liegt er typischerweise bei etwa 20% (Schnell 1997; Schnell/Hill/Esser 2005). Die Verweigerungen sind deshalb besonders wichtig, weil man bei ihnen davon ausgehen muss, dass sie sehr häufig eben nicht zufällig, sondern systematisch anfallen, d. h. sie beeinträchtigen die Möglichkeit von Inferenzschlüssen von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit bzw. unsere Stichproben beschreiben nur (sehr) fehlerhaft die faktischen Gegebenheiten in der Grundgesamtheit. Die einschlägige Forschung hat gezeigt, dass es eben deutliche Zusammenhänge zwischen verschiedenen persönlichen und sozialen Merkmalen der ausgewählten Personen und ihrer Teilnahmebereitschaft gibt (Schnell 1997; Schnell/Hill/Esser 2005, 312f.).

Nach unserer Erfahrung sind die Verweigerungen bei Surveys mit primär familiensoziologischen Themen deutlich höher als bei allgemeinen Bevölkerungsumfragen. Zumindest deuten die Zahlen aus einem aktuellen Projekt ganz stark in diese Richtung. Das Projekt SESKI³ untersucht Interaktionsstile und Konflikte in Partnerschaften und Ehen. Die Datenerhebung erfolgte 2002 mit Hilfe telefonischer Interviews (N=2041), es wurden nur Personen befragt, die derzeit in eine feste Partnerschaft oder Ehe eingebunden sind (zu Details vgl. Hill 2004). Bei der Kontaktaufnahme wurde den Personen mitgeteilt, dass es um eine wissenschaftliche Untersuchung gehe, bei der vor

3 Das Projekt wurde von der DFG gefördert und wird unter der Kurzbezeichnung SESKI (Studie zur Ehequalität unter Berücksichtigung der Sozialstruktur, des Konfliktpotentials und des Interaktionsverhaltens) geführt.

allem Fragen zu ihrer Ehe bzw. Partnerschaft gestellt werden. Dabei ergab sich folgendes Bild (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Bruttostichprobe für die CATI-Studie zu Kommunikations- und Interaktionsstilen in Partnerschaften und Ehen (SESKI)

Letzter Dispositionscode	N	%
1. keine Antwort	8456	31,5
2. besetzt	367	1,4
3. Anrufbeantworter	777	2,9
4. Sprachprobl. (Ausländer, Schwerhörige)	294	1,1
5. kein Privatanschluss	1130	4,2
6. kein Anschluss unter dieser Nummer	4094	15,3
7. Kontaktperson verweigert	7306	27,2
8. Kontaktperson hat keine Zeit (Callback)	84	0,3
9. Kontaktperson nicht befragbar	662	2,5
10. außerhalb der Feldzeit	69	0,3
11. Kontaktperson will nicht mehr	48	0,2
12. bereits befragt	22	0,1
13. sonstige Abbruchgründe	2393	8,9
14. technischer Abbruch	57	0,2
15. Interview erfolgt	1071	4,0
Gesamt	26830	100,0

Wenn man das Ergebnis zusammenfasst, dann zeigt sich, dass von den 26.830 Telefonanrufen 15.118 (Ausprägungen 1 bis 6) zu keinem Kontakt führten. Diese werden häufig als so genannte neutrale Ausfälle interpretiert; etwa weil niemand das Telefon abnahm, ein Anrufbeantworter ansprang etc. Es verbleibt dann eine bereinigte Stichprobe von 11.712 Personen, die angesprochen wurden. Davon verweigerten 7.306 die Mitarbeit bzw. gaben keine

Auskunft. Dies ist eine Verweigerungsrate von rund 62%. Damit liegt dieser Anteil deutlich über dem üblichen Niveau. Nach unseren Erfahrungen werden die Gründe für die Nichtkooperation oft verschleiert bzw. nur selten explizit gemacht. Die Interviewer(innen) versuchten in jedem einzelnen Fall die Verweigerer umzustimmen, was aber nur sehr selten zur Kooperation führte. Nach Einschätzung der Interviewerinnen und Interviewer hing die Nicht-Kooperation in weit mehr als der Hälfte der Fälle mit dem Thema der Studie zusammen, das den Befragten in wenigen Worten mitgeteilt wurde. Leider wurde während der Feldarbeit das Geschlecht der nichtkooperativen Personen nicht registriert, aber alle Interviewerinnen und Interviewer schätzen den Anteil der Männer in dieser Gruppe auf zwischen 80 und 90%. Ganz offensichtlich sind Partnerschaft, Konflikte, Interaktionsformen, Ehe- und Partnerschaftszufriedenheit u. a. Themen, die die Kooperationsbereitschaft negativ beeinflussen und dies gilt besonders für die Männer.

Nachdem diese Probleme deutlich wurden und den Erhebungsaufwand massiv ansteigen ließen, musste eine zweite Erhebungswelle gefahren werden, um die restlichen Befragten zu rekrutieren. Dabei wurden dann die Instruktionen für die (potentiellen) Befragten so verändert bzw. reduziert, dass die Partnerschaftsthematik in den Hintergrund trat. Zudem wurden – abweichend vom ursprünglichen Stichprobendesign – gezielt Männer angesprochen, wodurch der sich abzeichnende massive Geschlechterbias korrigiert wurde.

Auch in dieser Studie war keine explizite Nonresponseanalyse vorgesehen. Diese hätte ein eigenes Design und eine kostenintensive weiterführende Datenerhebung impliziert. Deshalb können nun auch die Ursachen und die Konsequenzen dieses Missstandes nicht genau expliziert werden, d. h. die möglichen Verzerrungen aufgrund der Verweigerungen sind kaum abzuschätzen bzw. zu korrigieren. Im Vergleich mit anderen Studien lässt sich aber zeigen, dass die Vielzahl der Ausfälle mit großer Sicherheit nicht zufällig zustande kommt. Als Vergleich können der ALLBUS und der Mikrozensus genutzt werden. Den Mikrozensus kann man als eine sehr gute Stichprobe aus der Gesamtbevölkerung betrachten. Er beruht auf ca. 820.000 Personen und zeichnet sich durch eine sehr geringe Fehlermarge aus. Der ALLBUS gilt als eine gute Repräsentativerhebung in die sehr viel methodisches Fachwissen eingeht. Derzeit umfasst der ALLBUS ca. 3.000 Befragte. Zum Vergleich sind hier nur zwei Merkmale herangezogen: die Bildung und

die Größe des Wohnortes, wobei jeweils zwischen Ost- und Westdeutschland und Frauen und Männern differenziert wird.⁴ (vgl. Tab. 2)

Tab. 2: Anteile in den Stichproben nach Bildung

Höchster allgemeiner Schulabschluss**	SESKI (2002)		ALLBUS (2002)		MZ (2001)*	
	v. H.					
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	Alte Bundesländer					
Hauptschulabschluss	33,4	33,6	37,8	41,7	53,6	54,0
Realschulabschluss***	33,4	43,5	26,0	30,3	21,1	26,7
(Fach)Hochschulreife	33,1	22,9	36,2	28,0	25,2	19,1
	Neue Bundesländer					
Hauptschulabschluss	30,0	30,2	30,7	38,5	33,6	30,4
Realschulabschluss***	45,7	52,5	49,4	45,9	41,5	42,6
(Fach)Hochschulreife	24,3	17,2	19,8	15,6	24,9	26,9

* Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2002. Datengrundlage Mikrozensus 2001.

** Nicht berücksichtigt: Personen in Ausbildung, ohne allgem. Schulabschluss und ohne Angaben zum Schulabschlusses.

*** Inklusive gleichwertiger Abschlüsse (u. a. Polytechnische Oberschule der DDR, Fachoberschulreife).

Hinsichtlich der Bildung sind ganz offensichtlich die Personen mit niedrigem Bildungsabschluss in der familiensoziologischen Studie deutlich unterrepräsentiert. Im Vergleich zum Mikrozensus ist ein Bildungsbias von rund 20% festzustellen. Die ALLBUS-Daten liegen zwischen unserer familiensoziologischen Studie und dem Mikrozensus, d. h. ein Teil der Verzerrung geht

4 Die drei Studien zielen auf unterschiedliche Grundgesamtheiten, insbesondere SESKI schließt nur Personen ein, die in einer Ehe oder Partnerschaft leben. Dadurch können viele Merkmalsverteilungen nicht direkt miteinander verglichen werden. Ein Vergleich ist nur möglich, wenn angenommen werden kann, dass die Merkmale nicht mit dem Kriterium einer Partnerschaft oder Ehe korreliert sind. Davon wird bei Bildung (Tab. 2) und Wohnort (Tab. 3) ausgegangen.

wohl auf eine allgemeine Reserviertheit gegenüber wissenschaftlichen Umfragen zurück. Aber es bleibt ein anderer Teil, der nach unserer Einschätzung eindeutig auf die thematische Ausrichtung der Studie zurückgeht. In den neuen Bundesländern sind die Tendenzen schwächer ausgeprägt bzw. fast gar nicht zu finden.

Tab. 3: Anteile in den Stichproben nach Gemeindegröße

Einwohner / Gemeinde	SESKI (2002)	ALLBUS (2002)	MZ (2001)*
	v. H.		
	<i>Alte Bundesländer</i>		
0 - 2.000	19,6	7,3	5,3
2.000 - 4.000	13,4	11,0	8,5
5.000 - 20.000	23,9	29,4	26,5
20.000 - 50.000	13,4	14,9	17,9
50.000 - 100.000	8,4	7,5	9,8
100.000 u. m.	21,4	29,9	32,0
	<i>Neue Bundesländer</i>		
0 - 2.000	22,6	27,9	17,1
2.000 - 4.000	11,6	11,3	14,4
5.000 - 20.000	22,6	20,9	20,7
20.000 - 50.000	13,4	13,8	16,6
50.000 - 100.000	5,8	4,4	5,1
100.000 u. m.	24,1	21,8	26,1

* Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2002, Datengrundlage Mikrozensus 2001

Zieht man die Größe des Wohnortes als Vergleichsmerkmal heran (vgl. Tab. 3), dann zeigt sich im Westen auch hier eine ganz klare Tendenz: Personen aus kleineren Gemeinden sind überrepräsentiert, die aus Großstädten über 100.000 Einwohner kommenden sind hingegen deutlich seltener in der Stichprobe anzutreffen. Im ALLBUS gibt es diese Verzerrung auch, aber sie ist sehr viel schwächer ausgeprägt. Im Osten lässt sich zwischen dem Mikrozensus und unserer familiensoziologischen Studie kaum ein systematischer Unterschied erkennen.

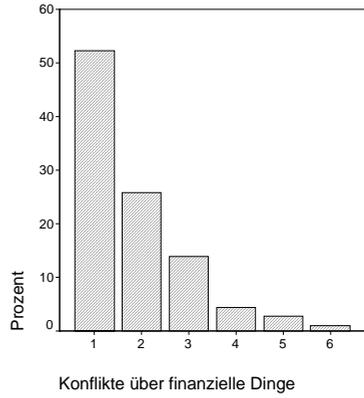
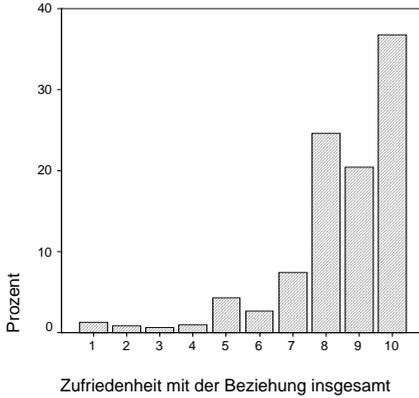
Aus diesen Befunden lassen sich zwei Folgerungen ableiten: Wissenschaftliche Befragungen, auch zu partner- und familienbezogenen Themen, produzieren im Westen deutlich höhere Verweigerungsquoten als im Osten. Bildung und Urbanisierungsgrad haben im Westen einen deutlichen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft. Und bei familiensoziologischen Themen ist diese Tendenz deutlich stärker ausgeprägt als bei allgemeinsoziologischen Fragestellungen.

2.2 Die Schiefe von Verteilungen

Innerhalb der Familiensoziologie finden sich in fast allen bekannten Studien sehr schiefe Verteilungen. Typischerweise treten sie bei Messungen der Ehe- und Partnerschaftszufriedenheit, der Ehe- und Partnerschaftsqualität und -stabilität auf. Aber auch Skalen zur Erfassung von Vertrauen, Zuneigung, Verständnis und Glück in der eigenen Ehe oder Beziehung reproduzieren fast immer dieses Verteilungsmuster (vgl. Tab. 4, S. 174). Leider handelt es sich dabei sehr häufig um ganz zentrale theoretische Konstrukte der Familiensoziologie, die selbst häufig das Explanandum von Studien darstellen oder für die Erklärung anderer sozialer Tatbestände wie Ehescheidung oder Fertilität herangezogen werden.

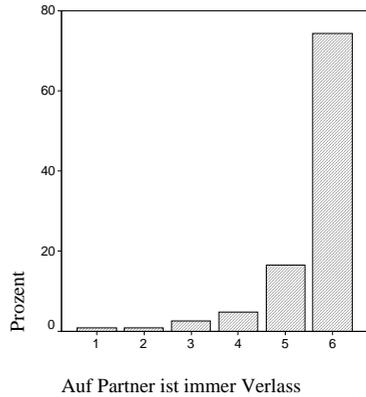
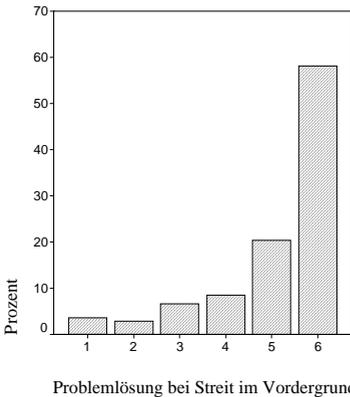
Eine Vielzahl von traditionellen statistischen Analyseverfahren, wie zum Beispiel Regressionsanalysen, setzen eine Normalverteilung der abhängigen Variable voraus, die mit den in der Familiensoziologie typischen Mess- und Skalierungstechniken aber nicht realisiert wird. Dies hat zwei negative Konsequenzen: Erstens haben dermaßen schiefe Verteilungen zumeist eine deutlich verringerte Varianz auf der Variablen zur Folge. Und diese verringerte Varianz hat dann bei multivariaten Analysen in der Tendenz auch eine Verringerung der erklärten Varianz zur Konsequenz (Schnell 1994, 71). Dadurch ist schließlich die Erklärungskraft der statistischen Modelle reduziert, wir erklären weniger als möglich wäre und dies nicht, weil unsere Hypothesen oder Theorien schlecht sind. Zweitens sind diese Messergebnisse nicht sonderlich informativ. Wenn beispielsweise über 90% der Befragten glauben, sich voll auf ihren Partner verlassen zu können, und ein etwa ähnlich hoher Prozentsatz in ihrer Ehe oder Partnerschaft sehr glücklich und sehr zufrieden ist, dann ist die Differenzierungskraft dieser Items offensichtlich sehr gering bzw. solche Skalen informieren nur sehr eingeschränkt über die Realität, da sie die vermutlich doch vorhandenen Unterschiede innerhalb der so stark besetzten Kategorie nicht anzeigen.

Tab. 4: *Beispiele für schiefe Verteilungen bei familiensoziologischen Fragestellungen (Eigene Berechnungen aus SESKI, N =2041)*



Item: Wie häufig streiten Sie mit Ihrem Partner über finanzielle Dinge;
1 = nie, 6 = sehr oft

Item: Auf meinen Partner kann ich mich in allen Lebenslagen verlassen;
1 = trifft gar nicht zu, 6 = trifft voll zu



Item: Wenn mein Partner und ich uns streiten, steht eine gemeinsame Lösung des Problems im Vordergrund;
1 = trifft gar nicht zu, 6 = trifft voll zu

Item: Auf meinen Partner kann ich mich in allen Lebenslagen verlassen;
1 = trifft gar nicht zu, 6 = trifft voll zu

Für diesen Umstand sind vorwiegend zwei Ursachen verantwortlich. Erstens werden üblicherweise Likert-Skalierungen mit fünf, sechs oder sieben Ausprägungen eingesetzt, die dann diese Verteilungsform produzieren. Die Messergebnisse selbst genügen durchaus der gängigen Forderung hinsichtlich der Reliabilität und Validität,⁵ aber die so gewonnenen Realitätsbeschreibungen sind sehr grob. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn die entsprechenden Messinstrumente verbessert würden oder aber andere, bessere Mess- und Skalierungstechniken (endlich) auch in der Familiensoziologie eingesetzt würden. Vor dem genannten Hintergrund ist in erster Linie an den Einsatz der Magnitude-Skalierung zu denken (Wegner 1980; 1982; Opp 1984, 298ff.). Sie ermöglicht einerseits feinste Abstufungen und andererseits kann der Anker bzw. Referenzpunkt der Messung variiert werden.

Zweitens ist aber zu vermuten, dass diese Messtechnik zwar wesentlich differenziertere Ergebnisse liefert als die herkömmlichen Erhebungsverfahren. Aber vermutlich werden auch hier nicht immer Normalverteilungen erreicht, was jedoch in der Natur der gemessenen Konstrukte liegt. Üblicherweise erfassen familiensoziologische Untersuchungen nur (noch) intakte Beziehungen. Aufgelöste bzw. getrennte Beziehungen sind – sieht man mal von wenigen Spezialuntersuchungen etwa zur Ehescheidung ab – nur selten Gegenstand familiensoziologischer Fragestellungen. In der Konsequenz erfassen die üblichen Stichproben überproportional häufig (noch) intakte und funktionierende Partnerschaften und Ehen, während die unglücklichen, unzufriedenen und gescheiterten bereits getrennt oder geschieden sind. Methodisch sind deshalb neben dem verstärkten Einsatz alternativer Messtechniken vor allem Längsschnittuntersuchungen notwendig, die in der Familiensoziologie aber immer noch eher selten realisiert werden.

2.3 Validität von Partnerauskünften

In der Ehe- und Familiensoziologie interessieren ganz häufig auch Merkmale des Partners bzw. überindividuelle dyadische Merkmale. Wenn man beispielsweise an der Alters-, Bildungs- oder Religionshomogamie interessiert

5 Die wiedergegebenen Verteilungen beziehen sich auf ausgewählte Einzelitems, die jeweils Teile verschiedener Skalen (etwa zur Zufriedenheit oder zum Vertrauen) sind. Für diese Skalen bzw. Indizes wurde Cronbachs Alpha berechnet bzw. die Faktorenladungen geschätzt.

ist, braucht man Informationen über die Partnerin oder den Partner (Kopp 1997, Babka von Gostomski 1997). Diese Informationen sind in der Familienforschung keineswegs von nebensächlicher Bedeutung, sondern betreffen häufig zentrale Sachverhalte. Konstrukte wie Ehequalität, Empathie, Vertrauen, Commitment, Bindungsstil, Homogamie oder Offenheit spielen in einer Vielzahl von Theorien eine besonders wichtige Rolle. Und dabei sind diese Informationen von beiden Partnern wichtig. Denn es ist klar, dass es einen gravierenden Unterschied macht, ob beide Partner unzufrieden sind, wenig Empathie aufweisen usw. oder ob nur ein Partner unzufrieden ist oder der eine viel und der andere wenig Empathie zeigt, d. h. es werden valide Partnerinformationen gebraucht.

Prinzipiell gibt es zwei Möglichkeiten diese Informationen zu beschaffen: man befragt beide Partner, was relativ aufwendig bzw. teuer ist, oder man befragt – relativ einfach und preiswert – den einen Partner über die Eigenschaften des anderen. In der Ehe- und Familienforschung wird fast nur der zweite Weg gewählt. Man spricht dann auch von Proxy-Informationen oder Proxy-Variablen.

In drei Studien wurde die Validität von wechselseitigen Auskünften über den Partner bislang untersucht: in der Untersuchung über junge Ehen (vgl. Eckert/Hahn/Wolf 1989, in der Mannheimer Scheidungsstudie (vgl. Kopp 1997; Babka von Gostomski 1997) und in unserer Untersuchung zu den Kommunikationsstilen (Rüssman/Arranz Becker/Kelzenberg 2004). Tabelle 5 (S. 173) gibt einige Ergebnisse der letzten Analyse wieder.

Das Ergebnis ist wenig überraschend: Offensichtlich werden harte Fakten, wie Alter, Kinderzahl, Bildungsstand und berufliche Position noch relativ genau wiedergegeben. Aber hinsichtlich der Beziehungsdauer sind es schon knapp 20%, die verschiedener Meinung sind. Wer denn welche Arbeiten normalerweise erledigt, wird schon von fast einem Viertel der Befragten differenzierter gesehen. Bei der Konflikthäufigkeit wegen Eifersucht ergeben sich noch knapp 60% Übereinstimmung. Dabei ist zu bedenken, dass die Übereinstimmung faktisch noch geringer ist, da ein bestimmter Teil der Übereinstimmung schon rein zufällig zu erwarten ist. Der Koeffizient Kappa beschreibt die Stärke des Zusammenhangs zwischen den Merkmalen und rechnet dabei die „Zufallsanteile“ heraus. Beim Haushalteinkommen liegt er bei nur .52, bei der Frage, wer über die Verwendung in der Regel bestimmt, liegt Kappa bei nur .16. Eckert, Hahn und Wolf (1989) haben bei ihrer Untersuchung – die in der Tendenz zu sehr ähnlichen Ergebnissen kam – deshalb

von einer Konsensfiktion gesprochen. Die Partner glauben an die gleiche Sicht der Dinge, aber das ist eben eine fragile Fiktion.

Tab. 5: Validität wechselseitiger Auskünfte (Quelle: SESKI)

Item/Merkmal	Prozentualer Anteil der Übereinstimmung	Übereinstimmungsmaß: Korrelation (r) oder Kappa (κ)	Signifikanz
Sozialisation in Ost- oder Westdeutschland	100.0	1.00 (κ)	.00
Familienstand	100.0	1.00 (κ)	.00
Kinder ja/nein	96.0	.87 (κ)	.00
Alter	92.0	.99 (r)	.00
Berufliche Stellung des Mannes	87.5	.80 (κ)	.00
Berufliche Stellung der Frau	85.9	.71 (κ)	.00
Beziehungsdauer	81.0	.99 (r)	.00
Wer erledigt im Haushalt welche Aufgaben?	76.5	.57 (κ)	.00
Haushaltsnettoeinkommen	67.3	.52 (κ)	.00
Wer trifft Entscheidungen über Haushaltseinkommen?	67.3	.16 (κ)	.09
Partner fühlt sich durch die Beziehung eingeengt	57.1	.24 (κ)	.08
Häufigkeit von Konflikten über Eifersucht	57.1	.28 (κ)	.08
Wunsch, dem Partner gefühlsmäßig nah zu sein	51.0	.06 (κ)	.38
Partner akzeptiert es, wenn seine Partnerin Einfluss auf ihn ausübt	22.2	-.02 (κ)	1.00

N = 100 (50/50)

Für die Partnerschafts- und Familiensoziologie folgt aus diesen Ergebnissen, dass sie wesentlich häufiger beide Partner befragen muss und die Divergenzen selbst zum Gegenstand der Theoriebildung machen sollte. Man könnte sagen, wir müssen viel mehr darüber wissen, unter welchen Umständen bzw. bei welchen Paaren die Angaben valide sind und bei welchen das nicht der

Fall ist. Nur dann ist die gängige Praxis des Arbeitens mit Proxy-Variablen in bestimmten Fällen zu rechtfertigen.

2.4 Interviewereffekte

Als vierten Punkt sollen hier noch Interviewereffekte angesprochen werden, die natürlich nicht auf die Familiensoziologie beschränkt, aber vermutlich häufig hier zu finden sind (Schnell/Hill/Esser 2005, 255ff.). Es gibt nur wenige Studien, die diese Effekte verdeutlichen (vgl. Demaio 1984; Nederhof 1985; Hartmann 1994; Boeije 2004⁶) und keine Studien, die diese Effekte mit typischen familiensoziologischen Fragen in Beziehung setzen. Trotzdem kann man im Kleinen zeigen, wie solche Effekte entstehen können und welches Ausmaß sie haben.

Die Tabelle beruht auf einem Lehrforschungsprojekt, bei dem ca. 300 jüngere Personen 1995 aus einer mittelgroßen Stadt befragt wurden, die derzeit in einer festen Beziehung oder Ehe lebten. Die interessierende Frage lautet: Wie viele ‚feste‘ Partnerinnen bzw. Partner hatten Sie, bis ihre jetzige Partnerschaft begann? Die Interviews wurden telefonisch durchgeführt, und zu jedem Interview wurden auch einige Angaben zur Interviewsituation registriert. Dazu gehörte auch die Information, ob das Interview von einer Interviewerin oder einem Interviewer durchgeführt wurde (Tab. 6).

Betrachtet man die Angaben nach dem Geschlecht, dann zeigt sich zunächst ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen. Deutliche Hinweise auf Interviewereffekte sind bei den Männern zu finden. Werden sie von einer Frau befragt, geben sie 2,36 vormalige Beziehungen an, werden sie von einem Mann befragt, dann steigt dieser Wert auf 3,10. Offensichtlich gibt man sich gegenüber Frauen zurückhaltender, weil man glaubt, diese „Bescheidenheit“ werde von den Interviewerinnen gerne gesehen. In der Mann-Mann-Situation dominiert offensichtlich eine andere Situationsinterpretation bzw. ein anderes Framing. Vermutlich glauben die Männer, die soziale Anerkennung oder Wertschätzung durch eine tendenzielle Übertreibung maximieren zu können. Bei den Frauen zeigt sich übrigens kaum eine Kovariation mit den Interviewbedingungen bzw. dem Geschlecht der Interviewer. Sie sind in ihren Aussagen sehr konstant. Nach den gängigen Theo-

6 Hartmann (1994) und Boeije (2004) analysieren die Effekte, die aus der Anwesenheit der Partnerin bzw. des Partners während des Interviews resultieren.

rien des Interviews, die das Antwortverhalten als eine Entscheidung modellieren, die dem Nutzenmaximierungsprinzip folgt (Dillman 1978; Esser 1986), wäre daraus zu folgen, dass diese Frage und ihre Beantwortung für Frauen mit keinerlei zusätzlichem Nutzen verbunden ist, der mit dem Geschlecht des Interviewers variiert.

Tab. 6: Geschlecht des Interviewers und Anzahl der „festen Partnerschaften/Beziehungen“

Gesamtmittelwert (Männer und Frauen)	2,14
Mittelwert befragte Männer	2,71
Mittelwert Männer mit weibl. Interviewer	2,36
Mittelwert Männer mit männl. Interviewer	3,10
Mittelwert befragte Frauen	1,48
Mittelwert Frauen mit weibl. Interviewer	1,39
Mittelwert Frauen mit männl. Interviewer	1,57

Wenn sich diese Effekte so deutlich bei Fragen nach der Anzahl von ehemaligen Beziehungen zeigen, dann kann man diese Verzerrung begründet auch bei anderen „sensiblen“ Fragen vermuten. Etwa bei Fragen nach der Entscheidungsmacht und Arbeitsteilung. Für den Bereich der Sexualität sind solche Effekte gut belegt (Alexander/Fisher 2003; vgl. auch Upchurch/Lillard/Aneshengel/Li 2002; Tourangeau/Rasinski/Jobe/Smith/Pratt 1997; Catania/Binson/van der Straten/Stone 1995). Die hier zitierte kleine Lehr-Studie kann solche Effekte nicht belegen, aber sie begründet doch den Verdacht, dass solche Verzerrungen erwartbar sind.

Zieht man an dieser Stelle ein kleines Zwischenfazit, dann kann man festhalten, dass es durchaus Hinweise auf methodische Sensibilitäten von ehe- und familiensoziologischen Studien gibt. Man kann diese Effekte nicht immer quantifizieren, und sie variieren sicher auch mit den spezifischen Fragestellungen, aber man kann davon ausgehen, dass Verzerrungen bei Untersuchungen systematisch auftreten. Dass diese auch recht deutlich sein können, hängt damit zusammen, dass ehe- und familiensoziologische Untersuchungen einen der wichtigsten persönlichen, privaten Lebensbereiche betreffen. Bei diesen wichtigen Themen will man sich keine „Blöße“ geben, in

dieser privaten Welt ist der Befragte „jemand“, vielleicht innerhalb seines Kreises sogar der Herr und Meister“ haben Berger und Kellner (1965, 224) formuliert. Kurz kann man sagen: Es geht um nichts weniger als die Identität der Befragten, ihr Selbstbild und ihr Selbstwertgefühl. Die üblichen Angaben zu Standarddemographie, zu Wohnortgröße, zu politischen Einstellungen, zur Präferenz von Konsumgütern oder Mitgliedschaften sind im Vergleich dazu geradezu nebensächlich. Bei „wichtigen“ Themen werden alle angesprochenen Effekte vermutlich stärker, eben weil es für den Befragten um etwas geht.

3 Sind qualitative Methoden eine Alternative?

Die angerissenen Probleme könnten diejenigen bestärken, die der empirischen Sozialforschung insbesondere in ihrer umfrageorientierten Form kritisch gegenüber stehen. Der Blick zu den alternativen Strategien ist deshalb verständlich und er kommt zumindest in der deutschen Forschungstradition unweigerlich zu den qualitativen Forschungsstrategien.

Betrachtet man zunächst das Nonresponse-Problem, dann zeigt sich schnell, dass die qualitative Forschung dieses offensichtlich kaum kennt. In der Praxis ist keine qualitative Studie bekannt, die mit Zufallsauswahlen arbeitet. In der Regel werden kleine bis sehr kleine willkürliche oder bewusste Auswahlen vollzogen. Diese erlauben keine inferenzstatistischen Aussagen. Die qualitative Sozialforschung ist an den entsprechenden Erkenntnissen nicht interessiert. So wird in dem von Flick, von Kardorff und Steinke herausgegebenen Handbuch im Kapitel Sampling festgestellt: „Während bei vielen quantitativen Untersuchungen statistische Repräsentativität angestrebt wird, wird mit qualitativen Untersuchungen häufig Generalisierbarkeit der Ergebnisse angestrebt, die u. a. dadurch erreicht werden kann, dass die Stichprobe den untersuchten Fall inhaltlich repräsentiert ... Es geht nicht darum, die Verteilung von Merkmalen in Grundgesamtheiten zu erfassen, sondern darum, die Typik des untersuchten Gegenstandes zu bestimmen und dadurch die Übertragbarkeit auf andere, ähnliche Gegenstände zu gewährleisten ...“ (Merkens 2000, 291). Diese Aussage provoziert geradezu mehrere Gegenargumente, aber darum geht es hier nicht. Deutlich wird, dass die qualitative Sozialforschung an einer möglichst genauen Abbildung der gesellschaftli-

chen Verhältnisse gar nicht interessiert ist. Man könnte sagen, sie hat deshalb keine Probleme mit Verweigerungen bzw. Nonresponse, weil sie keine allgemeine Beschreibung der Gesellschaft anstrebt.⁷ Sie verharrt in Einzelfällen und liefert daher auch keinen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Kommen wir zu den Reaktivitäten im Interview. Diese Phänomene betreffen die Güte der sozialwissenschaftlichen Forschung und werden mit den Begriffen Reliabilität und Validität umschrieben. Die empirische Sozialforschung hat eine ganze Palette von Verfahren entwickelt, die dem Nachweis von nichtzuverlässigen oder invaliden Messungen dienen (Schnell/Hill/Esser 2005, 149-166). In der qualitativen Sozialforschung gibt es offensichtlich verschiedene Einschätzungen hinsichtlich so wichtiger Gütekriterien (Steinke 2000): Die erste Position innerhalb der qualitativen Sozialforschung fordert eine Übernahme der in der quantitativen Sozialforschung entwickelten Gütekriterien für die qualitative Forschung. Hier wird dann Objektivität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit auch für qualitative Forschung gefordert bzw. als Qualitätsstandard betrachtet. Die zweite Position lehnt diese Übertragung von Gütekriterien ganz deutlich ab. Hier wird qualitative Sozialforschung nicht nur als eine andere methodische Orientierung betrachtet, sondern als ein methodologisch eigenständiges Paradigma begriffen. Man strebt keine exakte Beschreibung und keine Erklärung an, sondern beharrt auf dem Verstehen als einzige angemessene Form soziologischer Forschung (Schnell/Hill/Esser 2005, 90-106). Entsprechend versucht man auch „eigenständige“ Gütekriterien zu entwickeln. Die Vorschläge (etwa member check⁸, Triangulation oder Prüfung der Interviewsituation) sind aber doch sehr verwandt mit den traditionellen Gütekriterien (Steinke 2000, 319ff.).⁹

Insgesamt kann man aber hinsichtlich der Güte qualitativer Forschung feststellen, dass erst allmählich die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit solcher

7 Genau betrachtet hat sie natürlich ebenfalls Probleme mit den Verweigerungen – vielleicht sogar noch ausgeprägtere als die quantitative Sozialforschung. Schließlich ist es möglich, dass gerade die Personen die Kooperation verweigern, die eine bestimmte Typik besonders gut repräsentieren.

8 Dabei werden den Befragten die Interviewdokumente vorgelegt und diese werden dann hinsichtlich ihrer Gültigkeit eingeschätzt (Steinke 2000, 320).

9 Steinke nennt in ihrer Übersicht noch eine dritte Position, die postmoderne, die aufgrund ihrer konstruktivistischen Überzeugung „generell gegen die Möglichkeit, Qualitätskriterien für qualitative Forschung zu formulieren“ argumentiert (Steinke 2000, 321).

Kriterien von einigen qualitativen Forscherinnen und Forschern erkannt wird. In der Praxis sind sie nicht etabliert. Und da qualitative Daten in der Regel gar nicht auf ihre Validität und Reliabilität hin untersucht werden, kann man über ihre Qualität nur Vermutungen anstellen. Meine Vermutung ist, dass es um die Zuverlässigkeit und Gültigkeit dieser Daten allgemein keineswegs besser bestellt ist als bei quantitativen Forschungen. Man kann sogar eine schlechtere Validität vermuten. Denn wenn Interviewte in quantitativen (telefonischen) Befragungen, bei denen sie nur die Stimme des Interviewers wahrnehmen, nicht korrekt bzw. verzerrt antworten, dann sind die Interviewereffekte vermutlich noch stärker, wenn der Interviewer ihnen direkt gegenüber sitzt und nicht-standardisierte Fragen zu ihrer Partnerschaft und dem Familienleben stellt, inklusive Nachfragen und Vertiefungen. Wird die Versuchung oder die Not des Befragten, sich selbst möglichst gut zu verkaufen in dieser persönlichen, offenen Interviewsituation, wie sie die qualitative Sozialforschung verlangt, denn nicht noch verstärkt? Verführen narrative Interviews und Tiefeninterviews vielleicht noch mehr zu Realitätsfiktionen als die so oft von den qualitativen Forschern geschmähten „unpersönlichen“ standardisierten Messinstrumente? Zumindest sollten diese Fragen klar machen, dass die faktische Nichtproblematisierung der Qualität von qualitativen Fragen nicht mit dem Nachweis ihrer Zuverlässigkeit und Gültigkeit zu verwechseln ist.

Aus diesen Gründen kann man die qualitative Sozialforschung, die sich als eigenständiges methodologisches Paradigma begreift, wohl kaum als eine ernsthafte wissenschaftliche Alternative zur traditionellen empirischen Sozialforschung betrachten.

4 Fazit

Als Fazit sollten drei Dinge für Ehe- und Familiensoziologie festgehalten werden. Erstens: Zu der traditionellen Forschungspraxis, die ja durchaus auch qualitative Methoden in den Forschungsprozess einbaut, ist die rein interpretative qualitative Sozialforschung keine Alternative. Auf eine möglichst genaue Beschreibung und die Prüfung unserer Theorien kann man keinesfalls verzichten. Wer das tut, verzichtet auch auf Erklärungen, Prognosen und damit auch auf die Möglichkeit einer aufgeklärten gesellschaftlichen Praxis. Qualitative Forschungsstrategien können im Zusammenspiel mit quantitativen Methoden wichtige Weiterungen und Vertiefungen liefern und

einen Verständnisgewinn ermöglichen, aber sie können quantitative Methoden nicht ersetzen.

Zweitens: Reaktivitätseffekte und Nonresponse sind in der empirischen Sozialforschung nicht gänzlich zu vermeiden. Interviews sind prinzipiell soziale Interaktionen und eben keine mechanischen Messprozesse an intensionsloser Materie. Die Informationssammlung ist in den Sozialwissenschaften in einen Interaktionsprozess eingebettet, in dem die Daten nicht nur aus einem Speicher abgerufen werden, sondern sie werden subjektiv situationsgerecht interpretiert und dargestellt. Die empirische Sozialforschung muss versuchen, die dabei auftretenden Verzerrungen zu minimieren. Dafür muss sie das bisher vorhandene Instrumentarium verstärkt einsetzen und auch vermehrt neue Techniken entwickeln. Dazu gehört auch die verstärkte Durchführung von Methodenstudien, die die beschriebenen Effekte in ihrer Auftrittswahrscheinlichkeit und Intensität genauer beschreiben und prüfen. Auch wenn solche reaktiven Effekte prinzipiell nicht zu vermeiden sind, ist die empirische Sozialforschung ihnen keineswegs hilflos ausgeliefert. Mit ein wenig Aufwand können die Effekte durchaus sichtbar gemacht und selbst auch zum Gegenstand der Forschung erhoben werden. Es wäre schon viel gewonnen, wenn beispielsweise Ausfälle, Verweigerungen und die Kontexte, in denen sie auftreten, möglichst genau dokumentiert würden. Auch Interviewermerkmale und Merkmale der Interviewsituation sollten immer miterhoben und in den Datensatz integriert werden.

Drittens müssen neue Messtechniken und auch nicht-reaktive Verfahren verstärkt eingesetzt und gegebenenfalls mit den herkömmlichen Befragungs- und Messtechniken Kreuzvalidiert werden.

Literatur

- ALEXANDER, M.G./FISHER, T.D. (2003): Truth and Consequences: Using the Bogus Pipeline to Examine Sex Differences in Self-Reported Sexuality, *The Journal of Sex Research*, 40, S. 27-35.
- BABKA VON GOSTOMSKI, Chr. (1997): Übereinstimmung und Konsistenz von Proxy- und Beziehungsangaben. In: Johannes Kopp (Hrsg.): *Methodische Probleme der Familienforschung. Zu den praktischen Schwierigkeiten bei der Durchführung einer empirischen Untersuchung*, Frankfurt: Campus, S. 85-111.
- BOEIJE, H.R. (2004): And Then There Were Three: Self-Presentational Styles and the Presence of the Partner as a Third Person in the Interview, *Field Methods*, 16, S. 3-22.
- BOHR, N. (1970): Einheit des Wissens. In: Lorenz Krüger (Hrsg.): *Erkenntnisprobleme der Naturwissenschaft*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 389-402 (zuerst 1955).
- BRADBURN, N.M./SUDMAN, S. (1979): *Improving Interview Method and Questionnaire Design*, San Francisco: Jossey-Bass.
- BUNGART, W. (1984): *Sozialpsychologische Forschung im Labor*, Göttingen: Hogrefe.
- CATANIA, J.A./BINSON, D./VAN DER STRATEN, A./STONE, V. (1995): Methodological Research on Sexual Behavior in the AIDS Era, *Annual Review of Sex Research*, 5, S. 77-119.
- DEMAIO, T.J. (1984): Social Desirability and Survey Measurement: A Review; in: Charles F. Turner, Elizabeth E. Martin (Hrsg.): *Surveying Subjective Phenomena*, Vol. 2, New York: Sage, S. 257-282.
- DIJKSTRA, W./VAN DER ZOUWEN, J. (Hrsg.) (1982): *Response Behaviour in the Survey-Interview*, London: Academic Press.
- DILLMAN, D.A. (1978): *Mail and Telephone Surveys*, New York: John Wiley.
- ECKERT, R./HAHN, A./WOLF, M. (1989): *Die ersten Jahre junger Ehen*, Frankfurt: Campus.
- ESSER, H. (1986): Können Befragte lügen? Zum Konzept des „wahren Wertes“ im Rahmen einer handlungstheoretischen Erklärung von Situa-

tionseinflüssen bei der Befragung, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38, S. 314-336.

- HARTMANN, P. (1994): Interviewing when the Spouse is Present, *International Journal of Public Opinion Research*, 6, S. 298-306.
- HELD, C. (1999): Die Bohr-Einstein-Debatte. Quantenmechanik und physikalische Wirklichkeit, 2. Aufl., Paderborn: Mentis.
- HILL, P.B. (Hrsg.) (2004): Interaktion und Kommunikation. Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften, Würzburg: Ergon Verlag.
- KOPP, J. (1997): Die Notwendigkeit von Paarinformationen: Empirische Ergebnisse der Scheidungsforschung und ihre theoretische Begründung, in: Johannes Kopp (Hrsg.): *Methodische Probleme der Familienforschung. Zu den praktischen Schwierigkeiten bei der Durchführung einer empirischen Untersuchung*, Frankfurt: Campus, S. 57-84.
- MERKENS, H. (2000): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion, in: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Stein (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch*, Reinbek: Rowohlt, S. 286-299.
- NEDERHOF, A.J. (1985): Methods of Coping with Social Desirability Bias: A Review, *European Journal of Social Psychology*, 15, S. 263-280.
- POPPER, K.R. (1976): *Die Logik der Forschung*, 6. Auflage, Tübingen: Mohr.
- RÜSSMANN, K./ARRANZ BECKER, O./KELZENBERG, D. (2004): Konzepte und Skalen zur Messung von Beziehungserfolg – Zur Entwicklung einschlägiger Instrumente. In: Paul B. Hill (Hrsg.): *Interaktion und Kommunikation. Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften*, Würzburg: Ergon Verlag, S. 73-102.
- SCHNELL, R. (1991): Wer ist das Volk? Zur faktischen Grundgesamtheit bei allgemeinen Bevölkerungsumfragen, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 43, S. 106-137.
- SCHNELL, R. (1994): *Graphische Datenanalyse*, München: Oldenburg.
- SCHNELL, R. (1997): *Nonreponse in Bevölkerungsumfragen*, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- SCHNELL, R./HILL, P.B./ESSER, E. (2005): Methoden der empirischen Sozialforschung, 7. Auflage, München: Oldenburg.
- SECHREST, L./BELEW, J. (1983): Nonreactive Measures of Social Attitudes, *Applied Social Psychology Annual*, 4, S. 23-63.
- STEINKE, I. (2000): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Stein (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung. Ein Handbuch*, Reinbek: Rowohlt, S. 319-331.
- SUDMAN, S./BRADBURN, N.M. (1974): *Response Effects in Surveys*, Chicago: Aldine.
- TOURANGEAU, R./RASINSKI, K./JOBE, J.B./SMITH, T.W./PRATT, W.F. (1997): Sources of Error in a Survey on Sexual Behavior, *Journal of Official Statistics*, 13, S. 341-365.
- UPCHURCH, D.M./LILLARD, L.A./ANESHENGEL, C.S./LI, N. Fang (2002): Inconsistencies in Reporting the Occurrence and Timing of First Intercourse Among Adolescents, *The Journal of Sex Research*, 39, S. 197-206.
- WEGENER, B. (1980): Magnitude-Messung in Umfragen: Kontexteffekte und Methode, *ZUMA-Nachrichten*, 6, S. 4-40.
- WEGENER, B. (Hrsg.) (1982): *Social Attitudes and Psychophysical Measurement*, Hillsdale: Erlbaum.

Michael Feldhaus / Johannes Huinink

Längsschnittliche Beziehungs- und Familienforschung

Darstellung eines Forschungsprogramms

1 Einführung: Die familienpolitische Herausforderung

Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst der Kinderlosigkeit. Während die Bevölkerungsentwicklung in der Geschichte immer ein außerordentlich wichtiger Gegenstand politischen Interesses und politischer Intervention war, war es in der bundesdeutschen Nachkriegszeit relativ still darum geworden. Der so genannte „Pillenknick“ ist in der Bundesrepublik in der Politik regelrecht verschlafen worden – aber auch die Wissenschaft hat erst vergleichsweise spät begonnen, sich ernsthaft damit auseinander zu setzen. Heute, wo die unausweichlichen demografischen Folgen dieser Entwicklung vor uns liegen, werden die politischen Reaktionen auf die seit langem bekannte Zurückhaltung der jungen Menschen in Deutschland eine eigene Familie zu gründen deutlicher und stellen auch zunehmend wieder gesellschaftliche Interessen in den Vordergrund: Die politischen Forderungen appellieren zunehmend offen an eine gesellschaftliche Verantwortung der betroffenen Bevölkerung. Sie werden damit abstrakter: „Deutschland braucht mehr Kinder“, so lautet der Titel eines Beitrages der Familienministerin Renate Schmidt zu einer nachhaltigen Familienpolitik, der auf der Homepage des Bundesministeriums veröffentlicht ist.¹ Unter demselben Slogan macht die Bundesregierung ihr Programm einer „nachhaltigen Familienpolitik“ öffentlich.

Dahinter stehen im Wesentlichen die Ziele der Verbesserung der ökonomischen Situation von Familien, der Verbesserung der Vereinbarkeit von Fami-

1 Vgl. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/deutschland-braucht-mehr-kinder.property=pdf.pdf>

lie und Erwerbsarbeit und der Förderung der Frauenerwerbsarbeit, der Verbesserung der Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft. Dieses waren und sind nach wie vor die Forderungen einer auf *qualitative* Verbesserungen der Bedingungen des Familienlebens und des Lebens mit Kindern abzielenden Politik. In der aktuellen Auseinandersetzung scheint aber ein Trend zu Maximen einer *quantitativ* motivierten Familienpolitik unverkennbar zu sein.

Der Bedarf an Familienpolitik wird in der Öffentlichkeit, seitens der Politik und – das zeigt die Akzentuierung einiger der Brennpunkte in der auf Familien bezogenen Diskussion, wie sie jüngst Max Wingen formuliert hat (vgl. Wingen 2003), – auch in der Familienwissenschaft immer häufiger mit dem demografisch motivierten Verweis auf Geburtendefizite, eine schrumpfende Bevölkerung und den Folgen der Alterung thematisiert. Es ist sicher nicht von der Hand zu weisen, dass man begründet zugunsten einer Steigerung von Geburtenzahlen argumentieren kann. Doch hat die Ökonomie, aus deren Kreis mit einem „Rürup-Gutachten“ das Konzept einer nachhaltigen Familienpolitik abgesichert werden soll², für uns bisher keinen stichhaltigen theoretischen oder empirischen Nachweis erbracht, dass ein Geburtendefizit grundsätzlich problematisch ist und so eine gezielt quantitative Umsteuerung der Familienpolitik gerechtfertigt wäre. Diese Frage wird im „Rürup-Gutachten“ zur nachhaltigen Familienpolitik gestellt. Darin wird behauptet, „dass der Bevölkerungsrückgang und der Anstieg des Abhängigkeitsquotienten jeweils für sich genommen zu einer Beeinträchtigung des Sozialprodukts führen“ (Rürup/Gruescu 2003, 45). Das wird durch ein einfaches ökonomisches Modell „untermauert“. Darin wird unterstellt, dass es aufgrund der demografischen Entwicklung einen Rückgang des Arbeitseinsatzes geben werde und dass die Innovationskraft der Wirtschaft nachlasse. Man geht weiter, einer OECD-Studie folgend, als Folge des Bevölkerungsrückgangs und der demografischen Alterung von einer Verlangsamung des technischen Fortschritts aus. Der Produktivitätsfortschritt in der Wirtschaft könne daher die demografisch bedingten Verluste im Erwerbspersonenpotenzial nicht wettmachen und die Kosten der Alterung nicht mehr tragen. Das kann nicht ohne weiteres überzeugen und es gibt zahlreiche Unabwägbarkeiten: Die ökonomische Niedergangsthese ist nicht überzeugend begründet!

2 vgl. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/nachhaltige-familienpolitik,property=pdf.pdf>

Mit dem Erfolg von politischen Maßnahmen, die darauf zielen, das so genannte Bestandserhaltungsniveau mit durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau zu erreichen, ist sowieso nicht zu rechnen. Und wer wie die Autoren des Rürup-Gutachtens meint, das eigentliche Problem bei der derzeitigen Geburtenentwicklung sei die Kinderlosigkeit und sie sei daher vor allem zu bekämpfen, ist demografisch etwas naiv (vgl. Rürup/Gruescu 2003, 44). Es ist zwar richtig, dass die „Hürde“ zum ersten Kind in der Bundesrepublik, vor allem aber in den alten Bundesländern, besonders hoch ist (vgl. Huinink 2000), aber anzunehmen, dass dann auch in der Regel eine Familienerweiterung mit einem zweiten oder gar dritten Kind zu erwarten sei, ist, wie die Entwicklung in Ostdeutschland zeigen könnte, fragwürdig. Wenn man sich klar macht, welche Verteilung der Kinderzahl von Frauen das Bestandserhaltungsniveau garantiert, so weiß man, dass die Zahl der Kinder höherer Ordnung entscheidend ist.

Die Familiensoziologen waren sich bisher weitgehend einig: Familienpolitische Forderungen müssen, so wurde argumentiert, ausschließlich auf die Bereitstellung von Rahmenbedingungen abzielen, welche es jungen Menschen erlauben, angesichts der Herausforderungen der fortschreitenden Moderne, sich ihre Kinderwünsche und ihre Wünsche nach vertrauensvollen, intimen Familienbeziehungen zu erfüllen. Dieses ist auch der Tenor des 5. Familienberichts gewesen (BMFSFJ 1994) und wird zuletzt in dem ausführlichen Gutachten des Beirats für Familienfragen zum Thema „Gerechtigkeit für Familien“ unterstützt (Beirat für Familienfragen 2002). Qualitative Familienpolitik dient der Stärkung familialer, sozialer Beziehungen und dem Schutz vor Armut. Gleichzeitig soll sie den Ausbau und die Sicherung der Chancen zu sozialer Teilhabe und individueller Wohlfahrt seitens der Familienmitglieder ermöglichen. Diese Form „qualitativer“ Familienpolitik liegt im Interesse der Menschen *und* der Gesellschaft. Steigerungen der Geburtenzahlen sind ein Nebenprodukt einer solchen Politik. Faktisch – das muss man fairer Weise sagen – ist der Maßnahmenkatalog, der unter dem Label der nachhaltigen Familienpolitik vertreten wird, diesem Grundsatz auch weitgehend verpflichtet. Das kann man auch für die Maßnahmen sagen, die im Rürup-Gutachten vorgeschlagen werden und welche die Bundesregierung im Moment verfolgt. So wird hier eindeutig auf eine ökonomisch ausgerichtete Anreizpolitik verzichtet.

Wie eine anlässlich eines Beitrages von Max Wingen zum 50-jährigen Bestehen des Familienministeriums initiierte Diskussion in der Zeitschrift für

Familienforschung zeigt, beginnt aber auch unter den Familiensoziologen die Front zu bröckeln (vgl. Wingen 2003/Kaufmann 2003). Mit Erstaunen muss man feststellen, dass einer der Kronzeugen der bislang in der Familiensoziologie dominierenden Position zugunsten einer „qualitativen“ Familienpolitik, Franz X. Kaufmann, einer zumindest mit einem klaren Seitenblick auf das Ergebnis der Geburtenzahl ausgerichteten Sicht der Dinge mittlerweile etwas abgewinnen kann. Er schreibt: „Angesichts des statistisch seit 30 Jahren registrierten *Nachwuchsmangels*, der nun langsam auch praktisch in allen Lebensbereichen spürbar und sich in den kommenden Jahrzehnten deutlich verschärfen wird, kann sich das Familienministerium nicht mehr um die natalistische oder ‚bevölkerungsbewusste‘ Komponente der Familienpolitik drücken“ (Kaufmann 2003, 301). Und Max Wingen schreibt: „Der Aspekt der gestaltenden Beeinflussung der Geburtenentwicklung darf in einer ganzheitlichen Familienpolitik ... nicht länger so ausgeblendet werden, wie dies bisher der Fall war“ (Wingen 2003, 16).

Doch Kaufmann will einen bevölkerungspolitischen Diskurs vermeiden. Er postuliert: „*Nachwuchssicherung* ist ein Problem der Humankapital- und Humanvermögensbildung, nicht der Geburtenrate. Es kommt nicht primär auf die Zahl der Köpfe an, sondern darauf, was in ihnen steckt. Aber da man in einen Kopf nicht beliebig viel stecken kann, kommt es *auch* auf die Zahl der Köpfe an“ (Kaufmann 2003, 301).

Es wäre ein verhängnisvoller Schritt, wenn die quantitative, demographische Perspektive in den Vordergrund des Interesses an der Familie träte. Eine solche bevölkerungspolitische Thematisierung der Familienfrage müsste zwangsläufig viel eher auch auf extrinsische, etwa monetäre Anreize zur Elternschaft setzen. Dass ein solcher Ansatz nicht unbedeutend ist, ist zum Beispiel daran zu erkennen, dass der einflussreiche Ökonom Hans-Werner Sinn etwa nicht nur für die Ganztagschule plädiert, sondern auch massive finanzielle Anreize für zweite und dritte Kinder postuliert (vgl. Sinn 2003). James Coleman hatte schon in den 1990er Jahren ähnliche Überlegungen formuliert. Wird die Familienentwicklung aber der Logik des biologischen Reproduktionserfordernisses unterstellt, droht die Logik der intrinsischen individuellen Elternschaftsmotivation als primärem Moment der Familiendynamik in der fortgeschrittenen Moderne relativiert zu werden (vgl. Coleman 1993). Eine derart gewandelte Familienpolitik drohte daher politische Motive für eine Familienförderung zu stärken, welche angesichts der gewan-

delten (Kern)Funktion der Familie eine sehr problematische Wirkung entfalten könnte.

Hier schließen sich drängende Fragen an, die einer umfassenden Forschungstätigkeit bedürfen: Wie ist es heute um die intrinsische Motivationskomponente bestellt? Was wissen wir darüber angesichts der gestiegenen Zurückhaltung der Menschen im Hinblick auf eine eigene Familie?

2 Wie steht es um die Beziehungs- und Familienentwicklung in Deutschland?

Eine kurze Bestandsaufnahme

Die Fakten und zahlreiche gesellschaftliche Ursachen für die derzeitige Situation in der Beziehungs- und Familienentwicklung sind weithin bekannt. Wir wissen,

- dass die Auflösung traditioneller sozialer Bindungsmuster und der Geltungsverlust traditioneller Glaubenssysteme und Geschlechterrollennormen,
- dass die Übernahme vormals zentraler Funktionen der Familien durch andere gesellschaftliche Institutionen,
- und dass die Gelegenheiten und Zumutungen der modernen Marktgesellschaft

in mehreren Schüben zu einem nachhaltigen Wandel der Rolle der familialen Beziehungen und Elternschaft geführt haben. Familie und intime Partnerschaft haben für die Menschen heute an Problemhaftigkeit, *zugleich* aber auch an Attraktivität gewonnen.

Dazu sollen drei Aspekte kurz ausgeführt werden. Sie bedingen, dass sich die Startbedingungen für den Einstieg in eine Familie verkompliziert und deren Stabilitätsbedingungen sich verschlechtern haben (vgl. Huinink 2003a).

1. In den modernen Wohlfahrtsstaaten hat sich die Struktur der Vor- und Nachteile von intimer Partnerschaft, Ehe und Elternschaft stark verändert. Direkte ökonomische Vorteile sowie Versorgungs- und Versicherungsnutzen von Ehe und Elternschaft spielen kaum noch eine Rolle. Im Gegenteil, mit einer Elternschaft riskiert man heute, Konsum- und Berufschancen aufs Spiel zu setzen und in der Konkurrenz um Status und Wohlstand auf der Strecke zu bleiben. Das gilt besonders dann, wenn aufgrund guter Ausbildung und Einkommenserwartungen die

„Opportunitätskosten“ einer Elternschaft hoch sind. Nicht zuletzt deshalb bleibt heute ein sehr hoher Anteil aller Frauen mit Hochschulabschluss kinderlos. Auch sozio-normative Faktoren, wie soziale Anerkennung durch Ehe und Elternschaft, haben an Bedeutung für die Motivation zur Elternschaft verloren. Im Gegenzug hat sich eine „Emotionalisierung“ intimer Beziehungen und Elternschaftsbeziehungen vollzogen (vgl. Nave-Herz 1998).

2. Intime Beziehungen und Kinder bleiben eine wichtige Option für die Gestaltung enger sozialer Beziehungsnetze. Das Bedürfnis nach emotionaler Wärme und persönlicher Anerkennung in engen sozialen Beziehungen ist geblieben oder hat sich gar verstärkt. Die emotionalen Gewinne des Lebens mit Partnern und Kindern verweisen auf eine von strategischen Momenten entlastete, einzigartige Qualität der intimen Beziehungen. Sie sind für die persönliche Entwicklung und Handlungsfähigkeit der Menschen von hervorragender Bedeutung (vgl. Huinink 2003a). Materieller Erfolg und sozialer Status werden diese Form spezifischer persönlicher Anerkennung nicht kompensieren können. Daher ist der Wunsch nach Kindern hoch – auch wenn neuere Untersuchungen zu zeigen scheinen, dass die Verunsicherung im Hinblick auf eine angestrebte Elternschaft wächst. Über alle Bevölkerungsschichten hinweg haben jedoch Partnerschaft, Kinder und Familie einen außerordentlich hohen Stellenwert behalten.

Es ist angesichts des sich andeutenden Rückzugs des Sozialstaats auch nicht mehr abwegig anzunehmen, dass die Notwendigkeit privater Versicherungsarrangements die Attraktivität von Kindern wieder erhöht und dass paradoxerweise vormoderne Funktionen des Nachwuchses neu belebt werden könnten.

3. Individuen sind aber bestrebt, im Zuge einer fortschreitenden Modernisierung weiter an persönlicher Autonomie und Eigenverantwortung zu gewinnen, um den Zumutungen der modernen Institutionen (Staat, Markt etc.), denen sie gleichzeitig unterworfen sind, genügen zu können. Daher verringert sich die Bereitschaft der Menschen, sich in Familienbeziehungen – schon gar mit klar geregelten geschlechtstypischen Rollennormen – einzupassen, die dem Willen zu Eigenständigkeit, gesellschaftlicher Partizipation und einem daraus resultierenden Bedarf an individueller Flexibilität beider Geschlechter entgegenstehen. Persönliche Bindungen sind daher weniger institutionalisiert. Die Paarbeziehung und Elternschaft

wird mehr und mehr im Kontext aller Lebensbereiche umfassender, persönlicher Lebenspläne projiziert. Das ist Folge des Versuchs, Bindungsfolgen abzubauen oder abzumildern, und eines zunehmenden Anspruchs, der an diese persönlichen Bindungen gestellt wird, zugleich. Überdies sind alle Menschen unausweichlich den Imperativen einer modernen, staatlichen und wirtschaftlichen Institutionsstruktur unterworfen, welche in der fortgeschrittenen Moderne selbst zunehmend krisenbehaftet sind. Sie erfordern nunmehr zunehmend mit hohen Unsicherheitsrisiken belastete Entscheidungen. Auch deshalb ist für langfristig bindende Entscheidungen zugunsten von Kindern und Familien offensichtlich immer weniger Spielraum vorhanden.

Max Wingen schreibt im Schlussteil seines Beitrages zum 50-jährigen Bestehen des Familienministeriums: „Hochgradig individualistisch/privatistisch geprägte Geisteshaltungen ... führen dazu, dass Familien mit Kindern ... in die Rolle des Hauptlastenträgers von Modernisierungsprozessen verwiesen sind. Aus einem grundlegend gesellschaftlichen Irrtum heraus wird in diesen Denkstrukturen Kinderhaben als eine reine Privatangelegenheit eingestuft ...“ (Wingen 2003, 21). Beide Aussagen für sich betrachtet sind korrekt, aber der hier unterstellte Konnex ist falsch.

Aus den zuvor genannten Punkten kann man ableiten: Der vorhandene Wunsch nach einer Familie wird nicht mehr *unbedingt* eingelöst. Es müssen persönliche und gesellschaftliche Voraussetzungen erfüllt sein, die den Menschen erlauben, als Eltern und Partner ein hohes Maß an individueller Autonomie in ihrer Lebensgestaltung zu behalten und um den spezifischen „Nutzen“ einer Elternschaft zu gewinnen. Wenn hier von Nutzen die Rede ist, dann aber in dem Sinne, dass er sich vor allem über ein intrinsisches Interesse am Partner und an Kindern vermittelt. Ich habe es schon häufiger geäußert, auch schon einmal an dieser Stelle (vgl. Huinink 2003a): Menschen bekommen Kinder für sich und ihre persönlichen Bedürfnisse – sie bekommen sie nicht für den Staat und nicht aus einem wie auch immer vermittelten Verpflichtungsgefühl unserer Gesellschaft gegenüber.

Sie sollten sie daher nicht aus vordergründigen materiellen oder anderen Formen extrinsischer Motivation wollen. Die Folge wären unerwünschte Instrumentalisierungseffekte oder Effekte eines „crowding out“ (Frey 1997). Die Existenz sichernde Funktion der Familienentwicklung für das gesamte Gemeinwesen – die Ökonomen sprechen von den „externen Effekten“ –

realisiert sich daher als nicht intendierte Konsequenz des Handelns der Individuen.

Unter bundesrepublikanischen Verhältnissen sind die Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten dieser besonderen Form von Solidarbeziehungen besonders prekär geworden. Der nicht zwingende, aber faktisch aufbrechende Widerspruch zwischen Individualisierung und Elternschaft entzündet sich an der Tatsache, dass es aufgrund der gesellschaftlichen Strukturen einen Konflikt zwischen den berechtigten individuellen Interessen an Familie *und* benachteiligungsloser sozialer Teilhabe gibt. Will man diesen Konflikt lösen, entsteht eine Interessen geleitete, individuelle „Nachfrage“ nach Unterstützungsleistungen, welche die nicht erodierende „Kernfunktion“ familialer, sozialer Beziehung schützen und stärken.

Wenn man hier nun – ich komme auf meine Anfangsbemerkungen zur Diskussion um die Familienpolitik kurz zurück – eine bevölkerungspolitisch motivierte Anreizpolitik, etwa unter Einsatz einer verstärkten monetären Komponente, auflegte, unterstützte man nicht die innerfamilialen, persönlichen, durch intrinsische Motive getragenen Beziehungen, sondern drohte den Wiedereinbruch des instrumentellen Kalküls in familiäre Beziehungszusammenhänge zu fördern. Vereinnahmungsversuche der Familie zugunsten einer Steigerung der Geburtenzahlen könnten so die Kernfunktion mit dem für die moderne Gesellschaft so wichtigen Leistungspotenzial von Familien schwächen. Sie würden extrinsische Motive zur Elternschaft stärken und zu unabsehbaren Folgekosten für die Gesellschaft führen.

Wiederum: Angesichts dieser Situation tut Forschung Not an einer Stelle, an der sie bislang nur im Querschnitt durchgeführt wurde und damit für die „neuen“ Anforderungen unzureichend ist.

3 Wie steht es um die Forschung zur Beziehungs- und Familienentwicklung?

Beantwortete und offene Forschungsfragen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind in der Beschreibung und Erklärung der Beziehungs- und Familienentwicklung bedeutsame theoretische, empirische und methodische Fortschritte erzielt worden. Maßgeblich dafür war die Überwindung der querschnitts- oder periodenbezogenen Analyse durch längsschnitt- und kohortenbezogene Erhebungs- und Analysekonzepte. Die demografische Beschreibung der Geburtenentwicklung wurde durch eine

kohortenbezogene Dimension erweitert. Mit lebensverlaufsanalytischen Designs konnte der komplexe Zusammenhang der Beziehungs- und Familienentwicklung mit anderen Lebensbereichen und mit den sich wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht werden. Die Längsschnittanalyse hat sich bei der sozialwissenschaftlichen Modellierung individueller und familialer Entwicklungsprozesse etabliert.

Wir wissen viel über die strukturellen Einflüsse auf das Timing und die Inzidenz von Partnerschaft und Familienentwicklung sowie die Stabilität von Lebensformen. Wir können die Befunde im Einzelnen hier nicht aufführen. Ausführlich sind die Zusammenhänge zwischen dem Bildungs- und Erwerbsverhalten und der Beziehungs- und Familienentwicklung studiert worden. Wir wissen auch viel über die strukturellen Zusammenhänge des Intergenerationenverhältnisses. Und um allein dieses Wissen noch zu vertiefen, reichen im Grunde die vorliegenden Instrumentarien mit wenigen Ausnahmen aus. Das empirische Potenzial der aktuellen Beziehungs- und Familienforschung ist noch nicht ausgeschöpft. Das gilt sowohl für die amtliche Statistik (Statistik der Standes- und Meldeämter sowie die Mikrozensuserhebung), als auch für die laufenden Längsschnitterhebungen (Sozioökonomisches Panel des DIW) und die Retrospektivstudien der sozialwissenschaftlichen Lebensverlaufsforschung (Lebensverlaufsstudien des Max-Planck Instituts für Bildungsforschung, Family and Fertility Survey, Familiensurvey des DJI).

Die bisherigen Datenquellen und Erhebungskonzepte stoßen für die Belange der Beziehungs- und Familienforschung an schwerwiegende, theoretisch begründbare Grenzen, zu deren Überwindung es eines umfassenden panelanalytischen Erhebungsprogramms zu den biographischen Planungs- und Entscheidungsprozessen zur Beziehungs- und Familienentwicklung – mit all ihren Unabwägbarkeiten – bedarf. Dass wir es heute auch bei der Beziehungsentwicklung – zumindest soweit es dabei um ernstzunehmende Bindungen und Institutionalisierungsschritte geht – und bei der Familienentwicklung im Lebenslauf mit einem zunehmend auf Planung und Entscheidungen beruhenden Verhalten zu tun haben, das dürfte aus den bisherigen Anmerkungen deutlich geworden sein. Dabei spielen die psychosozialen Dispositionen von Akteuren und deren Veränderung im Lebensverlauf natürlich eine große Rolle. Zu dem Bereich von Einstellungen und beziehungsbezogenem sowie generativem Handeln gibt es bislang allerdings fast nur Querschnittstudien (PPAS – Populations Policy Acceptance Study des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Familiensurvey des DJI, Family and

Fertility Survey).³ Damit kann man die Entscheidungsprozesse in der Familienentwicklung nicht adäquat abbilden, da die entsprechenden Informationen nicht retrospektiv erfasst werden können. Wir wollen nur wenige verschiedene Beispiele nennen, die das verdeutlichen sollen:

1. Wir können nicht die Frage beantworten, unter welchen Bedingungen einmal geäußerte Kinderwünsche verändert oder ganz aufgegeben werden. Nach allem, was wir wissen, muss es aber einen nicht unerheblichen ‚gap‘ zwischen Kinderwunsch und Realisierung geben. Bislang ist schon die Bestimmung der Größe dieses ‚gaps‘ schwierig. Wenn man für verschiedene Altersgruppen von Frauen unterschiedlicher Geburtsjahrgänge und Bildungsgruppen eine Gegenüberstellung zwischen Kinderwunsch und realisierter Kinderzahl vornimmt, so lässt sich eine mit dem Bildungsniveau zunehmende Diskrepanz feststellen. Aber welche Faktoren spielen letztendlich eine Rolle dafür, wann man sich zu einer Familiengründung bereit sieht oder wann man meint „der Zug sei abgefahren“? Sind das eher Zufälle oder steht ein komplexer Reflexionsprozess dahinter? Ähnlich kann man diese Fragen im Hinblick auf die Institutionalisierung von Paarbeziehungen etwa durch eine Eheschließung formulieren.
2. Die Beziehung zwischen dem Bildungsniveau von Frauen und Männern und ihrer Familienentwicklung ist strukturell gut untersucht. Das Ergebnis ist eindeutig. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem Ausbildungsniveau einerseits und der Wahrscheinlichkeit für bzw. dem Alter bei einer Ehe- und Familiengründung andererseits. Grund ist, dass während der Ausbildung diese Wahrscheinlichkeiten sehr gering sind und, so die Theorie, mit dem Bildungsniveau die Opportunitätskosten einer Mutterschaft steigen und damit die Neigung zu einem Kind zurückgeht. Gleichzeitig darf man aber annehmen, dass die Ressourcenlage bei Paaren mit guten Einkommenschancen (aufgrund eines höheren Ausbildungsniveaus) einer Familiengründung förderlich sein sollte und eine höhere Bereitschaft in Kinder zu investieren gegeben sein sollte, weil man höhere Ansprüche an die „Qualität“ der Kinder annehmen kann.

3 Ausnahmen bilden eine ältere Panelstudie des IBS in Bielefeld („Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen“ (vgl. Strohmeier 1985) und die Verbundstudie zu „Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch“ (Schneewind 1997), die bedeutsame Pionierleistungen auf diesem Gebiet geleistet haben.

Letzteres könnte wiederum den Entschluss zu einer Familiengründung erschweren. Man erkennt, dass das Verhältnis von Bildung und Ehe und Familie sehr viel komplizierter ist, als es auf den ersten Blick zu sein scheint. So darf man auch annehmen, dass vor allem in der Gruppe der Hochgebildeten die Entscheidungskonflikte um die Familienentwicklung besonders groß sind, da man auf beiden Seiten viel zu verlieren hat (vgl. Huinink 2000).

3. Lesthaeghe und Moors haben in einer Analyse alter Paneldaten gezeigt, dass man bei der Erforschung von Heiratsverhalten und Familienentwicklung die psycho-sozialen Dispositionen, bei ihnen Wertorientierungen, nicht außer Acht lassen kann (Lesthaeghe/Moors 2000). Die Wechselwirkung zwischen selbst nicht vollkommen stabilen Wertorientierungen und familienbezogenem Verhalten ist komplex. So können die Autoren zeigen, dass es Effekte in beiden Richtungen gibt: Ehe- und familienfreundliche Wertorientierungen fördern eine Familiengründung, eine Familiengründung hat aber auch einen durch Anpassung erklärbareren Effekt auf die Einstellungen gegenüber Ehe und Familie.
4. Die Scheidungsforschung ist mit den bisherigen Analysen sehr weit gekommen. Vielfach musste sie aber mit zahlreichen Hilfhypothesen arbeiten, wenn sie die konkreten Ursachen der Instabilität von Ehen und Paarbeziehungen erklären wollte (vgl. Esser 2002). Versuche einer retrospektiven Rekonstruktion von Paarbeziehungsverläufen haben sich als sehr problematisch herausgestellt, so dass auch hier eine zeitnahe „Begleitung“ durch panelanalytische Erhebungsdesigns unbedingt geboten erscheint.

Diese Beispielliste ließe sich einfach verlängern. Analysen mit den herkömmlichen Surveys stoßen im Übrigen auch deshalb an ihre Grenzen, weil die Fallzahlen begrenzt sind. Dabei muss man beachten, dass die empirischen Analysen an Differenzierungsgrad gewinnen und damit auch immer spezifische Teilgruppen der Bevölkerung ansprechen, die in den gängigen Surveys nur schwach repräsentiert sind.

Wesentliche und auch für die Politikberatung sehr wichtige Fragen, etwa der Nutzung und Akzeptanz unterschiedlicher Systeme familienrelevanter Leistungen und Dienstleistungen, lassen sich mit den herkömmlichen Daten bislang also nur sehr begrenzt bearbeiten. Das ist der Grund, hier eine neue

Intensitätsstufe mit der Einführung einer Panelstudie mit einer großen Stichprobe anzustreben, über die im Folgenden einige Details erläutert werden.

4 Das „Beziehungs- und Familienentwicklungs-Panel“ (PAIRFAM)

Theoretische Überlegungen:

Das Grundmodell der Beziehungs- und Familienentwicklung

Wie den vorhergehenden Ausführungen zu entnehmen ist, stoßen die bisherigen Datenquellen und Erhebungskonzepte bei der weitergehenden Analyse von Beziehungs- und Familienentwicklung an ihre Grenzen. Zu deren Überwindung bedarf es eines umfassenden panelanalytischen Erhebungsprogramms. Nur dann ist es möglich, auf einer breiten Fallzahl biographische Planungs- und Entscheidungsprozesse abzubilden. Im Folgenden wird dieses aus DFG-Geldern finanzierte Forschungsschwerpunktprogramm kurz skizziert.⁴

Das Ziel des Schwerpunktprogramms ist die theoretische, methodische und empirische Fortentwicklung der Erforschung der Beziehungs- und Familienentwicklung. Ausgangspunkt bei der jeweiligen thematischen Analyse der Beziehungs- und Familienentwicklung sind die kontext- und situationsbezogenen Handlungen der Akteure. Für die Modellierung familienbezogener/partnerschaftlicher Prozesse wird eine soziologisch und psychologisch erweiterte „Theorie der rationalen Wahl“ herangezogen. Diese Theorie geht von einer begrenzt rationalen Lebensplanung aus, d. h. es werden nicht die zu Recht umstrittenen „klassischen“ Zusatzannahmen des homo oeconomicus wie eigennützige Motive, interpersonell und zeitlich stabile Präferenzen, vollständige Informationen (vgl. Kunz 2004, 36) der Theorie zugrunde gelegt, sondern die Theorie der rationalen Wahl geht von einer „Begrenzung“ der subjektiven Rationalität aus, und zwar bestimmt durch kognitive, emotionale und kulturell-normative Vorgaben. Das Konzept der beschränkten Rationalität, der „bounded rationality“ – wie Herbert Simon es analysierte – hilft somit die Fehler der Rational-Choice-Theorie zu überwinden. Ein Beispiel für die Familiengründung wäre hier, dass es den potenziellen Eltern nicht möglich ist, wie es die klassischen Rational-Choice-Theorien annahmen, vollständige Übersicht über die relevanten Informationen zur Eltern-

4 Vgl. ausführlicher den Projektantrag zum Schwerpunktprogramm unter www.pairfam.uni-bremen.de.

schaft zu bekommen. Ferner ist es auch nicht möglich, genau abzuschätzen und abzuwägen zwischen den finanziellen Kosten (auch Opportunitätskosten) einer Elternschaft und den möglicherweise entstehenden zumindest antizipierten psychischen/materiellen Nutzen. Mit anderen Worten: Im Rahmen einer Theorie der rationalen Wahl werden Entscheidungen daher auf der Basis einer beschränkten Rationalität getroffen.

Neben diesem handlungstheoretischen Axiom sind bei der Analyse von Beziehungs- und Familienentwicklungen mehrere Interdependenzen zu beachten, die in Querschnittsuntersuchungen nur unvollständig eingelöst werden können. Diese seien kurz benannt.

Mit der **Mehrebeneninterdependenz** sind die Wechselwirkungen der akteursexternen und -internen Handlungsbedingungen/Handlungsrestriktionen und -opportunitäten gemeint. Hier werden vier Ebenen unterschieden:

- Die *Pico-Ebene* meint die Ebene der psycho-sozialen Dispositionen, demnach die „innere Opportunitätsstruktur“ wie Einstellungen, Wertorientierungen, Emotionen, kognitive Fähigkeiten. Für den Bereich der Familienentwicklung sind demzufolge Faktoren wie die eigenen Werterwartungen an Kinder von Bedeutung, die im Rahmen der VOC-Forschung erhoben werden und in aktualisierter Form auch in das Panel eingehen sollen (Nauck 2001).
- Die *Mikro-Ebene* ist die Ebene der zwischenmenschlichen Beziehungen wie Partnerschaften, Netzwerke, Beziehungen zu Eltern, Freunden usw. Für den Bereich der Fertilität ist diese Ebene von Interesse, weil die Entscheidung zum Kind nicht nur von einer Person oder von einem Haushalt getroffen wird, sondern in der Regel sind es Partnerschaften. D. h. die Paarinterdependenz ist ein Spezialfall der Mehrebeneninterdependenz. Relevant sind auch die Erfahrungen mit der eigenen Kindheit, die Einstellung des Freundeskreises zu Kindern usw.
- Die *Meso-Ebene* beinhaltet die handlungstheoretisch relevanten Opportunitäten und Ressourcen, die im Bereich von Organisationen und Institutionen vorliegen.
- Die *Makro-Ebene* beschreibt vorliegende gesellschaftliche Wertorientierungen, kulturelle und politisch-rechtliche Rahmenbedingungen, den allgemeinen historischen Kontext usw. Für das generative Verhalten könn-

ten diesbezüglich die familienpolitischen Rahmenbedingungen oder die gesellschaftliche Einstellung zu Kindern hervorgehoben werden.

Neben dieser *Mehrebeneninterdependenz* soll darüber hinaus der **Mehrdimensionalität** der Handlungszusammenhänge im Lebenslauf Rechnung getragen werden (= **Lebensbereichsinterdependenz**). Damit ist die Wechselbeziehung zwischen den Dimensionen des individuellen Lebens angesprochen. Denn die Entscheidung nach dem „Ob“ oder dem „Wann“ zum Kind spielt sich nicht nur in einer Dimension ab, sondern steht mit der gesamten Lebensführung in Verbindung. So ist ein wichtiger Faktor der berufliche Bereich, ob man z. B. sich noch in der Ausbildung befindet oder bereits eine feste, unbefristete Anstellung hat, d. h. es geht auch um unterschiedliche individuelle Relevanzen und Ansprüche in unterschiedlichen Dimensionen des Lebens.

Und schließlich wird im geplanten Panel der explizite **Zeitbezug**, die Pfadabhängigkeit von zentraler Bedeutung sein. Dazu gehört die Berücksichtigung von wechselseitig sich bedingenden Prozessen der Präformation, also der sich aus den psycho-sozialen Dispositionen und biografischen Erfahrungen heraus ergebenden Pläne, Handlungsziele und Präferenzen, die daraus resultierenden Handlungen, die dann wiederum Pfadabhängigkeiten für zukünftige Entscheidungen und Handlungen bilden. So ist beispielsweise die Realisierung des Kinderwunsches irreversibel. Mit der Geburt des Kindes werden tief greifende Bindungen und Verantwortungen eingegangen, die nicht – oder nur mittels eines z. T. sehr hohen Kostenaufwandes – rückgängig gemacht werden können.

Anhand der anvisierten Panelbefragung sollen all jene Interdependenzen und zeitlichen Pfadabhängigkeiten operationalisiert werden, so dass es ermöglicht wird, den Entscheidungsraum für familienbezogene Handlungen vor der jeweiligen Entscheidung bzw. dem eintretenden Ereignis zu analysieren. Es wird prospektiv, dem Ereignis vorangehend, erhoben und nicht – wie in den herkömmlichen Querschnittsbefragungen – retrospektiv, demnach nach dem Eintreten des Ereignisses, denn damit sind eine Reihe von Fehlerquellen verbunden wie falsches Erinnern von Ereignissen, falsches zeitliches Einsortieren von Ereignissen, nachträgliche Rationalisierungen usw. (vgl. von Gostomski/Hartmann 1997, 113ff.).

Die theoretische Verknüpfung dieser kontextuellen Bedingungen mit den handlungstheoretischen Konstrukten liegt in dem Konzept der „sozialen Produktionsfunktion“, wie es Siegwart Lindenberg vorgeschlagen hat. Unter

dem Konzept der „sozialen Produktionsfunktion“ wird verstanden, dass sich Menschen in ihren Handlungen an bestimmten Grundbedürfnissen orientieren, insbesondere physischem Wohlbefinden und sozialer Anerkennung (vgl. Lindenberg 1990). Soziale Produktionsfunktionen verbinden diese allgemeinen Ziele mit spezifischen Mitteln, d. h. zur Befriedigung jener elementaren Grundbedürfnisse können verschiedene Mittel und Wege angewandt werden, bzw. bestimmte Güter können diese Grundbedürfnisse befriedigen. Ein Beispiel kann dies verdeutlichen: Soziale Anerkennung lässt sich in unserer Gesellschaft auch über Bildungszertifikate erreichen. Bildung dient damit – so zumindest in unserer Gesellschaft – als „Zwischengut“ für die Realisierung des Grundbedürfnisses nach sozialer Anerkennung. Der entscheidende Punkt bei Lindenberg und anderen Autoren ist, dass die Produktionsfunktionen (also Bildung \Rightarrow soziale Anerkennung) sich nicht unbedingt von Person zu Person unterscheiden. Welche Wege zu Anerkennung oder psychischem Wohlbefinden führen, wird vielmehr durch die soziale Struktur, durch die soziale Situation, in der sich die Akteure befinden, vorgegeben: Je nach Lebenslage und sozialer Position können die Akteure unterschiedliche Instrumente nutzen, um ihre grundlegenden Ziele zu erreichen. Das ist das „Soziale“ in dem Begriff der „sozialen Produktionsfunktion“. Übertragen wir dies wiederum auf das Beispiel der Fertilität, so gehört in einigen sozialen Beziehungen ein Kind zur Steigerung des psychischen Wohlbefindens oder der sozialen Anerkennung dazu, in anderen – so z. B. in akademischen Kreisen mit Kinderlosenquoten von bis zu 40% – vielleicht eher nicht. Hier zählen eher Bildung und Beruf als zentrale Wege zur Befriedigung von grundlegenden Bedürfnissen, oder die berufliche Karriere hat aufgrund schlechter Vereinbarkeitmöglichkeiten an Bedeutung gewonnen und den Kinderwunsch zunehmend in den Hintergrund gerückt.

Wir haben somit bisher als theoretische Grundlagen für die Analyse von Familienbeziehungen die bounded rationality der Akteure, die Mehrebenen- und Mehrdimensionen-Interdependenzen des Lebensverlaufs, den Zeitbezug und die Pfadabhängigkeit der Handlungen sowie die übergeordneten Grundbedürfnisse als Ziele des Handelns, die wiederum durch den sozialen Kontext, in dem die Individuen aufwachsen und sich befinden, vorgegeben werden.

Hinzu kommen je nach thematischen Schwerpunkten weitere spezifischere theoretische Modelle, wie beispielsweise das von Hartmut Esser entwickelte theoretische Modell der Frame-Selektion. Es würde zu weit führen, dieses

Modell im Einzelnen hier vorzustellen (vgl. dazu ausführlich Esser 2002). Nur so viel sei erwähnt: Für den Bereich der Partnerschaftsbeziehung kombiniert das Modell der Frame-Selektion fünf einzelne Konstrukte:

- (1) den Beziehungsgewinn;
- (2) den Wert einer evtl. Alternative;
- (3) bestimmte kulturell oder normativ geprägte mentale Modelle;
- (4) die Opportunitäten für das Finden einer (besseren) Alternative;
- (5) die Trennungs- und Suchkosten.

So hängt nach Esser beispielsweise die Stabilität und die Instabilität der Partnerschaft von dem jeweiligen „Framing“, der Rahmung der Ehe bzw. Beziehung ab, von dem Gewinn aus dieser Beziehung, von dem Vorhandensein anderer Alternativen (z. B. der attraktive, Angebote machende Nachbar).

Im Rahmen des Beziehungs- und Familienpanels sollen vier miteinander eng verknüpfte thematische Schwerpunkte der Beziehungs- und Familienentwicklung im Zeitverlauf theoretisch modelliert und empirisch untersucht werden:

- die Etablierung und die Gestaltung von Paarbeziehungen,
- die Familiengründung und -erweiterung,
- die Gestaltung intergenerationaler Beziehungen und
- die (In-)Stabilität von Paarbeziehungen.

Das Ziel des neuen Schwerpunktprogramms ist die Entwicklung adäquater, valider Instrumente für die Implementierung eines jährlich durchzuführenden Beziehungs- und Familienentwicklungs-Panels. Zur Unterstützung dieses innovativen Vorhabens werden eine Reihe von Begleitforschungen durchgeführt (vgl. www.pairfam.uni-bremen.de). Getestet werden die neuen Instrumente, bevor sie ab 2008 im Hauptpanel eingesetzt werden sollen, im so genannten Mini-Panel. Im Mini-Panel werden ca. 600 Personen an vier verschiedenen Standorten (Bremen, Chemnitz, Mannheim, München) entlang der Kohorten der 15-17-Jährigen, der 25-27-Jährigen und der 35-37-Jährigen innerhalb von 1 ½ Jahren dreimal befragt.

In den sich anschließenden Auswertungsarbeiten wird das Instrument des Hauptpanels entwickelt und für das Jahr 2008 ist die erste Welle geplant. Das Design des Beziehungs- und Familienpanels wird dann wie folgt aussehen:

- 12.000 Zielpersonen aus drei Kohorten (Alter 15-17; 25-27; 35-37),
- Multi-Aktor-Design (demnach auch eine Partnerbefragung),
- Kinderbefragung,
- Elternbefragung der jüngsten Kohorte.

Das Zurückgehen auf die Kohorte der 15-17-Jährigen liegt in dem Ziel begründet, den Verlauf der Beziehungsentwicklung vom ersten Treffen an in seiner Entwicklung weiter zu verfolgen. Die methodischen Ziele des Beziehungs- und Familienentwicklungs-Panels liegen somit in der Entwicklung paneltauglicher Instrumente für derartige generierende Mechanismen, in der Implementierung einer prospektiven Längsschnittstudie im Rahmen eines Multi-Aktor-Designs sowie in der Erhebung einer großzahligen Befragung, um zum einen der Panelmortalität begegnen zu können, zum anderen, um für seltenere Lebensereignisse trotzdem noch statisch ausreichende Fallzahlen zu bekommen.

Die Daten des Beziehungs- und Familienpanels werden ein öffentliches Gut sein, die wie das sozioökonomische Panel unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt werden. Mit der Implementierung des Beziehungs- und Familienpanels – so die daran geknüpfte Hoffnung – sollten im Sinne einer nachhaltigeren Familienpolitik tiefer gehende Erkenntnisse für die sozialpolitische Ausgestaltung des Familienlebens und deren Verknüpfungen zu anderen wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen wie der Wirtschaft, der Sozialversicherungssysteme zur Verfügung gestellt werden. Ob diese Hoffnungen sich erfüllen, bleibt abzuwarten.

Literatur

- BECK-GERNSHEIM, E. (1988): Die Kinderfrage. München.
- BEIRAT FÜR FAMILIENFRAGEN (2002): Gerechtigkeit für Familien. Schriftenreihe des BMFSFJ: Band 202. Stuttgart.
- BMFUS (Hg.) (1994): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Bonn.
- COLEMAN, J.S. (1993): The Rational Reconstruction of Society. In: American Journal of Sociology, 58. S. 1-15
- ESSER, H. (2002): In guten wie in schlechten Tagen? Das Framing der Ehe und das Risiko zur Scheidung. Eine Anwendung und ein Test des

- Modells der Frame-Selektion. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 54. S. 27-63.
- FREY, B. (1997): Not Just for the Money. Cheltenham.
- HUININK, J. (2000): Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 3. S. 209-227.
- HUININK, J. (2003a): Familie und Gesellschaft. In: M. Feldhaus, N. Logemann, M. Schlegel (Hg.), Blickrichtung Familie. Vielfalt eines Forschungsgegenstandes. Würzburg. S. 1-14.
- HUININK, J. (2003b): Die hervorragende Zukunft der Familienpolitik. In: Zeitschrift für Familienforschung, 15. S. 294-298.
- KAUFMANN, F.-X. (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. München.
- KAUFMANN, F.-X. (2003): Kein Glückwunsch. In: Zeitschrift für Familienforschung, 15. S. 299-302.
- KUNZ, V. (2004): Rational Choice. Frankfurt a. M.
- LESTHAEGHE, R./MOORS, G. (2000): Life course transitions and value orientations: selection and adaption. IPD-WP 2000-7. Vrije Universiteit Brussel.
- LINDENBERG, S. (1990): Rationalität und Kultur. Die verhaltenstheoretische Basis des Einflusses von Kultur auf Transaktionen. In: H. Haferkamp (Hrsg.) Sozialstruktur und Kultur: Frankfurt a. M. S. 249-287.
- NAUCK, B. (2001): Der Wert von Kindern für ihre Eltern. „Value of Children“ als spezielle Handlungstheorie des generativen Verhaltens. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 3. 2001. S. 407-436.
- NAVE-HERZ, R. (1998): Die These über den „Zerfall der Familie“. In: J. Friedrichs, M.R. Lepsius, K.U. Mayer (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Sonderheft 38 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen. S. 286-315.
- RÜRUP, B./GRUESCU, S. (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Berlin.
- SCHNEEWIND, K.A. (1997): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch. Ergebnisse der soziologisch-psychologischen Verbund-

studie West und der soziologischen Untersuchung Ost im Überblick.
Stuttgart u. a.

SINN, H.W. (2003): Ist Deutschland noch zu retten? München.

STROHMEIER, K.P. (1985): Familienentwicklung in Nordrhein-Westfalen.
Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes NRW, Heft 47.
Düsseldorf.

VON GOSTOMSKI, BABKA; C./HARTMANN, J. (1997): Zur Problematik von
Retrospektivbefragungen. In: J. Kopp (Hg.): Methodische Probleme
der Familienforschung. Frankfurt a. M. S. 113-146.

WINGEN, M. (2003): Anmerkungen zu 50 Jahren „Familienministerium“ in
Rück- und Ausblick. In: Zeitschrift für Familienforschung, 15. S. 272-
293.

Rosemarie Nave-Herz

Der Familienzyklus als empirischer Forschungsansatz

1 Einführung

Unter Familienzyklus versteht man in der Familiensoziologie die strukturelle Gliederung des Lebenslaufs einer Familie aufgrund interner Veränderungen, die sich durch das Hinzukommen (Geburt bzw. Adoption) oder Ausscheiden der Kinder bzw. von Ehepartnern durch Tod ergeben. In der Soziologie unterscheidet man zumeist vier Phasen: 1. die Ehephase, 2. die Familienphase, 3. die nacherliche Phase und 4. die Phase der Verwitwung.

In der psychologischen Literatur werden unter der Bezeichnung „Stufen im Familienlebenszyklus“ mehr Phasen als in der Soziologie unterschieden und bewusst stärker die Altersstufen der Kinder berücksichtigt, um dadurch die unterschiedlichen Familienentwicklungsaufgaben vor allem während des Aufwachsens der Kinder und Jugendlichen genauer beschreiben zu können (vgl. Schneewind 1991, 112). Modelle bis zu max. 10 Familienphasen sind entworfen worden (vgl. die Übersicht bei König 1969/2002, 472).

Welche Ausdifferenzierung in Familienphasen zu wählen ist, hängt sowohl in der Psychologie als auch in der Soziologie von der Forschungsfragestellung ab. Soll es der Beschreibung der Dynamik von Rollen und Rollenanforderungen oder der Messung der Beziehungsdichte innerhalb der Familie oder der zu außerfamilialen Personen und Verwandtengruppen dienen, ist vornehmlich die Trennung von Familienphase und nacherlicher Phase sowie der Phase der Verwitwung sinnvoll. Sind aber Gegenstand der Untersuchung die ökonomische Belastung der Familie, ihre Wohnfrage, Konsumstile, der Umfang an Haushaltstätigkeiten usw., dann werden Unterteilungen der Familienphase zusätzlich nach dem Alter der Kinder notwendig.

Damit habe ich bereits angedeutet, dass das Familienzyklus-Modell als heuristisches Konstrukt dient, um zu prüfen, ob die Ausdehnung bzw. später die Reduzierung der Personenzahl in der Familie Auswirkungen auf das Famili-

ensystem und – systemtheoretisch formuliert – auf bestimmte Out-Systeme der Familie hat, und wie diese geartet sind. So wurde z. B. unter Zuhilfenahme dieser Forschungsperspektive de facto empirisch festgestellt, wie unterschiedlich stark die ökonomischen Belastungen in der Familienphase und hier speziell während der Kleinkindphase sind, dass das Freizeitverhalten je nach Familienzyklus unterschiedlich gestaltet wird und sich dasjenige in der nachelterlichen von der Verwitwungsphase, aber auch von der Familienphase stark unterscheidet; und dass das Familienzykluskonzept hierfür eine bessere Erklärungsmöglichkeit bietet, als das individuelle Alter ihrer einzelnen Familienmitglieder. Das gilt gleichermaßen für Wohnungsbedingungen und -bedürfnisse. Viele psychologische empirische Untersuchungen sind vor allem im Hinblick auf die Gründung der Familienphase durchgeführt worden, die zeigen, dass der Übergang zur Elternschaft zunächst entweder als Honeymoon-Zeit oder aber sehr konfliktreich erlebt wird und im weiteren Ablauf der Familienphase die Ehezufriedenheit unförmig verläuft (vgl. zusammenfassend Rüssmann/Becker 2004, 209).

Doch kann ebenso der Familienzyklus als abhängige oder intervenierende Variable behandelt werden. So z. B. wenn geprüft werden soll, ob die Reduktion der Familienphase infolge des Verzichts dritter oder mehr Kinder abhängt von wohnungsmäßigen und/oder ökonomischen Bedingungen o. a. m. Bei zeitvergleichenden Untersuchungen der Länge von Familienphasen, worauf ich im nächsten Abschnitt ausführlicher eingehe, sind diese nicht per se von Interesse, sondern Phasenverschiebungen haben familienendogene und zahlreiche strukturelle Folgen für andere gesellschaftliche Teilbereiche, weil sie andere Handlungsoptionen für alle oder für einzelne Familienmitglieder nach sich ziehen können (z. B. für den Wiedereintritt der Frauen in den Erwerbsbereich durch Verkürzung der Familienphase, Ausweitung des Dienstleistungssektors infolge längerer Verwitwungszeiten im höheren Alter usw.).

2 Die Entstehung von Familienphasen

Abgrenzbare Familienphasen sind erst seit ca. 250 Jahren überhaupt in unserer Gesellschaft vorfindbar. In der vorindustriellen Familie waren keine markierten Zeitpunkte und klar gegliederten Phasen erkennbar und zwar infolge der hohen Geburtenzahlen, der geringen Lebenswahrscheinlichkeit, der hohen Wiederverheiratsquoten und der z. T. großen Altersunterschiede zwischen den Geschwistern infolge des hohen Sterblichkeitsrisikos von

Säuglingen und Kleinkindern. Ferner kam es nicht selten vor, dass Kinder noch geboren wurden, wenn die Ältesten bereits den Familienhaushalt verließen (Mitterauer 1977, 66ff./1989, 179ff.). Insofern war vielfach die Trennung von Familienphase und „nachelterlicher Phase“ überhaupt nicht gegeben.

Manche Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen bestreiten, dass es heute noch eine Standardisierung in der Abfolge von bestimmten Lebensphasen gäbe, die noch vor 30 Jahren als „normal“ galt (z. B. Kohli 1986). Sie weisen in diesem Zusammenhang auf die Entstehung der nichtehelichen Lebensgemeinschaften und auf die hohen Scheidungszahlen hin. Verändert hat sich de facto der Phasenablauf bis zur Familiengründung. Mehr junge Menschen sammeln heutzutage Erfahrungen mit den unterschiedlichsten Lebensformen bis zur Eheschließung. Eine eigenständige Ehephase ist vielfach gar nicht mehr oder nur für kurze Zeit gegeben. Doch mit der Geburt des ersten Kindes (oder heute vielfach umgekehrt: nach der Geburt des Kindes und der Eheschließung; Nave-Herz 1997, 35ff.) ist der Phasenablauf gleich geblieben. Auch wenn heute fast ein Drittel aller Ehen durch Scheidung aufgelöst wird, so gilt auch umgekehrt: Zwei Drittel aller Ehen bleiben in Deutschland „bis dass der Tod sie scheidet“ bestehen. Doch selbst bei Ehescheidung bleibt die Kernfamilie erhalten, wenn sie auch ihre Form zur Alleinerzieher-schaft oder Stieffamilie ändert. Auch eine Wiederverheiratung in Deutschland verändert im Übrigen zumeist nicht den Phasenablauf, da nur ein „Partnertausch“ gegeben ist, der keine starke Verlängerung oder Veränderung der gerade gegebenen Familienphase bewirkt. Denn nur selten werden die Kinder in Deutschland mit großem Altersabstand selbst in Stieffamilien geboren.

3 Zeitgeschichtlicher Wandel der Familienphasen im Familienzykluskonzept

Das folgende Schaubild zeigt die starken Veränderungen in Bezug auf die einzelnen Familienphasen während der letzten 50 Jahre, eine Folge des Wandels des Wirtschafts- und Rechtssystems und anderer Normen, sowie eine Auswirkung des demographischen Bevölkerungsaufbaus (= Abnahme der Geburtenzahl in der Familie und Verlängerung der Lebenszeit).

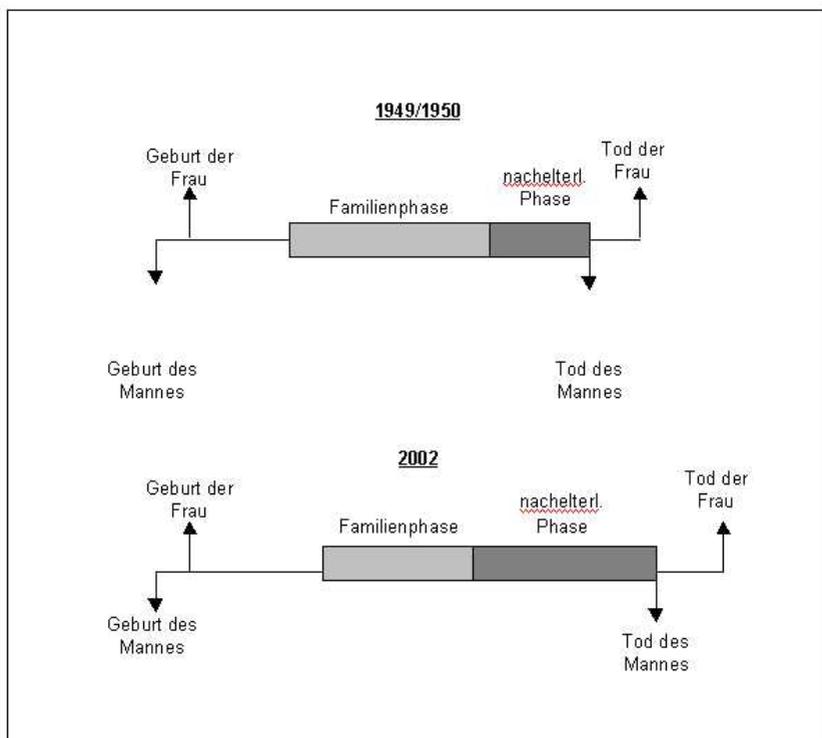


Abb. 1 Schematische Darstellung der Familienphasen zwischen 1949 und 2002 (Nave-Herz 2004, 69)

Zeitlich ausgedehnt hat sich vor allem die nachelterliche Phase (vgl. Nave-Herz 1988, 76). Noch nie in unserer Geschichte gab es so viele Ehepaare, die ihre Goldene, ihre Diamantene Hochzeit usw. gemeinsam erleben konnten wie heute, was das o. a. Schaubild zeigt.

Die Bezeichnung „nachelterliche Phase“ ist irreführend, weil sie den Verlust der Elternrolle suggerieren könnte (nach-elterlich). Mit Ausscheiden der Kinder aus dem elterlichen Haushalt können sich zwar die Elternrollen-Erwartungen und -Anforderungen verändern, aber sie bleiben Eltern.

Deutlich wird hierdurch, wie stark sich das übliche Familienzykluskonzept am engen Begriff der Kernfamilie orientiert, und diese nicht als eingeschlos-

sen im Mehrgenerationenfamilien-Verband registriert (vgl. ausführlicher Nave-Herz 2005).

Während dieser „nachelterlichen Phase“, die ich aus dem eben genannten Grund als zweite Familienphase bezeichnen möchte, können weitere familienendogene Familienveränderungen dann hinzukommen, wenn die Kinder durch Geburt oder Adoption eine weitere Familiengeneration begründen. Die Geburt bzw. Adoption des ersten Kindes der letzten Generation konstituiert nicht nur für die Eltern, sondern ebenso für alle Mitglieder der höheren Generationen automatisch einen Rollenpluralismus (z. B.: der Sohn wird Vater im Hinblick auf seine Kinder, bleibt aber Sohn im Hinblick auf seine Eltern; diese führen die Elternrolle fort und werden aber gleichzeitig zu Großeltern usw.).

Dass diese Konstellation Auswirkungen auf den Sozialisationsprozess der Kinder hat, liegt „auf der Hand“, vor allem im Hinblick auf die familialen Autoritätsstrukturen. Da die Eltern heutzutage zumeist nicht mehr die älteste Generation sind, sondern die mittlere, werden sie auch von ihren Kindern in der Sohn-/Tochter-Rolle wahrgenommen. Leider fehlen bislang diesbezügliche Untersuchungen.

Ferner hat sich die *eigentliche Familienphase* (= 1. Familienphase), d. h. die Zeit der Pflege und Versorgung von Kindern, verkürzt, was auf die geringere Kinderzahl pro Familie und auf die höhere Lebenserwartung der Menschen zurückzuführen ist. Diese Zeitspanne macht nur noch ein Viertel der gesamten Lebenszeit aus; vor hundert Jahren betrug der Anteil noch mehr als die Hälfte. Dieser Sachverhalt hat insbesondere das Leben der Frauen verändert. Eine normative Festschreibung der Frauen auf ihre Mutterrolle würde heutzutage bedeuten, dass sie ein Viertel ihres Lebens in der Erwartung auf das „eigentliche Leben“ (= Familienphase) und ca. zwei Viertel ihres Lebens im Bewusstsein, dass das „eigentliche Leben“ vorbei sei, verbringen würden (vgl. ausführlicher Nave-Herz 1988, 76; 2002, 58).

Die Reduktion der Geburtenzahl in der Familie und damit die Verkürzung der Familienphase ergibt sich vor allem aus einem Funktionswandel von Kindern. Kinder waren in früheren Zeiten notwendig für die Mithilfe in Haushalt und Betrieb, für die Versorgung bei Krankheit und im Alter u. a. m. Dagegen werden heute Kinder gewünscht und geplant aus immateriellen Gründen. Man sucht vor allem die emotionale Beziehung; man freut sich über das Aufwachsen-Sehen eines Kindes, auf seine Zärtlichkeit u. a. m.

Unsere Kinder sind heute also nicht mehr wie in früheren Zeiten vor allem Träger materieller Güter, sondern werden ausschließlich um ihrer selbst Willen und/oder zur eigenen psychischen Bereicherung gewünscht. Hierzu reichen aber wegen der sehr geringen Säuglingssterblichkeitsquote ein bis zwei Kinder aus. Hinzu kommt, dass sich neben der sinnstiftenden Funktion von Kindern, die Anforderungen an die Elternrolle, die Ansprüche an ihre Erziehungskompetenz, die finanziellen Belastungen usw. zeitgeschichtlich erhöht haben. Die geringe Kinderzahl in der Familie ist bei unseren gegebenen sozialen und ökonomischen Bedingungen geradezu gesellschaftlich funktional.

Die Abnahme der Kinderzahl in unserer Gesellschaft hat nicht nur sozial- und arbeitsmarktpolitische Folgen, sondern auch qualitative in Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Generationen. Die Zweikindfamilie, insbesondere aber die Einkindsituation, bringt das Kind in eine Minoritätenstellung innerhalb des gesamten Familienverbandes einschließlich der beiden Großelternfamilien.

Gegenüber Minoritäten aber – so lautet eine alte und wohlbekannte These in der Sozialpsychologie – verhält sich die Umwelt selten neutral: Sie nehmen entweder eine unterprivilegierte Stellung ein oder sie genießen eine besondere Wertschätzung und Aufmerksamkeit (vgl. Hofstädter 1959).

Kinder scheinen im Verwandtenverband wegen ihrer geringen Zahl zum kostbaren Gut zu werden, dem man das Beste – was immer man darunter verstehen mag – zukommen lassen möchte. So positiv diese Situation für das Kind zunächst erscheint, kann diese jedoch durch Verwöhnungseffekte auch zu Defiziten in seiner Entwicklung führen. Kinder bilden heutzutage nicht nur eine Minorität im Familienverband, sondern ebenso in der Gesamtgesellschaft. Hier scheint der andere genannte Verhaltensaspekt gegenüber Minoritäten zum Tragen zu kommen: Ihre Abwertung, was in unserem Zusammenhang häufig mit Kinderfeindlichkeit beschrieben wird. Ich möchte diese Diskriminierung aber eher als eine fehlende Berücksichtigung von bzw. fehlende Achtung vor kindlichen Bedürfnissen beschreiben wollen, der man mit verstärkter Aufklärungsarbeit entgegenwirken kann. Ferner ist das *Verwitwet-Sein am Lebensende* ein typisches „Frauensckicksal“ geworden wegen der gegebenen Altersunterschiede der Ehepartner und der längeren Lebenserwartung der Frauen.

Ich möchte im Folgenden auf das neue gesellschaftliche Phänomen des Anstiegs der Lebenserwartung eingehen; denn die zunehmenden Probleme

der Alterung unserer Gesellschaft stellt ein großes politisches Problem dar und hat auch Auswirkungen auf die Familienphasen. Die Menschen werden alt und immer älter. Im Jahre 2050 – so prognostizieren Bevölkerungswissenschaftler – werden mehr als 10% der deutschen Bevölkerung 80 Jahre und älter sein. Baltes und Baltes, die bekannten Altersforscher, betonen über die weiter zu erwartende Lebenswahrscheinlichkeit: „Selbstverständlich kann sich eine menschliche Kultur nur in Grenzen entfalten, die biologisch prinzipiell möglich sind ... man spricht von einem biologischen Maximalalter der Menschen von etwa 110 bis 120 Jahren“ (Baltes/Baltes 1992, 2).

Die Frage ist im Übrigen nicht, ob Deutschland altert, sondern wie die Gesellschaft damit umgeht und ob die demographische Alterung als Katastrophe zu bewerten ist oder einfach eine Herausforderung darstellt, eine Herausforderung z. B. auch zur Veränderung der Anforderungen an die ältere Generation.

Der Altersprozess ist kein rein biologischer Ablauf, sondern wird kulturhistorisch determiniert. Besonders abhängig ist die Aktivitätserhaltung vor allem vom Gesundheits-, Ernährungs- und auch vom Bildungsverhalten, von der körperlichen Betätigung sowie der finanziellen Versorgung.

Sozialpolitisch wird insbesondere die Zunahme der Hochbetagten diskutiert, obwohl auch hier keineswegs von einem Automatismus von hoher Lebenserwartung und einer zunehmenden Pflegebedürftigkeit gesprochen werden kann.

In diesem Zusammenhang ist vor allem daran zu erinnern, dass erst seit kurzer Zeit über die Möglichkeit eines rüstigen Alters überhaupt nachgedacht und nach Chancen für ein gesundes Altern gesucht wird. Denn lange Zeit herrschte in der Altersforschung die „Disengagement-Theorie“ vor. Das heißt, man erklärte den sozialen Rückzug als unvermeidbaren Prozess, als naturbedingt; Alter wurde nur mit Abbauerscheinungen assoziiert. In diesem Ansatz blieb die Heterogenität alter Menschen unberücksichtigt, weswegen eine derartige unilineare und biologistische Sichtweise den komplizierten und komplexen Vorgang des Alterns nicht zu erklären vermag. Auch in Bezug auf die geistigen Fähigkeiten im Alter, insbesondere im Hinblick auf die Lernfähigkeit im hohen Erwachsenenalter, galt lange Zeit die Adoleszenz-Maximum-Hypothese, die besagt, dass die psycho-physische Leistungsfähigkeit eines Menschen bis zum 25. und 30. Lebensjahr zunimmt und danach wieder kontinuierlich abnimmt.

Diese und viele ähnliche Theorien haben sich inzwischen als Irrtum und als zu grobe bzw. zu schnelle Vereinfachungen erwiesen. Selbstverständlich spielen im Alterungsprozess Fragen der Gesundheit und Ernährung, sowie biochemische Veränderungen usw. für die Lernfähigkeit eine Rolle; aber nach dem neuesten Stand der Forschung müssen monokausale Erklärungen für die Bestimmung von Lernfähigkeit abgelehnt werden. Dies gilt auch für die Annahme, dass rein biologische Faktoren allein als verursachend für eine Abnahme von Lernfähigkeit im Alter ausschlaggebend sind. Krankhafte Zustände sind natürlich ausgeschlossen.

Insgesamt bestimmen weniger das chronologische Alter eines Menschen seine Lernfähigkeit als externe Bedingungen: die Schulbildung, Beruf, familiäre Situation usw. Die Funktionsfähigkeit eines Organs wird durch dauernde Übung und durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen verbessert bzw. in seiner Leitungsfähigkeit erhalten. So belegen sogar neueste psychologische Studien, dass es auch im Alter möglich ist, neue, unbekannte Dinge, selbst motorische Fähigkeiten zu erlernen.

Ferner haben wir noch völlig veraltete Altersbilder in unseren „Köpfen“, die mit der sozialen Realität nicht mehr übereinstimmen. Eine 40- oder 70-jährige Frau bzw. ein 40- oder 70-jähriger Mann ist heute weit rüstiger als noch vor 20, gar 70 oder 100 Jahren. Auch im äußeren Verhalten und Aussehen wirken viele ältere Personen heute jünger als ihre Vorfahren.

Der dargestellte demographische Wandel, die gestiegene Lebenserwartung und die Rüstigkeit im Alter, haben ein neues gesellschaftliches Phänomen produziert: Noch nie in der Geschichte hat es so viele Drei- oder gar Vier-Generationen-Familien gegeben wie heute. Häufig wird angenommen, dass in der vorindustriellen Zeit die Drei-Generationen-Familie vorherrschend gewesen sei, was inzwischen von Historikern widerlegt worden ist. Die Drei-Generationen-Familie hatte in unserem Kulturkreis wegen der geringen Lebenswahrscheinlichkeit und eines relativ hohen Heiratsalters – in der Geschichtswissenschaft spricht man vom sog. „European marriage pattern“ (vgl. Mitterauer 1989, 187) – Seltenheitswert.

Die familialen Generationen leben heute überwiegend in getrennten Haushalten. In der Soziologie sprechen wir deshalb von dem neuen Phänomen der „multilokalen Mehrgenerationenfamilie“.

Durch die gestiegene Lebenswahrscheinlichkeit hat sich vor allem auch Folgendes verändert:

Die gemeinsame Lebenszeit zwischen Kindern, Eltern und Großeltern hat sich zeitgeschichtlich verlängert. Die Großelternschaft ist – sieht man von der steigenden Kinderlosigkeit ab – zu einem relativ sicheren und wenn, dann zeitlich längeren Lebensabschnitt geworden. Genealogische Unterschiede hat Lauterbach (2004, 227) festgestellt: Großväter väterlicherseits erfahren ihre Enkel am kürzesten; Großmütter mütterlicherseits sind die Jüngsten und erleben um Jahre länger ihre erwachsenen Töchter und Söhne und deren Kinder, bedingt durch den Altersunterschied zwischen den Ehepartnern von zwei Generationen und der höheren Lebenserwartung von Frauen im Vergleich zu den Männern.

Insgesamt überschneiden sich die einzelnen Familienphasen zwischen den familialen Generationen heute in einem bisher nicht gekannten Ausmaß (vgl. hierzu ausführlicher Nave-Herz 2005). Die heute gegebene lange gemeinsame Lebenszeit zwischen den Generationen ist sowohl in ihren familienendogenen als auch in ihren familienexogenen Auswirkungen forschungsmäßig von der Soziologie bisher kaum beleuchtet worden.

Häufig wird in der Öffentlichkeit und in den Massenkommunikationsmitteln behauptet, dass zwischen den einzelnen familialen Generationen kaum Beziehung bestehen würden. Doch diese Behauptung ist falsch. Viele Untersuchungen zeigen (auf die ich hier nicht eingehen kann), dass bei der Mehrgenerationenfamilie – wie bereits erwähnt – zwar Multilokalität gegeben ist, dass diese aber keine Aufkündigung der Mehrgenerationensolidarität bedeutet. Verschiedene Untersuchungen (vgl. Kohli 1997, 278ff.; Vaskovic et al. 1992, 395ff.; Meier/Baltes 1996; Motel/Szydlick 1999, 3ff.; zusammenfassend Nave-Herz: 2002, 45ff.) zeigen, wie stark und vielfältig auch bei getrennten Haushalten Transferleistungen zwischen den familialen Generationen geleistet werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Wenn konstatiert wird, dass sich die Wohlstandsgesellschaft der Gegenwart zu einer egozentrischen Gesellschaft entwickelt habe und dass auch die Familien in diesen Prozess einbezogen worden seien, so bestätigen die vorhandenen empirischen Daten diese These nicht. Wegen der materiellen und immateriellen Unterstützungsleistungen innerhalb der Mehrgenerationen-Familie kann auch bei getrenntem Wohnen diese als eine Einheit, als eine besondere Art von Solidargemeinschaft gelten. In einer Solidargemeinschaft gibt es selbstverständlich nicht nur gegenseitige positive Gefühle, sondern häufig Gefühlsambivalenzen (Lüscher 2002) und auch Konflikte. Ob diese Konflikte destruktiv wirken, hängt vom

Konfliktverhalten der Familienmitglieder ab. Jegliche Vermeidung von Konflikten, also das Verschweigen von Interessengegensätzen, kann im Übrigen gerade destruktiv wirken.

Ich komme zum Schluss meines Beitrages: Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit meinen Ausführungen deutlich machen, dass das Familienzyklus-Model als Forschungsansatz trotz aller methodischen Einwände als heuristisches Konstrukt deskriptiv bestimmte zeitgeschichtliche familiäre Veränderungen sehr deutlich zu kennzeichnen vermag und auch zu neuen Forschungsfragen anregen kann.

Literatur

- BALTES, P./BALTES, M. (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. in: Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Hrsg. von P.B. Baltes und J. Mittelstrass. Berlin. S. 1-34.
- DIEKMANN, A./WEIK, St. (1993): Familienzyklus als sozialer Prozess – Bevölkerungssoziologische Untersuchungen mit den Methoden der Ereignisanalyse. Berlin.
- HOFSTÄDTER, P.R. (1959): Einführung in die Sozialpsychologie. Stuttgart.
- HÖHN, Ch. (1982): Der Familienzyklus – zur Notwendigkeit einer Konzept-erweiterung. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungswissenschaft, Bd. 12; Wiesbaden.
- HUBBARD, W.H. (1983): Familiengeschichte – Materialien zur deutschen Geschichte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. München.
- KOHLI, M. (1997): Beziehungen und Transfers zwischen den Generationen: Vom Staat zurück zur Familie? In: Leitbilder von Familienrealitäten. Hrsg. von L.A. Vaskovic. Opladen. S. 287-288.
- KOHLI, M. (1986): Der Lebenslauf im Strukturwandel der Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren. In: Soziale Welt, Sonderband 4. Hrsg. von J. Berger. S. 163-208.
- KÖNIG, R. (2002): Schriften – Ausgabe letzter Hand. Bd. 14, Familiensoziologie. Hrsg. von R. Nave-Herz. Opladen.
- LAUTERBACH, W. (2004): Die multilokale Mehrgenerationenfamilie: Zum Wandel der Familienstruktur in der zweiten Lebenshälfte. Würzburg.

- LÜSCHER, K. (2002): Intergenerational Ambivalence. Further Steps in Theory and Research. In: *Journal of Marriage and Family*. S. 585-593.
- LUY, M. (2002): Die geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsunterschiede – Zeit für eine Zwischenbilanz. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*. Heft 5. S. 413-429.
- MANNHEIM, K. (1967): Das Problem der Generationen. In: *Jugend in der modernen Gesellschaft*. Hrsg. von L. von Friedeburg, 4. Auflage; Berlin. S. 43-48.
- MAYER, K.U.; Baltes, P. (1996): *Die Berliner Altersstudie*. Berlin.
- MITTERAUER, M. (1977): Der Mythos von der vorindustriellen Großfamilie. In: *Vom Patriarchat zur Partnerschaft – Zum Strukturwandel der Familie*. Hrsg. von M. Mitterauer und R. Sieder. München. S. 38-65.
- MITTERAUER, M. (1989): Entwicklungstrends der Familie in der europäischen Neuzeit. In: *Handbuch der Familien- und Jugendforschung*, Bd. 1: Familienforschung. Hrsg. von R. Nave-Herz und M. Markefka. Neuwied. S. 179-194.
- MOTEL, A.; SZYDLICK, M. (1999): Private Transfers zwischen den Generationen. In: *Zeitschrift für Soziologie*. S. 3-22.
- NAVE-HERZ, R. (1997): Die Hochzeit – Ihre heutige Sinnzuschreibung seitens der Eheschließenden: Eine empirisch-soziologische Studie. Reihe: *Religion in der Gesellschaft*. Würzburg.
- NAVE-HERZ, R. (2003): Die Mehrgenerationenfamilie – Eine soziologische Analyse. In: *Familie zwischen Tradition und Moderne*. Hrsg. von F.W. Busch. Oldenburg. S. 73-91.
- NAVE-HERZ, R. (2005): Die Mehrgenerationenfamilie unter familienzyklischem Aspekt. Opladen (im Druck).
- NAVE-HERZ, R. (2004): *Ehe- und Familiensoziologie – Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde*. Weinheim.
- NAVE-HERZ, R. (Hg.) (2002): *Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland – Eine zeitgeschichtliche Analyse*. Stuttgart.
- NAVE-HERZ, R. (Hrsg.): *Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart 1988.
- RÜSSMANN, K./ARRÁNZ BECKER, O. (2004): Die Interdependenz von Sozialstruktur, Familienzyklus, Interaktionsstil und Partnerschaftszufrieden-

heit. In: Interaktion und Kommunikation – Eine empirische Studie zu Alltagsinteraktionen, Konflikten und Zufriedenheit in Partnerschaften. Hrsg. von P.B. Hill; Reihe: Familie und Gesellschaft, Bd. 15. Hrsg. von F.W. Busch, J. Huinik, B. Nauck, R. Nave-Herz; Würzburg, S. 207-248.

SCHNEEWIND, K.A. (1991): Familienpsychologie. Stuttgart.

Bruno Hildenbrand

Fallrekonstruktive Familienforschung

Eine Übersicht

1 Nomothetische, idiographische und fallrekonstruktive Forschung

Seit Windelband (1894) und Rickert (1899/1986) hat es sich eingebürgert, zwischen nomothetischer und idiographischer Forschung zu unterscheiden (Matthiessen 2003, Bohler und Hildenbrand 2003). Nach Rickert besteht seit Aristoteles „das Wesen aller wissenschaftlichen Begriffsbildung oder Darstellung in erster Linie darin, daß man die Bildung *allgemeiner* Begriffe anstrebt, unter welche die verschiedenen Einzelgestaltungen sich als Exemplare unterordnen lassen. Das Wesentliche in den Dingen und Vorgängen ist dann das, was sie mit den unter denselben Begriff fallenden Objekten gemeinsam haben, und alles rein Individuelle geht als unwesentlich nicht mit in die Wissenschaft ein“ (Rickert 1986, 58).

An dieser Stelle greift Rickert auf den Hegelschen Begriff der Wirklichkeit zurück und stellt ihn in die Dialektik von Allgemeinem und Besonderem bzw. Konkretem. Das bedeutet einerseits: „Nur das *Allgemeine* am Wirklichen können wir *vorhersagen*, und gerade dadurch vermögen wir uns in ihm zurechtzufinden. Wäre die Welt nicht generalisierend *vereinfacht*, so würde ihre Berechnung und Beherrschung nie gelingen. Die unübersichtliche Mannigfaltigkeit des Individuellen und Besonderen *verwirrt* uns, solange sie nicht durch die generalisierende Begriffsbildung überwunden ist“ (Rickert 1986, 63f.). Andererseits zeigt sich in der Rekonstruktion der konkreten Wirklichkeit in der Kulturwelt die Grenze generalisierender naturwissenschaftlicher Begriffsbildung. Denn „das Wirkliche haben wir im Besonderen und Individuellen, und niemals läßt es sich aus allgemeinen Elementen ausbauen“ (Rickert 1986, 63).

Auch Max Weber bestimmt in diesem wissenschaftstheoretischen Kontext seine „Verstehende Soziologie“ als eine Wirklichkeitswissenschaft: „Wir

wollen die uns umgebende Wirklichkeit des Lebens, in welches wir hineingestellt sind, in ihrer Eigenart verstehen“ (Weber 1922/1988, 170). Angesichts der Komplexität von Mensch und Sozialwelt in der Verbindung physischen und psychischen Seins weist Weber darüber hinaus auf die Problematik bzw. Grenze kausaler Erklärungsversuche hin. Die kausale Erklärung im Sinne einer Rückführung besonderer Erscheinungen auf allgemeine Gesetze in der Sozialwelt als erschöpfender kausaler Regressus angesichts der komplexen Wirklichkeit sei praktisch unmöglich. Für Webers Wissenschaftslehre gilt deshalb: „Nur diejenigen Ursachen, welche die im Einzelfalle ‚wesentlichen‘ Bestandteile eines Geschehens zuzurechnen sind, greifen wir heraus: die Kausalfrage ist, wo es sich um die *Individualität* einer Erscheinung handelt, nicht eine Frage nach Gesetzen, sondern nach konkreten kausalen Zusammenhängen“ (Weber 1988, 178). Wichtig ist also zu entscheiden, welcher individuellen Konstellation Kausalzusammenhänge als Ergebnis zuzurechnen sind.

Dilthey weist darauf hin, dass der Ausgang der Idiographik beim Einzelfall nicht bedeuten dürfe, dass der Weg zu generellen Begriffen (bei Max Weber: Typen) und Erkenntnissen prinzipiell versperrt sei. Zwar gelte einerseits, dass die hermeneutische Begriffsbildung darauf gerichtet ist, „das Feste, Dauernde aus dem Fluß des Verlaufs herauszuheben“ (Dilthey 1974, 177). Andererseits jedoch bewege sich die Hermeneutik in doppelter Richtung: „In der Richtung auf das Einmalige geht sie vom Teil zum Ganzen und rückwärts von diesem zum Teil, und in der Richtung auf das Allgemeine besteht dieselbe Wechselwirkung zwischen diesem und dem Einzelnen“ (Dilthey 1974, 177).

Dieser knappe Rückblick auf die Diskussion der Bedeutung fallrekonstruktiver Forschung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zeigt, wie komplex die Begründungen einer einzelfallorientierten Forschung damals schon angelegt waren. In der Folge jedoch traten die nomothetischen Verfahren ihren Siegeszug an, und die hermeneutischen Positionen, die sich seither in der Bandbreite von phänomenologisch orientierter Soziologie, Symbolischem Interaktionismus und Strukturalismus entwickelten, gerieten zunehmend in eine defensive Position. Dies hatte und hat zur Konsequenz, dass Projektanträge bei den großen Forschungsförderungseinrichtungen, die sich auf letztere beziehen, es nach wie vor schwer haben, ihre wissenschaftliche

Seriosität nachzuweisen.¹ Jedoch sind seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkte Bemühungen zu verzeichnen, unabhängig vom mainstream und seinen Imperativen an der Grundlegung fallrekonstruktiver Forschung zu arbeiten. Feagin, Orum und Sjoberg (1991) sowie Ragin und Becker (1992) haben einschlägige Sammelbände vorgelegt, und mit dem Reader von Kraimer (2000, vgl. dazu auch Hildenbrand 2003) erschien eine Übersicht über den Stand der methodologischen Grundlegung der Fallrekonstruktion in Deutschland. Ein Lehrbuch zur fallrekonstruktiven Familienforschung hat Hildenbrand (1999, 2. Aufl. im Druck) verfasst. Darüber soll im Folgenden berichtet werden.

2 Fall, Rekonstruktion, Familie: Definitionen

Unter einem Fall wird hier ein Gebilde mit eigener *Bildungsgeschichte* bzw. eigener Geschichte der Individuierung sowie mit angebbaren, sowohl bei den Akteuren innerhalb wie außerhalb des Falles mental und handlungsmäßig erzeugten Grenzen verstanden. Fälle können demnach Individuen und Familien, Institutionen wie Vereine und Firmen, Stadtviertel, Gemeinden und Regionen bis hin zu nationalen Gesellschaften sein. Hier aber geht es um Familien als Fälle.

Gegenstand einer Fallanalyse ist die *Rekonstruktion* der *Struktur* eines Falles. Der Begriff „*Rekonstruktion*“ deutet darauf hin, dass der Sozialforscher nicht *Ordnung* in den Fall als Ausschnitt von sozialer Wirklichkeit hineinlegt. Stattdessen wird diese Wirklichkeit als bereits geordnete begriffen, deren *Ordnungsstrukturen* es zur Sprache zu bringen gilt, und zwar in der *Sprache des Falles* selbst. Das Ziel der Fallrekonstruktion besteht dann darin, diese Ordnung nachzuzeichnen, eben: zu rekonstruieren.

Der Begriff *Fallstruktur* bezieht sich darauf, dass in der *fallrekonstruktiven Familienforschung* (wir verwenden diesen Begriff synonym zu *Einzelfallforschung*) angenommen wird, dass Individuen in kontinuierlichen Handlungsprozessen *Muster* herausbilden, die typisch erwartbar sind. Die *Fallstruktur* stellt dann die geordnete Sequenz von *Entscheidungsmustern* eines Falles

1 So sah sich beispielsweise im Jahr 2000 beim Schweizer Nationalfonds zunächst niemand aus dem Kreis der Gutachter in der Lage, die Ergebnisse eines auf der Basis interpretativer Verfahren durchgeführten Forschungsprojekts (Berger, Hildenbrand und Somme 2002) zu evaluieren, da die entsprechende Expertise nicht vorhanden war.

dar, die erwartbar wiederkehren und sich in jedem Aspekt eines Falles im Zeitverlauf wieder finden lassen müssen. Im *Forschungsprozess* wird diese Fallstruktur als *Hypothese* formuliert.

In Bezug auf eine Fallstruktur von einer Hypothese zu sprechen macht deutlich, dass der Prozess der Rekonstruktion einer Fallstruktur als *Entwicklung und Überprüfung von Hypothesen* verläuft, und dass dieser Prozess, wie die *soziale Wirklichkeit* selbst, offen ist.

Eine *Fallstruktur* gilt dann als bestimmt, wenn mindestens eine Phase in der Wiederholung strukturierter lebenspraktischer Entscheidungen eines Falles und damit dessen kontinuierliche Entwicklung identifiziert werden kann. In diesem Falle handelt es sich dann um eine *Fallstrukturreproduktion*, die beobachtet wird. Von *Strukturtransformation* wird dann gesprochen, wenn eine Veränderung der Strukturiertheit eines Falles und damit dessen diskontinuierliche Entwicklung im Material identifiziert wird.

Den Abschluss einer Fallrekonstruktion bildet die *Fallmonographie*. Sie beinhaltet die umfassende Darstellung der *Fallstrukturhypothese*, in welcher alle Struktur Aspekte sowie ihr Zusammenhang untereinander unter Einbeziehung von Material beschrieben werden. Dabei richtet sich der Umfang des einbezogenen Materials daran, wie viel davon erforderlich ist, damit die Leserin bzw. der Leser die Entwicklung der *Fallstrukturhypothese* nachvollziehen kann.

Eine *Fallmonographie* ist im Übrigen von einer *Fallbeschreibung* zu unterscheiden. Letztere verfolgt lediglich das Ziel, eine möglichst umfassende, inventarische Darstellung des Lebens einer sozialen Einheit ohne Anspruch auf die *Rekonstruktion* von *Strukturierungsgesetzmäßigkeiten*, und damit ohne theoretische Relevanz zu geben. Fallbeschreibungen haben somit in der fallrekonstruktiven Forschung keine Bedeutung.

Im Prinzip ist es möglich, anhand einer einzigen Fallrekonstruktion eine Theorie zu entwickeln. Dies ergibt sich daraus, dass, wie eingangs ausgeführt, die Fallrekonstruktion *Allgemeines* und *Besonderes* zugleich erschließt: Der Fall ist ein *Allgemeines*, insofern er sich im Kontext *objektiv gegebener gesellschaftlicher Strukturen* gebildet hat. Er ist ein *Besonderes*, insofern er sich in Auseinandersetzung mit diesen *individuiert* hat. Wo möglich, sollten jedoch mehrere Fälle analysiert werden, da die zu entwickelnde, je spezifische *Theorie* reichhaltiger wird, wenn mehrere Fälle systematisch miteinander kontrastiert werden (dazu weiter unten).

Bei der fallrekonstruktiven Familienforschung betrachten wir die Familie aus drei Perspektiven: (1) Familie als System sozialisatorischer Interaktion, (2) Familie als Milieu, (3) Familie als geschichtlich gewachsener Generationen-zusammenhang.

Familie als System sozialisatorischer Interaktion. Hier beziehen wir uns auf die strukturelle Perspektive auf die Familie (Lévi-Strauss 1981, Parsons 1981, Oevermann 2001), entsprechend betrachten wir die Familie als Triade. Dies ist zwar in der zeitgenössischen Familiensoziologie umstritten (Herlth u. a. 1994, Lenz 2003), wobei jedoch zu beachten ist, dass jene Positionen, die die Mutter-Kind-Dyade als letzte, irreduzible Einheit von Familie betrachten, diese Setzung einzig daraus ableiten, dass die Zahl der allein erziehenden Familien zunimmt, während die Gegenpositionen auf fallrekonstruktivem Material basiert werden. Soziologische Ansätze finden entsprechende empirische Unterstützung bei entwicklungspsychologischen (Fivaz-Depeursinge und Corboz-Warnery 2001) und psychoanalytischen Ansätzen (für letztere paradigmatisch: Buchheim u. a. 1995). Demnach besteht eines der zentralen Strukturmerkmale familialer sozialisatorischer Interaktionssysteme unter den Bedingungen komplexer industrieller Gesellschaften und der Ausdifferenzierung der Kernfamilie darin, dass in der Familie zwei Typen von Sozialbeziehungen bestehen, für die die Nicht-Ersetzbarkeit des Personals, d. h. die lebenslange Mitgliedschaft, strukturell konstitutiv ist. Es handelt sich dabei um die Gattenbeziehung und um die Eltern-Kind-Beziehung. Für beide Beziehungen gilt der Anspruch auf die *ganze* Person, woraus sich ein zentraler Widerspruch ergibt. Dieser macht, im Kontext einer grundsätzlichen affektiven Basis von Familienbeziehungen, die sozialisatorische Dynamik aus. Soweit der Kern dieses Modells. Nun sollen dessen Einzelheiten genauer ausgeführt werden.

Oevermann übernimmt Parsons' Unterscheidung von *diffusen* und *spezifischen* Sozialbeziehungen. Für spezifische Sozialbeziehungen gilt, dass sie thematisch eingeschränkt sind, etwa auf die Aspekte einer Arbeitsrolle. Daher muss begründet werden, wenn die thematische Einschränkung durchbrochen wird. Demgegenüber ist die diffuse Sozialbeziehung dadurch charakterisiert, dass hier grundsätzlich alles thematisiert werden kann und dass der Ausschluss von Themen begründet werden muss. Während sich demnach in diffusen Sozialbeziehungen die beteiligten Individuen als ganze Menschen, thematisch ungeteilt begegnen, werden in spezifischen Sozialbeziehungen die Handelnden immer nur unter bestimmten, thematisch durch die Anforde-

rungen der Rolle festgelegten Aspekten interagieren. Diffuse Sozialbeziehungen sind prinzipiell und dem Anspruch nach auf Dauer gestellte Beziehungen. Ehen werden im „Normalfall“ nicht auf Zeit geschlossen. Kommt es zu einer Trennung, dann erfolgt diese auf der Grundlage einer Revision des ursprünglichen, für die diffuse Sozialbeziehung konstitutiven Anspruchs auf die Nichtaustauschbarkeit der Personen. Abweichungen von dieser Grundvoraussetzung, etwa Eheschließungen mit beim Jawort schon ins Auge gefasstem Scheidungstermin, gelten eben nicht als der Normalfall.

In familialen Interaktionssystemen kommen zwei Typen von diffusen Sozialbeziehungen vor, die Gattenbeziehung und die Eltern-Kind-Beziehung. Zunächst zur Gattenbeziehung. Zentrales Merkmal ist hier, wie gesagt, die *Nichtaustauschbarkeit der Personen*. Für die Gattenbeziehung ist des weiteren konstitutiv die Körperbasis. Oevermann nennt dies die *erotische Solidarität der Gattenbeziehung*. Als nächstes Bestimmungsmoment folgt die *affektive Solidarität*, die die Beziehung als eine auf Dauer gestellte durch eine generalisierte emotionale Bindung charakterisiert. Hinzu tritt die *Solidarität des gemeinsamen Lebensweges*, also die ursprüngliche zeitliche Unbegrenztheit der Beziehung. Schließlich die *unbedingte Solidarität*, womit gemeint ist, dass in der Gattenbeziehung ein grenzen- und kriterienloser Vertrauensvorschuss die Grundlage der Beziehung ist. Dies sind die vier strukturellen Bestimmungsmomente der Gattenbeziehung als einem Typ der diffusen Sozialbeziehung, die wir im Wesentlichen bereits bei Parsons ausformuliert finden.

Nun zur Eltern-Kind-Beziehung. Gattenbeziehung und Eltern-Kind-Beziehung gleichen sich strukturell in der Nicht-Substituierbarkeit des Personals und in der Nicht-Rollenförmigkeit der Beziehung. Die dazugehörigen Strukturmomente gelten ebenfalls. Hinsichtlich der Körperbasis gilt dies, in Gestalt der kindlichen Erotik, nur für die frühe Kindheit. Für die affektive Solidarität gilt dies lebenslang, ebenfalls für die unbedingte Solidarität. Gegen die Geltung der Unbegrenztheit der Eltern-Kind-Beziehung könnte, wie bereits erwähnt, eingewandt werden, dass sie einer gelungenen Ablösung zuwiderlaufe. Aber hier kann gegen Parsons geltend gemacht werden, dass auch bei vollzogener Ablösung vom Elternhaus die Eltern-Kind-Beziehung latent im Hintergrund weiter bestehe und vor allem in Krisensituationen aktualisiert werde.

Der strukturelle Unterschied zwischen der Gattenbeziehung und der Eltern-Kind-Beziehung kann so formuliert werden: Während die Gattenbeziehung

zwischen zwei autonomen Subjekten besteht, ist die Eltern-Kind-Beziehung insofern asymmetrisch, als diese zwischen autonomen Subjekten einerseits und noch nicht individuierten Subjekten andererseits besteht. Des Weiteren besteht ein Unterschied zwischen der Gattenbeziehung und der Eltern-Kind-Beziehung insofern, als zwischen Eltern und Kindern mit der psychosexuellen Reifung der Kinder die Körperbasis der Beziehung nach Maßgabe des Inzestverbots aufgehoben werden muss. Die erotische Beziehung zwischen den Gatten ist jedoch nicht nur nicht inzestuös und damit erlaubt, sondern sogar für die Beziehung konstitutiv.

Demnach bestehen in der Kernfamilie in modernen industrialisierten, arbeitsteiligen Gesellschaften mindestens drei diffuse dyadische Sozialbeziehungen, in denen die Beziehungspartner einen ungeteilten Anspruch aufeinander haben. Dies hat zur Konsequenz, dass es im familialen Interaktionssystem notwendig zu Widersprüchen kommen muss. In der Auseinandersetzung der familialen Interaktionspartner mit diesen Widersprüchen sieht Oevermann die zentrale sozialisatorische Leistung der Familie; sie ist eine *notwendig widersprüchliche Einheit von sich ausschließenden Dyaden*. Affektive Basis, Dauer und Verlässlichkeit bilden die Grundlage dafür, dass das sich bildende Subjekt Konflikte überhaupt aushalten kann, die notwendig sind, um „bezogene Individuation“ (Stierlin) auszubilden. Erst auf dieser Grundlage kann sich die Grundform von Sozialität mit den Struktureigenschaften der Reziprozität (Mead 1969) bzw. exzentrischer Positionalität (Plessner 1974, vgl. zusammenfassend Buchholz 1993) und damit der individuellen Autonomie entwickeln.

Familie als Milieu. Die triadische Interaktionsstruktur der Familie ist eingebettet in die „Familie als Milieu“. Die Milieustudie der Familie ist das zweite Element einer fallrekonstruktiven Familienforschung. Hier wird die Familie in Anlehnung an die phänomenologisch orientierte Soziologie (Berger und Kellner 1965, Grathoff 1989) als symbolische Sinnwelt betrachtet. Diese Sinnwelt wird zum einen durch einen Erzählzusammenhang konstituiert, in welchem das kollektive Familiengedächtnis mehr oder weniger konsistent gebildet, erhalten und modifiziert wird (Hildenbrand und Jahn 1988). Dieses Familiengedächtnis formt implizit die Sinnwelt einer Familie und prägt sie im Sinne einer „natürlichen Selbstverständlichkeit“. Es kann aber auch zur Grundlage von Prozessen der Selbstthematizierung in der Familie und der Familie (Winter 1990) vor allem in Krisenzeiten dienen. Zum Milieu gehören des Weiteren räumliche und zeitliche Strukturierungsprozesse: Wer sitzt

wann mit wem am Tisch, wer schläft wann und wo mit bzw. bei wem, wer kann welchen Raum beanspruchen und wer nicht? Dies sind typische Fragen, die an die Familie als einem Milieu gestellt werden und die die Anlage einer fallrekonstruktiven Familienstudie als Ethnographie nahe legen (Hildenbrand 1983).²

Familie als geschichtlich gewachsener Generationenzusammenhang. Diachronisch betrachtet kommen wir zur Familie als einem geschichtlich gewachsenen Sozialzusammenhang. Dies ergibt sich schon daraus, dass ein Verständnis einer spezifischen Eltern-Kind-Interaktion auf die Rekonstruktion von drei Generationen angewiesen ist: Kinder individuieren sich in der Auseinandersetzung mit Eltern, die ihrerseits wieder sich von ihren eigenen Eltern abgelöst und damit individuiert haben. Dies bedeutet, dass die fallrekonstruktive Familienforschung auch Generationenforschung ist, die zudem verschränkt ist mit der makrosoziologischen Betrachtung von Generationenlagen im Sinne Mannheims (Grathoff 1989, 139ff.; Mannheim 1928; Oevermann 2001).

3 Praktisches Vorgehen bei der Fallrekonstruktion

Auswahl und Grenzen des Falles. Die Auswahl des Falles ergibt sich aus der *Fragestellung* eines Forschungsvorhabens. Nur in Ausnahmefällen wird ein Fall wissenschaftlich rekonstruiert, weil er aus sich heraus interessant ist.

Unter einem Fall wird, wie erwähnt, ein *soziales Gebilde* verstanden, das seine *Strukturiertheit* ständig *reproduziert*, ggf. auch *transformiert*, und das *Grenzen* nach außen aufweist. Was allerdings der Fall ist, und wo dessen Grenzen liegen, kann vorab nur tentativ bestimmt werden; vielfach ergibt sich die Kontur des Falles erst im Verlauf der *Fallrekonstruktion*. Daher ist auch der Vorwurf an die fallrekonstruktive Familienforschung unzulässig, sie befasse sich mit der Familie als einer biologischen Einheit (Lenz 2003, 489). Zum Beispiel untersuchen wir derzeit lesbische Paare, die im einen Fall durch heterologe Insemination, im anderen Fall durch Verbindung mit einem gleichgeschlechtlichen männlichen Paar Kinder bekommen haben. Ebenso begründen Familien mit abwesendem Vater ein Untersuchungsinte-

2 Bourdieu betrachtet die ethnographische Sichtweise als „Gegengift“ gegen (allzu rigide – B. H.) strukturalistische Konzeptionen. Vgl. Bourdieu 2002, 70.

resse, das wir mit Verfahren der fallrekonstruktiven Familienforschung bearbeitet haben (Funcke 2004, Hildenbrand 2002).

Zugang zum Feld. Während vielfach angenommen wird, der Zugang zum Feld würde dadurch erleichtert, dass möglichst das Bekannte untersucht wird, ist genau das umgekehrte Verfahren richtig: Je fremder das Feld, desto eher können die *Sozialforscher als Fremde* auftreten, denen die *Untersuchten* etwas zu erzählen haben, das für die Forscher neu ist. Des Weiteren wird durch die Wahl eines fremden, d. h. dem Forscher oder der Forscherin nicht vertrauten Falles das Problem zumindest eingedämmt, dass Forscher, die Untersuchungen in ihrer eigenen Kultur durchführen, die für diese selbst weitgehend fraglos ist, sich bei der *Interpretation dieser Kultur* nicht auf die *Interpretationsmuster* berufen, auf die sie selbst als *Alltagsakteure* vertrauen (vgl. Cicourel 1970, Kap. II).

Datenerhebung. Ziel der Datenerhebung ist es, *Material* zu generieren, das *prozessual* organisiert ist und somit die Rekonstruktion der *Reproduktion einer Fallstruktur*, die ja ihrerseits *Prozess* ist, ermöglicht. Dabei muss der Zeitraum der Prozesse, der überschaut werden soll, ausreichend umfänglich bemessen werden, damit diese Prozesse in die Wahrnehmung eintreten können. In der fallrekonstruktiven Familienforschung benötigen wir entsprechend einen Überblick über drei Generationen, das heißt über drei Triaden. Unsere Erfahrung ist, dass wir mit der Erfassung eines Familiengenogramms dem am sparsamsten entsprechen können (Hildenbrand 2004).

Kernstück der Datenerhebung im Rahmen fallrekonstruktiver Familienforschung ist das familiengeschichtliche Gespräch. Dieses dient dazu, das geeignete Material zu generieren, um die Prozesse der Konstruktion der spezifischen Individualität eines Falles analysieren zu können. In der fallrekonstruktiven Familienforschung hat das familiengeschichtliche Gespräch *forschungsstrategisch* eine zentrale Bedeutung. Die Beteiligten berichten nicht nur über die spezifische Wirklichkeit dieser Familie, sondern sie konstruieren und modifizieren sie im Verlaufe des Gesprächs.³ Dabei kommen Aspekte familienspezifischer Weltansichten zum Ausdruck, die den Alltag dieser Familien durchgängig strukturieren. Daraus lassen sich vier Konsequenzen

3 Dem liegt die Auffassung zugrunde, dass Biographien ständigen Umschreibungs- und Umdeutungsprozessen unterliegen. Es gibt also nicht *die* Biographie. Max Frisch hat dies so formuliert: „Jedermann erfindet sich früher oder später eine Geschichte, die er für sein Leben hält“.

zen für die Bedeutung des familiengeschichtlichen Gesprächs in der fallrekonstruktiven Familienforschung ableiten (Hildenbrand und Peter 2002):

- Die Aufgabe des gemeinsamen familiengeschichtlichen Erzählens spricht die Familie als *Erzählgemeinschaft* an. Mit Schapp (1976) sind wir der Auffassung, dass Sinnzusammenhänge des menschlichen Lebens geschichtenförmig organisiert sind, und wir nehmen des Weiteren an, dass diese Geschichten eine doppelte Struktur haben: Sie bewahren, indem sie Erlebtes in einen sinnhaften Zusammenhang bringen. Sie schaffen aber auch Neues, indem sie die Tendenz haben, über das Bewahrende hinauszudeuten.
- Über das familiengeschichtliche Erzählen finden wir Zugang zu den im kollektiven Gedächtnis der Familie (Halbwachs 1966) bewahrten routinehaften Handlungs- und Orientierungsmuster.
- Des Weiteren finden wir Zugang zu jenen Situationen in der Familiengeschichte, in denen die bestehenden routinehaften Handlungs- und Orientierungsmuster nicht mehr taugen, in denen die Familie also in eine Krise geraten ist. Das Maß der Autonomie der Lebenspraxis von Individuen, Paaren und Familien zeigt sich nun gerade darin, wie diese Krisen bewältigt und so die Grundlagen geschaffen werden, neue Routinen einzurichten (Oevermann 2001).
- Es kann nicht erwartet werden, dass Familien ihre Geschichte als eine kohärente und konsistente Einheit erzählen. Jedoch bieten in der Regel einzelne Geschichten, die immer wieder erzählt werden, die Grundlage, auf der Familien in aktuellen Deutungs- und Entscheidungssituationen – typischerweise in Situationen der Krise, also z. B. in Krankheitssituationen – einen sicheren Stand gewinnen.
- Familiengeschichtliches Erzählen bringt jedoch nicht nur Orientierungs- und Handlungsmuster zutage. Erzählen als gemeinschaftliche Aufgabe bedingt gemeinsames Handeln bzw. Aushandeln. Das familiengeschichtliche Erzählen stellt ein Experiment dar, in dem Verständigungsprozesse innerhalb einer Familie angestoßen und damit untersuchbar werden. Diese Daten können folglich zur Analyse der Interaktionsmuster der jeweiligen Familie benutzt werden.

Beobachtungsprotokolle werden so angefertigt, dass Beobachtung und Deutung voneinander getrennt sind: Die Beobachtung wird möglichst interpreta-

tionsfrei notiert und der so entstandene Text analysiert (Schatzman/Strauss 1973, 99f.).

Datenanalyse. Wir verzichten ausdrücklich darauf, zunächst die Daten für alle Fälle einer geplanten Studie zu erheben und dann erst mit der *Datenanalyse* zu beginnen. Der Grund dafür ist, dass zu Beginn einer Untersuchung noch nicht abzusehen ist, welche Fälle für das vorliegende Forschungsthema relevant sind. Stattdessen erheben wir die Fälle nacheinander im Stil des „*Theoretical Sampling*“, wie es aus der Grounded Theory (Glaser und Strauss 1973/1998, Strauss 1984/1994) bekannt ist. Dazu weiter unten.

Das grundlegende Prinzip der fallrekonstruktiven Forschung ist die *Sequenzanalyse*. Ihr Ziel ist es, die Strukturiertheit eines Falles im sequentiellen Ablauf ihrer Reproduktion zu rekonstruieren. Der für diese Vorgehensweise zentrale Verfahrensschritt ist dabei der die Möglichkeiten des weiteren Verlaufs einer *Interaktion* oder einer *Äußerungseinheit* an jeder *Sequenzposition* aufgrund einer *extensiven Auslegung* der *objektiven Bedeutungsstrukturen* zu bestimmen und dann die *objektive Bedeutung* des tatsächlich erfolgten nächsten Zuges im *Interaktionsablauf* damit zu konfrontieren (Oevermann 1991, Wernet 2000).⁴

(1) Zunächst ziehen wir aus der Verschriftung des familiengeschichtlichen Gesprächs die „objektiven Daten“ der Familienmitglieder über drei Generationen heraus und fertigen ein Genogramm an. Zu den „objektiven Daten“ gehören: Geburts-, Heirats- und Sterbedaten, Daten zu Ausbildungen und ausgeübten Berufen, Wohnorte, Religionszugehörigkeit. Da Fallrekonstruktionen von Familien mindestens drei Generationen und deren jeweilige Generationenlagen erfassen, werden zusätzlich sozialhistorische Daten herangezogen (Archivmaterialien, Ortschroniken, Informationen über die historische Entwicklung von Berufen, historische Prozesse spezifischer Orte, Regionen und Gesellschaften etc.). Die so rekonstruierte Familiengeschichte als Gründungsgeschichte, in Form von „objektiven“ *Daten* repräsentiert und in einem Genogramm veranschaulicht, bietet die Grundlage für die Rekonstruktion von Handlungs- und Entscheidungsmustern, die von Generation zu Generation tradiert werden.

4 Für ein Beispiel vgl. Hildenbrand 1987, 153-157.

(2) Der zweite Schritt besteht darin, die Eingangssequenz des familiengeschichtlichen Gesprächs als Interaktionsprozess zu analysieren. Mit der *Selbststrukturierung der Interviewsituation durch die Familie* zu Beginn des Interviews, im Beobachtungsprotokoll festgehalten und in der Verschriftung des Gesprächs objektiviert, bilden sich ihre Handlungsmuster und Konstruktionsprozesse ihrer Wirklichkeit ab. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Eingangssequenz. Hier muss die Familie die Aufgabe lösen, sich gegenüber Fremden als Familie zu präsentieren und eine ungewohnte Situation, das familiengeschichtliche Gespräch, zu strukturieren.

(3) Im dritten Schritt stellen wir eine thematische Übersicht über das familiengeschichtliche Gespräch her und unterziehen einzelne Abschnitte, in denen spezifische Themen verhandelt werden, wiederum sequentiellen Analysen. Die im Rahmen dieser Themen erzählten *Geschichten* sind eine weitere Datenquelle für nur teilweise bewusste Konstruktionsprozesse, die die Familienwirklichkeit betreffen.

(4) Im vierten Schritt analysieren wir die vorhandenen Beobachtungsprotokolle, in denen Sitzordnung, Beschreibung der Wohnung, des Hauses und des Wohnumfeldes der Familie erfasst sind.

Eine *Fallrekonstruktion* kann als vorläufig abgeschlossen gelten, wenn eine integrierte, d. h. alle für den Untersuchungszweck bedeutsamen Aspekte berücksichtigende *Fallstrukturhypothese* formuliert werden kann, die ihre Plausibilität über die unterschiedlichen Datentypen und deren Analyse hinweg behält.

4 Fallrekonstruktion und Fallkontrastierung

Fallkontrastierung findet, wie erwähnt, nach dem Prinzip des „theoretical sampling“ (Glaser und Strauss 1973/1998, Kap. III) statt. In einem zentralen Punkt weichen wir jedoch vom Konzept der Grounded Theory ab: Wir betreiben das theoretical sampling nicht auf der Ebene von Gruppen, die vom Forscher auf Grundlage *empirischer Vorentscheidungen* zusammengestellt („kreiert“, vgl. Glaser/Strauss 1998, 61) werden, sondern auf der Grundlage von *Strukturen* rekonstruierter Fälle: „Statt sie (die Ähnlichkeiten empirischer Gegebenheiten – B. H.) als Gegebenheiten der Erfahrung zu erfassen, verstehen wir sie als Wesenheiten der Vernunft“ (Lévi-Strauss 1990, 37). Das bedeutet, dass zunächst der erste Fall erhoben und analysiert wird. Dann wird *gedankenexperimentell* ein zweiter, zum ersten *maximal kontras-*

tierender Fall konstruiert. Dazu wird ein passender realer Fall ausfindig gemacht und analysiert. Nun wird die erwartete Ausprägung und Richtung der *maximalen Kontrastierung* verglichen mit der *tatsächlich eingetretenen*. Hieraus werden *gedankenexperimentell* die Bedingungen für einen dritten, zu den ersten beiden Fällen maximal kontrastierender Fall formuliert, ein dazu passender realer Fall ausfindig gemacht und analysiert. Dieses Verfahren wird so lange fortgeführt, bis eine *Sättigung* der sich entwickelnden Theorie eintritt (vgl. dazu die Skizze in Hildenbrand 1999, 69).

5 Typenbildung

Die Typenbildung gilt seit Max Webers Ausführungen zur „gedanklichen Gestalt des Idealtypus“ als Vorgehen der Wahl, wenn es um Generalisierung im Rahmen sinnverstehender Soziologie geht. Allerdings sind mit seiner Konzeption einige Probleme verbunden:⁵

(1) Das erste Problem kann mit folgender Frage benannt werden: Gehen die Fallrekonstruktionen im allgemeinen Typus auf, oder werden sie darin als Einzelfall bewahrt? Max Weber ist hier unentschlossen. Einerseits sind für ihn Idealtypen „theoretische Konstruktionen unter illustrativer Benutzung des Empirischen“ (Weber 1988, 205). Wenn es dabei bliebe, würde der Einzelfall im Idealtypus aufgehen, und die übergreifende Fallstruktur, aus der heraus einzelne Phänomene des Falls ihre Bedeutung gewinnen, würde verschwinden. Andererseits aber maß Weber der Kasuistik eine große Bedeutung zu. So schreibt er über die seinerzeit im Entstehen begriffene Psychoanalyse: „Gleichwohl unterliegt es keinem Zweifel, dass Freuds Gedankenreihen für ganze Serien von kultur-, speziell *religionshistorischen* und sitten-geschichtlichen Erscheinungen zu einer Interpretationsquelle von sehr großer Bedeutung werden *können* (...) Vorbedingung wäre die Schaffung einer exakten *Kasuistik*“ (zitiert nach Marianne Weber 1926/1989, 379). Das heißt, dass Theoriebildung sich beständig im Spannungsfeld von abstrahierender Fallrekonstruktion und Typenbildung ereignet. Dieses Spannungsfeld wird vielfach dadurch aufgelöst, dass aus der Untersuchungsgruppe Fälle herausgelöst werden, die dann als „reine Fälle“ (Gerhardt 1991) oder als „Referenzfälle“ (Giegel, Frank und Billerbeck 1987) eine dominante Rolle in der Theoriebildung übernehmen.

5 Für eine ausführliche Diskussion der Praxis der Typenbildung vgl. Kluge und Kelle 1999.

(2) Das zweite Problem hängt eng mit dem ersten zusammen und bezieht sich darauf, dass Fälle nicht einfach unter Typen subsumiert werden können. Typen haben in der Logik der fallrekonstruktiven Familienforschung keine größere Bedeutung als die einer Hilfskonstruktion (eben: *Mittel* und nicht *Ziel*) in der vergleichenden Fallrekonstruktion. Sie dienen der Verallgemeinerbarkeit von Fallrekonstruktionen im Fallvergleich (Nagel 1997) und haben damit eine wichtige Rolle im Theoriebildungsprozess. Jedoch müssen sich diese Typen, und mit ihnen die Theorie, die auf sie aufbaut, eingedenk der „ewigen Jugendlichkeit idealtypischer Konstruktionen“ (Weber 1988, 206) immer neu am Fall bewähren.⁶

6 Fallrekonstruktive Verfahren und Klinische Soziologie

Strukturell ist die Logik des wissenschaftlichen Fallverstehens nicht unterschieden von der Logik der Fallrekonstruktion im Dienste der beraterischen und therapeutischen Arbeit. Daher bietet sich die fallrekonstruktive Forschung als Brücke zwischen der Soziologie und den Professionen, die mit Beratung und Therapie befasst sind, an.⁷ Anders gesprochen: Die fallrekonstruktive Familienforschung erlaubt einen grundlagenwissenschaftlich orientierten Anwendungsbezug der Soziologie. Daher erstaunt es nicht, dass universitäre Seminare, in denen fallrekonstruktive Verfahren vermittelt und auf materiale Problemstellungen der Soziologie angewandt werden, sich bei den Studierenden großer Beliebtheit erfreuen, ermöglichen sie es ihnen doch, sich wesentliche Instrumente für ihre spätere Berufspraxis anzueignen. Seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich dafür der Begriff der „Klinischen Soziologie“ eingebürgert (Wirth 1931, Oevermann 1990, Bourdieu 1998).

Es gibt drei Unterschiede zwischen wissenschaftlicher und therapeutischer Fallrekonstruktion:

1. Die wissenschaftliche Fallrekonstruktion erfolgt nicht unter Handlungsdruck.

6 Für ein Beispiel vgl. Hildenbrand 1991.

7 Vgl. als Beispiel Welter-Enderlin und Hildenbrand⁴2004 sowie Hildenbrand 2005. Beide Bücher wurden für Praktikerinnen und Praktiker aus Beratung und Therapie geschrieben und beruhen auf unseren Erfahrungen aus der therapeutischen Arbeit wie aus der fallrekonstruktiven Familienforschung.

2. Während die therapeutische Fallrekonstruktion ihren Zweck erfüllt hat, wenn das therapeutische Problem gelöst ist und daher nur punktuell erfolgen muss, ist das Ziel der wissenschaftlichen Fallrekonstruktion, möglichst umfassend einen Fall zu beleuchten.
3. Bei der fallrekonstruktiven Forschung wird der Fallvergleich i. S. einer minimalen und maximalen Kontrastierung (Glaser/Strauss 1973/1998, Strauss 1991) systematisch und explizit durchgeführt, während im therapeutischen Handeln Fallvergleiche zwar auch ständig vorgenommen werden, weil sie genuiner Bestandteil therapeutischer Erfahrungsbildung sind, jedoch eher implizit bleiben.

Literatur

- BERGER, C./HILDENBRAND, B./SOMM, I. (2002): Die Stadt der Zukunft – Leben im prekären Wohnquartier. Opladen.
- BERGER, P./KELLNER, H. (1965): Die Ehe und die Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Abhandlung zur Mikrosoziologie des Wissens. Soziale Welt 16, S. 220-235
- BOHLER, K.F./HILDENBRAND, B. (2003): Fallrekonstruktion in der Klinischen Soziologie: Am Beispiel von Alkoholismus in einem Familienbetrieb. In: Ostermann, T./Matthiessen, P. (Hg.): Einzelfallforschung in der Medizin: Bedeutung, Möglichkeiten, Grenzen. Frankfurt a. M. S. 85-103.
- BOURDIEU, P. (1998): Vom Gebrauch der Wissenschaft – Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes. Konstanz.
- BOURDIEU, P. (2002): Ein soziologischer Selbstversuch. Frankfurt am Main.
- BUCHHEIM, P./CIERPKA, M./SEIFERT, Th. (Hg.) (1995): Konflikte in der Triade. Lindauer Texte. Heidelberg u. a.
- BUCHHOLZ, M.B. (1993): Dreiecksgeschichten: Eine klinische Theorie psychoanalytischer Familientherapie. Göttingen.
- CICOUREL, A. (1970): Methode und Messung in der Soziologie. Frankfurt a. M.
- DILTHEY, W. (1974): Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften. Frankfurt a. M.

- FEAGIN, J.R./ORUM, A.M./SJOBERG, G. (Hg.) (1991): A Case for the Case Study. Chapel Hill and London.
- FIVAZ-DEPEURSINGE, E./CORBOZ-WARNERY, A. (2001): Das primäre Dreieck: Vater, Mutter und Kind aus entwicklungstheoretisch-systemischer Sicht. Heidelberg.
- FUNCKE, D. (2004): Möglichkeiten der Entwicklung von personaler lebenspraktischer Autonomie unter der strukturellen Bedingung einer unvollständigen Triade. Dissertationsschrift. Jena.
- GERHARDT, U. (1991): Typenbildung. In: Flick, U., et al., (Hg.): Handbuch qualitative Sozialforschung. München. S. 435-439.
- GIEGEL, H.-J./FRANK, G./BILLERBECK, U. (1987): Industriearbeit und Selbstbehauptung. Opladen.
- GLASER, B.G./STRAUSS, A.L. (1973/1998): Grounded Theory: Strategien qualitativer Sozialforschung. Bern u. a.
- GRATHOFF, Richard (1989): Milieu und Lebenswelt. Frankfurt a. M.
- HALBWACHS, M. (1966): Das Gedächtnis. Berlin und Neuwied.
- HERLTH, A./BRUNNER, E.J./TYRELL, H./KRIZ, J. (Hg.) (1994): Abschied von der Normalfamilie? Partnerschaft contra Elternschaft. Heidelberg u. a.
- HILDENBRAND, B. (1983): Alltag und Krankheit – Ethnographie einer Familie. Stuttgart.
- HILDENBRAND, B. (1987): Wer soll bemerken, dass Bernhard krank wird? – Familiäre Wirklichkeitskonstruktionsprozesse bei der Erstmanifestation einer schizophrenen Psychose. In: Jarg B. Bergold, Uwe Flick (Hg.): Ein-Sichten – Zugänge zur Sicht des Subjekts mittels qualitativer Forschung. Tübingen. S. 151-162.
- HILDENBRAND, B. (1991): Alltag als Therapie – Ablöseprozesse Schizophrener in der psychiatrischen Übergangseinrichtung. Bern, Stuttgart.
- HILDENBRAND, B. (1999): Fallrekonstruktive Familienforschung. Opladen.
- HILDENBRAND, B. (2002): Der abwesende Vater als strukturelle Herausforderung in der familialen Sozialisation. In: Walter, H. (Hg.): Männer als Väter – Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie. Gießen. S. 743-782.

- HILDENBRAND, B. (2003): Sinnverstehen in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Rezensionssaufsatz. Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau Jg. 47 Heft 2. S. 49-59.
- HILDENBRAND, B. (2004): Fallrekonstruktive Familienforschung und Familientherapie: Die Sequenzanalyse in der Genogrammarbeit. Familiendynamik Jg. 29 Heft 3. S. 257-287.
- HILDENBRAND, B. (2005): Einführung in die Genogrammarbeit. Heidelberg.
- HILDENBRAND, B./PETER, C. (2002): Familiengeschichtliche Gespräche zur Rekonstruktion der Entwicklungsdynamik von Krankheiten. In: Schaeffer, D., Müller-Mundt, G. (Hg.): Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung. Bern u. a. S. 247-268.
- HILDENBRAND, B./JAHN, W. (1988): „Gemeinsames Erzählen“ und Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion im familiengeschichtlichen Gespräch. Zeitschrift für Soziologie 17. S. 203-217.
- KLUGE, S./KELLE, U. (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Opladen.
- KRAIMER, K. (Hg.) (2000): Die Fallrekonstruktion. Frankfurt a. M.
- LENZ, K. (2003): Familie – Abschied von einem Begriff. Erwägen, Wissen, Ethik Jg. 14 (3), S. 485-498.
- LÉVI-STRAUSS, C. (1981): Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft. Frankfurt a. M.
- LÉVI-STRAUSS, C. (1990): Mythologica IV (Der nackte Mensch). Frankfurt a. M.
- MANNHEIM, K. (1928): Das Problem der Generationen. Kölner Vierteljahresshefte für Soziologie 7. S. 157-185, 309-330.
- MATTHIessen, P. (2003): Der diagnostisch-therapeutische Prozeß als Problem der Einzelfallforschung. In: T. Ostermann und P. Matthiessen (Hrsg.): Einzelfallforschung in der Medizin: Bedeutung, Möglichkeiten, Grenzen. Frankfurt a. M. S. 31-59.
- MEAD, G.H. (1969): Die objektive Realität von Perspektiven. In: MEAD, G. H.; Kellner, H. (Hg.): Philosophie der Sozialität. Frankfurt a. M.
- NAGEL, U. (1997): Engagierte Rollendistanz. Opladen.
- OEVERMANN, U. (1990): Klinische Soziologie. Konzeptualisierung, Begründung, Berufspraxis und Ausbildung. Unveröff. Manuskript. Frankfurt a. M.

- OEVERMANN, U. (1991): Genetischer Strukturalismus und das sozialwissenschaftliche Problem der Erklärung der Entstehung des Neuen. In: Stefan Müller-Doohm (Hg.): *Jenseits der Utopie*. Frankfurt a. M. S. 267-336.
- OEVERMANN, U. (2001): Die Soziologie der Generationenbeziehungen und der historischen Generationen aus strukturalistischer Sicht und ihre Bedeutung für die Schulpädagogik. In: Kramer, R.T., Helsper, W., Busse, S. (Hg.): *Pädagogische Generationsbeziehungen*. Opladen.
- PARSONS, T. (1981): *Sozialstruktur und Persönlichkeit*. Frankfurt a. M.
- PLESSNER, H. (1974): Soziale Rolle und menschliche Natur. In: ders. *Diesseits der Utopie*. Frankfurt a. M. S. 23-35.
- RAGIN, C.L./BECKER, H.S. (eds.) (1992): *What Is a Case? Exploring the Foundations of Social Inquiry*. Cambridge.
- RICKERT, H. (1899/1986): *Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft*. Stuttgart.
- SCHAPP, W. (1976): *In Geschichten verstrickt – Zum Sein von Mensch und Ding*. Wiesbaden.
- SCHATZMAN, L./STRAUSS, A. (1973): *Field Research – Strategies for a Natural Sociology*. Englewood Cliffs, N.J.
- STRAUSS, A. L. (1984/1994): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. München.
- WEBER, M. (1922/1988): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen.
- WEBER, M. (1926/1989): *Max Weber – Ein Lebensbild*. München.
- WELTER-ENDERLIN, R./HILDENBRAND, B. (2004): *Systemische Therapie als Begegnung*. Stuttgart.
- WERNET, A. (2000): *Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik*. Opladen.
- WINDELBAND, W. (1894): *Geschichte und Naturwissenschaft*. Rektoratsrede. Straßburg (3. Aufl.).
- WINTER, R. (1990): Das Spannungsfeld zwischen Individuum und Familie: Selbstthematisierung in der Familie und familiale Selbstthematisierung. *System Familie* 3. S. 251-263.
- WIRTH, L. (1931): *Clinical Sociology*. *AJS* 37. S. 49-66.

Michael Feldhaus

Zur Erhebung proximaler Determinanten von Fertilität im Rahmen einer Panelbefragung

1 Zielsetzung

Das Thema der Fertilität hat Konjunktur. Der zunehmend sichtbar werdende Geburtenrückgang, der sich im Grunde genommen schon seit den 1970er Jahren langsam abzeichnete, hat nun vermehrt auch die Politik erreicht und wird diese aufgrund der unausweichlich bevorstehenden Umbauten im Bereich des Sozialwesens und der Infrastruktur wohl nicht so schnell wieder verlassen. Ob es um die Diskussion um verlängerte Arbeitszeiten geht, um die bevorstehenden Schließungen kleinerer Schulen mangels Schüler, um die Auswirkungen auf Rentensysteme, um die – kritisch – zu diskutierenden Folgen der Altersstruktur auf das gesellschaftliche Zusammenleben usw., das Thema der Fertilität und daran hängende Argumentationen werden in Zukunft eine zentrale Bedeutung erlangen. Die gegenwärtigen Geburtenraten liegen für Deutschland bei 1,4 Kindern pro Frau und sind schon lange nicht mehr in der Lage, die für die Reproduktion der Bevölkerung notwendige Anzahl von 2,1 Geburten zu realisieren.

Die These – wie sie noch bei Konrad Adenauer zu hören war –, dass „Kinder allemal geboren werden“, hat sich seit dem Aufkommen der New Home Economics, der ökonomischen Theorie in der Familienforschung, in eine wissenschaftliche Frage gleichwohl umgekehrt: Wieso bekommen Paare überhaupt noch unter den gegenwärtigen Bedingungen Kinder? Die sozialwissenschaftliche Forschung des generativen Verhaltens, definiert als das individuelle Handeln und Verhalten im Rahmen der Nachwuchsreproduktion, hat in den letzten Jahrzehnten starke Schwerpunktverlagerungen erfahren. Sie ist von den traditionell vorherrschenden makrotheoretischen Entwürfen und Analysen auf einen mikrofundierten und mikroanalytisch ausgerichteten Forschungsansatz des generativen Verhaltens umgeschwenkt (vgl. Brüderl et al. 2003). Obgleich die Erforschung des generativen Verhaltens in

den letzten Jahrzehnten erhebliche theoretische und empirische Fortschritte erzielen konnte (siehe hierzu die Überblicksartikel von Huinink 2000; Hill/Kopp 2000; van de Kaa 1997), ist der Zusammenhang von situativen Rahmenbedingungen und psycho-sozialen Dispositionen auf der einen Seite und die Ausbildung und Umsetzung eines Kinderwunsches auf der anderen Seite noch nicht gänzlich geklärt.

Dieses „Vermittelnde“, die situativen Rahmenbedingungen einerseits und das generative Verhalten andererseits, methodisch und empirisch adäquater zu erfassen, ist die Aufgabe der so genannten proximalen Faktoren generativen Verhaltens. Hierzu zählen Fragen zur sexuellen Aktivität, zur Verhütungspraktik, zu Schwangerschaftsabbrüchen und neuerdings auch Fragen zur modernen Reproduktionsmedizin sowie zur pränatalen Diagnostik usw. Obgleich es innerhalb der internationalen Demographie aufgrund der Erforschung globaler Prozesse zur Weltbevölkerung, zur gesundheitlichen Entwicklung usw., ein großes Interesse an diesen Faktoren und deren Erhebung gibt, scheint dieser Bereich in gängigen deutschsprachigen Untersuchungen zur Erklärung des generativen Verhaltens nur ansatzweise berücksichtigt. Gerade von diesen Variablen sind aber weitere theoretische und empirische Erkenntnisfortschritte zu erwarten, wie im Folgenden dargelegt werden soll.

Ich möchte innerhalb dieser methodisch ausgerichteten Vortragsreihe im Folgenden zunächst genauer die proximalen Faktoren und ihre Zielsetzungen beschreiben, wobei auch die Vorteile für deren Erhebung eruiert werden (2.). Anschließend sollen die methodischen Probleme angesprochen werden, die sich gerade für eine Panelbefragung aus der Erhebung derartiger Fragestellungen ergeben können. So ist geplant, diese Variablen in das neu gestartete Beziehungs- und Familienentwicklungs-Panel (Pairfam) zu integrieren (3.).

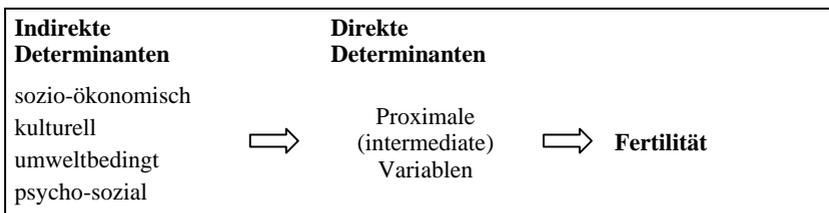
2 Proximale Faktoren des generativen Verhaltens

Als einfaches Beispiel zur Herleitung proximaler Faktoren kann man auf den statistischen Zusammenhang zurückgreifen, dass zwischen dem Bildungsabschluss von Frauen und ihrer Kinderzahl eine Korrelation besteht, dahingehend, dass je höher der Bildungsabschluss desto geringer die Geburtenzahlen. Eine genauere Analyse zeigt, dass der Faktor Bildung über andere Determinanten mit der Geburtenzahl verbunden sein muss, da es nicht unbedingt einleuchtend ist, warum eine höhere Bildung zu weniger Kindern führt.

Ein möglicher Grund ist die Aufschiebung der Realisierung des Kinderwunsches bis zum Erreichen des gewünschten Bildungsabschlusses und Berufseinstiegs. Lebt man nun in einer heterosexuellen Partnerschaft und will nicht auf sexuelle Aktivitäten (Geschlechtsverkehr) verzichten, muss zur Verhinderung einer ungewollten Schwangerschaft das sexuelle Verhalten so angepasst resp. „geschützt“ werden, dass der ungewollte Effekt nicht eintritt. Hierfür stehen verschiedene Möglichkeiten der Kontrazeption zur Verfügung. Kontrazeption ist in diesem Beispiel der vermittelnde Faktor zwischen vorliegender Berufs-, Nicht-Kind- und Partnerschaftsorientierung: “In general, the biological and behavioral factors through which socioeconomic, cultural and environmental variables affect fertility are called intermediate fertility variables” (Bongaarts 1978, 105).

Das Ziel der Erhebung proximaler Faktoren liegt demzufolge darin, ob und in welcher Weise so genannte weiche Determinanten einen nachweislichen Effekt auf der Handlungsebene aufweisen, wodurch theoretische Erklärungsmodelle ob ihrer Erklärungskraft näher spezifiziert und kontrolliert werden können. So wäre es beispielsweise widersprüchlich, vor dem Hintergrund einer ausschließlich geäußerten hohen Präferenz für die Erreichung beruflicher Ziele gleichzeitig einen Laissez-Faire-Stil in der Verhütungspraxis zu betreiben. Die leicht zu erhebenden Faktoren auf der unmittelbaren Handlungsebene können somit auch als Kontrollvariablen in Bezug auf die mehr abstrakt oder schwierig zu antizipierenden Fragestellungen aus anderen Bereichen dienen.

John Bongaarts hat in seinem viel beachteten Aufsatz „A framework for Analyzing the Proximate Determinants of Fertility“ (1978) unter Rückgriff auf die Arbeiten von Davis/Blake (1956) den Zusammenhang von proximalen und situativen Faktoren zur Erklärung von Fertilität graphisch dargestellt:



Erweitert wurde diese Übersicht durch den Bereich der psycho-sozialen Determinanten, die gerade in neueren theoretischen Ansätzen zur Erklärung des

generativen Verhaltens eine herausragende Rolle spielen (vgl. Huinink/Schröder 2003). Bongaarts unterscheidet nunmehr folgende Variablen:

1. Verheiratsquote
2. Kontrazeption/Verhütungsarten
3. Abtreibungen
4. Laktationsphase/Phasen der Infertilität
5. Frequenz von Geschlechtsverkehr
6. Sterilität
7. Totgeburten/Schwangerschaften mit nicht-lebendgeborenen Kindern
8. Phase der fertilen Periode

Mittels dieser Faktoren erhofft sich Bongaarts eine Verbindung zwischen generativem Verhalten und sozioökonomischen Rahmenbedingungen: “An analysis of determinants of fertility that includes the intermediate fertility variables can therefore greatly clarify the relationships between socioeconomic indicators and fertility” (Bongaarts 1978, 126). Beispielsweise gibt es aus dem Bereich der Jugendforschung die Erkenntnis, dass die Aufnahme sexueller Beziehungen eng mit den Einstellungen innerhalb der je geltenden Peer-Group im Zusammenhang steht; ferner können das Verhütungsverhalten und Sexualität mit religiösen Überzeugungen – oder eben auch nicht – zusammenhängen usw. Proximale Faktoren sollen vermitteln zwischen den abstrakteren Einstellungsfragen und den konkreten Handlungen und Wissensbeständen.

Im Folgenden seien die einzelnen Faktoren etwas ausführlicher erläutert, wobei auch Kritik an dem Ansatz von Bongaarts mit einbezogen wird. Betont werden muss eingangs, dass dieses Modell eher für aggregierte Makrodaten entwickelt wurde, aber auch – wie noch zu zeigen sein wird – für die individuellen Analysen in einem Paneldesign Vorteile mit sich bringen könnte.

1. Verheiratsquote (Cm). Die Umschreibung „proportions married“ bei Bongaarts ist insofern verwirrend, weil sie sich nicht nur auf verheiratete Partnerschaften allein bezieht: “This variable is intended to measure the proportions of women of reproductive age that engage in sexual intercourse regularly. All women living in sexual unions should theoretically be included, but to circumvent measurement problems, the present analysis deals only with the childbearing of women living in stable sexual unions, such as formal marriages and consensual unions” (Bongaarts 1978, 107). Das Verhei-

ratetsein wird demnach als Proxy für das Vorhandensein sexueller Aktivität im fertilen Alter herangezogen. Dieser „index of proportion married“ gibt nun das altersspezifische Heiratsverhalten von Frauen in der reproduktiven Phase an. Bezeichnet die *TFR* (total fertility rate) die altersspezifischen, zusammengefassten Geburtenraten von Frauen innerhalb der fertilen Phase und die *TM* (total marital fertility rate) die altersspezifischen, zusammengefassten ehelichen Geburtenraten, ergibt sich

$$Cm = TFR/TM \text{ bzw. } TFR = Cm \times TM,$$

wobei Cm dann das Verhältnis angibt, inwieweit sich die *TFR* verringert durch den Einfluss von Ledigenquoten, weil diese ja laut Definition keine Kinder bekommen. Die *TFR* setzt sich dann aus zwei Determinanten zusammen: “(1) the prevailing marriage pattern among women of reproductive age (Cm); and (2) the fertility level within marriage (TM)” (Bongaarts 1978, 109).

Stover (1998) weist nunmehr zu Recht darauf hin, dass der Faktor des Verheiratetseins heutzutage jedoch kein ausreichender Prädiktor für Fertilität ist, da eine Trennung von Ehe, Sexualität und Elternschaft erfolgte. Ein direkterer Faktor ist nach Stover die Frage nach der „sexuellen Aktivität einer Person“ und auch die methodischen Probleme, dass derartige Daten nicht vorhanden sind, trifft heute nicht mehr zu (Stover 1998, 256f.). Wollte man diesen Faktor in heutigen Untersuchungen erfassen, so wäre es sicher ratsam, nicht nur den Familienstand oder das Zusammenleben in einer Partnerschaft zu erheben, sondern auch eine Frage nach der sexuellen Aktivität, nach dem Leben in einer sexuellen Partnerschaft zu stellen, idealerweise nach der Häufigkeit des Geschlechtsverkehrs oder gar ob der Geschlechtsverkehr bewusst während der fertilen Tagen einer Frau durchgeführt wurde.

2. *Kontrazeption*. Die Benutzung von Verhütungsmitteln resp. entsprechender Methoden ist ein entscheidender Faktor zur genaueren Bestimmung der Realisierung eines Kinderwunsches bzw. zur Verhinderung einer ungewollt eintretenden Schwangerschaft bei gleichzeitig sexueller Aktivität. Verhütung ist gegenwärtig nicht die Ausnahme, sondern die gewöhnliche Praxis, wie die Daten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigen: 85% der unter 30-Jährigen und 73% der 30-44-Jährigen wenden Verhütungsmittel an, wobei 77% Verhütung anwenden mit einem festen Partner und 79% ohne einen festen Partner (BZgA 2003, 9).

Nach Bongaarts lässt sich folgender Zusammenhang bestimmen: Kontrazeption (C_c) verringert je nach Sicherheit der angewandten Methode die natürliche Fertilitätsrate TNM (total natural marital fertility rate), definiert als die heiratsspezifische Fertilitätsrate in Abwesenheit von Kontrazeption und Schwangerschaftsabbrüchen/Fehlgeburten und beeinflusst dadurch die TM :

$$TM = C_c \times TNM$$

Erweitert in die obige Gleichung eingesetzt:

$$TFR = C_m \times C_c \times TNM$$

Liegt keine Kontrazeption vor, beträgt $C_c=1$, liegt eine – nahezu 100%ige – Kontrazeption vor, so ist $C_c=0$ und damit auch $TNM=0$. D. h. zur Beantwortung dieser Frage muss auch die Effektivität von Verhütungsmitteln bekannt sein. Diese variiert bekanntlich nach der angewandten Methode. Zur konkreten Bestimmung der Effektivität einer Verhütungsmethode kann auf den Pearl-Index zurückgegriffen werden:

$$P = \frac{\text{Gesamtzahl der Schwangerschaften} \times 12 \text{ Monate}}{\text{Zahl der Anwendungsmonate} \times \text{Zahl der Frauen}} \times 100$$

Danach wird die Zahl der ungewollten Schwangerschaften unter Anwendung einer bestimmten Methode auf 1200 Anwendungsmonate = 100 Frauenjahre berechnet. Es ergeben sich nach derzeitigem Stand der Informationen folgende Werte, wobei zum Vergleich der Pearl-Index bei einem ungeschützten Geschlechtsverkehr ohne Anwendung jeglicher Verhütungsmethoden bei $P=80$ liegt.¹

1 Die Möglichkeiten der Verhütungsmethoden sind inzwischen vielfältig geworden. Auch neuere Verfahren wie Depotpräparate sind entwickelt worden. Weitere Angaben zu jeder Verhütungsmethode unter: <http://www.m-ww.de>.

Angewandte Methode	Effektivität / Pearl
Sterilisation	0,1-0,3
Depotpräparate	0,4-2
Pille	0,2-0,5
Spirale	0,5-4,6
Kondome	3-14
Diaphragma	12-20
Kalendermethode	15-38
Coitus Interruptus	35

Die Erhebung der angewandten Verhütungsmethode ist für die Erklärung des Zustandekommens einer Schwangerschaft demnach schon zentral. Vor allem, wenn man diese Fragen beiden Partnern stellt. Aus theoretischer Perspektive ist von besonderem Interesse, mittels dieser intermediären Variable zu erfahren, wie konsequent, inkonsequent oder unreflektiert vor dem Hintergrund anderer Lebensziele Schwangerschaften verhindert bzw. Kinderwünsche realisiert werden, insbesondere wenn man spezielle Nachfragen zu den Gründen stellt, warum man nicht verhütet.² Ferner scheint es angebracht, nicht nur nach der Stärke des Kinderwunsches zu fragen und dem Zählen von dann auftretenden Kindern, sondern auch gezielt nach der Geplantheit und Gewolltheit von Schwangerschaften und dem damit einhergehenden Verhütungsverhalten: Lag ein starker Kinderwunsch vor, so war in der „Frauen leben“ Studie (2002) die Schwangerschaft zu 86% geplant. Wurde hingegen ein mittlerer-positiver Kinderwunsch angegeben, waren Schwangerschaften zu 44% geplant und zu 42% nicht geplant. In der Mehrzahl der Fälle zeigt sich zwar ein Zusammenhang zwischen dem Vorliegen eines Kinderwunsches und der bewussten Planung, dennoch ließen sich eine Reihe weiterer Paradoxien im Antwortverhalten auffinden: So sind nur 58% der

2 Eine Reihe von Gründen, nicht zu verhüten, die auf unterschiedliche inhaltliche Dimensionen abzielen (z. B. gezielte Planung, Unreflektiertheit, Affektion, Vergewaltigung usw.) finden sich bei C. Helfferich (2002).

ungewollten Schwangerschaften nicht freudig begrüßt worden und in 10% der Fälle waren diese gar „sehr erfreut“. Ferner wollten Frauen, die unter Verhütung schwanger wurden, zu 11% das Kind genau zu diesem Zeitpunkt. Während üblicherweise derartige Ergebnisse als Abweichung von der „Planungsrationale“ verbucht werden, scheint es nach Helfferich (2002) sinnvoller zu sein, von „Ambivalenzen“ zu sprechen, die sich durch die Widersprüche in der Ausgestaltung der Frauen- und Mutterrolle sowie auf intrapsychischer Ebene durch die Vielzahl der bewussten und unbewussten Determinanten des Kinderwunsches ergeben. In der thematisch angrenzenden „Männer leben“ Studie (2002) ergab sich auch ein derartiger Hinweis: „Nur“ 62% der Väter gaben an, dass die Schwangerschaft zum Zeitpunkt gewollt war, für 25% war die Schwangerschaft gewollt, aber zu einem späteren Zeitpunkt, 9% der Schwangerschaften waren nicht gewollt und 4% standen der Schwangerschaft ambivalent gegenüber. Mit gezielteren Nachfragen zu Geplantheit, Gewolltheit und Erwünschtheit einer Schwangerschaft wären demnach auch bei diesem proximalen Faktor Erkenntnisgewinne zu erwarten; vor allem, wenn beide Partner getrennt voneinander befragt werden.

3. *Abtreibungen (Ca)*. Abtreibungen/Fehlgeburten beeinflussen die natürliche Fertilität dahingehend, dass sie zum einen die Anzahl der Lebendgeburten verringern und zum anderen die Zeit verkürzen, die für eine weitere Schwangerschaft zur Verfügung stünde. Obgleich Bongaarts nicht zwischen Schwangerschaftsabbrüchen und Fehlgeburten unterscheidet, da sich dadurch TFR in der Gesamtheit nicht verändert, ist die Unterscheidung auf der individuellen Erklärungsebene sehr zentral. So stellt der Schwangerschaftsabbruch unter vorhandener Indikation eine Entscheidung gegen das Kind dar, während eine Fehlgeburt in der Regel keine bewusste Entscheidung gegen ein Kind beinhaltet und gänzlich andere Folgen nach sich ziehen kann. Daher ist eine Aufgliederung dieser Frage nach einem Schwangerschaftsabbruch und nach einer Fehlgeburt schon sehr wichtig. In Bongaarts Formel heißt es:

$$TFR = C_m \times C_c \times C_a \times TNM$$

4. *Laktationsphase/Geburtsintervalle*. Ein weiterer, die Fertilität reduzierender Faktor liegt in der Stillzeit nach der Geburt eines Kindes. Um Frauen vor ständiger Schwangerschaft zu schützen, hat die Natur es eingerichtet, dass viele Frauen während der Zeit des Stillens keinen Eisprung bekommen und daher unfruchtbar sind. Ursache dafür ist eine leichte Hyperprolaktinämie.

mie. Weltweit und vor allem in den Entwicklungsländern werden auf diese Weise viele Frauen bis zu 2-3 Jahre vor weiteren Schwangerschaften bewahrt. Ein 100%iger Schutz besteht allerdings nicht, da nicht genau vorherzusagen ist, wann der Eisprung wieder einsetzt. Oftmals ist dies noch während der Stillperiode der Fall. Unabhängig von der Laktation gibt es einen weiteren natürlichen Schutz vor Schwangerschaften kurz nach der Geburt, da die Menstruation nicht sofort wieder einsetzt. Diese Phase ist allerdings sehr kurz und wird auf 1,5 Monate geschätzt (Bongaarts 1978, 115). Beide Faktoren haben einen Einfluss auf die Intervalle zwischen möglichen Geburten. Zu den 1,5 Monaten natürlichem Schutz nach Geburt eines Kindes kann als weiterer Intervall hinzuaddiert werden die durchschnittliche Zeit bis zur nächsten Schwangerschaft: 80% aller Paare werden innerhalb eines Jahres schwanger, 90% innerhalb von 2 Jahren. Bongaarts geht von durchschnittlich 7.5 Monaten aus. Auch die Zeiten von spontanen Aborten in den ersten Monaten verlängert den Intervall zwischen den Geburten (geschätzte 2 Monate) und selbstverständlich auch eine vorliegende Schwangerschaft bis zur Geburt (9 Monate). Zählt man einmal alle Faktoren zusammen, kommt man auf eine durchschnittliche Intervallzeit zwischen zwei Geburten von 20 Monaten, ohne Laktationszeit. Diese würde dann je nach Anwendung und individuell sehr unterschiedlich die Phase nochmals verlängern. Die Maßzahl der laktationsbedingten Infertilität (C_i) berücksichtigt diese im Intervall zwischen den Geburten liegenden Faktoren. Hierbei muss jedoch noch einmal angemerkt werden, dass es sich in dem Modell von Bongaarts um aggregierte Daten handelt. Aber es lassen sich dadurch auch die relevanten Faktoren auf der individuellen Ebene kennzeichnen, nämlich die natürliche Infertilität nach erfolgter Geburt, eine evtl. intrauterine Mortalität, die ovulationshemmende Laktationsphase, die Zeit bis zur nächsten Schwangerschaft bei keinerlei Anwendung von Verhütungsmitteln und die Dauer der nächsten Schwangerschaft bis zur Geburt. So kann allein bei Abwesenheit von jeglichen Verhütungsmitteln und Planungsgedanken ganz aufgrund natürlicher Bedingungen schnell ein Zwei-Jahres-Intervall zwischen den Geburten und Geschwistern entstehen. Die TNM (total natural fertility rate) unterteilt sich somit in die Faktoren der Infertilität C_i und der dann übrig bleibenden TF (der total fecundity rate). Bongaarts berechnet die TF wie folgt: Von einer fertilen Phase von Frauen im Alter zwischen 15 bis 45 ausgehend, und unter der Annahme einer 17%igen Sterilität unter Paaren verbleiben 25 Jahre zur Reproduktion. Davon den durchschnittlichen Intervall zwischen allen möglichen Geburten abziehend (20 Monate) bleibt eine

potenziell mögliche Geburtenzahl von 15, die dann je nach Länge der Zeit zur nächsten Konzeption und abhängig von Laktation sich noch verringern oder vergrößern kann (zwischen 13 und 17). Die angefangene Gleichung darum ergänzt:

$$TFR = C_m \times C_c \times C_a \times C_i \times TF$$

Aber auch hier sei ergänzt, dass es uns nicht um ein aggregiertes Modell geht, wie bei Bongaarts und anderen (z. B. Stover 1998; Hobcraft/Little 1984; Reinis 1992), sondern darum, diejenigen Faktoren zu analysieren, die in biologischer Hinsicht Rahmenbedingungen für generatives Verhalten bereitstellen und eine Verknüpfung zwischen den intermediären Variablen und den situativen Bedingungen des Handelns ermöglichen.

5. *Frequenz des Geschlechtsverkehrs.* Die Erhebung der sexuellen Aktivität wird in dem Modell von Bongaarts ausgelassen, da nur in wenigen Ländern diesbezügliche Daten vorhanden sind. Ferner sieht er diesen Bereich abgedeckt in der durchschnittlichen Dauer zur ersten oder nächsten Konzeption. Vor dem Hintergrund einer anvisierten gezielten Familienplanung, so wie es in theoretischen Modellen unterstellt bzw. überprüft werden soll, erscheint jedoch eine Frage zur sexuellen Aktivität von Nutzen. So könnte man die Frage stellen, ob der Geschlechtsverkehr gezielt an zuvor errechneten, bestimmten fruchtbaren Tagen der Frau erfolgt, oder ob man eher dem Laissez-Faire-Muster folgt. Auch größere Zeiten von Abwesenheit, demnach die Mobilität eines der Partner, sollten nach Bongaarts aufgenommen werden, was sich bei ihm jedoch auf unglückliche Weise in dem Faktor „Verheiratetsein“ (C_m) widerspiegeln soll. Wenn die Datenqualität es zulässt, sollte eine Aufnahme dieser Faktoren zur Berechnung der individuellen/paarspezifischen Fertilitätsphase erfolgen.

6. *Unfreiwillige Sterilität; 7. Totgeburten/Schwangerschaften mit Nichtlebendgeborenen Kindern; 8. Phase der fertilen Periode.* Diese Faktoren werden von Bongaarts zusammen behandelt, da sie auf die physiologischen Faktoren abzielen, die eher umweltbedingt sind und nur in geringem Maße von den Individuen beeinflusst werden können. Einen Einfluss haben nach bisherigem Kenntnisstand vor allem die Gesundheit und die damit zusammenhängende Ernährung. So können Formen von Unterernährung oder falscher Ernährung zu vorübergehender Sterilität führen, zu frühzeitigen Totgeburten, zu Veränderungen im Zyklus der Frau usw. Dies gilt vor allem auch

für Entwicklungsländer. Wären damit die Faktoren von Bongaarts benannt, sind inzwischen durch neue medizinische Erkenntnisse weitere hinzuzufügen: die pränatale Diagnostik und die Verfahren der Reproduktionsmedizin.

Mit der vorgeburtlichen Diagnostik sind Verfahren gemeint, mit denen eine krankhafte Störung noch vor der Geburt des Kindes erkannt werden soll.³ Neben den Routineuntersuchungen zum Wachstum und zur Gestalt des heranwachsenden Kindes durch Ultraschall dienen Verfahren der Pränataldiagnostik dazu, Untersuchungen am Erbmaterial durch einen körperlichen Eingriff vorzunehmen, um Entwicklungsstörungen frühzeitig zu erkennen.⁴ Ergibt sich ein Verdacht auf ein mögliches genetisches Risiko bei der Schwangerschaft, dann muss die Schwangere über die Möglichkeiten der Pränataldiagnostik beraten werden. Das Risiko eines derartigen Vorgangs liegt in der Auslösung einer Fehlgeburt. Schmidtke weist darauf hin, dass das Risiko einer Fehlgeburt durch Amniozentese bei 1%, bei einer Chorionzottenbiopsie zwischen 2-3% und bei einer Nabelschnurpunktion gar bei 3-4% liegt. Mediziner gehen davon aus, dass das 5%ige Basisrisiko einer mehr oder weniger schwerwiegenden Störung des Kindes durch Pränataldiagnostik auf ca. 3% gesenkt werden kann. Hierbei sollte jedoch beachtet werden, dass die Verfahren zur Einleitung einer vorgeburtlichen Diagnostik, d. h. die Abwägung, ob man zu einer Risikoschwangerschaft zählt oder nicht (z. B. durch den Tripel-Test durch das Blut der Mutter), beileibe kein sicheres Verfahren ist: Wie Nippert durch die Sichtung empirischer Untersuchungen anmerkt, kann beispielsweise der Tripel-Test das vermutete Down-Syndrom beim Kind nur mit einer Zuverlässigkeit von 60-65% bestimmen (Nippert 2000, 15). D. h. Frauen/Paare werden oftmals fälschlicherweise zu den Risikoschwangerschaften gezählt und ihnen dann zur pränatalen Diagnostik geraten mit den eben aufgezeigten Gefahren. Gar nicht überschätzt werden können dabei die insbesondere bei einem negativen Befund auftretenden psychischen Folgen für die Beteiligten.

3 <http://familienhandbuch.de>.

4 Es werden drei Verfahren unterschieden: Amniozentese: Entnahme von Fruchtwasser durch Punktion der Gebärmutterhöhle, um das darin enthaltene Genmaterial des Kindes zu gewinnen. Chorionzottenbiopsie: Entnahme von Chorionzottengewebe (kindliche Anteile am Mutterkuchen); und Nabelschnurpunktion: Entnahme von fetalem Blut durch Punktion einer Nabelschnurvene.

Beck-Gernsheim hebt diesbezüglich den Bedeutungswandel des Begriffs Verantwortung hervor, dahingehend, dass sich Alltagsstimmen finden lassen, die Frauen einen Vorwurf machen, nicht die Verfahren der Pränataldiagnostik auszuschöpfen: „Wer nicht mitmacht, erscheint in dieser Logik als verantwortungslos, spricht: suspekt, wenn nicht gar schuldig“ (Beck-Gernsheim 2004; Hirschert 2004). Empirische Daten stützen ihre These: Die Mehrzahl der Allgemeinbevölkerung in Deutschland (61,5%) und befragten Schwangeren (64,8%) befürwortet folgendes Statement: „Personen mit einem hohen Risiko für schwere Fehlbildungen sollten keine Kinder bekommen, es sei denn, sie machen Gebrauch von der pränatalen Diagnose und dem selektiven Schwangerschaftsabbruch“ (Nippert 2000, 19).

Die mit der Humangenetik gewonnene Autonomie und Verantwortung führt nicht selten zu unlösbaren, aber zwinghaft zu lösenden Entscheidungen, wobei es im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod geht: Auf der einen Seite steht die Angst vor Leid und Behinderung und den Auswirkungen auf das eigene Leben, auf der anderen Seite die Schuldgefühle, die Angst vor dem Töten (Beck-Gernsheim 2000, 72ff.). Grundsätzliche, lebensphilosophische Fragen treten in diesem Zusammenhang auf, die nicht nur individuell, sondern auch gesellschaftlich gelöst werden müssen. So die Frage nach der Last des Wissens und der Freiheit des Unwissens. Der Humangenetiker Schmidtke formuliert kritisch: „Ist es immer sinnvoll, persönliche Risiken zu kennen? Lassen sich derartige Kenntnisse in eine bewusstere Lebensführung umsetzen? Ist man wissend glücklicher als vermutend oder hoffend? Wir müssen davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren immer mehr über unsere individuelle Zukunft erfahren werden. Wie aber lässt sich mit den in solchem Wissen enthaltenen Chancen und Ängsten leben?“ (Schmidtke in: Beck-Gernsheim 2004). Beratende Ärzte, die eine derartige Problematik bei Patienten erkennen könnten, müssen sich jedoch selber gegen die Übernahme von Verantwortung schützen: Denn mit dem Urteil des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 1984 begeht ein Arzt einen Pflichtverstoß, wenn er eine Schwangere mit einem erhöhten Risiko nicht auf die Möglichkeiten der Pränataldiagnostik hinweist. Es setzt ein nahezu paradoxer Kreislauf ein. Die Gesellschaftswissenschaften werden sich in Zukunft vermehrt mit den paradoxen Folgen auseinandersetzen müssen. Dies wäre jedoch ein anderes Thema.

Zu diesen Variablen kommen ferner die neueren medizinischen Verfahren der Reproduktionsmedizin hinzu. In Deutschland suchen ca. 800.000 Paare

jährlich Rat bei Gynäkologen, Urologen oder Hausärzten im Hinblick auf Fragen nach der Realisierung des Kinderwunsches. Auch die medikamentösen Anwendungen sowie weitere direkte Verfahrensweisen wie Ovarielle Stimulationstherapie, intrauterine homologe und heterologe Insemination bis hin zur Unterstützung einer Schwangerschaft mittels In-vitro-Fertilisation, intrazytoplasmatischer Spermieninjektion oder intratubaren Gametentransfers zeigen die Möglichkeiten zur Realisierung eines gezielten Kinderwunsches auf inzwischen vielfältigste Art an. In den 120 in Deutschland vorhandenen spezialisierten reproduktionsmedizinischen Behandlungszentren ist eine ständig ansteigende Zahl von Behandlungen (IVF; ICSI; IVF/ICSI; GIFT; Kyro) durchgeführt worden: sie stieg von 742 Behandlungen im Jahr 1982 auf 105.854 im Jahre 2003 kontinuierlich an,⁵ mit einer Erfolgsquote zwischen 27%-30%. Dabei sollten auch nicht die finanziellen Aufwendungen außer Acht gelassen werden: Seit Inkrafttreten des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes vom 1. Januar 2004 werden in der Regel bis zu drei Behandlungsversuche zur Hälfte von den Krankenkassen finanziert, wobei die Behandlungskosten zwischen 3200€ bis 3600€ betragen können, d. h. die Eigenbeteiligung zwischen 1600€ und 1800€ beträgt. Neuere Studien zu den Folgen für die Paare sind jedoch nicht vorhanden. Eine ältere Studie belegt, dass mit diesen Verfahren hohe psychische Kosten für die Beteiligten verbunden sind (vgl. Nave-Herz/Onnen-Isemann/Oßwald 1996; BZgA 2000).⁶

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zusätzlich zu den von Davis/Blake (1956) und Bongaarts (1978) eruierten proximalen Faktoren generativen Verhaltens auch die neueren Verfahren der Reproduktionsmedizin, wie auch die der Pränataldiagnostik im weiteren Sinn, methodisch mit berücksichtigt werden müssten. Und auch hier stellt sich dann insbesondere die Frage nach den diese Faktoren bedingenden situativen Rahmenbedingungen individuellen Handelns: Wie intensiv muss ein Kinderwunsch erlebt werden, um derartige Verfahren in Anspruch zu nehmen? Welche Rolle spielt das soziale Umfeld? Wie entwickelt sich die Partnerschaft unter diesen Bedingungen?

5 <http://www.deutsches-ivf-register.de>.

6 Siehe hierzu auch die Online-Publikation der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Reproduktionsmedizin, Gentechnik, 2000. Köln 2000.

3 Methodische Aspekte der Erhebung von Sexualität

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Erhebung proximaler Faktoren zum generativen Verhalten eine Reihe von weiteren Zusatzinformationen für die theoretische Erklärung von Fertilität liefern könnte. Eine Berücksichtigung proximaler Faktoren, wie auch die damit zusammenhängenden, auf partnerschaftliche Sexualität sich beziehenden Fragestellungen, finden jedoch in empirischer Hinsicht überwiegend in der Sozialmedizin, der Sexualtherapie und in der gesundheitlichen Aufklärung statt, wobei die Schwerpunkte der entsprechenden Forschungen häufig auf dem Bereich funktionaler Störungen oder anderer medizinischer Probleme liegen (Ahlers/Schäfer/Beier 2004). Im Handbuch der Demographie werden die proximalen Faktoren nur am Rande in den Sammelbeiträgen von Huinink (2000, 368) und Hill/Kopp (2000, 745) erwähnt. Familiensoziologische Untersuchungen, die Fragestellungen zum generativen Verhalten berücksichtigen, nehmen die proximalen Faktoren nur sehr sporadisch auf. Ausgewertet und in Bezug gesetzt mit den situativen Handlungsbedingungen werden sie nicht. Der ursprünglichen Zielsetzung von Davis/Blake (1956), nämlich sie als intermediäre Variablen zwischen den situationalen Rahmenbedingungen und dem generativen Verhalten zu betrachten, kommen diese Studien nicht nahe. Im Rahmen des sich gerade in der Vorbereitung befindlichen „Beziehungs- und Familienpanels“ (Pairfam) (vgl. den Beitrag von Feldhaus/Huinink in diesem Band), sollen die proximalen Faktoren nunmehr berücksichtigt werden – sofern dies der zeitliche Rahmen zulässt. Der besondere Vorteil dieser Untersuchung, der Panelcharakter mit (halb)jährlichen Befragungen, kann bei diesen – mehr dem „heiklen“ Bereich zuzuordnenden – Fragestellungen zu methodischen Problemen führen, auf die abschließend eingegangen werden soll.

1. Verweigerungen und Panelmortalität. Es ist nicht nur schwierig, überhaupt Personen und Familien zu gewinnen, die an einer jährlichen Befragung teilnehmen. Man hat auch das Problem der Verweigerungen von Fragen. Nehmen Befragte nicht mehr an dem Fortgang einer Panelerhebung teil, wird dies als Panelmortalität bezeichnet. Um der Vergleichbarkeit willen sollte dieser Anteil so niedrig wie möglich gehalten werden. Das heißt jedoch, dass man so wenig wie möglich Fragen stellen sollte, die den Adressaten dazu bewegen könnten, sich für weitere Befragungen zu verweigern.

Dies trifft z. B. für Einkommensfragen zu, aber auch für den Bereich der Sexualität, weil es sich um sehr intime Fragen handelt. Unter methodischen Gesichtspunkten immer noch zu empfehlen ist der Forschungsbericht zum sexuellen Verhalten des Mannes von Kinsey aus den 1950er Jahren in den USA: „Die kleine grauhaarige Frau an der Hütchentüre, draußen in den Ebenen des Westens, faßte das, was wir inzwischen von Hunderten von Menschen hörten, in dem Ausruf zusammen: „Du meine Güte! In meinem ganzen Leben bin ich so was nicht gefragt worden!““ (Kinsey 1970, 43). Und wenn man sich mal ansieht, was damals zum sexuellen Verhalten des Mannes gefragt wurde, kann man heute noch den Ausruf verstehen. Nur ein paar Beispiele: Fragen nach der Häufigkeit des Geschlechtsverkehrs, nach den genauen Praktiken, Praktiken der Selbstbefriedigung, Fragen nach den organischen Merkmalen des Penis wie Länge, Umfang, Winkel bei Erektion, Krümmung bei Erektion und eingenommene Richtung, usw., usw. Wie man sich leicht vorstellen kann, sehen viele Menschen diese Fragen als zu intim an, als dass sie sie beantworten würden. Sie würden sich eher der weiteren Zusammenarbeit verweigern. Vor allem wenn man bedenkt, dass der Interviewer im nächsten Jahr wiederkommt und sich eine vertrauensvolle Beziehung erst sehr langsam aufbaut. Die Ablehnungsquoten könnten daher gerade in den ersten Wellen sehr hoch sein. Erstaunlicherweise gab es kaum Verweigerungen in der Kinseybefragung, was auf die einfühlsame Art und Weise zurückgeführt wird, mit der die Interviews geführt wurden. Es wurde langsam versucht, das Vertrauen der Befragten zu gewinnen und die Intimität und Sensibilität der Fragestellungen wurden langsam im Verlaufe des Interviews erhöht. Methodisch orientierte Analysen fanden darüber hinaus heraus, dass geringes sexuelles Wissen und sexuelle Erfahrungen die subjektiv empfundene psychische „Bedrohung“ durch derartige Fragen erhöht und dadurch ebenso die Verweigerungsquoten zur (erneuten) Teilnahme (Catania/McDermott/Pollack 1986). Um die Verweigerungen so niedrig wie möglich zu halten, werden als sensibel eingestufte Fragen bei persönlichen Interviews durch einen Drop-off-Fragebogen erhoben, d. h. man koppelt diese Fragen von der face-to-face-Befragung ab, indem ein Fragebogen vorgelegt wird, den die Befragten dann schriftlich ausfüllen müssen und der im Beisein der Befragten versiegelt wird. Diese SAQ's (self-administered-questionnaires) verringern die Ablehnungsquoten im sensiblen Bereich der Sexualität (Catania/McDermott/Pollack 1986). Dies wird auch bestätigt durch eine neuere Untersuchung, wobei die Antwortbereitschaft im Hinblick auf sensible Fragen verglichen wurde zwischen einem persönlichen Interview

und dem Audio-CASI-Interview, bei dem die Befragten über Kopfhörer die Fragen hören und dann selbst in den Computer ihre Antworten eingeben. Auch hierbei werden sie nicht durch die direkte Interaktion durch „sensible“ Fragen psychisch „bedroht“ bzw. in Verlegenheit gebracht (Hewitt 2002). In Bezug auf die Erhebung von Einkommen als eine ebenfalls sensible Frage, kommt Schräpler im Rahmen einer Analyse mit den Daten SOEP zu einem anderen Ergebnis: „We can recognize that the refusals are higher in self reporting modes like SELF and MAIL than in face-to-face“ (Schräpler 2002, 15f.). Die Erklärung sieht er darin, dass es leichter ist, eine Antwort zu verweigern, wenn nicht eine direkte Interaktion vorliegt. Ein Erklärungsversuch zu diesen sich widersprechenden Aussagen könnte darin liegen, dass Fragen zu Einkommen und Sexualität im Hinblick auf das Antwortverhalten unterschiedlich behandelt werden müssen: Während der Grund für Verweigerungen zu Einkommensfragen darin läge, dass der Befragte generell keine Aussage machen will und dem dann eher durch eine direkte Interaktion zu begegnen ist, erfolgt eine Verweigerung zu Sexualitätsfragen nicht aus einer generellen Ablehnung, sondern aus einer Ablehnung der persönlichen Interviewsituation heraus, nämlich seine Intimitäten direkt „ohne Schutz“ einem Fremden offenbaren zu müssen.

Gerade bei einer Panelbefragung muss genau überlegt werden, wie die Ablehnungsquoten verringert werden können. Vor allem scheint dies ein schleicher Prozess zu sein: Beginnt es zunächst mit der Verweigerung zu einigen Fragen, verstärkt sich dieser Prozess unter Umständen bis zur vollständigen Ablehnung der Befragung (Schräpler 2002, 5). Insbesondere auch ein Interviewerwechsel erhöht die Panelmortalität, da sich inzwischen ein Vertrauensverhältnis zwischen Interviewer und Befragten aufgebaut hat (Schräpler 2002, 18). Und noch ein Hinweis soll an dieser Stelle erfolgen: Aus der Analyse zum Antwortverhalten der SOEP-Daten geht hervor, dass gerade in den ersten Wellen die Verweigerung zur Teilnahme an der Untersuchung vermehrt bei weiblichen Interviewern auftritt. Dies könnte sich in Bezug auf mehr familienrelevante Fragestellungen geradezu umkehren, wenn bei den Befragten die Orientierung vorliegt, dass in Familienfragen eher Frauen zuständig sind, insbesondere weil eher Frauen und/oder Mütter Zielpersonen sein werden.

2. *Partnerbefragung.* Ein weiteres Problem könnte in der Partnerbefragung liegen. Noch einmal ein Zitat aus dem Kinsey-Report: „Von vielen Menschen wurden wir um Mitteilungen aus den Berichten bestimmter Personen

bestürmt. Ehemänner und -frauen wollten Angaben über ihre Ehepartner haben.“ Dieses Problem könnte auch im Panel auftauchen. So vor allem insbesondere dann, wenn beispielsweise die Frage nach der sexuellen Treue gestellt werden würde, nach der sexuellen Zufriedenheit, nach unerfüllten sexuellen Wünschen usw. Man begegnet diesem Problem in der Regel dadurch, dass man versucht, die Partner getrennt voneinander zu befragen, was jedoch organisatorische und vor allem auch zeitliche Probleme nach sich zieht. Dennoch könnte dies die Bereitschaft zur Teilnahme an der Untersuchung behindern.

3. *Paneleffekt*. Ein weiteres methodisches Problem liegt in dem Lerneffekt, der aus einer Befragung resultieren kann, und dies vor allem dann, wenn es sich um eine jährliche Befragung handelt: Aus einer qualitativen Studie von Klees stammt folgendes Zitat von einem Befragten: „Das Interview hat hier und da aufgezeigt, dass ich über einige Dinge lange Zeit nicht mehr nachgedacht habe. Dass ich über Dinge mal wieder sprechen und nachdenken muss. Das werde ich zum Anlass nehmen, mit meiner Partnerin mal wieder Dinge durchzugehen. Es muss wieder drüber gesprochen werden“ (Klees 1992, 85).

Dies Zitat verdeutlicht ganz gut, dass aus einer Befragung heraus sich Veränderungen in einer Beziehung ergeben können, die jedoch seitens der Interviewer nicht beabsichtigt sind. Wie dieser Effekt auszuschalten bzw. methodisch zu kontrollieren ist, ist eine noch offene Frage.

4 Schluss

Die Ausführungen sollten verdeutlichen, dass die Erhebung proximaler Faktoren im Bereich des generativen Verhaltens als Zusatzinformationen vertiefende Erkenntnisse zur Hypothesenprüfung bereitstellen können. Mit den genannten Faktoren ist es möglich, die fertile Phase einer Frau und einer Partnerschaft handlungsbezogen nachzuzeichnen.

Finden derartige Variablen Eingang in eine empirische Untersuchung, insbesondere in eine Panelstudie wie dem PAIRFAM, resultieren daraus spezielle methodische Probleme, die insbesondere kritisch bezüglich Ablehnungsquoten und einer drohenden Panelmortalität zu betrachten sind. Es wird auf eine Entscheidungsfindung hinauslaufen, ob der theoretische Erkenntnisgewinn die möglicherweise auftretenden Ablehnungen – wenn sie denn auftreten – aufwiegt. Glücklicherweise wird eine Mini-Panel-Studie dem Hauptpa-

nel vorgeschaltet, so dass derartige methodische Fragen geklärt werden können.

Literatur

- AHLERS, Christof J./SCHAEFER, Gerard A./BEIER, Klaus M. (2004): Erhebungsinstrumente in der klinischen Sexualforschung und der sexualmedizinischen Praxis – ein Überblick über die Fragebogenentwicklung in Sexualwissenschaft und Sexualmedizin. In: *Sexuologie*. S. 74-97.
- BECK-GERNSHEIM, Elisabeth (2000): Was kommt nach der Familie. München.
- BECK-GERNSHEIM, Elisabeth (2004): Ratlos trotz Informationsfülle? Pränataldiagnostik und die Situation werdender Mütter. In: www.familienhandbuch.de.
- BONGAARTS, JOHN (1978): A Framework for Analyzing the Proximate Determinants of Fertility. In: *Population and Development Review*, 4, 1, S. 105-132.
- BRÜDERL, Josef/ESSER, Hartmut/HUININK, Johannes/NAUCK, Bernhard; WALPER, Sabine (2003): Schwerpunktbeitrag zum Beziehungs- und Familienentwicklungs-Panel. www.pairfam.uni-bremen.de.
- BZGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) (2000): *Reproduktionsmedizin*, Gentechnik 2000. Köln.
- BZGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) (2003): *Verhütungsverhalten Erwachsener. Ergebnisse der repräsentativen Befragung*. Köln.
- CATANIA, Joseph A./MCDERMOTT, Lois. J./POLLACK, Lance M. (1986): Questionnaire Response Bias and Face-to-Face Interview Sample Bias in Sexuality Research. In: *The Journal of Sex Research*, S. 52-72.
- DAVIS, Kingsley/BLAKE, Judith (1956): Social Structure and Fertility: An analytic framework. In: *Economic Development and Cultural Change*, S. 211-235.
- HELFFERICH, Cornelia (2002): *Frauen leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung*. Hrsg. BZgA. Köln.
- HELFFERICH, Cornelia/KLINDWORTH, Heike/WUNDERLICH, Holger (2004): *Männer leben*. BZgA. Köln.

- HEWITT, Maria (2002): Attitudes Toward Interview Mode and Comparability of Reporting Sexual Behavior by Personal Interview and Audio-Computer Assisted Self-Interview. In: *Sociological Methods & Research*. S. 3-26.
- HILL, Paul B./KOPP, Johannes (2000): Fertilitätsentwicklung: Trends, Erklärungen und empirische Ergebnisse. In: Müller, Ulrich; Nauck, Bernhard und Diekmann, Andreas (Hrsg.): *Handbuch der Demographie* Bd. 1. Berlin. S. 729-750.
- HIRCHERT, Annette (2004): Frauen zwischen Kind und Beruf. Mütterliche Erwerbsarbeit mit einem behinderten Kind – Realität und Selbstverständnis. Würzburg.
- HOBcraft, J./LITTLE, R.J.A. (1984): Fertility Exposure Analysis: A new method for assessing the contribution of proximate determinants to fertility differentials. In: *Population Studies*. S. 21-45.
- HUININK, Johannes (2000): Soziologische Ansätze zur Bevölkerungsentwicklung. In: Müller, Ulrich; Nauck, Bernhard und Diekmann, Andreas (Hrsg.): *Handbuch der Demographie* Bd. 1. Berlin. S. 339-386.
- HUININK, Johannes/SCHRÖDER, Torsten (2003): Timing zur Familiengründung. Projektantrag.
- KINSEY, Alfred C./POMEROY, Wardell B./MARTIN, Clyde E. (1970): Das sexuelle Verhalten des Mannes. Frankfurt a. M.
- KLEES, Karin (1992): Partnerschaftliche Familien. Arbeitsteilung, Macht und Sexualität in Paarbeziehungen. Weinheim.
- NAVE-HERZ, Rosemarie/ONNEN-ISEMANN, Corinna/OßWALD, Ursula (1996): Die hochtechnisierte Reproduktionsmedizin. Bielefeld.
- NIPPERT, Irmgard (2000): Die Anwendungsproblematik der vorgeburtlichen Diagnostik. In: BZgA: Reproduktionsmedizin. Gentechnik. Forum 2000. Köln. S. 14-21.
- REINIS, Kia I. (1992): The Impact of the Proximate Determinants of Fertility: Evaluating Bongaarts's and Hobcraft and Little's Methods of Estimation. In: *Population Studies*. S. 309-326.
- SCHRÄPLER, Jörg-Peter (2002): Respondent Behavior in Panel Studies – A Case Study for Income-Nonresponse by means of the German Socio-Economic Panel (GSOEP). Berlin.

STOVER, John (1998): Revising the Proximate Determinants of Fertility Framework: What Have We Learnt in the past 20 Years.

VAN DEN KAA, Dirk J. (1997): Verankerte Geschichten: Ein halbes Jahrhundert Forschung über die Determinanten der Fertilität – die Geschichte und Ergebnisse. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft. S. 3-59.

Peter Kaiser

Qualitative Methoden in der familienpsychologischen Forschung

Einleitung

Familienpsychologische Forschung dient der Grundlegung einer evidenzbasierten Psychologie der Familie sowie der familialen Gesundheits- und Entwicklungsförderung.

Hierzu müssen wir erfassen, welche familialen Lebens- und Beziehungsformen es gibt und verstehen, wie diese funktionieren. Dies erfordert auch die Aufklärung genetischer Dispositionen und anderer biologischer Faktoren und Prozesse, v. a. des Gehirns, um die komplexen biopsychosozialen Interaktionen in familialen Zusammenhängen zu verstehen. Je differenzierter die relevanten Phänomene qualitativ und quantitativ erfasst werden, desto gezielter sind Entwicklung und Lebensqualität von Familien zu fördern.

Qualitative Forschung will Phänomene und ihre Kontexte erkunden und verstehen. Sie geht induktiv vom Einzelfall aus und versucht zu systematischen Aussagen in Form gegenstandsbezogener Theorien zu gelangen (vgl. Glaser & Strauss 1967; Strauss & Corbin 1996; Breuer 2000). Hierzu werden zunächst (bestimmte Populationen von) Familien befragt und beobachtet, um zu verstehen, wie diese (in bestimmten Phasen, Konstellationen u. a.) leben und ihre Beziehungen gestalten. Diese Daten werden dann nach Kategorien geordnet, die sich entweder bei der vergleichenden Analyse von Fällen ergeben oder die aus Voruntersuchungen bereits vorliegen. Auf diese Weise werden Hypothesen (weiter-)entwickelt, was zu *gegenstandsbezogenen* Theorien führt (z. B. über Schwiegerbeziehungen, Einelternfamilien usw.). Auch diese werden *falsifizierbar* formuliert, um sie immer differenzierter *überprüfen* und immer weiter *verfeinern* zu können.

Zunächst werde ich einen kurzen Überblick über Hauptergebnisse bisheriger familienpsychologischer Forschung geben und hernach auf zwei wichtige

Instrumente familienpsychologischer Forschung, das Genogramm und dessen Weiterentwicklung, die *genographische Mehrebenenanalyse*, eingehen. Überlegungen zu Qualitätssicherung und weiteren Entwicklungen beschließen den Beitrag.

Familienpsychologische Grundlagen

Der *Familienbegriff* ist keineswegs so eindeutig wie man meinen könnte: Das lateinische Wort *familia* meint – unabhängig von blutsverwandtschaftlichen Beziehungen – *alle* zu einem *Hausstand* gehörigen Personen. Das Griechische kennt sogar *nur* den Begriff Hausstand (OIKIA). Im Deutschen wurde der Begriff „Familie“ erst im 18. Jahrhundert gebräuchlich: Er erscheint erstmals 1817 als Stichwort in der vierten Auflage der Brockhaus-Enzyklopädie.

Psychologisch ist Familie zu verstehen als eine Gruppe verwandter Personen mit gemeinsamer Geschichte, Gegenwart und Zukunft. *Formale* Familienmitglieder sind durch Blutsverwandtschaft, (nicht-)eheliche Lebensgemeinschaft, Pflegschaft oder Adoption direkt bzw. über Angehörige miteinander verbunden. Die *formale Mitgliedschaft* ist auf *Exklusivität* und *Kontinuität* angelegt. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in mehreren Familien ist rechtlich unmöglich.

Informell können auch Nichtverwandte, zu denen enge stabile Bindungen bestehen, Familienmitglieder sein (z. B. Mitbewohner, u. U. sogar Haustiere). Je nach Verwandtschafts-/Bindungsgrad haben die Angehörigen mehr oder weniger intensive soziale und emotionale Beziehungen mit oft hoher Interaktionsdichte (vgl. Mühlfeld 1984; Schneewind 2000; Schneewind & Schmidt 1999; Kaiser 2002; Fthenakis & Textor 2004 u. a.). Das Familienleben spielt sich innerhalb eines gemeinsam geteilten Privatlebens immer derselben Angehörigen ab, die nicht unbedingt zusammenwohnen, sich aber als Gruppe nach außen abgrenzen (Multilokalität). Familienleben hängt nicht von harmonischen Beziehungen ab, sondern von der *Interaktion* der Angehörigen auf der Basis familialer Rollen, Rechte und Pflichten. Wie diese aussehen, welche Bedeutungen und Effekte sie haben, ist z. T. gesetzlich festgelegt, z. T. nur mittels qualitativer Verfahren zu ermitteln.

Unabhängig vom *Familientyp* (s. u.) ist die Familie für die meisten Menschen *die* wichtigste *Primärgruppe* und als solche für Gesundheit und Wohlbefinden sowie Entwicklung und Sozialisation von höchster Bedeutung. Die

elementaren Lebensbereiche wie Partnerschaft und Sexualität, Zeugung und Elternschaft, Geburt, Kindheit und Entwicklung, Leiden und Sterben sind für die meisten Menschen untrennbar mit der Familie verbunden. Die Kultur des christlichen Abendlandes und das Grundgesetz favorisieren und privilegieren diese Lebensformen weiterhin. Mehr als 80% aller Erwachsenen heiraten (mindestens) einmal in ihrem Leben. Ca. zwei Drittel bleiben lebenslang mit ihrem Partner zusammen, etwa ein Drittel wird geschieden. Homosexuelle kämpfen vehement dafür, heiraten zu dürfen. Nichteheliche Lebensgemeinschaften nehmen zwar zu, werden aber nur von einer sehr kleinen Minderheit dauerhaft als *Alternative* zur Ehe angesehen (BMFS 1994, 1998; Heekerens 1988; DESTATIS 2005).

Wenn Familien zerbrechen, geht dies oft mit Nachteilen für den *gesundheitlichen* und *sozialen Status*, ja sogar bezüglich der *Lebenserwartung* einher (vgl. BMFS 1994, 1998; Schwarzer 2004). Dies zeigt, wie tief greifend die psychologischen Auswirkungen sein können, die in ihren Differenzierungen nur qualitativ zu erforschen sind.

Hauptmerkmale familialer Systeme

Überblickt man die vielfältigen Ansätze und Ergebnisse zur Psychologie der Familie, lässt sich Familie folgendermaßen charakterisieren (vgl. Mühlfeld 1984; Schneewind 2001; Nave-Herz 2004; Perez 2000; Kaiser 1989, 2002, 2004; Rollett & Werneck 2002; Hofer et al. 2002; Fthenakis & Textor 2004):

- Familien sind *autopoietische Systeme* mit ausgeprägter Interdependenz und sozialer Verflechtung der Angehörigen, die lernfähig und flexibel in der Gestaltung ihrer Strukturen sind.
- Familien begründen eine gemeinsame *Lebenswelt*, wobei die Lebenswelten der Angehörigen nicht unbedingt deckungsgleich sind.
- Familienleben hat stets *Prozesscharakter*, da sich die Familie im *Lebenszyklus* der Mitglieder und im *Familienzyklus über Generationen* ständig verändert, sich mit wandelnden Umwelten auseinander zu setzen hat oder diese wechselt.
- Mit jeder neuen Paarbeziehung begegnen sich zugleich zwei (Herkunfts-) Familiensysteme mit ihren transgenerationalen Beziehungen, Mustern, Traditionen usw.; diese (nur zum Teil bewusste) Mitgift prägt die Paarbeziehung und die neue Partnerschaft wesentlich.

- Das Kind erhält von seinen Eltern seine genetische Ausstattung und unterliegt *vor- und nachgeburtlich* prägenden Einflüssen, die die Art der *Gen-expression* steuern. Hiervon werden neuronale Bahnungen sowie die Entwicklung der Hirnstrukturen und des Bindungsstils dauerhaft beeinflusst (LeDoux 2002; Bauer 2002; Grawe 2004).
- Das Kind wird im Regelfalle in die Familie hineingeboren, wächst in ihr auf und bleibt ihr auch noch verbunden, wenn es einen eigenen Hausstand gründet.
- Als primäre Sozialisationsinstanz ist die Familie u. a. für existentielle Bindungserfahrungen und die Weitergabe von Kommunikationsmustern, Werten und Modellvorstellungen über das Leben in einzelnen Bereichen bedeutsam.
- Die Beziehungen zwischen den Angehörigen stehen im Vordergrund und sind ebenso stark *funktional* durch Rollen und Aufgaben wie *emotional* durch Liebe, Leid, Freude usw. geprägt.
- Der Alltag besteht aus einer Vielfalt von Handlungen und Interaktionen, die auch den Zweck haben, die familiäre Funktionsfähigkeit zu stärken.
- Die Familie erfüllt zentrale Aufgaben der privaten und gesellschaftlichen *Daseinsvorsorge* v. a. im Rahmen der Gesundheits- und Entwicklungsförderung sowie bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit.

Wie diese Funktionen inhaltlich aufgefasst und gestaltet werden bleibt qualitativer Klärung vorbehalten.

Familiäre Funktionsfähigkeit

Wie sich Familienleben gestaltet und auf die Angehörigen auswirkt, hängt wesentlich von der systemischen Funktionsfähigkeit des Familiensystems ab. Hierzu bedarf es auch genügend *förderlicher* und *nicht zu belastender Lebens- und Umweltbedingungen*. Diese sind je nach Reichweite zu unterscheiden: Der *Makroebene* können Faktoren wie Frieden, saubere Umwelt, soziale Sicherheit, der *Mesoebene* Verbreitung, Strukturen und Organisation von Einrichtungen wie Betrieben, Kindergarten oder Schule und der *Mikroebene* z. B. Arbeit, Einkommen, Wohnung zugeordnet werden. Aus vielen Untersuchungen wissen wir, wie bedeutsam die *sozioökonomischen* Verhältnisse für Bildung, Berufserfolg, Gesundheit und Wohlbefinden sind (zusammenfassend BMFS 1994, 1998; Kaiser 2000; DGB 2000; Schwarzer 2004). Je ungünstiger die materielle Situation, desto höher ist vielen Studien zufolge

z. B. das Entwicklungsrisiko der Kinder. Trennen sich Eltern, verschlechtert sich die sozioökonomische Situation der sodann in 90% der Fälle allein erziehenden Mütter zumeist beträchtlich. Der Stress durch materielle Not, Doppelbelastung durch Beruf und Kinder sowie verringerte soziale Unterstützung belasten die systemische Funktionsfähigkeit der Einelternfamilie (vgl. Amato 2001).

Ein wichtiger Prädiktor für Partnerschaftserfolg ist die *Partnerwahl*. Wer bessere Kriterien und Chancen bei der Partnerwahl hat, hat auch bessere Chancen für das Gelingen der Paarbeziehung und Partnerzufriedenheit. Entscheidende Partnerwahlkriterien sind meist Ähnlichkeiten bezüglich der Familienstrukturen und Interaktionsmuster in den Paarbeziehungen der Herkunftsfamilien; viele Menschen scheinen sich (unbewusst) Partner zu suchen, mit denen sie *gewohnte Modelle* des (Zusammen-) Lebens reproduzieren können. Wie dysfunktional diese Lebenskonzepte sind, spielt dabei keine Rolle: Scheidungskinder haben auf diese Weise in ihren eigenen Paarbeziehungen ein bis zu viermal höheres Scheidungsrisiko, Personen aus Gewalt- oder Suchtfamilien finden zielsicher Partner mit ähnlichem Hintergrund, Eltern fremdplatzierter Kinder haben signifikant öfter selbst Erfahrungen mit Fremdplatzierung usw. Wer aufgrund äußerer Umstände, wie in der Nachkriegszeit, seiner beruflichen oder Wohnsituation, geringe Wahlmöglichkeiten hat, muss sich u. U. mit weniger befriedigenden Kompromissen begnügen, also einen Partner akzeptieren, der in mancher Hinsicht den eigenen Kriterien nicht genügt. Damit ist die Basis für Unzufriedenheit und Konflikte gelegt (Kaiser 1989, 2000, 2003; Klein 1991; Heekerens 1995; Diekmann & Engelhardt 1995; Schmidt-Denter 2000).

Um ihre Kinder gut auf das Leben in Paarbeziehungen vorzubereiten, müssen Herkunftsfamilien als Systeme genügend *funktionsfähig*, das Elternpaar und die anderen Angehörigen *kompetent* sein, um in den relevanten Lebensbereichen (z. B. Partnerschaft, Kindererziehung, Gesundheitspflege) und im Umgang mit der Umwelt (z. B. Nachbarschaft, Schule, Betrieb) angemessen handeln zu können.

Eine Familie ist dann *funktionstüchtig*, wenn sie als Gesamtsystem gemeinsam mit ihren Subsystemen und Mitgliedern in allen für sie relevanten Bereichen die dort anliegenden Vorhaben und Situationen befriedigend zu bewältigen in der Lage ist (vgl. Wallerstein & Blakeslee 1995; Schneewind 2000; Gottman & Silver 2000, Kaiser 1989, 2002; Fthenakis & Textor 2004). Was dies jeweils *bedeutet*, ist qualitativ zu erforschen. Wesentliche

formale Komponenten familialer Funktionstüchtigkeit sind vorliegenden Befunden zufolge:

a) Werte, Normen und Regeln

Zuträgliche Werte, Normen und Regeln, die für alle Angehörigen klar sind, fördern die *dialogische Familienkultur*. Dabei müssen die *real praktizierten*, nicht die verbal propagierten Werte erkundet werden. Diese sind oft nur aus alltäglichem Verhalten zu *rekonstruieren*, weil sich die Angehörigen der von ihnen praktizierten Werte nur selten (voll) bewusst sind. Zumeist handelt es sich hier um symbolisch-begriffliche Steuerungselemente, deren Basiskonzepte so weit automatisiert sind, dass sie nicht (mehr) bewusstseinsfähig sind (vgl. ausführlich Miller et al. 1960; Kaiser 1982, 1989).

b) Familienwissen

Zusammenleben kann nur gelingen, wenn die Angehörigen genügend übereinander, über Befinden, Bedürfnisse, Erlebnisse, Vorkommnisse etc. *wissen*, sich genügend gut kennen. Dies gilt für alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge sowohl auf *sachlicher* wie *psychosozialer* und intra-/inter-familialer Ebene. Angehörige brauchen auch Kenntnisse über die *Wirkungsweise* von Kommunikation und über *Inhalte* wie Gesundheit, Kindererziehung, Ernährung, Partnerschaft etc. Damit die Angehörigen optimal agieren und kooperieren können, ist zu ermitteln, wie weit diese Kenntnisse reichen.

c) konstruktive Lebenskonzepte bzw. Modellvorstellungen

Lebenskonzepte lassen sich verstehen als *Modellvorstellungen*, *operative Abbildsysteme* oder mentale Repräsentationen über das (Zusammen-)Leben in den einzelnen Lebensbereichen (Miller et al. 1960; Kaiser 1989; Bretherton 1992, 2001; Hacker 1998; Gloger-Tippelt 2001). Diese geben an, wie das Leben in Partnerschaft und Familie in einzelnen Lebensbereichen und Lebensphasen nach Auffassung der Angehörigen auszusehen hat und welche Kriterien zu dessen *Bewertung* relevant sind. Familiäre Lebenskonzepte kommen u. a. in *Familientraditionen*, *Ritualen*, *Vermächtnissen*, *Delegationen* sowie in *Geheimnissen* zum Ausdruck und werden meist narrativ von einer Generation an die nächste weitergegeben. Dieses Set bewusster und nicht bewusster Wissensbestände und Regeln über Erfahrungen, Gefühle und Erinnerungen ist nur mittels elaborierter Explorationsstrategien zugänglich,

wie sie in der evidenzbasierten Psychotherapie verwendet werden (vgl. Grawe 1998, 2004).

d) konstruktive Kommunikations-, Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen

Da nur geeignete Kommunikations-, Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen einen lebendigen, sensiblen, kreativen Umgang der Angehörigen miteinander ermöglichen, ist zu ermitteln, wie konkrete Familien/Populationen diese Aufgabe bewältigen und welche Regeln, Symbole und Signale sie dabei verwenden. Die *Qualität* der Kommunikation entscheidet ja wesentlich über die Familienzufriedenheit.

e) sinnvolle Rollen-, Ressort- und Aufgabenverteilung

Je kompetenter die familialen Rollen ausgefüllt werden, desto besser ist dies für die familiäre Funktionsfähigkeit. Daher ist zu klären, ob z. B. Kinder als Partner- oder gar Elternersatz, Partner als Kindersatz *funktionalisiert* werden, da es sonst leicht zu Enttäuschungen, Loyalitätskonflikten und Fehlentwicklungen kommt; die primäre Rolle wird durch Missachtung nicht außer Kraft gesetzt, die *Rollenerwartungen* Dritter und die *Rollenauffassung* des Rollenträgers sind nicht unbedingt deckungsgleich (vgl. Stierlin et al. 1987; Kaiser 2002).

f) Grenzen

Zur optimalen Funktionsfähigkeit eines Systems braucht es Grenzen nach außen und zwischen den Subsystemen, die klar und reflektiert gehandhabt werden; Paare und Familien, die zufrieden und auf ihre Harmonie bedacht sind, neigen stärker dazu, ihre Privatsphäre abzugrenzen. Sie verbringen mehr Zeit miteinander, legen mehr Wert darauf, dabei ungestört zu sein. Daher ist zu ermitteln, wie befriedigend die Grenzen um die familialen bzw. dyadischen Beziehungen für die Beteiligten gehandhabt werden.

g) Beziehungsqualität

Beziehung entsteht aus einer Vielzahl zeitlich begrenzter Interaktionen sowohl in der Vergangenheit als auch – über beziehungsbezogene *Modellvorstellungen* – in der Erwartung künftiger Interaktionen (Hinde 1993). Wesentliche Beschreibungsdimensionen für Beziehungen sind:

- Reziprozität / Komplementarität,
- Macht,
- Intimität.

Um die Lebenswelt einer Familie zu erkunden, liegt es daher nahe zu prüfen, wie konstruktiv und verlässlich die *Beziehungen* und *Bindungen* von den Angehörigen erlebt werden.

h) Kompetenz der Subsysteme und Angehörigen

Eine Familie braucht kompetente Subsysteme und gesunde Angehörige, die ihre familialen Rollen und Aufgaben kompetent erfüllen können. *Defizite* oder *Störungen* der Funktionsfähigkeit eines Subsystems oder einschlägiger Kompetenzen von Angehörigen vergrößern die Störanfälligkeit des Familiensystems. Daher ist es sinnvoll zu ermitteln, wie weit die Angehörigen in der Lage sind, den Anforderungen ihrer familialen Rollen im Rahmen der jeweiligen Konstellation und Phase im *Familienzyklus* (s. u.) kompetent zu entsprechen. Diese Anforderungen fallen je nach Familientyp unterschiedlich aus.

Familientypen

Grundtyp der Familie ist die *Mehrgenerationenfamilie*. Hier wird das Leben von einer Generation an die nächste weitergegeben; von hier nehmen alle Familientypen ihren Ausgang: Selbst Personen, die ihre Eltern nicht kennen, sind gleichwohl durch *Gene*, *Schwangerschaft* und *Geburt* sowie ihre prä- und perinatal geprägten *neuropsychologischen Strukturen* lebenslang mit ihren Eltern und damit ihrer gesamten Herkunftsfamilie verbunden (z. B. Bauer 2002; Grawe 2004). Kinder entwickeln über Erfahrungen in und mit der Familie schon früh Modellvorstellungen über sich selbst, soziale Beziehungen und das Leben. Die meisten Menschen sind lebenslang über ihre Erfahrungen und/oder Phantasien mit ihrer Herkunftsfamilie verbunden. Wie diese Verbundenheit, deren Bedeutungen und Effekte aussehen, ist nur mittels qualitativer Methoden genauer zu ermitteln.

Die so genannte *Kernfamilie* oder andere Familientypen wie Eineltern-, Stief- oder Pflegefamilie sind als im Familienzyklus *phasenhaft auftretende* Subsysteme der (zumeist *multilokalen*) Mehrgenerationenfamilie mit lebenslangen Beziehungen anzusehen (vgl. Bertram 1997; Nave-Herz 2004; Kaiser 2002). Bertram (1997) fand in einer repräsentativen Stichprobe von 16 000 Probanden, dass die *transgenerationalen* Beziehungen in auf- und absteigender Linie (vertikal) *lebenslang am engsten* sind. Die Kontaktdichte mit immer älter werdenden Großeltern ist im Erwachsenenalter meist höher als zu Geschwistern, weshalb auch der 5. Familienbericht (BMFS 1994,

BMFSFJ 1998) von einem „Übergang *horizontaler* zu *vertikalen* Verwandtschaftsstrukturen“ spricht. 90% der unter 5-jährigen Kinder haben dem österreichischen Mikrozensus (Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen 2000) zufolge mindestens einen Großelternanteil, bei 45% leben noch alle vier Großeltern. Den Großvater väterlicherseits verlieren Enkel im Durchschnitt mit 11 Jahren, die Großmutter mütterlicherseits mit 23 Jahren. 30% der 40- bis 59-jährigen Großeltern haben mindestens ein Enkelkind, bei den 60- bis 74-jährigen sind es 62%. Erstmals in der Geschichte sind heute auch längere Beziehungen zwischen erster und vierter Generation für zunehmend mehr Menschen üblich.

Die Familie ist ein ganz entscheidendes soziales Unterstützungssystem, das die Angehörigen in vielen Situationen auffängt und in vielen Bereichen Vorteile bringt (Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen 2000; Kuratorium Deutsche Altershilfe 1998). Andererseits fällt es vielen Angehörigen schwer, sich genügend abzugrenzen und ihren Handlungsspielraum zu bewahren (Kaiser 1989, 2002).

Trennen sich Paare mit Kindern, entstehen *Einelternfamilien*, die meisten davon Mutterfamilien: Scheidungsbedingt wurden z. B. im Jahr 2000 148 190 Kinder zu „Scheidungsweisen“. Ob und wie „kritisch“ solche Übergänge sind, ist nur mittels qualitativer Methoden zu klären. Gehen Alleinerziehende eine neue Partnerschaft ein oder lassen sich Frauen mit *fremdem Spendersamen* künstlich befruchten, entstehen *Stieffamilien*, deren Bedeutung im Gefolge wachsender Scheidungszahlen und der Pluralisierung von Lebensformen zunimmt. Wie diese funktionieren, welche lebensweltlichen Konstruktionen dabei eine Rolle spielen, wird am besten mit qualitativen Methoden untersucht. Die Betroffenen haben es oft schwer, da kritische Lebenssituationen meist nachwirken und die resultierenden Lebenskonstellationen oft die Bewältigungskompetenz überfordern. Stieffamilien können sich z. B. nach außen hin weniger gut abgrenzen (s. u.): Diese Gefahr besteht vor allem, wenn die *Vorbeziehungen* der Partner noch nicht abgeschlossen sind bzw. die daraus erwachsenen Einelternfamilien mit ihren Strukturen und ihrer Geschichte sich nicht genügend in das neue Familiensystem integrieren und die Kooperation mit außerhalb lebenden Elternteilen der Kinder nicht gut funktioniert. So fällt es vielen schwer, mit dieser komplexen Familienform zurechtzukommen. Derlei Zusammenhänge sind in der Regel nur qualitativ zu klären (BMFS 1994, 1998; Kaiser 2002, 2003).

Zeitliche und Entwicklungsperspektiven

Da sich die Familie im *Lebenszyklus* der Mitglieder und im *Familienzyklus über Generationen* selbst ständig verändert, hat Familienleben stets *Prozesscharakter*. Entwicklungsphasen beginnen mit Veränderungen der Angehörigen im Lebensverlauf bzw. in deren Lebensumständen. Solche Veränderungen ergeben sich z. B. durch Heirat und Geburt oder Einschulung von Kindern, Berufseinstieg oder Wohnungswechsel, Scheidung oder Berentung. Die sich daraus ergebenden Herausforderungen lassen sich als *Entwicklungsaufgaben* verstehen, die je nach Ressourcen und Anfälligkeiten sehr unterschiedlich aussehen und bewältigt werden; diese Phänomene bedürfen entsprechender *qualitativer Klärung*.

Im Gegensatz zu früheren Auffassungen versteht man Entwicklungsphasen und -aufgaben heute weniger *normativ* als *systemisch-lebensweltlich*. Im Vordergrund stehen die Anforderungen, denen sich die Angehörigen angesichts einer neuen Konstellation gegenüber sehen und wie gut sie damit zurechtkommen. Dabei bemisst sich die familiäre Funktionsfähigkeit (s. u.) nach dem Grad der Fähigkeit der Beteiligten, den Herausforderungen der jeweiligen Phase im Familienzyklus zu begegnen (Dathe 1998; Textor 2004; Nave-Herz 2004; Kaiser 2002).

Familie, Befinden und Gesundheit

Das Familiensystem ist für Gesundheit und Entwicklung der Angehörigen hoch bedeutsam; so macht es meist Sinn zu klären, welche Aspekte familialen Lebens wie zuträglich für Befinden und Entwicklung der Angehörigen sind: Die elementaren Aktivitäten des täglichen Lebens finden zumeist im Rahmen des Familienalltags statt und werden in ihrer Ausformung dort an die Kinder weitervermittelt (vgl. BMFS 1994, 1998; BZGA 1998; Braukhaus et al. 2000): Selbst die *Pflege* kranker oder pflegebedürftiger Angehöriger erfolgt zumeist in der Familie und ohne professionelle Beteiligung.

Die meisten Forschungsergebnisse sprechen dafür, dass in funktionierenden Partnerschaften lebende Menschen bis ins Alter zufriedener und gesünder sind als ledige, geschiedene oder verwitwete, was auch den Kindern zugute kommt. Anhand einer Stichprobe von 70-jährigen des British Census stellten z. B. Murphy et al. (1997) fest, dass Langzeiterkrankungen bei Verheirateten am seltensten waren. Das Leben in einer festen Partnerschaft geht eher mit gesünderen *Lebensweisen*, wie günstigeren Schlaf-, Ess-, Bewegungs-,

Rauch- und Trinkgewohnheiten sowie mehr *sozialer Unterstützung* und *Statusvorteilen*, einher (vgl. BMFS 1994, BMFSFJ 1998; Schwarzer 2004).

Daher ist zu klären, wie und wie erfolgreich die zu untersuchenden Familien durch soziale Unterstützung Beiträge zum individuellen Wohlbefinden bzw. zur Genesung im Krankheitsfalle leisten. Dabei ist auch zu prüfen, ob und wie die Art und Weise, in der soziale Unterstützung geschieht, als *Modell* an die nächste Generation weitergegeben wird.

Stress und kritische Lebenssituationen

Konflikte zwischen Angehörigen machen das Familienleben leicht zum *Stressor* für den Einzelnen. Halten derlei Erfahrungen an, wirken sie oft in der folgenden Generation fort: Wer prä- und perinatale Belastungen durch familiales Unglück und kritische Lebenssituationen erlebt, neigt auch aufgrund resultierender *neuronaler Bahnungen* selbst zu höherer Stressanfälligkeit und Entwicklungsrisiken (Bauer 2002; Grawe 2004). So ist es hoch bedeutsam zu ermitteln, ob und wie das Familienleben oder andere Faktoren die Angehörigen überfordern. Hier kommen *Transgenerationale Probleme*, v. a. zwischen Eltern und Kindern in Betracht; diese können beginnen mit unerwünschter Schwangerschaft oder unerwünschtem Geschlecht, was häufig zur Ablehnung des Kindes führt (Oeter & Wilken 1981; Kaiser 1989, 1993 a, b; Amendt & Schwarz 1990). Im Schulalter stehen v. a. Leistungsprobleme in der Schule, bei Konflikten zwischen Erwachsenen und ihren (Schwieger-) Eltern Ablösungs- und Abgrenzungsprobleme im Vordergrund.

In *überforderten* Familien münden Probleme häufig in *Misshandlungen* oder *Missbrauch* von Angehörigen, besonders von Kindern. In einer Auswertung vorliegender Untersuchungen stellten Kaufmann & Zigler (1987) fest, dass in ca. 30% der untersuchten *gewalttätigen* Familien bereits in der Vorgeneration entsprechende Interaktionsmuster existierten; demgegenüber war dies nur in 4% der unauffälligen Familien der Fall. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Egeland et al. (1987; vgl. auch Kemmler-Drews & Sewerin 1989; Wallerstein & Blakeslee 1996). Haben die Eltern Probleme, ist oft auch nicht mehr sicher, dass die Kinder vor *sexuellem Missbrauch* geschützt werden (Finkelhor & Strapko 1992; Hehl & Werkle 1993; Kaiser 1998).

Weitere Kritische Lebenssituationen und -verhältnisse mit nachhaltigsten Langzeitwirkungen sind *Partnerkonflikte* und *Trennung*. *Paarprobleme* ergeben sich u. a. durch mangelnde Gegenseitigkeit im Geben und Nehmen, die

Unfähigkeit oder Unwilligkeit zu affektiven Beziehungen, fehlende Akzeptanz des Partners oder Konflikte um die familiäre Aufgabenteilung und mangelnde dyadische und individuelle Kompetenzen (Schneewind & Vaskovics 1994; Rosenkranz & Rost 1998; Kaiser 2002). Windle & Dumenci (1997) fanden bei 200 Paaren mit Kindern, dass höherer Stress, geringe Partnerzufriedenheit und geringe Familienkohäsion sowie höhere Ehedauer mit höheren Raten depressiver Symptome bei den Eheleuten einhergingen. Die größte Vorhersagekraft für eine eigene Scheidung hatten dabei Verhaltensprobleme wie *Ängste, Verletzlichkeit, Eifersucht, dominantes Verhalten, Kritiksucht, mangelnde Gesprächsbereitschaft, Untreue, Provokationen, häufige Abwesenheit und Geldverschwendung*. Solche Befunde können für weitere Studien wertvolle Hinweise liefern.

Weitere Risikofaktoren für Familien, v. a. die Kinder, auf die zu achten ist, sind u. a. (vgl. zusammenfassend BMFS 1994; BZGA 1998; Kaiser 2002)

- angespannte sozioökonomische Verhältnisse (Deprivation) durch Scheidung, Kriegseinwirkungen, Firmenpleiten oder Arbeitslosigkeit;
- ungünstige Wohnbedingungen (Enge, Lärm, Anonymität, kein Intimreich, kein Auslauf für die Kinder);
- ungünstige Arbeitszeiten und -bedingungen (z. B. Wechselschicht oder längere Abwesenheit bei Seeleuten oder Soldaten);
- Fehlen sozialer Unterstützung vonseiten Verwandter und Freunde;
- genetisch und biographisch bedingte persönliche Belastungen der Partner (z. B. erhöhte Verletzlichkeit, geringe Frustrations- und Ambiguitätstoleranz);
- psychische Störungen und niedriges Selbstwertgefühl eines Elternteils oder Angehöriger;
- gestörte Beziehungen zwischen Kindern und Eltern;
- gestörte Paarbeziehungen;
- Altersabstand der Eltern mehr als drei Jahre;
- Verlust der Mutter/des Vaters, Wechsel der Bezugsperson v. a. vor dem 6. Lebensjahr;
- Alter der Mutter bei der Geburt unter 26 Jahren;
- unerwünschte Geburt, unerwünschtes Geschlecht;
- Verlust/Abwesenheit von Angehörigen (Tod, Fehlgeburt, Trennung, Abtreibungen, Adoptionsfreigabe, Fremdplatzierung eigener Kinder);

- gestörtes Familienklima (fehlende Aussprachemöglichkeiten, Konfliktniederdrückung, psychische oder physische Gewalt, mangelndes Vertrauen, häufige Zurückweisung);
- Verlust der Heimat durch Umzug, Flucht oder Vertreibung;
- Gewalt, Missbrauch/Misshandlung;
- Unglücksfälle, Verbrechen, Katastrophen.

Je mehr dieser Risikofaktoren zusammenkommen, desto höher ist die Gefahr psychischer und gesundheitlicher Störungen mit all ihren Folgeproblemen und Nebenwirkungen.

Wie die dargestellten Gesichtspunkte und Mechanismen zusammenwirken sei nun am Beispiel eines komplexen Genogramms veranschaulicht.

Alma (30) ist Lehrerin und hat eine halbe Stelle an einer Grundschule in ihrem Dorf in Sachsen-Anhalt. Im Rahmen einer Supervision beschwert sie sich über ihre Schwiegermutter: Wütend erzählt sie, dass ihre Schwiegermutter ihr „das Leben zur Hölle“ mache, sie kontrolliere, ihr ständig in alles hineinrede und ihren Sohn (Hans, 4) für sich vereinnahme. Die Situation eskaliere immer mehr, da ihr Mann sich von seiner Mutter alles gefallen lasse und nicht zu ihr halte. Auch der Schwiegervater sei gegen sie und beschimpfe sie häufig, weil sie „etwas Besseres“ sein wolle und sich „nicht an Regeln“ halte. Alma würde am liebsten ausziehen und alles hinter sich lassen.

Sie hatte Rolf (32) während des Studiums kennen gelernt. Rolf ist Jurist bei einem großen Unternehmen und viel unterwegs. Wenn er nach Hause kommt, will er seine Ruhe und nicht mit Familienstreitigkeiten behelligt werden. Er erwartet nach Almas Schilderungen, dass sie sich mit seiner Mutter „arrangiert“ und „Frieden“ hält.

Nach der Heirat vor vier Jahren war das Paar in das neu renovierte Haus von Rolfs Eltern eingezogen. Sie zahlen nur einen geringen Mietzins und können den großen Garten nutzen. Rolf ist der einzige Sohn und Erbe seiner Eltern.

Da Alma zu diesem Zeitpunkt bereits schwanger war, war abgesprochen, dass sich die Oma um das Kind kümmert, während sie arbeiten geht.

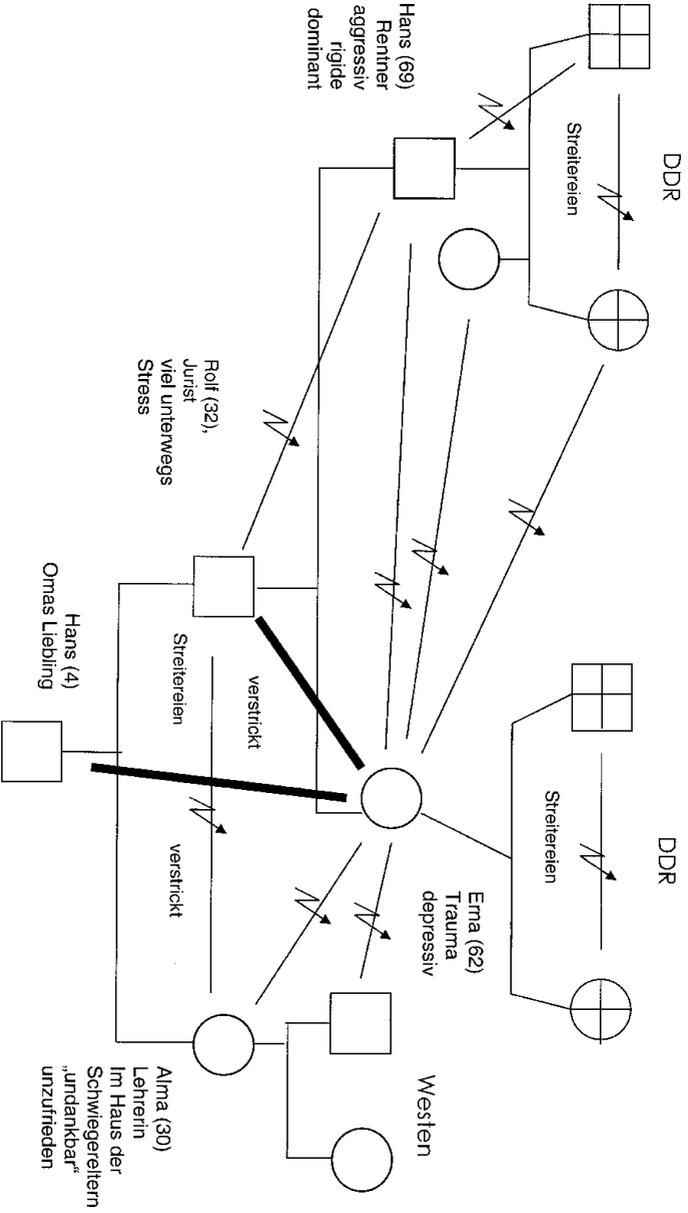


Abb. 2.: Ausschnitt eines komplexen Genogramms (Erläuterungen im Text)

Die Schwiegermutter (Erna, 62) ist gelernte Kindergärtnerin und hat nach der Wende wegen ihrer politischen Vergangenheit als IM ihren Arbeitsplatz verloren. Sie hat sich von diesem Schlag nie erholt. Seitdem ist sie arbeitslos, worunter sie sehr leidet. Vor einigen Jahren wurde sie berentet. Im Dorf ist sie ziemlich isoliert. Sie geht kaum aus dem Haus. Alma bezeichnet sie als depressiv-destruktiv. Der Enkelsohn (4) ist ihr „Ein und Alles ...“; „... wenn sie ihn hat, blüht sie regelrecht auf“. Wenn sie ihn nicht oder später als erwartet „bekommt“, wird sie leicht böse. Zu ihrem Sohn Rolf hat sie eine sehr enge Beziehung; er ist „eigentlich ihr einziger Gesprächspartner“.

Der Schwiegervater (Hans, 69) war früher SED-Sekretär in einem Kombinat. Er ist Rentner. Nach der Wende konnte er günstig ein Haus seines Kombinats erwerben, das er selbst renoviert und ausgebaut hat. Er ist viel unterwegs und hat viele Kontakte in der Gegend. Alma beschreibt ihn als sehr autoritär und verbittert. Er erwartet von Alma, dass sie sich an (seine) Regeln hält; er duldet keine anderen Meinungen „in seinem Haus“.

Die Ehe der Schwiegereltern ist sehr distanziert. Zu seinem Enkel ist die Beziehung gut.

Fazit aus der familienpsychologischen Forschung

Die vorliegenden Ansätze und Ergebnisse legen nahe, bei qualitativen Studien darauf zu achten, wie stark Angehörige verschiedener Generationen sich über die gesamte Lebensspanne gegenseitig beeinflussen. Zugleich ist zu fragen, wie Angehörige zum familialen Zusammenleben beitragen und welcher individuellen Qualifikationen es zu dessen Gelingen bedarf. Partner, Kinder, (Ur-)Groß-eltern, Onkel und Tanten aber auch Freunde und Bekannte sind zu dynamischen sozialen Systemen und Systemnetzwerken verwoben. Hier ist zu klären, welchen Stellenwert diese Interaktionen im Leben von Familien direkt oder indirekt haben und welche Strukturen, Organisationsformen und externen Ressourcen das Familiensystem dafür braucht.

Der Pluralismus von Familienformen als Systemtypen und Lebensauffassungen im Kontext des Mehrgenerationenverbandes einerseits und die Vielfalt unterschiedlicher Umwelten andererseits machen eine differenzierte Betrachtung der Kriterien und Probleme familialer Funktionsfähigkeit erforderlich.

Je differenzierter und komplexer der Forschungsansatz auf die Eigenart der Beteiligten und Besonderheiten ihrer Lebenssituation zugeschnitten ist, desto größer dürfte der Ertrag sein.

Systemische Mehrebenenanalyse (evtl.) als Kombination struktur- und lebensweltorientierten Vorgehens in der Familienforschung

Objektive vs. lebensweltliche Daten

Wenn wir Familien befragen, müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass die Angaben unterschiedlichen Charakter haben (s. Abb. 2) und je spezifischer Methoden zur Klärung bedürfen:

- *Objektive Daten* über Geburts- und Sterbedaten, Familienstand, Ausbildung und Beruf, Militärdienst, Orte, Vermögen, Immobilien, Krankheiten sind aus Urkunden und Dokumenten zu entnehmen. Informationen über Systemstrukturen der Familie wie Rollen und Aufgabenprofile und andere Aspekte familialer Funktionsfähigkeit lassen sich teilweise ebenfalls objektivieren (Kaiser 1989, 2003; s. o.).
- Angaben über *informelle* Strukturen wie Familienregeln, Geheimnisse oder Rituale müssen auf ihre konsensuelle Basis untersucht werden (Kaiser 1998).
- *Familien- und zeitgeschichtliche* Informationen geben Aufschluss über Entstehungszusammenhänge von Entwicklungen und werden mittels historisch-genographischer Verfahren erhellt (Genographische Mehrebenenanalyse, Familienzeittafel). Mit Hilfe einer Familienzeittafel sind nicht nur familien- und zeitgeschichtliche Konstellationen zu ermitteln. Dabei können auch *Ereignisabfolgen* in Verlauf und Interaktionszusammenhängen sichtbar gemacht werden (Sequenzanalyse; vgl. McGoldrick & Gerson 1990; Massing et al 1992; Kaiser 1989, 2003; Hildenbrandt 2004).
- *Subjektiv-lebensweltliche* Angaben zu Bedeutungen und Gewichtungen können (in manchen Fällen) durch Beobachtungen in situ, Dokumente, Zeugenaussagen etc. sowie die Rekonstruktion von Modellvorstellungen sowie Sequenzanalysen überprüft werden.

Gültigkeitsbereich	„objektive“ Strukturen	individuell-lebensweltlich	famial-lebensweltlich
Realitäten	Biologische Strukturen/ Umwelt/Konstellation	Aktivierung nicht bewusster automatisierter Konzepte und neuropsychologischer Dispositionen » individuelle Lebenswelt	Aktivierung nicht bewusster automatisierter Konzepte » familiäre Lebenswelt
Realitätsepisode	Prozesse Ereignisse	Aktivierung nicht bewusster automatisierter Konzepte und neuropsychologischer Dispositionen » individuelle Situation	Aktivierung nicht bewusster automatisierter Konzepte » familiäre Situation

Abb. 2 Zur Unterscheidung „objektiver“ und subjektiver (individuell- bzw. famial-lebensweltlicher) Sichtweisen

Strukturelle Analyse

Um lebensweltlichen Auffassungen und objektivierbaren Fakten (Rechtslage, Problembeteiligte etc.) gleichermaßen gerecht zu werden, kombinieren wir strukturelle und lebensweltliche Analysen (vgl. Habermas 1985; Legewie 1987; Kaiser 1989, 2002, 2003). Dabei stützen wir uns auf die Ergebnisse der Interaktionismusdebatte in der Psychologie (vgl. Lantermann 1981; Kaiser 1982; Schott 1991) und Modelle zur Untersuchung von Lebensqualität (Miller 1978; Lazarus 1979; Donabedian 1980; Bellebaum & Barheier 1994; Zapf & Habich 1996; Bradbury & Karney 1998; Bullinger et al. 2000; Kaiser 1993, 2002 a). Um ein möglichst umfassendes Bild der Familie und ihrer Lebensqualität zu bekommen, ermitteln wir

- *Lebensbedingungen* und *Strukturen* als *stabile Situationsbestandteile* wie die beteiligten Personen, Systeme und deren Eigenschaften (Familientyp, individuelle und familiäre Strukturen, stabilere Beziehungen, Kompetenzen etc.);
- *Prozesse* in *aktuellen Konstellationen* und *Gegebenheiten* oder von Beziehungsgeschehen sowie das *Verhalten und Erleben* der beteiligten Personen und Systeme;
- Effekte familialer Entwicklungen.

Da oft komplexe Systemkontexte verschiedener Ebenen zur Sprache kommen, bedarf die Situationsanalyse der Differenzierung durch die *Mehrebenenperspektive* (vgl. Miller 1978; Kaiser 1982, 1993, 2002):

- 1) Der *Mikro-Ebene* werden Familie, Freunde und Bekannte in ihren unmittelbaren Lebenszusammenhängen zugerechnet.
- 2) Zur *Meso-Ebene* gehören institutionalisierte lokale oder regionale Systeme und deren Mitglieder sowie Umstände, Ereignisse etc., die mit solchen der Mikro- wie der Makroebene interagieren wie z. B. Behörden, Betriebe, Gemeinde etc.; diese sind in der Regel individuell *nicht* oder nur auf Umwegen beeinflussbar.
- 3) Zur *Makro-Ebene* zählen Systeme, Umstände, Ereignisse etc., die Rahmenbedingungen für die Mikro- und Mesoebene abgeben, wie z. B. Staat und Gesellschaft, Großorganisationen wie Kirchen oder Konzerne, schließlich das globale Ökosystem oder die allgemeine Wirtschaftslage. Diese sind in der Regel individuell *kaum* oder nur auf besonderen Umwegen beeinflussbar.

Systemische Mehrebenenanalyse versucht eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme all der komplexen Phänomene, die für die Angehörigen und ihren Systemkontext relevant sind, schützt vor Einseitigkeit und linearem Denken und hilft bei der Suche nach Sichtweisen, die der Komplexität der Situation angemessen sind (Dörner 1989; Cierpka & Schenk 1998; Grawe 1998, 2004).

Wir arbeiten zunächst mit einem sehr weiten *Suchraum*, um möglichst viele Informationen berücksichtigen zu können. Die Beschränkung auf für die Angehörigen relevante Aspekte und die Fokussierung auf bestimmte Fragestellungen reduzieren die Komplexität später wieder auf ein „erträgliches“ Maß. Die anfängliche Weite des Suchraums ist aber notwendig, um Problemaspekte verschiedener Ebenen und Provenienzen berücksichtigen zu können.

Lebensweltanalyse

Das Individuum vermag seine neuronalen Bahnungen und seine Hirnstrukturen prinzipiell nicht zu erkennen. Auch deren psychische Effekte wie z. B. erhöhte Stressanfälligkeit, intrapsychische Konflikte und die Grenzen von Kommunikation werden vielfach ebenso wenig durchschaut wie Lebens- und

Handlungsbedingungen. Die lebensweltliche Perspektive ist durch Unkenntnis, Selbsttäuschungen und Verzerrungen von Wahrnehmung und Kommunikation begrenzt. Dabei werden Effekte der *Selektivität* und *Perspektivität* menschlicher *Wahrnehmung* deutlich. Aufgrund des z. T. hohen Automatisierungsgrades psychischer Steuerungsprozesse hat das Individuum meist nur Ausschnitte derselben bewusstseinsfähig und verbalisierbar parat (Miller et al. 1960; Kaiser 1982; Maturana 1982; Schott 1991; Hacker 1998; LeDoux 2002). So werden *Sinn- und Bedeutungsstrukturen* in der Familie zwar gelebt; sie können indes oft nicht ausformuliert und begründet werden.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, familiäre Lebenswelten aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten (vgl. Legewie 1987; Sommer 1987; Leithäuser & Volmerg 1988; Grawe 2004):

1. Erschließung der subjektiven Lebenswelt im Dialog.
2. Unbewusste Muster, Gefühle und Wünsche können z. T. im tiefenhermeneutischen Dialog ans Licht gebracht, Verzerrungen der Wahrnehmung und Kommunikation, Abwehrmechanismen und Übertragungsprozesse geklärt werden (vgl. Sommer 1987; Leithäuser & Volmerg 1988; Thomä & Kächele 1986; Schorn 2000).
3. Mit Hilfe systemorientierter Strukturanalysen werden Informationen in einen größeren Zusammenhang gestellt und durch zusätzliche Recherchen ergänzt (s. u.).

Da es in der systemischen Familienforschung um die Interaktion subjektiver und objektiver Lebensbedingungen geht, müssen hier System- und Lebenswelt gemeinsam erforscht werden (vgl. Habermas 1985; Kaiser 1989, 1993, 2003; Hildenbrand 2004).

Ein Abfragen von „Variablen“ ist in solchen Zusammenhängen selten möglich und einer gemeinsamen Klärung solch komplexer Fragen/Zusammenhänge nicht zuträglich.

Da sich Realitäten aufgrund unterschiedlicher Blickwinkel für die Angehörigen in der Regel unterschiedlich darstellen können, sind Vorkehrungen gegen Missverständnisse sinnvoll. Daher ist zunächst zu unterscheiden zwischen einer der Familie *gemeinsamen* und einer *individuellen* Situationsauffassung jedes Angehörigen (s. o.).

Vielen Familien ist es unerträglich, in „wichtigen“ Fragen nicht einer Meinung zu sein. Der *Widerstand* der Familie, solche *Harmoniemythen* zu ent-

larven, bedarf behutsamen (therapeutischen) Vorgehens. Noch komplizierter kann es werden, wenn eine zwar für Außenstehende, nicht aber für die Angehörigen konsensfähige Sichtweise zur Sprache kommt. Derlei wird nur dann zugänglich, wenn evtl. Widerstände bearbeitet und die Außenperspektive von den Angehörigen auch subjektiv wahrgenommen und verstanden werden (vgl. auch Perrez 1998). Es wird vielfach als kränkend erlebt, dass Realitäten auch *ohne* bemerkt zu werden wirksam sein und zu bewussten oder nichtbewussten Reaktionen führen können.

Emotionale Bedeutungen lassen sich im Rahmen von Situationsanalysen z. B. mittels *gesprächstherapeutischer* Methoden klären (z. B. Sachse 2002). Fragen nach der zeitlichen Einbettung und dem sequentiellen Ablauf von Ereignisfolgen wie dies in der Funktionalen Verhaltensanalyse, der Tätigkeits- bzw. Handlungspsychologie sowie der Systemischen Therapie üblich ist, geben Aufschlüsse über Funktions- und Sinnzusammenhänge (vgl. Kanfer & Schmelzer 2001; Hacker 1998; Kaiser 1982, 2002). Zu einem vollständigen Bild gehört ebenso, Übertragungsprozesse oder Familienmuster (s. u.) zu analysieren um nichtbewusste Wirkzusammenhänge aufzuspüren und die volle Tragweite von Situationen für die Beteiligten zu erfassen (s. Kreische, 2000). Hierzu gehört auch, vor- bzw. nichtsprachliches und nichtbewusstes Material zu ergründen, Wahrnehmungs- und Kommunikationsverzerrungen, Metaphern, (Gegen-)Übertragungen oder Abwehrmechanismen zu entwirren und zu bearbeiten (z. B. Thomä & Kächele 1986; Grawe 1998; Kreische 2000; Sachse 2002).

Zur Verwirklichung dieser Anliegen gehört eine Auffassung von der *Beziehung* zwischen Forscher und Probanden, die sich von der in der quantitativen Sozialforschung üblichen (z. B. Opp 1970; Bortz 2002) deutlich unterscheidet.

In der herkömmlichen Sozialforschung ist der Proband *Objekt* der Untersuchung, seine Subjektivität bleibt bei Anwendung standardisierter Erhebungsverfahren leicht unberücksichtigt. Die Beziehung zwischen Forscher und Proband entspricht einer „Ich-Es-Beziehung“ i. S. Bubers (1979) und dient der Datengewinnung (vgl. Feyerabend 1980, 1983; Bateson 1981; Brengelmann 1985; Breuer 1998 u. a.). Bei genauerer Betrachtung ist der Forscher, der mit Familien arbeitet, nicht „desengagierter Beobachter“, sondern reflektierender „Mitspieler“ (Habermas 1967, 99; vgl. auch Husserl 1962). Im Rahmen unserer qualitativen Studien sind wir auf engagierte Mitarbeit der Angehörigen angewiesen. Hierzu ist es nahe liegend, wenn ich mich als For-

scher frage, wie bzw. was ich optimalerweise für mein Gegenüber sein müsste („Es-Ich-Beziehung“; Levinas 1983). Ich muss bestrebt sein, die Familie „wahrzunehmen“ und mich „wahrgeben“ (Gebser 1978). Dabei ist allen Beteiligten klar, dass Lebensweltanalyse ein Prozess ist, der nie abzuschließen ist und es gerade hier darauf ankommt, sich auf den Weg zu machen.

In vielen Fällen ist es nützlich, neben der aktuellen Familienkonstellation die Familiengeschichte genauer zu betrachten.

Die genographische Mehrebenenanalyse

Die Kenntnis der Vorgeschichte und historischer Hintergründe erleichtert das Verständnis familialer Entwicklungen und Kultur erheblich. Auch hier werden Informationen über strukturelle und lebensweltliche Aspekte erhoben.

Wir beginnen die genographische Arbeit üblicherweise mit einem Vorgespräch, in dem wir Anliegen und Vorgehen erörtern. Wir bitten die Probanden, im Vorfeld möglichst viele Gespräche mit Angehörigen zu führen und ihre Familiengeschichte genauer zu recherchieren. Hierzu haben wir einen schriftlichen Leitfaden entwickelt, den die Probanden nach dem Vorgespräch erhalten.

In der Sitzung wird die Arbeit nur durch die Vorgabe strukturiert, die einzelnen Angehörigen zu nennen und zu charakterisieren, sowie ihre Geschichte, wichtige Beziehungen und Ereignisse darzustellen. Auf einem an der Wand befestigten großen Bogen Papier oder einer Tafel zeichnen der Forscher oder die Angehörigen selbst die einzelnen Mitglieder in beliebiger Reihenfolge anhand der vorgegebenen Symbole in den Familienstammbaum ein. Währenddessen erzählen die Angehörigen, was ihnen jeweils dazu einfällt. Der Psychologe, und gegebenenfalls die Gruppe, stellen Verbindungen zwischen einzelnen Informationen her und fragen nach, wenn etwas unklar ist. Die Anwesenheit mehrerer Angehöriger ermöglicht die Rekonstruktion auch weiter zurückliegender komplexer Sachverhalte.

Um Abfolge und Zusammenhänge familialer Daten leichter überschauen zu können, legen wir neben den Genogrammen eine „*Familienzeittafel*“ an (vgl. Stierlin et al. 1977; McGoldrick & Gerson 1990; Kaiser 1989, 2002). Auf diese Weise werden oft verblüffende Parallelitäten zwischen den Generationen sichtbar: So geschehen in manchen Familien bestimmte Ereignisse

in einem bestimmten Alter (z. B. heiraten, Kinder bekommen, krank werden). Ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Heirat und der Geburt des ersten Kindes deutet vielfach auf eine unerwünschte Schwangerschaft und „Mußheirat“ etc. hin. Stimmt der Zeitpunkt eines familialen und eines historischen Ereignisses überein – z. B. Geburt und Kriegsausbruch – ergeben sich daraus wichtige weitere Fragen (z. B. nach der Abwesenheit des Vaters oder anderen Kriegsfolgen).

Die Art und Weise, wie sich Angehörige angesichts bestimmter Themen verhalten bzw. miteinander umgehen und wie sie berichten, sind meist sehr aufschlussreich: Brisante Ereignisse wie Abtreibungen oder Seitensprünge werden leicht „vergessen“, Symbole bei der graphischen Darstellung „verwechselt“ usw.

Zu den einzelnen Beziehungen und zur Bewertung wesentlicher Ereignisse holen die Probanden gegebenenfalls die Stellungnahme weiterer Angehöriger ein.

Wenn die Angehörigen nicht gedrängt werden, sprechen sie zunächst über diejenigen Themen und Personen, die ihnen nicht zuviel Angst machen und vermeiden solche, die ihnen unangenehm sind. Anhand *nonverbaler* Signale kann der Forscher oft Hinweise auf brisante Themen erhalten. Widerstand kann durch gegenläufige Interessen, oft aber durch Bedrohung des Selbstwertgefühls ausgelöst werden und sich in Form von Verdrängung, Verleugnung, Aggressionen u. a. *Abwehrmechanismen* äußern. Um solche Themen wird oft aus Loyalität der Mantel des *Geheimnisses*, eines *Tabus* oder eines *Mythos* gebreitet (vgl. Stierlin et al. 1977; Ferreira 1980; Kaiser 1998; Kreische 2000; Sachse 2002). In einfühlsam geführten Gesprächen lösen sich solche Realitätsverschleierungen mit zunehmender Sicherheit der Beteiligten meist von selbst auf. Eine forcierte Demontage durch den Forscher scheint kaum sinnvoll. Widerstand wird meist von selbst überflüssig, wenn seine Entstehungsbedingungen in Systemkontexten und Familiengeschichte bewusst werden. In solchen Fällen obliegt es der therapeutischen Professionalität des Untersuchers, die Hintergründe der Widerstände zu eruieren und zugleich die Vertrauensbeziehung mit den Probanden zu vertiefen. Hier wird besonders deutlich, wie wichtig fundierte psychotherapeutische Kompetenz für erfolgreiche Datenerhebung sein kann. Werden solche Klippen überwunden, können verdeckte Bedeutungen erhellt und ein tieferes Verständnis familialer Dynamik und Lebenskonzepte wachsen.

Ist die genographische Mehrebenenanalyse in einem ersten Durchgang fertig gestellt, sprechen Angehörige und Forscher über ihre Eindrücke, Gedanken und Gefühle, die sie im Zusammenhang mit der Arbeit haben. Auf diese Weise ergeben sich Fragen, neue Perspektiven und Ergänzungen, die die Beteiligten stimulieren, sich immer intensiver auf die Rekonstruktion der Familiengeschichte und ihrer Kontexte zu konzentrieren. In weiteren Durchgängen trachten viele Angehörige danach, ihr Bild zu vervollständigen bzw. neue Fragen zu formulieren. Manche Zusammenhänge (v. a. traumatische Erlebnisse) sind über emotionale Reaktionen auf bestimmte Konstellationen zu erschließen und müssen oft mühsam mit therapeutischen Methoden rekonstruiert werden (z. B. Skulpturtechniken, freies Assoziieren, Traumanalyse, Verbalisieren emotionaler Erlebnisinhalte, Focusing, positives Konnotieren, oder Plananalyse (vgl. Thomä & Kächele 1986; Gendlin 1998; Talmon 1996; Caspar 1996; Schmidt 2003)). Aus geäußerten Gefühlen wird nach und nach ermittelt, wie die dahinter liegenden *Wertsetzungen, Modellvorstellungen* etc. aussehen.

Die Anwesenheit einer *Gruppe* kommt gerade der erlebnisaktivierenden Arbeit sehr zugute, wenn der Zusammenhalt und das Vertrauensverhältnis der Teilnehmer gut sind. Diese können sich gegenseitig solidarisch unterstützen und z. B. an einer Simulation in Form einer Skulptur, Aufstellung oder eines Planspiels mitwirken. Da die Probanden in der Regel noch nie ihr Familiensystem in seiner Gesamtheit und sich selbst aus der Distanz betrachtet haben, erlauben solche Simulationen Erkenntnisse die Ergebnisse der genographischen Arbeit zu präzisieren, zu ergänzen und teilweise zu korrigieren. Vor allem herausragende Themen wie Missbrauchserlebnisse, Verletzungen oder schwere eigene Verfehlungen wie z. B. Naziverbrechen können mittels solcher Methoden weiter vertieft werden (vgl. Schmidt 2003).

Kommt bislang verdrängtes Material zur Sprache, kann dies mittels therapeutischer Methoden weiter konkretisiert werden: Gute Erfahrungen haben wir mit *Focusing* (Gendlin 1998), Verfahren der Gesprächspsychotherapie, oder mit *freiem Assoziieren* (vgl. Thomä & Kächele 1986; Schorn 2000; Sachse 2003) gemacht.

Die genographische Exploration liefert viele Hinweise auf Ressourcen und Anfälligkeiten für die familiäre Funktionsfähigkeit und Lebensqualität (s. o.). Häufige Beispiele sind unverarbeitete Personenverluste, Funktionalisierung und Überforderung von Angehörigen oder andere dysfunktionale Strukturen. Unbearbeitete *Ablösungsprobleme*, v. a. vom gegengeschlechtlichen Eltern-

teil, lassen der Paarbeziehung zu wenig Raum; der erste Platz neben einer *Vatertochter* oder einem *Muttersohn* ist dann anderweitig besetzt. Durch solche Prioritäten werden die Partnerschaft und der Partner abgewertet. Wegen der resultierenden Paarprobleme findet oft eine *Selbstabwertung* statt, die das Selbstwertgefühl schmälert. Eine weitere häufige Beobachtung bezieht sich auf dysfunktionale Modellvorstellungen aufgrund ungünstiger Verhältnisse wie etwa unglückliche oder distanzierte Familienbeziehungen im Zusammenhang mit abwesenden Vätern (Kaiser 1989, 2002).

Kommen wir nun zu Qualitätskriterien qualitativer Familienforschung.

Qualitätskriterien

Dem wissenschaftlichen Anspruch bezüglich Nachprüfbarkeit der Probanden-Berichte und der zusammenfassenden Schlussfolgerungen ist im Rahmen qualitativer Forschung Rechnung zu tragen durch (vgl. Garfinkel 1967; Strauss & Corbin 1996; Sommer 1987; König & Zedler 1995; Breuer 1998, 2000 u. a.):

- ausführliche Darstellung des Forschungsprozesses und der Begleitumstände;
- sorgfältige Dokumentation (Ton-, Video-, Projektaufzeichnungen);
- Darstellung der Art des Schlussfolgerns aus dem Material;
- den Nachweis, dass Sachverhalt und Beschreibung korrespondieren („Korrespondenzkriterium“). Daher sollten möglichst Dokumente, Zeugnisaussagen etc. zur Überprüfung von Probanden-Aussagen herangezogen werden;
- Prüfung der „sozialen Angemessenheit“ durch Analysen der Sensibilität des Probanden seinen alltäglichen Interaktionspartnern gegenüber;
- Prüfung der „Aufrichtigkeit“ der Probanden;
- den Nachweis, dass Aussagen mit anderen gültigen Aussagen übereinstimmen („Kohärenzkriterium“);
- den Nachweis, dass sich die Aussage in der Praxis bewährt (hat) („pragmatisches Geltungskriterium“ bzw. „Handlungsvalidierung“);
- den Nachweis, dass die gewählte Methode dem Thema angemessen ist;
- dialogische Prüfung der kategorialen Zuordnung von Daten gemeinsam mit den Probanden;
- Brauchbarkeit der Ergebnisse für weitere Erkenntnisprozesse („kommunikative Validierung“).

Wie bereits ausgeführt, sind Aussagefähigkeit und Verlässlichkeit retrospektiver biographischer/genographischer Informationen aus verschiedenen Gründen eingeschränkt (vgl. Schepank 1987; Welzer 2002):

- Informationen werden nicht, verzerrt oder bruchstückhaft erinnert und u. U. aus heutiger Sicht neu interpretiert;
- Informationen werden aufgrund individueller oder familialer Abwehrprozesse verleugnet, verdrängt, tabuisiert oder mythologisiert.

Diesen Nachteilen ist durch Heranziehen von Dokumenten und Zeitzeugen etc. nur teilweise abzuhelfen. Wünschenswert wären mehr prospektive Longitudinalstudien, die allerdings bei Mehrgenerationenstudien enorme Zeiträume erfordern (vgl. Montada 1987; Schepank 1987; Amato 2000).

Ausblick

Wie befriedigend Familienleben für die Angehörigen sein kann, ist abhängig von Strukturen und Prozessen familialer Funktionsfähigkeit, biopsychosozialer Gesundheit und Kompetenz der Angehörigen, aber auch angemessenen gesellschaftlichen und materiellen Lebensbedingungen. In unterschiedlichen Konstellationen und Phasen im Lebens- und Familienzyklus gibt es dabei eine Vielfalt familialer und individueller Möglichkeiten, die mittels qualitativer Methoden durch kompetente Forscher zu ermitteln sind. Diese benötigen fundierte therapeutische Kompetenz, um die oft komplexen Prozesse in familienbezogenen Explorationen souverän zu handhaben und zugleich die Vertrauensbeziehung mit den Probanden professionell zu optimieren.

Liegen diese Voraussetzungen vor, lassen sich immer differenziertere Hypothesen und *gegenstandsbezogene* Theorien über immer speziellere Fragen entwickeln. Auch diese sind *falsifizierbar* zu formulieren, um sie immer differenzierter *überprüfen* und verfeinern zu können. Dies kann und sollte dann auch mit *quantitativen* Verfahren geschehen. Zur intensiveren Erforschung der Interaktionen *biologischer* und familialer Faktoren und Entwicklungen werden, neben psychologisch-sozialwissenschaftlichen, künftig zunehmend *biomedizinische* Untersuchungsverfahren benötigt. Erst wenn sich qualitative, quantitative und biomedizinische Methoden sinnvoll ergänzen, sind die Anliegen *biopsychosozialer* Familienforschung wirksam voranzutreiben. Hier liegt noch ein weiter Weg vor uns.

Literatur

- ADAMASZEK, M. (1996): Leibliches Befinden in Familienkontexten. Genogramme in der Gesundheitsbildung. Oldenburg: BIS.
- AMATO, P.R. (2000): The consequences of divorce for adults and children. *J. of marriage and the Family*, 62. S. 1269-1287.
- BATESON, G. (1981): Ökologie des Geistes. Frankfurt: Suhrkamp.
- BAUER, J. (2002): Das Gedächtnis des Körpers. Wie Beziehungen und Lebensstile unsere Gene steuern. Frankfurt: Eichborn.
- BELLEBAUM, A./BARHEIER, K. (Hg.) (1994): Lebensqualität. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BELSCHNER, W./KAISER, P. (1991): Darstellung eines Mehrebenenmodells primärer Prävention. In: Filipp, S.H. (Hg.): Kritische Lebensereignisse. München: Urban & Schwarzenberg. S. 174-197.
- BERTRAM, H. (1997): Familienwandel und Generationsbeziehungen. München: DJJ.
- BEUTLER, L.E/MALIK, M./ALIMOHAMED, S./HARWOOD, T.M./TALEBI, H./NOBLE, S./WONG, E. (2004): Therapist variables. In: Lambert, M.J. (Ed.) (2004): Bergin and Garfield's handbook of psychotherapy and behaviour change (5th. Ed.): New York: Wiley. S. 227-306.
- BMFS (BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN JUGEND) (1998): 10. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland. Bonn: Bundestagsdrucksache 13/11368.
- BMFS (BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE UND SENIOREN) (Hg.) (1994): Fünfter Familien-Bericht: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Bonn.
- BORTZ, J. (2002): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer.
- BRADBURY, T.N./KARNEY, B.R. (1998): Längsschnittuntersuchungen zum Verlauf partnerschaftlicher Beziehungen. In: Hahlweg, K./Baucom, D./Bastine, R./Markman, H. (Hg.): Prävention von Trennung und Scheidung. Internationale Ansätze. Stuttgart: Kohlhammer. S. 115-132.

- BRAUKHAUS, Chr./SABMANN, H./HAHLWEG, K. (2000): Erfolgsbedingungen von Partnerschaften. In: Kaiser, P. (Hg.) (2000): Partnerschaft und Paartherapie. Göttingen: Hogrefe. S. 173-190.
- BRENGELMANN, J. C. (1985): Wie nutzen Forscher und Forschung dem Therapeuten in der Praxis? Z. f. personenzentrierte Psychologie und Psychotherapie, 4. S. 313-323.
- BRETHERTON, I. (1992): Attachment and bonding. In: Van Hasselt, V.B./Herson, M. (Eds.): Handbook of social development. New York: Plenum Press. S. 133-155.
- BRETHERTON, I. (2001): Zur Konzeption innerer Arbeitsmodelle in der Bindungstheorie. In: Gloger-Tippelt, G. (Hg.): Bindung im Erwachsenenalter. Bern: Huber.
- BREUER, F. (Hg.) (1998): Qualitative Psychologie. Grundlagen, Methoden und Anwendungen eines Forschungsstils. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- BREUER, F. (2000): Qualitative Methoden zur Untersuchung von Biographien, Interaktionen und lebensweltlichen Kontexten: Die Entwicklung eines Forschungsstils. Forum: Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research (Online Journal), 1(2): <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-00/2-00breuer-d.htm> (30.12.04).
- BUBER, M. (1979 b): Ich und Du. Heidelberg: Lambert Schneider.
- BUCHHOLZ, M. B. (1995): Die unbewußte Familie. Lehrbuch der psychoanalytischen Familientherapie. München: Pfeiffer.
- BULLINGER, M./J. SIEGRIST/U. RAVENS-SIEBERER (HG.) (2000): Lebensqualitätsforschung aus medizinpsychologischer und -soziologischer Perspektive. Göttingen: Hogrefe.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GENERATIONEN (1999): Familienbericht 1999. Wien: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, Abteilung für Familienpolitik.
- BZGA (BUNDESZENTRALE FÜR GESUNDHEITLICHE AUFKLÄRUNG) (Hg.) (1998): Was erhält Menschen gesund? Band 6. Köln.
- CASPAR, F. (Hg.) (1996): Psychotherapeutische Problemanalyse. Tübingen: DGVT.

- CIERPKA, M./SCHENK, K. (Hg.) (1998): *Familiendiagnostik*. Heidelberg: Springer.
- DATHE, D. (1998): *Der Familienzyklus als Bestimmungsfaktor für das Familieneinkommen und das Arbeitsangebot. Eine Untersuchung für West- und Ostdeutschland auf der Grundlage des Mikrozensus 1995*. <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/1998/i98-208.pdf> (23.05.2005).
- DESTATIS (STATISTISCHES BUNDESAMT) (2005): *Statistisches Jahrbuch*. www.destatis.de
- DGB (DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND) (2000): *Armut in Deutschland*. Frankfurt: DGB.
- DIEKMANN, A./ENGELHARDT, H. (1995): *Die soziale Vererbung des Scheidungsrisikos*. *Zeitschrift für Soziologie*, 24 (3). S. 215-228.
- DONABEDIAN, A. (1980): *Explorations in quality assessment and monitoring. Vol. I The definition of quality approaches to its assessment*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- DÖRNER, D. (1989): *Die Logik des Mißlingens*. Reinbek: Rowohlt.
- EGELAND, B./JACOBVITZ, D./PAPATOLA, K. (1987): *Intergenerational continuity of abuse*. In: Gelles, R.J./Lancaster, J.B. (Eds.): *Child abuse and neglect: Biosocial dimensions*. Chicago, IL: Aldine-de-Gruyter. S. 255-276.
- FERREIRA, A. (1980): *Familienmythen*. In: Watzlawick, P./Weakland, J.H. (Hg.): *Interaktion*. Bern: Huber. S. 85-93.
- FEYERABEND, P. (1980): *Erkenntnis für freie Menschen*. Frankfurt: Suhrkamp.
- FEYERABEND, P. (1983): *Wider den Methodenzwang*. Frankfurt: Suhrkamp.
- FINKELHOR, D./STRAPKO, N. (1992): *Sexual abuse prevention education: A review of evaluation*. In: Willis, D. J./Holden, E. W./Rosenberg, M. (Eds.): *Prevention of child maltreatment: Developmental and ecological perspectives*. New York: Wiley & Sons.
- GEBSER, J. (1978): *Ursprung und Gegenwart*. Schaffhausen: Novalis.
- GENDLIN, E. T. (1998): *Focusing-orientierte Psychotherapie. Ein Handbuch der erlebensbezogenen Methode*. München: Pfeiffer.
- GLASER, B./STRAUSS, A. (1967): *The discovery of grounded theory*. Chicago: Aldine.

- GLOGER-TIPPELT, G. (HG.) (2001): Bindung im Erwachsenenalter. Bern: Huber.
- GOTTMAN, J.M./SILVER, N.(2000): Die 7 Geheimnisse der glücklichen Ehe. München: Schröder.
- GRAWE, K. (1998): Psychologische Therapie. Göttingen: Hogrefe.
- GRAWE, K. (2004): Neuropsychotherapie. Göttingen: Hogrefe.
- HABERMAS, J. (1967): Zur Logik der Sozialwissenschaften. Tübingen: Mohr.
- HABERMAS, J. (1985): Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bände). Frankfurt: Suhrkamp.
- HACKER, W. (1998): Allgemeine Arbeitspsychologie: Psychische Regulation von Arbeitstätigkeiten. Bern: Huber.
- HEEKERENS, H. P. (1988): Die zweite Ehe. Wiederheirat nach Scheidung und Verwitwung. Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- HEEKERENS, H.-P. (1995): Intergenerationale Scheidungstradierung – ein Erbstück ganz besonderer Art. Unveröffentlichtes Manuskript. München.
- HEHL, F.-J./WERKLE, R. (1993): Eine retrospektive Untersuchung von familiären Beziehungsstrukturen bei sexuellem Mißbrauch. Eine Pilotstudie. Zeitschrift für Familienforschung, 3. S. 218-251.
- HILDENBRAND, B. (2004): Familienforschung und Familientherapie: Die Sequenzanalyse in der Genogrammarbeit. Familiendynamik, 29, 3. S. 257-287.
- HINDE, R. (1993): Auf dem Wege zu einer Wissenschaft zwischenmenschlicher Beziehungen. In: Auhagen, A. E./Salisch, M. v. (Hg.) (1993): Zwischenmenschliche Beziehungen. Göttingen: Hogrefe. S. 7-36.
- HOFER, M./KLEIN-ALLERMANN, E./NOACK, P. (Hg.): Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung. Ein Lehrbuch. Göttingen: Hogrefe. S. 192-215.
- HUSSERL, E. (1962): Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Den Haag: Martinus Nijhoff.
- KAISER, P. (1982): Kompetenz als erlernbare Fähigkeit zur Analyse und Bewältigung von Lebenssituationen auf mehreren Ebenen. Oldenburg: BIS-Verlag.

- KAISER, P. (1993): Systemische Mehrebenenanalysen im Sozial- und Gesundheitswesen. In: Kaiser, P. (Hg.): Psychologik helfender Institutionen. Zur Nutzerfreundlichkeit des Sozial- und Gesundheitswesens. Heidelberg: Asanger. S. 206-222.
- KAISER, P. (1998): Familiengeheimnisse unter transgenerationaler Perspektive. In: Spitznagel, A. (Hg.): Geheimnis und Geheimhaltung. Göttingen: Hogrefe. S. 280-297.
- KAISER, P. (Hg.) (2000): Partnerschaft und Paartherapie. Göttingen: Hogrefe.
- KAISER, P. (2002): Einführung in die Paar- und Familienpsychologie. In: Sulz, S.K.D./Heekerens, H.-P. (Hg.): Familien in Therapie. München: CIP-Medien. S. 5-38.
- KAISER, P. (2002 a): Systemische Mehrebenenanalyse der familialen Lebensqualität – Hinweise und Kriterien zur praktischen Arbeit mit Familien. In: Sulz, S.K.D./Heekerens, H.-P. (Hg.): Familien in Therapie. München: CIP-Medien. S. 51-76.
- KAISER, P. (1989): Familienerinnerungen. Zur Psychologie der Mehrgenerationenfamilie. Heidelberg: Asanger.
- KAISER, P. (2003): Transgenerationale Interaktionen und Partnerschaft. In: Grau, I./Bierhoff, H.W. (Hg.): Sozialpsychologie der Partnerschaft. Berlin: Springer. S. 111-136.
- KAISER, P. (2004): Der Einfluss der Herkunftsfamilien auf die Partnerschaft. In: www.familienhandbuch.de
- KAISER, P. (2005): Schwestern im familialen Systemkontext. In: Onnen-Isemann, C./Rösch, G.M. (Hg.): Schwestern – Dynamik und Repräsentation einer lebenslangen Beziehung. Frankfurt, New York: Campus.
- KANFER, F.H./SCHMELZER, D. (2001): Wegweiser Verhaltenstherapie. Psychotherapie als Chance. Berlin: Springer.
- KAUFMAN, J./ZIGLER, E. (1987): Do abused children become abusing parents? *American Journal of Orthopsychiatry*, 57. S. 186-192.
- KELLY, G. A. (1986): Die Psychologie der persönlichen Konstrukte. Pfeiffer.
- KEMMLER-DREWS, R./SEWERIN, C. (1989): Familiäre Hintergründe von Ehescheidungen – eine empirische Untersuchung. Diplomarbeit. Oldenburg: Universität Oldenburg.

- KÖNIG, E./ZEDLER, P. (Hg.) (1995): Bilanz qualitativer Forschung. Weinheim: Deutscher Studienverlag.
- KREISCHE, R. (2000): Psychoanalytische Paartherapie. In: Kaiser, P. (Hg.): Partnerschaft und Paartherapie. Göttingen: Hogrefe. S. 257-270.
- KURATORIUM DEUTSCHE ALTERSHILFE (1998): Leistungen von Großeltern werden zu wenig anerkannt. Die Hälfte aller Großmütter betreut regelmäßig Enkel. Pressemitteilung. Bonn: Internetseite KDA aktuell.
- LANTERMANN, E.D. (1981): Person, Handlung und Situation. München: Urban & Schwarzenberg.
- LAZARUS, R.S. (1979): Shaping up the coping concept. In: Bond, L.A./Rosen, J.C. (Eds.): Primary prevention of psychopathology, 4-19. Hanover, N.H.: University Press of New England.
- LEDOUX, J. (2002): Synaptic Self: How our brains become who we are. New York: Viking Penguin.
- LEGEWIE, H. (1987): Alltag und seelische Gesundheit. Bonn: Psychiatrie Verlag.
- LEITHÄUSER, T./AMENDT, G./SCHWARZ, M. (1990): Das Leben unerwünschter Kinder. Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus drei Jahrzehnten. Bremen: Universität Bremen.
- LEITHÄUSER, T./VOLMERS, B. (1988): Psychoanalyse in der Sozialforschung. Eine Einführung am Beispiel einer Sozialpsychologie der Arbeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- LEVINAS, E. (1983): Die Spur des Anderen. München: Alber.
- MASSING, A./REICH, G./SPERLING, E. (1992): Die Mehrgenerationen-Familientherapie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- MATURANA, H. (1982): Erkennen: Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie. Braunschweig: Vieweg.
- MCGOLDRICK, M./GERSON, R. (1990) Genogramme in der Familienberatung. Stuttgart: Huber.
- MILLER, J.G. (1978): Living systems. New Graumann, C.F. (1967): Zur Psychologie und Phänomenologie der Perspektivität. Stuttgart: Thieme.
- MONTADA, L. (1987): Systematik der Angewandten Entwicklungspsychologie: Probleme der Praxis, Beiträge der Forschung. In: Oerter, R./Mon-

- tada, L. (Hg.): Entwicklungspsychologie. Weinheim: Psychologie Verlags Union. S. 769-789
- MÜHLFELD, C. (1984): Ehe und Familie. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- MURPHY, M./GLASER, K./GRUNDY, E. (1997): Marital status and Long-Term Illness in Great Britain. *Journal of Marriage and the Family*, 59. S. 156-164.
- NAVE-HERZ, R. (2004): Ehe- und Familiensoziologie. Weinheim: Juventa.
- NAVE-HERZ, R. (Hg.) (1988): Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Enke.
- OETER, K./WILKEN, M. (1981): Psychosoziale Entstehungsbedingungen unerwünschter Schwangerschaften. Stuttgart: Kohlhammer.
- PERREZ, M. (2000): Psychologie des Familien- und Paarstress: Forschungsentwicklungen. In: Schneewind, K.A. (Hg.) *Familienpsychologie im Aufwind*. Göttingen: Hogrefe. S. 69-88.
- RAPAPORT, D. (1970): Die Struktur der psychoanalytischen Theorie. Stuttgart: Klett.
- ROLLETT, B./WERNECK, H. (Hg.) (2002): Klinische Entwicklungspsychologie der Familie. Göttingen: Hogrefe.
- SACHSE, R. (2002): Klärungsorientierte Psychotherapie. Göttingen: Hogrefe.
- SCHEPANK, H. (1987): Psychogene Erkrankungen der Stadtbevölkerung. Berlin: Springer.
- SCHMECK, K./F. POUSTKA/KATSCHNIG, H. (Hg.) (1998): Qualitätssicherung und Lebensqualität in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Springer: New York.
- SCHMECK, K./POUSTKA, F./KATSCHNIG, H. (Hg.) (1998): Qualitätssicherung und Lebensqualität in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Springer: New York.
- SCHMIDT, M. (2003): Systemische Familienrekonstruktion. Göttingen: Hogrefe.
- SCHMIDT-DENTER, U. (2000): Entwicklung von Trennungs- und Scheidungsfamilien. In: K.A. Schneewind (Hg.). *Familienpsychologie im Aufwind*. Göttingen: Hogrefe. S. 203-221.
- SCHNEEWIND, K.A. (2001): Familienpsychologie. Stuttgart: Kohlhammer.

- SCHNEEWIND, K.A. (Hg.): Familienpsychologie im Aufwind. Göttingen: Hogrefe. S. 69-88.
- SCHORN, A. (2000, Juni): Das „themenzentrierte Interview“. Ein Verfahren zur Entschlüsselung manifester und latenter Aspekte subjektiver Wirklichkeit (20 Absätze). Forum: Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research (On-line Journal), 1(2): Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-00/2-00schorn-d.htm> (Recherchedatum: 30.12.2004)
- SCHOTT, E. (1991): Psychologie der Situation. Heidelberg: Asanger.
- SCHWARZER, R. (2004): Psychologie des Gesundheitsverhaltens. Eine Einführung in die Gesundheitspsychologie Göttingen, Germany: Hogrefe.
- SOMMER, H.J. (1987): Dialogische Forschungsmethoden. Weinheim: Psychologie Verlags Union.
- STIERLIN, H./RÜCKER-EMBDEN, I./WETZEL, N./WIRSCHING, M. (1977): Das erste Familiengespräch. Stuttgart: Klett-Cotta.
- STRAUSS, A./CORBIN, J. (1996): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz PVU.
- Talmon, M. (1996): Schluß mit den endlosen Sitzungen. Wege zu einer lösungsorientierten Kurztherapie. München: Knaur.
- TEXTOR, M.R. (2004): Der Familienzyklus. In: Textor, M.R. (Hg.) (2004): Kindergartenpädagogik – Online-Handbuch. <http://www.kindergartenpaedagogik.de/39.html>
- THOMÄ, H./KÄCHELE, H. (1986): Lehrbuch der psychoanalytischen Therapie. Berlin: Springer.
- UEXKÜLL, J. v. (1973): Theoretische Biologie. Frankfurt: Suhrkamp.
- WALLERSTEIN, J./BLAKESLEE, S. (1996): Die gute Ehe. Weinheim: Beltz.
- WELZER, H. (2002): Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung. München: Beck.
- ZAPF, W./HABICH, R. (Hg.): (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: Edition Sigma.
- ZAPF, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: Glatzer, W./Zapf, W. (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. New York: Campus. S. 13-26.

Monika Adamaszek

Kernkonflikte kindlicher Loyalität

Ein familienbiographischer Zugang

Mit meinem Beitrag stelle ich familiendiagnostische Überlegungen vor, mit denen R. Adamaszek und ich uns als Familientherapeuten während der letzten Jahre beschäftigten. Die in unserer therapeutischen Arbeit mit Familien zu behandelnden Konflikte, Spannungen, Überforderungen und Symptome von Familienmitgliedern haben uns als Helfer dazu veranlasst, die Familiengeschichte als lebendigen Familienzusammenhang mehrerer Generationen in seiner Dynamik als therapeutische Familienbiographik zu konzeptualisieren.

1 Einleitung

Bevor ich unsere familienbiographische Untersuchungsmethode vorstelle, möchte ich eine kurze Einführung in phänomenologisch-leibtheoretische Herangehensweisen an «familiäre Lebensordnungen» geben, die sich im Alltag zwar in keinem direkt beobachtbaren Zusammenhang zeigen, aber doch in unser aller Erfahrung gegeben sind. Wir sind darin eingebunden, bewegen uns seit Geburt darin und sie machen sich gerade dann in ihrer Brüchigkeit bemerkbar, wenn es uns schlecht geht, wenn wir unter Symptomen leiden oder Schmerzen haben.

In diesen kurzen Worten ist bereits die Verbindungslinie zu den leitenden Gesichtspunkten familienbiographischer Untersuchung kindlicher Loyalität gezogen. Es geht um die mit der Weitergabe des Lebens verbundenen Verpflichtungen, Verbindlichkeiten und Ansprüche, die mehr oder weniger unbewusst, unsichtbar, gleichwohl aber als drängende, auffordernde, «verpflichtende Antreiber», Zumutungen und Nötigungen im eigenen Leben empfunden werden und auf die wir als Kinder ohne bewusstes Wollen und Können in Loyalität bezogen sind. Die kindlichen Konflikte dieser Loyalität machen sich zu bestimmten Zeiten im Lebenslauf eines Menschen bemerkbar und haben einen fundamentalen Bezug zu den Struktureinbrüchen und

Verlusten im Lebenszusammenhang mehrerer Generationen. Dies lässt sich empirisch untersuchen, und im Rahmen einer genauen Aufzeichnung der Familiengeschichte – als Genogramm bzw. Familienstammbaum – lässt sich entdecken, dass das Ausscheiden von Mitgliedern der Großeltern- und Elterngeneration infolge von Krankheit, Trennung und Tod zu einer bestimmten Zeit konstitutiver Ursprung existentieller «Mitleidenschaft» nachfolgender Generationen ist.

Ich werde in meinem Beitrag auch auf die Loyalitätskonzepte eingehen, wie sie von einigen Familientherapeuten in mehrgenerationaler Perspektive entwickelt wurden. Gerade zur Exploration der zwischen mehreren Generationen bestehenden und übertragenen Loyalitätskonflikte ist von ihnen das Genogramm entwickelt worden (vgl. Bowen 1976; Kaiser 1989; McGoldrick & Carter 1990, M. Adamaszek 1996; R. Adamaszek 2003). Eine Genogrammanalyse kann die Vernetzungen und wesentlichen Knotenpunkte familieneigener Entwicklung mit dem gegenwärtigen Familiensystem und den aktuellen Konflikten deutlich machen. Welche Kriterien jedoch bei der Untersuchung des Familienstammbaums und der Untersuchung von historischen Fakten der Familienbiographie angelegt werden, blieb meines Wissens bei anderen Autoren bislang unklar. Eine verlässlich begründete Gewichtung, welche Beziehungs-Konstellationen im Genogramm wie untersucht werden sollen, damit eine Problemlösung zwischen den Familienmitgliedern entwickelt werden kann, sucht man bei ihnen vergebens. Unsere familienbiographische Methode der Genogrammanalyse schließt diese theoretische Lücke. Davon werde ich berichten. Das heißt, ich werde auf der Grundlage eines mit familienbiographischer Methodologie gewonnenen Begriffs von *Loyalität* bzw. von *Stellvertretung* anhand kleiner Genogrammausschnitte aus Familienbiographien die Gesetzmäßigkeiten leiblicher Haftung veranschaulichen.

2 Leibliche Bindungen, in denen wir leben

Biographik steht in der Tradition phänomenologischer Untersuchungen familialer Lebenswelt und macht unseren Leib zum Dreh- und Angelpunkt allen Fragens. Unser Leib – verstanden als lebendige Einheit von Körper und Seele, als lebendiger Körper, als Ensemble aller Lebensfunktionen – ist zu untersuchen auf seine Funktionalität, d. h. Dienstbarkeit im Leben mit anderen. *Den Krisen unseres Lebens kommt eine Sonderstellung in Bezug auf die Erkenntnis insofern zu, als sich in ihnen die Gesetze, nach denen sich die*

Funktionen des Leibes richten, besonders deutlich offenbaren. Krisen stellen nämlich die Frage nach den Gesetzen unserer Leiblichkeit insofern mit höchster Intensität, als sie ja Leib und Leben unmittelbar in Frage stellen.

In diesem Sinn nimmt der Tod von Angehörigen, von Eltern und Großeltern, denen wir Leib und Leben verdanken, wiederum eine Sonderstellung ein. Der Tod ist die höchste, existentielle Infragestellung und kann auf leiblicher Ebene nur mit dem Ersatz des verlorenen Leibes durch einen anderen beantwortet werden. Der Ersatz muss im Prinzip immer zu leisten sein, sonst wäre mit dem Tod der Verstorbenen das Leben rasch insgesamt beendet.

Die Dienstbarkeit des Leibes im Leben mit anderen besteht wesentlich in Ersatzleistungen. Sie ist der <Vollzug> einer beständigen Ausgleichsbewegung gegenüber beständig drohendem Funktionsverlust. Die homöostatische Aufrechterhaltung der Funktionalität unseres Leibes bringt damit zugleich sein mit seiner Lebendigkeit einhergehendes <Angewiesensein auf Indienstnahme> zur Geltung. Fragen nach der Dienstbarkeit des Leibes richten sich zunächst auf unser aller Indienstnahme durch unsere Eltern und Nächsten, der wir mittels unserer leiblichen Sensibilität und Verletzlichkeit nachkommen. Dabei werden dem Kind Lebensfunktionen übertragen. Ein Kind besitzt nicht etwa seinen Leib, sondern lebt aus den Funktionen heraus, welche es im Dienst seiner Eltern erfüllt. Wir sind als leibliche Kinder unserer Eltern in „unvordenklicher“ Orientiertheit auf sie bezogen. Diese Orientiertheit wird von Emanuel Lévinas mit den denkwürdigen Termini der Unterworfenheit, Empfänglichkeit und Verwundbarkeit beschrieben (1992, 50ff.).

Mit unserer Leiblichkeit sind wir einer Vorgabe durch unsere Eltern ausgesetzt, hinter die wir nicht mehr zurück können, und die Vorgegebenheit unseres Leibes ist, wie wir von den Phänomenologen Merleau Ponty, Plessner, Viktor von Weizsäcker und Waldenfels lernen können, kein bloßes <factum brutum>, sondern ein beständiges <In-Bewegung-Sein>, ein Beteiligtsein an einer beständig vorläufigen, beständig bedrohten und brüchigen Ordnung. Phänomene wie <In-Bewegung-Sein> oder <unablässiger Vollzug> sind schwer zur Sprache zu bringen, weil unsere Sprache feststellt und säuberlich zu ordnen versucht (in erste, zweite und dritte Person), während wir in <unobjektivierbarer Teilhabe> (Lévinas 1992) leiblichen <Vollzügen> ausgesetzt sind. Sie werden erlitten, und zwar von uns selbst, wie von Anderen, Nächsten.

Phänomenologen bemühen sich darum, eine Sprache zu finden, die, in vorsichtiger, indirekter Annäherung an leibliche Phänomene, diese so zu fassen

vermag, dass Fragen danach, wer jemand als Kind für Mutter oder Vater zu sein hatte, welche Notwendigkeiten und welche Bindung aneinander ihn oder sie damals und heute in Mitleidenschaft ziehen und die dazugehörige Bedeutung klären helfen. Zu betonen ist, dass der Bezug zu wichtigen Angehörigen, der Bezug auf tote, vermisste Familienmitglieder, auf Männer und Frauen in der Geschlechterfolge zum Leib gehört. Unser Leib ist in Beziehungen zwischen Geschlechtern und Generationen verflochten, und diese Tatsache kann uns immer wieder in eine Fremdheit uns selbst gegenüber versetzen. Wir sind nicht einfach zu Hause im eigenen Leib. Wir sind zwar immer dabei, doch in Distanz zu uns selbst, zu gewissen Zeiten mehr bei unseren Nächsten, für sie da, durch ihre Bedürftigkeit in den Dienst genommen. Phänomene der Verstrickung, des Außer-Sich-Seins, der loyalen Stellvertretung sprechen unmittelbar gegen das Konstrukt eines „reinen“, leiblichen Selbst, dem nicht Fremdes beigemischt wäre.

Als Erleidender ist unser Leib in beständigem Bezug auf das, was nicht ist, sondern sein will, kann, darf, soll und muss. Die Wendung des Blicks vom Vorhandenen auf das Fehlende, die Hinwendung auf das, was Viktor von Weizsäcker das Pathische unserer Existenz (Pathosophie 1967) nennt und mit den Hilfsverben erfasst, konfrontiert uns mit der Problematik unserer leiblichen Teilhabe, mit unserem leidenschaftlichen Bezug zu anderen, der uns vor aller Betätigung und vor allem selbstgewirkten Geschick anhaftet.

Dies kann uns lehren, dass nicht feste Ordnungen des Bestehenden oder der Gedanken unser Leben bestimmen, sondern dass es primär die Wechselfälle der Leidenschaft sind, die sich im Kampf um Ordnungen verwirklichen. In Liebe, Hass, Leid und Schuld wird das Leben erfahren, und jeder Begriff von Erfahrung, der die Leidenschaften ausschließen möchte, greift daneben. Es gehört zu den Prämissen phänomenologischen Denkens, dass Unglück und Leid, Erkrankung und Verlust überhaupt erst die Anlässe sind, aus denen heraus das Bedürfnis nach Ausstieg aus dem Bett des Lebensflusses entsteht und von wo aus die Darstellung des Lebenslaufs, das Bemühen um biographisches Verständnis, seinen Ausgang nimmt. Eine wissenschaftliche Biographik, die sich von Familienbiographie – als unser aller verbindlichem Lebenszusammenhang – freizumachen versucht, bliebe unzulässig verkürzt. *Aus diesem Grund ist eine Biographik gefordert, die imstande ist, das Leben von Kranken und Leidenden und das ihrer Angehörigen zu würdigen, indem sie bei ihrer Darstellung die Kategorien des Pathischen zugrunde legt und Pathographie wird.*

Und dann wird schnell klar: Hier wird das Leben nicht etwa diskutiert, ausgehandelt, gewählt, gemacht; der Lebende hat es nicht in der Hand, sondern er ist dem Geschick ausgesetzt, Ohnmacht zu erleiden und in das Leiden seiner Nächsten einbezogen zu sein. Es geht hier um Widerfahrnisse wider besseres Wissen und besseres Wollen.

Die <Infragestellung unserer leiblichen Existenz> durch das Geschehen, das Infragegestelltsein durch einen Tod oder von dem, was versäumt oder was unterlassen wurde, ist nicht einfach Nichts, sondern ist Anwesenheit des Abwesenden, als Herausforderung, als Nötigung durch Vergangenes weiter wirksam und präsent. Die Thematisierung unserer Leiblichkeit, wie sie im Erleiden von Krisen als Struktur unserer Familienwelt im Folgenden anvisiert wird, beachtet besonders die <Erfahrungsbrüche mehrerer Generationen>.

Es war Viktor von Weizsäcker, der in seinem Spätwerk, der „Pathosophie“ (1967, 249), visionär zum Ausdruck gebracht hat, auf welchem Weg Indienstnahmen und Übertragungen einer Generation sich Geltung verschaffen im Leben der Angehörigen der nächsten Generation und welche Grundlagen einer wissenschaftlichen Biographik damit umrissen sind. Er schrieb: „Da zugleich (...) der Biographie ein Platz verschafft werden soll, da ihre methodische Anwendung von dem Gefühl der Unsicherheit und Minderwertigkeit befreit werden soll, ist es besonders heikel, wenn ich nun eine Behauptung vorbringen muss, die ungewohnt, paradox, wissenschaftlich anstößig ist und die ich mit keinem der üblichen Argumente beweisen kann. *Es ist das die Behauptung, dass nicht das Gelebte, sondern das Ungelebte allein wirksam ist, und zwar nicht das Mögliche sondern das Unmögliche verwirklicht wird – sowohl im kranken wie im nichtkranken Lebensgeschehen.*“ Weizsäcker fährt fort: „Da diese Lehre, nimmt man sie umfassend und konsequent, wahrscheinlich große Folgen hat, so ist hier eine Beschränkung angebracht. *Sie lautet: die Krankheit soll, und zwar ausschließlich, als Wirksamkeit des Ungelebten und die Verwirklichung des Unmöglichen eingesehen werden. Eine richtige Biographie kommt nur zustande, wenn sie im Sinne dieser Geschichtsauffassung aufgestellt wird*“ (1967, 249). An den Anfang biographischen Forschens stellte Weizsäcker darum die Frage: „*Inwiefern kann man einsehen, dass Krankheiten die Wirkung ungelebten Lebens sind*“ (ebd.).

In meinem nachfolgenden Beitrag werde ich zu zeigen versuchen, inwiefern auch <kindliche Loyalitätskonflikte>, die sich in mannigfachen Befindlich-

keitsstörungen und Krankheiten äußern können, die Wirkung ungelebten Lebens unserer Eltern und unserer Großelterngeneration sind bzw. deren nachwirkenden Mangel zum Ausdruck bringen.

3 Loyalität in der Mehrgenerationenperspektive der Familientherapie

Klinische Phänomene, Befindlichkeitsstörungen, die im Rahmen von Familiendiagnostik erfasst werden, sind unter anderem davon abhängig, was unter Familie verstanden wird, welche möglichen Zusammenhänge beobachtbar sind und *welche Fragestellungen mögliche verdeckte, unbewusste, nicht direkt zu beobachtende, gleichwohl leidvolle Zusammenhänge erschließen helfen*. Eine Definition des sozialen Gebildes Familie wird in unterschiedlichen Disziplinen aus sehr verschiedenen Perspektiven und mit verschiedenen Konzepten vorgenommen. So gibt es kein einheitliches Konzept für Familie als intimes Beziehungssystem, Familie als Sozialisationsinstanz oder als Rechtsinstitution und demnach gibt es sehr verschiedene Vorstellungen, wie Familie organisiert ist, welche Variablen zu ihrer Konstituierung beitragen und wie sich Familien von anderen Lebensformen unterscheiden.

Die Familiendiagnostik unterschiedlicher therapeutischer Schulen untersucht und beschreibt Interaktionen und ihre Veränderungen zwischen Familienmitgliedern, den Subsystemen, und analysiert die Dynamik der Familie als systemisches Ganzes.

Psychoanalytisch-systemisch orientierte Familiendiagnostik exploriert die unbewussten Phantasien, Wünsche und Ängste der Familie auf dem Hintergrund der Familiengeschichte und der Lebensentwürfe für die Zukunft, um zu einem Verständnis für die bedeutsamen Interaktionssequenzen und deren Funktionalität zu kommen (vgl. Manfred Cierpka, 1996).

Mit der mehrgenerationalen Perspektive auf Treuebindungen oder loyalen Bestandserhalt als Aufgabe der Systemmitgliedschaft wird ein Phänomenbereich von familiären Konfliktlagen in den Blick genommen, der nicht im gängigen sozialwissenschaftlichen oder psychologischen Diskurs abgehandelt wird.

Für den primären Lebenszusammenhalt des Familiensystems werden nicht individualistische Motive als entscheidende Beweggründe angenommen, sondern Treueverpflichtung über Generationen zugrunde gelegt, die den Bestand und die Kontinuität in der Generationenfolge sichern. *Loyalität wird*

als ein den Individuen übergeordnetes Steuerungsprinzip angesehen. Familientherapeuten psychoanalytischer Provenienz sprechen vom <unbewussten Verhaftetsein> an Familienmodellen. Hiernach besitze die Herkunftsfamilie in ihrer Personenkonstellation normative, d. h. steuernde Kraft. Familienmitglieder übernehmen dabei die traditionellen Konstellationen und Deutungsmuster, so unbefriedigend sie auch immer waren, statt einen individuellen Anspruch auf Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit für eigene Entwicklung einzulösen.

Dabei werden Vorstellungen der inneren und äußeren Realität, Ideen über das Zusammenleben, Prämissen und Glaubenssysteme durch intrafamiliale Übertragungsprozesse weitergegeben. Diese sind mit Leid erzeugenden, unbefriedigenden Wirkungen vereinbar, sofern davon ausgegangen wird, „dass sich Störungen und Konflikte der jeweiligen Kindergeneration regelmäßig aus Konflikten zwischen Eltern und Großeltern bzw. Partnern und ihren Eltern ergeben, so dass sich in Familien über Generationen im Wesentlichen immer wieder dieselben Konflikte abspielen, dass also ein ‚intrafamiliärer Wiederholungszwang‘ besteht“ (Massing et. al. 1994, 21). *Ausgangspunkt der Entwicklung intrafamiliärer Konfliktlösungsversuche, Ausgangspunkt von unbewussten Loyalitätsbindungen und ihrer Deutungen sind hiernach traumatisierende Erfahrungen der Großeltern und Eltern.*

Familientherapeuten versuchen somit die Deutungsmuster von Familien in ihrer biographisch-historischen Bedingtheit zu sehen. Die Anerkennung der Leiden der Großeltern und Eltern kann so die loyalen Bindungen in der Familiengeschichte mit ihrer komplexen Beziehungsdynamik als verlässliche Zugehörigkeit, als <gerechter Ausgleich>, als Treue zu Eltern und Großeltern dialogisch klären helfen. Die damit gewonnene neue Bedeutungsgebung für jede Passion, für jeden leidvollen Beziehungsabbruch (sowohl von Partnern und Eheleuten auf der horizontalen als auch von Eltern und Kindern auf der vertikalen Zeit- und Beziehungsachse) dient der Versöhnung zwischen den Generationen sowie innerhalb der Generationen.

Basisannahmen zur Loyalität in Mehrgenerationenperspektive

Monika Adamaszek (Dezember 2004)

<p>Boszormenyi-Nagy & Spark Unsichtbare Bindungen (1973)</p>	<p>Sperling (1962) Massing/ Reich/Sperling (1992) Die Mehrgenerationen- Familietherapie</p>	<p>Helm Stierlin Delegation und Familie (1982)</p>
<p>Loyalität: Schlüsselbegriff zur Untersuchung der a) Beziehungsstruktur einer Familie b) gesetzmäßig wirkenden, ungeschriebenen gemeinsamen Erwartungen bzw. unbedingten Verpflichtungen</p>	<p>Loyalität: Schlüsselbegriff zur Untersuchung der Familien-Biographie: a) Unerfüllte Verpflichtungen werden von Eltern an Kinder weitergegeben. b) Deren Übernahme unterbindet das Gelingen des Lebensglücks.</p>	<p>Loyalitätskonflikt: Schlüsselbegriff zur Untersuchung der Bindung von Kindern an ihre Eltern: a) verinnerlichte Lebensprogramme; b) Kinder sollen erfüllen, was ihre Eltern erträumt, aber nicht geschafft haben.</p>
<p>Loyalität: <i>sichert den Fortbestand der Gruppe</i></p>	<p>Loyalität: <i>erweist sich als Vorrangigkeit der Bindung an die Herkunftsfamilie vor derjenigen an Partner</i></p>	<p>Loyalität und Delegation: <i>führen gesetzmäßig zur Störung der Identität einer Person</i></p>
<p><i>bedeutet</i> für den Einzelnen: – Identifizierung mit der Gruppe, Verlässlichkeit, unerschütterliche Ergebenheit; – Verbundenheit von Individuum und Familiensystem durch „generationsübergreifende Verdienstbuchführung“, über Schulden, Verdienste, Pflichten, Fürsorgeaufgaben und Verantwortlichkeit der Eltern für abhängige Kinder.</p>	<p>Der intergenerationale Wiederholungszwang verweist darauf, „dass das Frühere im Heute wirksam ist“. – Störungen und Konflikte der Kindergeneration ergeben sich regelmäßig aus unbewussten Konflikten zwischen Eltern und Großeltern bzw. den Partnern und deren Eltern. Dies geschieht über vielfache intergenerationale Übertragungsprozesse.</p>	<p>Delegation besteht in dem unwiderstehlich scheinenden Auftrag, das ungeliebte Leben eines Anderen zu führen: z. B. das Leben von früh verstorbenen Geschwistern weiter zu führen und die von der Familie in diese gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Dadurch erspart der Delegierte den Eltern die notwendige Trauerarbeit. Es kann auch darum gehen, stellvertretend die Konflikte eines abgewerteten Familienmitglieds zu übernehmen und auszuleben.</p>
<p>Untersuchungsthema: – Durch welche Pflichterfüllung erwirbt der Einzelne Anspruch auf Leistungen Anderer? Bilanzierung der Verdienstkonto, die sich im intergenerationalen Gerechtigkeits-</p>	<p>Untersuchungsthema: – Wo ist der historische Ort des ursprünglichen Konflikts? – Was folgt daraus für die Arbeit an der Symptomatik, in die er verschoben worden ist?</p>	<p>Untersuchungsthema: Frage nach – Lücken in der Familiengeschichte, die durch Dele-</p>

ausgleich über mehrere Generationen Geltung verschaffen.		gation gefüllt werden, – unbewußten Überforderungen, – konflikthaften Antrieben, – inneren Divergenzen u. unerfüllbaren Aufgaben. Kernsatz: „Wir werden als Töchter und Söhne die Lasten der Eltern nicht los, sondern haben sie in uns.“
Fokus: Wesentliche Ereignisse im Familienstammbaum anschauen, wo es zu Rollenumkehr und unangemessener Aufgabenverteilung gekommen ist.	Fokus: Knotenpunkte familialer Entwicklung mit ihren Fakten anschauen, Konfliktthemen eruieren.	Fokus: Anerkennen der Lasten der Eltern aus ihren Herkunftsfamilien. Umdeuten der kindlichen Loyalitätskonflikte in Opferleistungen für die Eltern, die Anerkennung verdienen.
Therapeutische Ziele: Den intergenerationalen Dialog beleben. Leidvolle Geschichte der Großeltern anerkennen. Engagement für sie und Eltern mit individueller Differenzierung balancieren.	Therapeutisches Ziel: Betrauern des Grundkonflikts macht Versöhnung möglich.	Therapeutisches Ziel: Korrektur der bisherigen Epistemologie.

Die kurz charakterisierten Loyalitätskonzepte, wie sie in der Synopse von mir zusammengefasst sind, bieten eine erste Klärungshilfe, um die Dynamik von verpflichtenden <Übertragungen zwischen den Generationen> im therapeutischen Dialog zu explorieren.

Die klinischen Manifestationen von Loyalitätskonflikten werden sowohl in psychoanalytischer als auch in systemtheoretischer Perspektive interpretiert.

So nehmen alle genannten Autoren mehr oder weniger explizit an, dass unbewältigte, unabgeschlossene, ungelebte und damit noch wirksame Konflikte der einen Generation sich als seelische Konflikte und unlösbare Ausgleichsversuche in der nächsten Generation als äquivalentes Thema manifestieren. Wenn Loyalität die Treuebindungen zwischen den Generationen zum Ausdruck bringt, wird ein Familienmodell zugrunde gelegt, das größere

Zusammenhänge als die Beobachtung von zwei Generationen oder nur ein Eltern-Kind-System zu fassen versucht oder gar das Ermitteln subjektiver Theorien und die Verständigung über mögliche Wertaspekte emotionalen Zusammenhalts allein zu einer Frage subjektiver Realitätsprüfung macht.

Doch wie lassen sich Treuebindungen als verpflichtende Erfüllung der Bedürfnisse vorausgehender Generationen herausfinden? Welche verlässlichen Zugänge gibt es für das <Ausmaß der Erwartungshierarchie> einer Familie und wann wird sie fällig? Boszormenyi-Nagy und seine Mitarbeiter haben in ihren umfangreichen therapeutischen Gesprächen mit Familien zunächst versucht, einige Dimensionen <verdeckter Loyalität> zu identifizieren. „*Zuverlässige Verfahren, Loyalitätsbindungen zu messen*“ gibt es ihrer Meinung nach bislang nicht (1992, 72). Hier kann nach meiner Erfahrung ein familienbiographisches, leibtheoretisch fundiertes Verständnis von Loyalitätskonflikten im Rahmen einer genographischen Mehrebenenanalyse weiterhelfen.

4 Familienbiographische Zugänge zu Loyalitätskonflikten

Die Mehrgenerationentherapeuten psychoanalytischer Provenienz verweisen, wie wir sehen konnten, auf die unbewusste Verbundenheit von Kindern und auf das vergangene <Ungelebte>, das im Heute in den Beziehungen zu unseren Eltern, Großeltern, Geschwistern, Onkeln und Tanten wirksam ist. Ihren Erfahrungen nach verschafft sich mittels intrafamiliärer Übertragungen ein <Wiederholungszwang> Geltung, der dysfunktionale Konfliktlösungen, überfordernde Rollenzuweisungen und Delegationen für die Kindergeneration zur Folge hat. Die Mehrgenerationentherapeuten können aber nicht angeben, zu welcher Zeit in Bezug auf welche historischen Konflikte, welche Kinder in der Enkelgeneration davon betroffen sind. Das <Ungelebte> der Vorfahren und die von ihm ausgehende Wirkungsgeschichte wirft zwar Licht auf den biographischen Hintergrund einer Familie, aber weder seine präzise zeitliche (An-)Ordnung, noch die Rangfolge der damit verbundenen übertragenen Verpflichtungen und Aufgaben, die einzelnen Personen in deren Lebenslauf zugeordnet sind und deren Lebenslauf loyalitätsorientiert fundieren, lässt sich damit erkennen. Mit einem leibtheoretisch fundierten *Begriff von Stellvertretung* lässt sich hingegen eine genaue zeitliche und örtliche familienbiographische Zuordnung entdecken. Es lässt sich zeigen, dass im Umgang mit kranken Menschen und Krankheit in Bezug auf ihr Wohlbefinden erforschbare Gesetze wirken, die ihr – und unser aller – Leben unter nachprüfbare Bedingungen stellen. Diese Gesetze erschließen sich aus der Erfor-

schung von Lebensläufen unserer Vorfahren und sind begründet in unserer leiblichen Gebundenheit und Teilhabe. Wann und was in Erfahrungsbrüchen und nachfolgenden Loyalitätskonflikten mehrerer Generationen zur Geltung kommt und wie dies genau herauszufinden ist, dazu können spezielle familienbiographische Fragen beitragen, die im Rahmen eines Genogramms die objektiven Daten der Lebensläufe aller Familienmitglieder mindestens dreier Generationen vor Augen haben.

Begonnen wird mit einer genauen zeitlichen Analyse des in der Familiengeschichte noch nicht „Wirklichkeit gewordenen“, des Ungelebten, der vorzeitigen Verluste, des <Nicht-Geschehenen>, dem Unverschmerzten zugrunde liegt. Anhand der objektiven Eckdaten der Familiengeschichte, wie Daten von existentiellen Trennungen und Verbindungen (Geburt, Eheschließung, Tod, Krankheit, Verlust, Scheidung, Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft), kann im Rahmen der genographischen Analyse der Familiengeschichte über mehrere Generationen der ko-existenzielle leibliche Vollzug als gesetzhaftes Geschehen eingesehen werden. *Der ko-existenzielle leibliche Vollzug erschließt sich allerdings nur dann als langfristiges Wirken gesetzmäßiger Verbundenheit, wenn eine Untersuchung der Altersrelationen zwischen Original und ersatzleistenden Stellvertretern vorgenommen wird.* Es lässt sich dabei nachvollziehen, wie wir als leibliche <Stellvertreter> geboren, mit unserem lebendigen Selbst auf Notlagen unserer Eltern antwortend leben und uns zunächst spielerisch-unbewusst auf unsere eigene Vorgeschichte beziehen. Mit der genauen Beachtung der familialen Vorgeschichte, den möglichen Struktureinbrüchen, wie im Genogramm ablesbar, kann eine <nicht lineare Zeitlichkeit> in den Blick geraten, die als leibliches Vermögen, als *Transzendenz unserer Leiblichkeit* bezeichnet wurde und von Lévinas beschrieben wird als <récurrence>, als „das Vor-den-eigenen-Anfang-Zurückgehen des Subjekts, seine Herkunft aus uneinholbarer Vergangenheit und aus einer Passivität, ... einer Ausgesetztheit an Genuss und Schmerz, an Trauma und Verfolgung“ (1992, 227; vgl. auch Schoa-Forschung u. Therapie mit Menschen der zweiten u. dritten Generation, z. B. Dina Wardi (1997): *Kinder erleben sich wie „Gedenkerzen“ verloren gegangener Angehöriger und empfinden kein Recht auf ein eigenes Leben*).

Beim Rückgang in unsere Herkunft trifft Lévinas auf das, was er „Sich“ nennt: Ich-im-Akkusativ, jemand, der – noch bevor er „er selbst“ ist, bevor er sich selbst hat, schon „sich vorgeladen findet, zitiert zu dem, was ihm unübernehmbar bleibt“ (1992, 227f.). Eben diese leibliche Rekurrenz wird

begreiflich, indem auf genographischem Wege gezeigt wird, was an stellvertretenden Funktionen, an Stellvertretungsaufgaben oder Indienstnahmen im zeitlich-hierarchischen Verpflichtungsgefüge einer Familie vorgegeben ist. Der gesetzhafte loyale, leibhaftige Vollzug der Stellvertretung und die leibhaftige Relation zu unseren Vorfahren, zeigt sich nämlich in den existenziellen Krisen der Lebensverläufe als *Unmöglichkeit des Ersatzes*. Dies persönliche Scheitern erfolgt symptomatisch zu einem bestimmten Zeitpunkt im Leben eines jeden Stellvertreters – dann nämlich, wenn dieser so alt wird, wie der oder die Abwesende, die zu vertreten ihm schicksalhaft aufgegeben ist, bei Tod und Verlust war.

Loyalitätskonflikte lassen sich somit fassen als Stellvertretungskonflikte, die in ihrer existentiellen Verbindlichkeit auf „ungelebtes Leben“, ungelebte Eltern-Kind- bzw. Paarbeziehungen, auf nicht erfahrene Fürsorge und überhaupt auf den Eltern <Fehlende> in den letzten drei Generationen unserer Herkunftsfamilie verweisen. Stellvertreter werden erforderlich, wenn in Familien Trauerarbeit nicht gelungen ist. Vor allem von den Kindern wird dann in loyaler Verbundenheit die Vertretung derjenigen Personen übernommen, die den Eltern fehlen, um zu vergegenwärtigen, zu erfüllen bzw. auszugleichen, woran es den Eltern mangelt. Dabei kommen Ordnungsprinzipien zur Geltung, die wie ein fein reguliertes Steuerungsprinzip eine Rangfolge erkennbar werden lassen und damit erlauben, die biographische Frage zu beantworten, warum gerade diese Person gerade jetzt an welcher Stellvertretungsaufgabe leidvoll scheitert.

Erstgeborene Kinder werden dauerhaft zur Ausbalancierung des Fehlenden, zum Ausfüllen der Leerstellen auf der Generationsebene der Großeltern in Mitleidenschaft gezogen. Den Erstgeborenen obliegt in erster Linie der Ausgleich des ungelebten Lebens ihrer Großeltern. Zweitgeborene Mädchen und Jungen erleben sich auf der Ebene der Eltern verpflichtet und stehen auch ein für ungelebtes Geschwisterleben und frühere Partnerinnen und Partner. Die an dritter Stelle geborenen Kinder beiderlei Geschlechts haben nach unseren Beobachtungen unerledigte Aufgaben der gleichgeschlechtlichen Elternteile in deren Herkunftsfamilien zu erfüllen. Alle Kinder erleben es als ihre selbstverständliche Schuldigkeit und Pflicht, ihren Beitrag zum Glück ihrer Eltern zu leisten und Unerledigtes aufzunehmen, darauf aufmerksam zu machen, es auszutragen, leiden aber auch zu bestimmbar Zeiten unter ihrem unvermeidlichen Scheitern.

Anders gesagt, Kinder fühlen sich existentiell verantwortlich dafür, ihren Eltern zu ersetzen, was diesen in ihrem Leben an Wichtigem gefehlt hat und fehlt. Die Verzweiflung, in welche Kinder sämtlich früher oder später (schon als Kinder oder erst als „Erwachsene“) in ihrer primären Opferbereitschaft geraten, entspricht der Tatsache, dass diese Aufgabe sich zu bestimmbar Zeiten in der Familiengeschichte als existentiell ebenso notwendig wie unlösbar erweist (vgl. R. Adamaszek, 2003).

Die jeweilige Veranlassung zur Dienstbarkeit führt die Kinder dazu, dass sie die unmöglichen Ersatzleistungen auf geeignete andere Personen übertragen und mit deren Hilfe symbolisch und gleichnishaft zur Darstellung bringen. Die Vergangenheit der Familiengeschichte sucht uns als Kinder heim, beschwingt, entfesselt und belastet uns zwar, bevor wir sie uns zu vergegenwärtigen vermögen. Aber die Herkunftsgeschichte des damit verbundenen <Anspruchs> mit seinem pathischen Hintergrund lässt sich mit wissenschaftlicher Methodologie aufklären. Denn: *Loyalitätskonflikte erschließen sich familienbiographisch in ihrer Gesetzmäßigkeit, wenn die Altersrelationen der zu Vertretenden und der Stellvertreter nach der Ordnung der Zeit zugrunde gelegt werden.*

5 Die zentralen biographischen Forschungsfragen im Rahmen einer genographischen Mehrebenenanalyse

Die familienbiographischen Fragen lauten: *Warum gerade jetzt? Warum gerade hier? Warum gerade so?* Es sind dies die zentralen Fragen, die Viktor von Weizsäcker im Rahmen seiner medizinischen Forschung als wissenschaftliches Programm einer ärztlichen Biographik gestellt hat (Weizsäcker 1953/1987, 366). Sie erlauben uns, Loyalitätskonflikte zu untersuchen als ein symptomatisches Scheitern an den zu bestimmten Zeiten fällig werdenden Stellvertretungsaufgaben im Familiengefüge mehrerer Generationen.

Die Frage „*Warum gerade jetzt?*“ ist zu konkretisieren, indem man sie auf die Relationalität der am Loyalitätskonflikt Beteiligten bezieht und deren Altersrelationen errechnet.

Die Frage „*Warum gerade hier?*“ ist zu konkretisieren, indem man sie auf die Stellvertretungsfunktion (Ersatzleistungen) des jeweiligen Kindes bezieht und dessen virtuelle Position innerhalb der Stellvertretungsordnung ihrer Familien bestimmt.

Die Frage „*Warum gerade so?*“ ist zu konkretisieren, indem man den nachwirkenden Mangel an seinem Ursprungsort aufspürt, zu dessen frustriertem Ausgleich der Stellvertreter sich genötigt zeigt.

Die überall zu beobachtende Komplementarität kindlichen Einsatzes für das Wohl der Eltern hat m. E. große Konsequenzen für eine familienbiographisch gewonnene Theorie kindlicher Entwicklung. Sie hat sich jedenfalls als sehr fruchtbar für die Untersuchung, Diagnose und Behandlung von Symptomen, Befindlichkeitsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten erwiesen.

Die familienbiographische Genogrammanalyse knüpft an die von Bowen (1978) zu diagnostischen Zwecken entwickelte Genogrammarbeit an (vgl. Guerin & Pendagast 1976; Kaiser 1989; Mc Goldrick & Gerson 1985), die von Familientherapeuten aller Richtungen mittlerweile als Standardinstrument zur Exploration familiendynamischer Prozesse verwendet wird. Mit der graphischen Darstellung aller objektiven Lebensdaten und Beziehungen in einer Familie über drei Generationen, lässt sich in kurzer Zeit ein Überblick über die Familienentwicklung und deren wesentliche Knotenpunkte, d. h. strukturelle Veränderungen in der Ordnung der Zeit, wie Eheschließung, Geburten, vorzeitige Tode, Verluste, Trennungen, Scheidungen, körperliche und seelische Erkrankungen, gewinnen. Als existenzielle Ereignisse in der Familiengeschichte geben sie Hinweise auf Funktionalität und Dysfunktionalität von Paarbeziehungen und Eltern-Kindbeziehungen. Aus familienbiographischer Perspektive werden alle objektiven Verlust-Daten und Struktur-einbrüche im Genogramm als Ursprungsorte möglicher Stellvertretungsaufgaben angesehen, an die leiblich angeknüpft werden musste, die als Bruch in einer gelebten Ordnung Ausgleichsbewegungen im Dienste des Familienzusammenhalts unbedingt erforderlich machten und machen.

Die Frage „*Warum gerade jetzt?*“ lässt sich mit Blick auf das Genogramm sofort beantworten, wenn wir die prinzipielle Loyalität der Nachfahren zugrunde legen und untersuchen, was oder wer in der Generationsfolge einer Familie gefehlt hat, was ungelöst geblieben ist, welche fürsorglichen, lebensbewahrenden Aufgaben unerfüllt, welche Verluste unverschmerzt geblieben sind. Dies ist immer eine verantwortliche Person, bzw. eine Person, die Verantwortung hätte wahrnehmen müssen, z. B. um einem Kind Schutz zu geben. Es ist bemerkenswert, dass alles, was im Lebenslauf der Großeltern und Eltern an Paar- und Elternaufgaben lebenswichtig gewesen wäre, damals unbedingt hätte getan werden müssen, zu einem bestimmten Zeitpunkt im Leben der Nachfahren wieder auf die Tagesordnung rückt und als Ver-

pflichtung zum loyalen Ausgleich wie eine Hypothek fällig wird. „Solange die eigenen Eltern und Geschwister einem Elternpaar in ihrer fürsorglichen Funktion erhalten bleiben, ist deren Vertretung durch Kinder scheinbar unbedeutend. Die wirklichen Vertretungs- und Ausgleichsaktionen haben dann spielerischen Charakter und fördern mannigfache Fähigkeiten. Der Einbruch des Todes oder eines sonstigen Verlustes bringt das Unausgetragene, Unverschmerzte und Unersetzliche aus dem vergangenen Leben des entsprechenden Paares mit seinem ganzen Gewicht in den Stellvertretungs-Funktionen der Kinder zur Geltung“ (R. Adamaszek 2003, 119).

Es sind jedoch nicht alle Nachfahren in gleicher Weise in den Dienst genommen und die biographische Frage „*Warum gerade hier?*“ „Warum gerade diese Person in diesem Loyalitätskonflikt?“ ist damit nicht beantwortet. Ich verwies bereits darauf, dass wir als Kinder nicht gefragt werden, ob wir die Stellvertretungsaufgaben hinnehmen wollen. Wir werden in sie hineingeboren und leben in ihnen, und unsere je besondere Verbundenheit mit und Funktionalität für die Eltern offenbart sich jeweils nachträglich im «Scheitern» an diesen Aufgaben. Bei der Untersuchung vieler hundert Familien-Biographien hat sich R. Adamaszek und mir gezeigt, dass Stellvertretungsaufgaben in der Ordnung der Zeit leibhaftig fällig werden, und dass Mädchen und Jungen in der Reihenfolge ihrer Geburt zu stellvertretenden Ausgleichsbewegungen auf verschiedenen Generationsebenen sich herangezogen erleben und daran unwissentlich scheitern. In Klientenbiographien ließ sich jedes Mal im Zusammenhang mit dem Auftreten ihrer Symptome ein spezifisches Scheitern an ihren zeitlich determinierten Aufgaben in der Familiengeschichte herausfinden. Wir folgerten daraus, dass offenbar eine Stellvertretungsordnung in Familien wirksam ist, die wie eine naturwüchsige «Anordnung» wirkt und Stellvertretungsaufgaben auf verschiedenen Generationsebenen zu bestimmten Zeiten an Jungen und Mädchen vorgibt. Dass dies geschieht, lässt sich an den regelmäßig auftretenden, häufig sichtbar inszenierten Ohnmachtserfahrungen (mit Depression, Schmerz, Angst, Wut, Unruhe und Verzweiflung) ausfindig machen und mit den Patienten im Genogramm nachträglich zuordnen. Die familienbiographische Untersuchung der in Symptome umgeschlagenen Konflikte kindlicher Loyalität verwies uns in jedem einzelnen aufgeklärten Fall darauf, dass Menschen in ihrem Lebenslauf «Ordnungen der Stellvertretung» folgen.

Ein weiteres Kriterium für das Gelingen oder Misslingen der Dienstbarkeit eines Kindes für das Gelingen loyaler Stellvertretung ist durch die Frage ge-

geben, ob dies Kind ein Junge oder ein Mädchen ist. Nicht alle mit seiner Kindschaft verbundenen Erblasten der Eltern können von einem Sohn erfüllt werden. Zwar obliegt es ihm, mit seinen Eltern das auszutragen, was diese mit ihren Vätern nicht haben austragen können, aber er kann nicht die Mütter dieser Eltern stellvertretend ersetzen. Falls beide Geschlechter in der Kindergeneration vertreten sind, kommt es regelmäßig zum Konflikt, wenn der Sohn oder die Tochter mehr für die Großeltern väterlicherseits (etwa weil diese früher verstorben sind) oder mehr für die Aufgaben der Großeltern mütterlicherseits zuständig ist. „Das Resultat ist ein relativ einfacher Loyalitätskonflikt in der Seele des Kindes. Dem gegenüber erhalten Konflikte zwischen den Eltern im Leben der zweitgeborenen Söhne und Töchter eine kompliziertere Bestimmung“ (R. Adamaszek 2003, 108).

*Bei der Systematisierung der Ordnungskriterien fanden wir heraus, dass nicht nur das Geschlecht, sondern auch die Position eines jeden Kindes in der Geschwisterfolge für die übernommenen Verantwortlichkeiten und Ausgleichserfordernisse ausschlaggebend sind. Erstgeborene Töchter und Söhne werden nach unserer Beobachtung zur Stellvertretung der gleichgeschlechtlichen Großeltern herangezogen. Sowohl dem ersten Sohn als auch der ersten Tochter kommt eine Elternfunktion gegenüber ihren jüngeren Geschwistern zu. Das liegt wohl daran, dass sie primär auf einer höheren Ebene in der Ordnung der Zeit identifiziert sind, als die ihnen folgenden gleichgeschlechtlichen Schwestern und Brüder. Die Frage nach den Loyalitätskonflikten aller Kinder im Rahmen ihrer Familiengeschichte lässt sich aufklären, wenn wir sie umformulieren: *Zu welchen Ausgleichsbewegungen erlebt sich welche Person in welchem Alter genötigt?**

Stellvertretende Ausgleichsbewegungen im Dienste von Großeltern und Eltern können wie eine reale oder symbolhafte Umkehrung des damaligen Geschehens erfahren werden. Wenn beispielsweise ein Großvater im Alter von 30 Jahren im Zweiten Weltkrieg gefallen ist, dann lässt sich bei einem Stellvertreter unter seinen Enkeln ein Ereignis ausmachen, das jenem vergangenen entgegengesetzt ist:

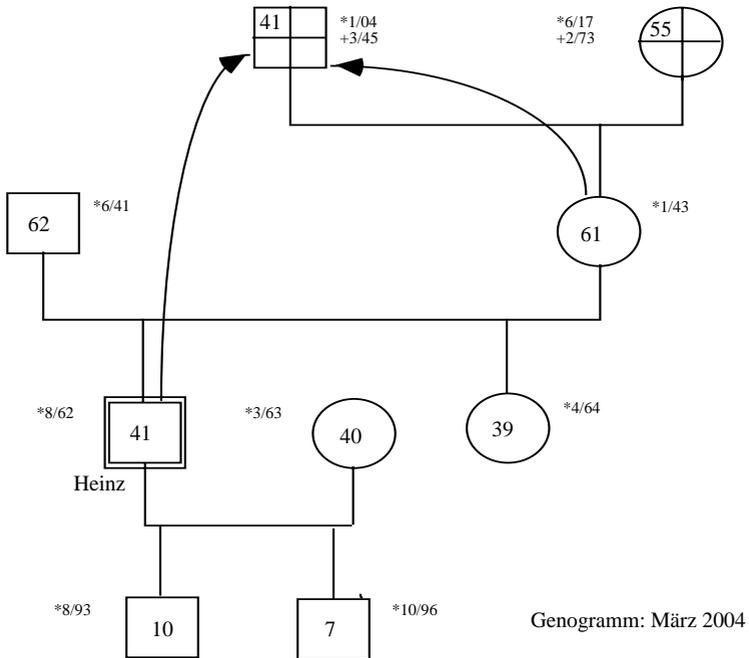
- Der Enkel könnte mit 30 Jahren heiraten. Das heißt, er nimmt eine Frau, statt sie wie der Großvater zu verlassen.
- Der Enkel bekommt ein Kind mit seiner Partnerin. Das heißt, er bringt in diesem seinem Kind neues Leben hervor, statt dass ihm – wie beim Großvater – das Leben genommen wird.

- Der Enkel wird von seiner Partnerin verlassen. Das heißt, er erleidet eine Trennung, statt dass, wie beim Großvater, die Partnerin die Trennung erleiden muss.

In der letzteren Situation kommen Klienten zu uns in therapeutische Behandlung und suchen die Aufklärung. Als Therapeut zu wissen, welchen Gesetzmäßigkeiten ein Enkel ausgesetzt sein kann, welcher verdeckten Dynamik im unverschmerzten Erleiden eines existentiellen Verlustes von damals er unterliegt, wenn er so alt wird, wie sein Großvater damals war, wird dann hilfreich, weil es darum geht, seine derzeitige Verantwortlichkeit zu klären und Mögliches von Unmöglichem zu unterscheiden. Als Stellvertreter seines Großvaters erlebt er sich zwar genötigt, am Leid der Großmutter teilzuhaben. Seine Verantwortlichkeit für seine jetzige Partnerschaft wird jedoch gerade dadurch unterlaufen und blindlings außer Kraft gesetzt. Um diese eigene Initiative (zurück) zu gewinnen, dazu bedarf es der Würdigung des Schicksals, das mit dem Tod des Großvaters über die Familie hereingebrochen ist.

Im nachfolgenden Ausschnitt der Krankengeschichte von „Heinz“ werde ich eine solche Dynamik aufzeigen. Ich denke, dass eine solch verdeckte Dynamik bei den heutigen massenhaften Scheidungen wirksam ist. Wurden damals die Großmütter von ihren Männern verlassen, verlassen heute die Enkelinnen ihre Männer und zwar nach meiner Erfahrung dann, wenn sie so alt werden, wie ihre Großmütter damals waren, als sie den Verlust erleiden mussten.

Die familienbiographisch gewonnenen Ordnungskriterien bedürften einer größeren empirischen Untersuchung, als ich sie in meiner Praxis zu leisten vermag. In den meisten derartigen Fällen konnte ich aufgrund sorgfältiger Untersuchung der Familiengeschichte und der ungelebten Paarbeziehungen der Großeltern einen weiteren <leidvollen Ausgleichsversuch> der Enkelgeneration verhindern helfen.



Altersrelationen

Therapiebeginn: 2/2004

Sohn von Heinz: 10 Jahre und 6 Monate (Alter von Heinz beim Tod der Großmutter mütterl.)

Trennungsthema des Paares hochakut: 10/2004

Heinz: 41 Jahre und 2 Monate (Alter des Großvaters mütterl. bei dessen Tod)

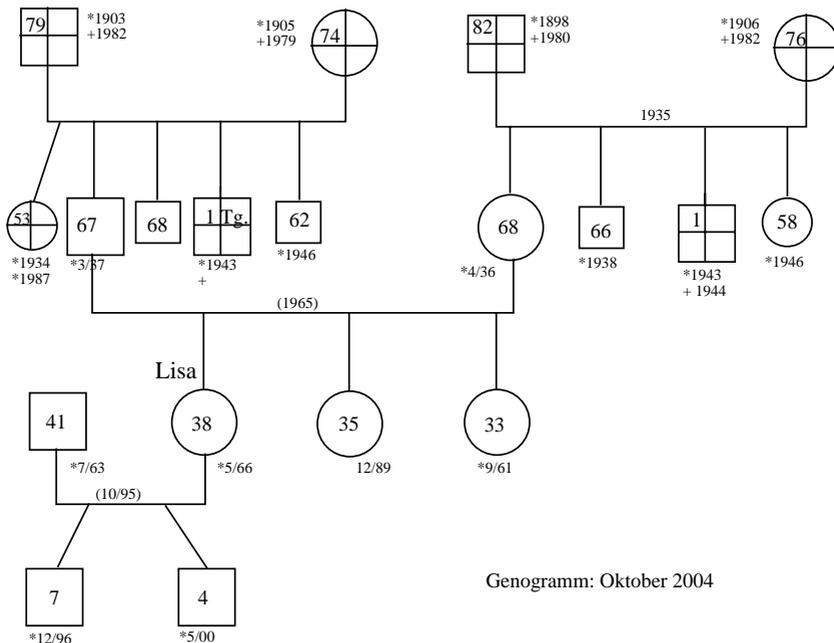
Zu demonstrieren ist am Beispiel dieser Altersrelationen:

1. Der erste (bzw. einzige) Sohn repräsentiert seine beiden Großväter.
2. Diese Repräsentation ist in diesem Fall dadurch kompliziert, dass die Mutter des Patienten als Einzelkind mit dem frühen Verlust ihres Vaters belastet gewesen ist und ihrem Sohn diese Last übertragen hat.
3. Dadurch wurde der Patient direkt von seiner Großmutter in die Rolle ihres verstorbenen Ehemannes eingeführt, wodurch seiner Lebendigkeit

nicht nur durch *dessen* Tod, sondern auch durch *ihren* Tod besondere Bedeutsamkeit zugewiesen war.

4. Die daraus folgenden Stellvertretungsaufgaben werden zur Last, sobald der Patient als Stellvertreter dieses Großvaters ein Alter erreicht, in dem der Tod der repräsentierten Personen sich in Erinnerung ruft.
5. Das ist im Beispiel in einer Weise der Fall, als brächten die von den Toten übernommenen Aufgaben nun erst ihre Unerfüllbarkeit zur Geltung. Jedenfalls scheint es diese Unerfüllbarkeit zu sein, die zu den genannten besonderen Daten in Symptomen spürbar wird:
 - durch scheinbar unerklärliche Ohnmachtsgefühle (Depression des Patienten);
 - durch Inszenierungen von Ohnmachtssituationen. (Die Ehefrau verweist ihn aus der gemeinsamen Wohnung und beansprucht das Haus für sich.)
6. Kompliziert wird das Verständnis dadurch, dass die Mutter des Patienten für die Großmutter ein Sohn hätte sein müssen, als ihr Vater fiel, und dass diese von ihr unerfüllbare Aufgabe zuerst dem Patienten aufgelastet wurde, so dass dieser den Schutz seines Vaters benötigte, als die Großmutter starb. Und an seinen eigenen ersten Sohn hat der Patient dann die damals vom Vater ungelöste Schutzfunktion übertragen.
7. Man muss bei der Untersuchung solcher Dynamiken mit echoartigen Nachbeben der ursprünglichen Konflikte im wahrsten Sinne des Wortes *rechnen*.

Das nachfolgende Beispiel bezieht sich auf die Loyalitätskonflikte einer erstgeborenen Tochter („Lisa“):



Altersrelationen

Beginn der Symptomatik: 2003

Lisa: 37 J. (Alter der Großmutter mütterl. bei Tod des zweiten Sohnes)

Ehemann: 40 J. (Alter des Großvaters väterl. beim Tod des dritten Sohnes)

1. Sohn: 6 J. (Alter des Vaters beim Tod dieses Bruders)

Behandlungsbeginn: 2004

Lisa: 38 J. (Alter der Großmutter väterl. beim Tod des dritten Sohnes)

Hochzeit: 1995

Lisa: 29 J. (Alter der Großmutter mütterl. bei deren Hochzeit)

Geburt des 1. Sohnes: 1996

Lisa: 30 J. (Alter der Großmutter mütterl. bei Geburt der Mutter)

Geburt des 2. Sohnes: 2000

Ehemann: 37 J. (Alter des Großvaters mütterl. bei Geburt der Mutter)

Zu demonstrieren ist anhand dieser Altersrelationen:

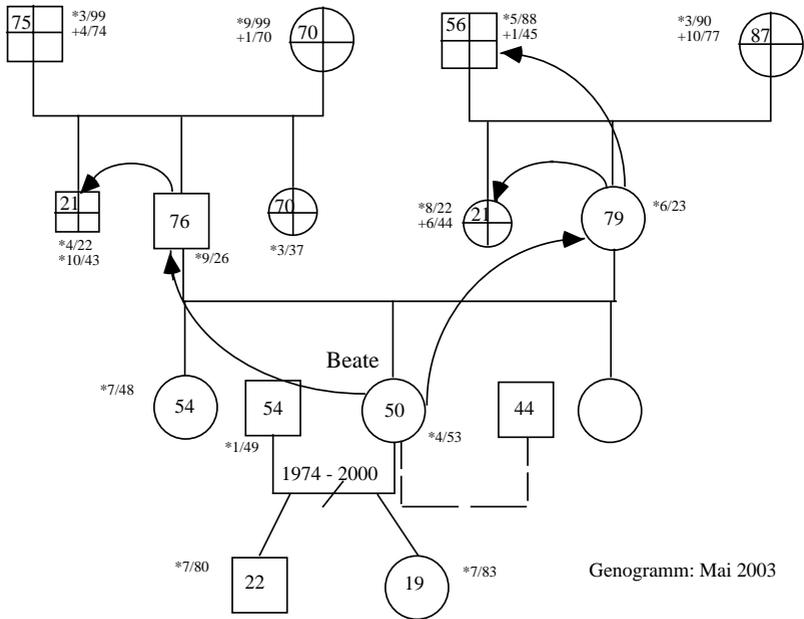
1. Die erste Tochter hat die Aufgabe, das ungelebte Leben ihrer beiden Großmütter zu leben.
2. In diesem Fall bestand das Hauptproblem in den Verlusten, die die beiden Großmütter mit dem frühen Tod von je einem Sohn erlitten haben.
3. Die beiden eigenen Söhne von Lisa können zwar die beiden toten Kinder der Großmutter repräsentieren, aber nicht ersetzen.
4. Anlässlich der genannten Daten wird deutlich, dass auch Trauer nicht durch Geburt ersetzt, sondern nur zeitlich verschoben werden kann.

Die Symptome dieser Klienten als «unmöglicher Ersatz» verweisen auf die (als unbedingte Anordnung zur Stellvertretung wirksame) Verlustordnung in Familien und zeigten uns und unseren Patienten ihre Bedeutsamkeit, sobald wir anhand von existentiellen Lebensereignissen der Familienbiographie die Altersrelationen untersuchten, die zwischen den beteiligten Personen bestehen (*zeitliche Relationalität*). Die Präzision dieses Geschehens wird verständlich, sobald wir im Versuch einer nachträglichen Ausgleichsbewegung den Kern der Stellvertretungsfunktion erkennen: liebevolle, erlittene Opferbereitschaft. Ein Kind hält loyal an seinen Stellvertretungs-Aufgaben fest, solange es dem Gefühl unterliegt, seine Aufgaben zwar nicht erfüllen zu können, aber aufgrund der elterlichen Bedürftigkeit erfüllen zu müssen. In einem solchen Fall erscheint es ihm wie ein *Loyalitätsbruch*, davon zu lassen, sich aus den unmöglichen «Verbindlichkeiten» zu befreien und das Rollenspiel seiner Kindschaft nicht weiter in verstrickter Lebendigkeit zu verlängern.

Die Gesetzmäßigkeit, mit der Kinder als Zweitgeborene von unerfüllbaren Stellvertretungsaufgaben heimgesucht werden, wurde häufig symptomatisch als Schmerz, Angst und Verlust und ließ sich dann im Genogramm regelmäßig den Eltern, ihren im gleichen Alter erkrankten oder verstorbenen Geschwistern und früheren Partnern zuordnen. Es wurde deutlich, dass zweitgeborene Töchter und Söhne als unmöglicher Geschwisterersatz und/oder Partnerersatz auf der Generationsebene der Eltern in deren Biographie zu

fungieren hatten. Zweitgeborene Söhne dienen dabei ihren Müttern und die Töchter ihrem Vater als Ersatzpartner, wodurch ihnen obliegt, all das im (Guten oder) Bösen auszutragen, was die Eltern mit ihren Partnern nicht ins Reine gebracht haben bzw. nicht ins Reine bringen können, weil sie nicht mehr präsent oder verstorben sind.

Die nachfolgende Krankengeschichte zeigt, wie der Klientin („Beate“) durch die familienbiographische Untersuchung verständlich wird, was ihr bislang versagt, entzogen blieb, wer ihr vorenthalten wurde und auf welche Verluste ihrer Eltern sie <stellvertretend antwortend> sich bezieht.



Altersrelationen

Kennenlernen: 1970

Beate: 17 J. (Alter des Vaters beim Tod des Onkels)

Partner: 21 J. (Alter des Onkels bei dessen Tod; Alter der Mutter beim Tod des Großvaters mütterl.)

Heirat: 1974

Beate: 21 J. (Alter der Tante bei deren Tod)
 Partner 25 J. (Alter des Vaters bei der Zeugung von Beate)

1. Schwangerschaftseintritt: 1979

Beate: 26 Jahre (Alter des Vaters bei ihrer Geburt)

2. Schwangerschaftseintritt: 1982

Beate: 29 (Alter der Mutter beim Schwangerschaftsbeginn mit Beate)

Auszug von Beate: 2000

Beate: 47 Jahre (Alter des Vaters bei Hochzeit von Beate)
 Tochter: 17 Jahre (Alter von Beate beim Kennenlernen des Mannes)

Neue Partnerschaft von Beate: 2001 (sechs Monate nach Trennung)

Ehemann: 51 Jahre (Alter der Mutter bei seiner Hochzeit mit Beate)
 Sohn: 21 Jahre (Alter des Großvaters von Beate beim Tod des Onkels,
 Alter des Onkels bei dessen Tod und Alter des Mannes beim
 Kennenlernen)

Zu demonstrieren ist an diesem Beispiel anhand der Altersrelationen:

1. Der zentrale Loyalitätskonflikt von Beate liegt in der Unerfüllbarkeit männlicher Repräsentationsaufgaben durch eine Tochter.
2. Erfahrungsgemäß ist bei drei Töchtern, die keinen Bruder haben, die zweite Tochter am meisten davon belastet und trägt ihren inneren Konflikt mit ihrem Partner (ihren Partnern) sowie mit Hilfe ihrer Kinder aus.

Loyalitätskonflikte von Zweitgeborenen werden zwar kaum je explizit als Stellvertretungskonflikte verstanden, sind aber als Ausdruck widersprüchlicher oder antagonistischer Treuebindungen an beide Eltern mannigfaltig in der familientherapeutischen Literatur beschrieben (Reich 1991; 1994). Etwa wenn Kinder als Bündnispartner von Mutter oder Vater in emotional ständig wechselnden Loyalitäten aufgerieben oder als Vertraute des jeweiligen Elternteils funktionalisiert werden und darum den elterlichen Schutz und Fürsorge entbehren müssen. Hinter dem Verzicht auf altersgemäße Aktivitäten verbirgt sich oft das ungelöste Primat kindlicher Verbundenheit mit beiden Eltern, als wäre es Aufgabe des Kindes, deren vergangene Liebesbeziehung nicht nur zu repräsentieren, sondern vor allem zu reparieren. So kommt es z. B. zu Schulversagen, weil die Kinder in erster Linie mit dieser unlösbaren Aufgabe stellvertretend beschäftigt sind. Ihr Scheitern ist dann mit Schuld- und Versagensängsten verbunden. Auch wenn Loyalitäts- und

Stellvertretungskonflikte der Kinder aus Scheidungsfamilien im Rahmen dieses Beitrags nicht ausreichend erläutert werden können, möchte ich doch erwähnen, dass Trennungen der Eltern für deren Kinder ausnahmslos mit Identitätskonflikten einhergehen. Das zeigt sich in krasser Weise, wenn ein Elternteil vom anderen abgewertet und bekämpft wird. Offenkundig wird damit ja auch immer ein Teil der Person des Kindes herabgesetzt. So erleben sich Kinder zerrissen im ›Für-beide-Eltern-gut-sein-Wollen-aber-nicht-gut-sein-Können‹.

Spielerisch betrieben, können emotionale Ersatzfunktionen von Kindern anstelle von Versorgern oder Partnern zwar eine zeitlang helfen, das Gleichgewicht von Mutter und Vater zu stabilisieren. Leibtheoretisch gesehen hat zwar für Kinder absolute Priorität, der Bedürftigkeit der Eltern zu entsprechen, zugleich aber ist deren Verantwortung für ihre Liebesbeziehung untereinander nicht delegierbar. Das Problem der Unerfüllbarkeit solcher übertragenen Funktionen taucht mit Verzögerung symptomatisch beispielsweise dann auf, wenn sie selber Partner und Eltern geworden sind. Und die therapeutische Herausforderung besteht darin, die Ressourcen, die solche verlassenen Kinder in der Zwischenzeit gesammelt haben, für die nunmehr notwendigen Entwicklungsprozesse zu utilisieren. In der Biographie von „Beate“ konnten wir eine solche symptomatisch gewordene Priorität des Ersatzes von verloren gegangenen männlichen Geschwistern der Eltern als Kern ihres kindlichen Loyalitätskonflikts in Erfahrung bringen. Allgemein gilt für die Zweitgeborenen mit ›Partnerersatzaufgaben‹ nach meiner Erfahrung der Satz: Sobald sie das Alter erreicht haben, das ihre Eltern bei einem Verlust auf ihrer Generationsebene hatten, wird ihre Verstricktheit in Partnerschaftskonflikte offenkundig – als befänden sie sich ›zur falschen Zeit am falschen Ort‹.

Ausblick: Ich konnte hier nicht auf die Stellvertretungsaufgaben eingehen, die sich für drittgeborene und spätere Söhne und Töchter aus dem Lebenslauf ihrer Eltern und Großeltern ergeben (vgl. R. Adamaszek 2003, 105 ff.). Es ging mir darum zu zeigen, mit welchen zentralen Fragen und verlässlichen Methoden das Nachwirken des ungelebten Lebens, der unerfüllten Liebe und der nicht wahrgenommenen Verantwortung von Großeltern und Eltern auf Kinder zu untersuchen ist. Wenn es – wie m. E. anhand von Krankenschichten nachweisbar – zutrifft, dass wir alle primär im Dienst unserer Eltern, aber auch im Dienst an anderen Nächsten die Rollen von Fehlenden, ausgeschlossenen und Toten übernehmen, dann ist auch zu zeigen, in welche

Verzweiflungssituationen wir durch die uns angeborene Bereitschaft zur wechselseitigen Tröstung geraten, sobald die Übernahme von Stellvertretungsaufgaben im spontanen, leibhaftigen Vollzug scheitern muss. Dies zu berücksichtigen setzt uns in Stand, am zeitlichen <Leitfaden von Verlusten> unsere damit verbundenen Loyalitätskonflikte im historischen Familienkontext in Lebenskrisen konkret aufzuklären und uns auf unsere wahrhaftige aktuelle Verantwortung zu besinnen.

Die Sensibilität für unser <Gefordertsein als Stellvertreter> bzw. die darin zur Wirkung kommende erschreckende bzw. unheimliche Indienstnahme ist im Begriff der *Bedeutung* aufgehoben: „In der Nähe“, sagt Emanuel Lévinas, „nimmt mich der andere in Beschlag nach der Asymmetrie des Bedeuten. Ich stehe für einen Verloren-Gegangenen ein, während niemand mich ersetzen kann“ (Lévinas 1992, 345). Welche Wirklichkeit tut sich hiermit auf?

Aus der Bedürftigkeit unserer Eltern und deren Eltern und der Inanspruchnahme durch sie erwächst uns in der Nähe eine ungewählte und ungewollte Verantwortung. Der Ursprung aller Verantwortungsübernahme ist zu begreifen als das wirksam werdende Unerfüllte zwischen dem Anderen und seinen <Nächsten> einerseits und zugleich als die Übertragung von Verantwortung als <Quelle> meines <Selbst> und aller meiner Loyalitätsverstrickungen. Frei werden wir in Wahrnehmung dieser Art Bedeutsamkeit des Geschehens.

Literaturhinweise

- ADAMASZEK, M. (1996): Leibliches Befinden in Familienkontexten. Genogramme in der Gesundheitsbildung. Oldenburg: BIS.
- ADAMASZEK, R. (2003): Familien-Biographik. Therapeutische Entschlüsselung und Wandlung von Schicksalsbindungen. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme-Verlag.
- BOSZORMENY-NAGY, I./SPARK, G. (1983): Unsichtbare Bindungen. Stuttgart: Klett-Cotta.
- CIERPKA, M. (Hrsg.) (1996): Handbuch der Familiendiagnostik. Berlin/Heidelberg/New York.
- KAISER, P. (1989): Familienerinnerungen. Zur Psychologie der Mehrgenerationsfamilie. Heidelberg.
- LÉVINAS, E. (1992): Jenseits des Seins oder Anders als Sein geschieht. Freiburg/München.

- MASSING, A./REICH, G./SPERLING, E. (1992): Die Mehrgenerationen-Familien-therapie. Bern/Stuttgart/Toronto.
- MCGOLDRICK, M./GERSON, R. (1990): Genogramme in der Familienbera-
tung. Bern/Stuttgart/Toronto.
- REICH, G. (1994): Familiendynamik und therapeutische Strategien bei Schei-
dungskonflikten. Psychotherapeut 39. S. 251-258.
- STIERLIN, H. (1978): Delegation und Familie. Frankfurt am Main.
- WALDENFELS, B. (2002): Bruchlinien der Erfahrung. Phänomenologie/Psy-
choanalyse/Phänomenotechnik. Frankfurt am Main.
- WEIZSÄCKER, V. v. (1967): Pathosophie. Göttingen.
- WEIZSÄCKER, V. v. (1953/1987): Das Problem des Menschen in der Medi-
zin. Versuch einer neuen Medizin. In: GS/Bd. 7. Frankfurt.

Leon Dyczewski

Familialer Wandel in Polen

Nach dem Ende des sozialistischen Systems trat die polnische Gesellschaft in einen Transformationsprozess ein, der beinahe alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens umfasste. Die Polen öffneten sich stärker gegenüber dem Westen.

Das Freiheitsgefühl wird mittlerweile immer tiefer empfunden, und es wachsen auch die Chancen, persönliche Entscheidungen treffen zu können (und zu müssen). Die Menschen haben nicht nur ein Bewusstsein von Freiheit, sondern sie erleben ihren Freiheitsdrang auch tatsächlich und können ihn verwirklichen.

Es wächst die Bereitschaft, sich mit Globalisierungsprozessen auseinander zu setzen, was sich in dem Bestreben äußert, möglichst schnell die westlichen Gesellschaften einzuholen. Man identifiziert sich mehr oder weniger mit ihnen, und es wird immer mehr Polen bewusst, dass auch ihre eigene Gesellschaft nach westlichem Vorbild pluralistisch werden muss.

Der Subjektivismus und der mit ihm verbundene Individualismus schlagen immer weitere Kreise. Der Subjektivismus äußert sich vor allem in den persönlichen Ansichten und selektiven Normen, der Individualismus in den Verhaltensweisen und Aktivitäten des Einzelnen.

Es wächst das Bedürfnis nach individuellem Glück, auch danach, dieses Glück so bald und so intensiv wie möglich zu erleben.

Die politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen führen zu einer neuen Situation für die Familie:

- Die ethischen Ansichten in Bezug auf das Ehe- und Familienleben werden liberaler.
- Die Autorität der Religion und der Geistlichkeit in Bezug auf die Ausgestaltung des Familienlebens ist weiter sehr hoch, aber schwächer geworden.
- Es verwischen die Konturen eines klaren Konzepts von Ehe und Familie.

Nach den verschiedenen Untersuchungen kann man folgende Zeichen der heutigen polnischen Familien benennen:

1 Ausbreitung verschiedener Formen des Familienlebens

Das normative Modell einer unauflöslichen, auf das Ehesakrament gegründeten Familie, die Kinder hat und zahlreiche Verwandtschaftsbeziehungen unterhält, einer Familie, die die Aufgaben der Frau deutlich von denen des Mannes trennt, ist zwar weiterhin das in der polnischen Gesellschaft vorherrschende, doch entstehen neben dieser Form neue, die sich immer mehr ausbreiten. Dies können die Daten der Volkszählung von 2002 verdeutlichen. Damals zählte man insgesamt 10.457.617 Familien (Narodowy Spis 2003, 27f.), die sich in folgende Familientypen unterteilen lassen:

1.1 Eltern mit formaler Eheschließung und Kindern

Diese Familie nennt man in Polen „vollständig“. Sie ist die in Polen weiterhin vorherrschende Familienform, doch ist ihr prozentualer Anteil seit 1978 von 63,5% auf 61,8% (6.323.000) im Jahre 1988, auf 59,6% (6.278.198) im Jahre 1995, und auf 56,0% (5.860.300) im Jahre 2002 zurückgegangen. Im Vergleich zum Jahr 1988 sank der Prozentsatz der vollständigen Familie in der Stadt um 7,7 und auf dem Lande um 2,5 Punkte (vgl. Narodowy Spis 1990; Gospodarstwa domowe 1996, 94-96, Tabelle 11; Narodowy Spis 2003, 28; Narodowy Spis 2003, 41f.).

1.2 Ein-Eltern-Familie

Diese Familie wird von einer Frau oder einem Mann mit Kindern gebildet. In Polen wird sie in der Regel als „unvollständige Familie“ bezeichnet, wobei der Begriff „unvollständig“ in der polnischen Umgangssprache keine negative Konnotation besitzt. Die Zahl dieser Familien wächst. Von der Gesamtheit der Familien im Jahr 2002 machten Mütter mit Kindern 17,2% (1.798.300) und Väter mit Kindern 2,2% (231.800.000) aus. Im Vergleich zum Jahr 1988 stieg der Prozentsatz der Ein-Eltern-Familie von 15,4 auf 19,4 Prozent. Diese Familienform trifft man häufiger in der Stadt (21,1% aller Familien) als auf dem Lande (16,4% aller Familien) an (vgl. Gospodarstwa domowe 1996, 94-96, Tabelle 11; Narodowy Spis 2003, 28; Narodowy Spis 2003, 41f.).

Ein-Eltern-Familien entstehen durch den Tod des Ehepartners/der Ehepartnerin, Ehescheidung, Geburt eines unehelichen Kindes oder Trennung der Ehepartner.

Die Mehrzahl aller allein stehenden Mütter und Väter hat ihren Ehepartner durch Tod verloren, doch ein Teil von ihnen hat sich ganz bewusst dazu entschlossen, das Kind allein zu erziehen, was bei Frauen häufiger der Fall ist als bei Männern.

Die Zahl unehelicher Kinder wächst. Im Jahr 1997 machten solche Kinder 10,0% (45.286 Kinder) und im Jahr 1999 12,1% aller lebend geborenen Kinder aus (Rocznik Statystyczny 1998, 2002).

Ein Großteil der Ein-Eltern-Familien entsteht infolge von Ehescheidungen. Im Jahre 2002 waren unter 45.414 geschiedenen Ehen 63% mit Kindern unter 18 Jahren, unter ihnen hatten 2.228 Ehepaare drei und mehr Kinder (Rocznik Statystyczny 2003, 118).

1.3 Kinderlose Ehen

Ihre Zahl ist relativ stabil in Polen. Im Jahre 1988 machten solche Ehen 22,8% (ca. 2.329.000), im Jahr 1995 – 23,6% (2.482.652) und im Jahr 2002 – 22,7% (2.369.800) aller Ehen aus. Der Prozentsatz der kinderlosen Familien steigt in der Stadt von 22,3% im Jahr 1988 auf 23,4% im Jahr 2002 und sinkt auf dem Lande von 23,6% auf 21,4% (Narodowy Spis 2003, 28; Gospodarstwa 1996, 94-96). Die durchgeführten Untersuchungen zur ehelichen Unfruchtbarkeit haben ergeben, dass von der Gesamtzahl der Ehen 15% entweder wegen verhinderter Zeugungsfähigkeit oder wegen der Unfähigkeit, die Schwangerschaft auszutragen (mehr als 20% aller Frauen), kinderlos blieben (Wierzchosławski 1991, 46). Immer häufiger gibt es gegenwärtig auch Ehen, die den Kinderwunsch auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Bei vielen von ihnen wird dieser Wunsch später jedoch nie erfüllt.

1.4 Nichteheliche Lebensgemeinschaft, die so genannte Kohabitation

Eine derartige Familienform wird durch verschiedene Faktoren begünstigt, die bisher noch nicht genau untersucht worden sind. Im Hinblick auf Geschiedene sind es mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die geltenden Vermögens- und Erbschaftsgesetze; bei Unverheirateten scheinen Abneigung gegenüber einer rechtlichen Regelung des Familienlebens und

eine negative Einstellung zu Ehe und Familie als Institution ausschlaggebend zu sein.

In westlichen Ländern verbreitet sich diese Familienform besonders unter Menschen, die bisher nicht verheiratet waren. Man kann sagen, dass das ihr persönlicher Lebensstil ist.

Tab. 1: Art des Zusammenlebens mit der Partnerin/dem Partner unter den Studenten polnischer Hochschulen

Hochschulen		Art der Wohnung (w %)	
		<i>gemeinsam</i>	<i>getrennt</i>
AGH - Kraków	126	18,6	81,4
Jagiellonische Universität - Kraków	182	22,1	77,9
Universität - Warszawa	39	20,5	79,5
SGH - Warszawa	231	12,7	87,3
Hochschule (Wyższa Szkoła Morska) - Gdynia	157	19,0	81,0
Universität - Toruń	75	39,1	60,9
Universität - Białystok	78	26,7	73,3
Universität - Wrocław	143	22,3	77,7
Universität - Śląsk	88	18,2	81,8
Politechnik - Gdańsk	125	37,5	62,5
Hochschule für Pädagogik - Rzeszów	56	25,9	74,1
Universität - Rzeszów	101	26,2	73,8
Medizinische Akademii - Białystok	79	12,2	87,8
Total	1500		

Quelle: Slany 2002, 197 u. 227

Das Ausmaß der Verbreitung dieser Form des Familienlebens lässt sich sowohl in Polen als auch in anderen Ländern schwer bestimmen. Sie entgeht dem Zugriff offizieller Statistiken. In Polen wurden solche Familien bisher vorwiegend von geschiedenen Personen gegründet, die aus unterschiedlichen Gründen keine neue Ehe schließen wollen. Jetzt aber verbreitet sie sich verstärkt auch unter Ledigen, hierbei besonders unter den Studenten, sowie in den großen Städten. Nach der Volkszählung von 2002 waren 110.700 (1,1%

aller Familien) nichteheliche Lebensgemeinschaften: 78.100 in der Stadt und 32.500 auf dem Lande. Insgesamt lebten 99.100 Kinder bis 24 Jahre in diesen Lebensgemeinschaften (Narodowy Spis 2003, 28). Die Tendenz unter den Studenten solche Lebensgemeinschaften zu bilden zeigt die Tabelle 1.

1.5 Homosexuelle Lebensgemeinschaft

Die homosexuelle Lebensgemeinschaft als soziales und rechtliches Problem offenbart sich in den letzten Jahren. Als bekannt wurde, dass diese Lebensform in einigen westlichen Ländern legalisiert wurde, war dies ein Schock für die meisten Polen. Inzwischen jedoch reagiert die öffentliche Meinung nicht mehr so allergisch. Nach der repräsentativen Untersuchung vom Dezember 2003 sind 56% der Befragten gegen die Legalisierung der homosexuellen Lebensgemeinschaft in der polnischen Gesellschaft, 12% unentschieden und 22% vertraten die Meinung, dass die homosexuellen Personen das Recht auf die Legalisierung ihrer Lebensgemeinschaft haben sollten. 10% der Befragten haben keine Meinung geäußert. Die homosexuellen Lebensgemeinschaften werden eher von Jugendlichen als Angehörigen der älteren Generationen sowie von Befragten mit höherer Ausbildung und mit linken politischen Meinungen toleriert (CBOS. Związki Partnerskie 2003).

Die genannten Formen des Familienlebens traten auch früher auf, doch es gibt grundsätzliche Unterschiede: Früher wurde nur die erste Form, d. h. die „vollständige Ehe“, für normal gehalten, und nur sie war allgemein anerkannt und angestrebt, während alle anderen Formen als von der Norm abweichend und als nicht dauerhaft betrachtet wurden. Heute werden alle Formen des Familienlebens von der Öffentlichkeit gleichermaßen akzeptiert. Familienforscher betrachten die Verbreitung verschiedener Formen des Familienlebens sowie ihre Anerkennung als gleichwertige Formen durch die Gesellschaft als die wichtigste Veränderung, die die Familie in den letzten Jahrzehnten erfahren hat (vgl. Nave-Herz 1994, 3-19). In der Veränderung des Familienlebens spiegeln sich alle grundsätzlichen Veränderungen der heutigen Kultur und Gesellschaftsstruktur, insbesondere die Entwicklung der Freiheit, des Subjektivismus und Individualismus, die Ideologie des persönlichen Glücks und Erfolgs, die Säkularisierung des Bewusstseins, die Abneigung gegenüber einer vollkommenen Bindung der eigenen Person sowie die Tendenz zu einer größeren Differenzierung der Lebensformen und der Einsamkeit wider.

In der Ausbreitung dieser Vielfalt von Familienformen sehen manche Forscher Anzeichen einer De-Institutionalisierung der Familie (vgl. Tyrell). Diese Behauptung ist jedoch insofern nicht berechtigt, als die neuen Formen des Familienlebens ebenfalls Eigenschaften von Institutionen aufweisen, nur mit dem Unterschied, dass sie von der alten Familienform abweichen. Die Haupteigenschaft der neuen Formen ist ihre Unbeständigkeit, während die alte institutionelle Form beständig war; der Einzelne war sogar nicht selten bereit, sein persönliches Glück der Dauerhaftigkeit der Familie zu opfern. Heutzutage beobachten wir eine umgekehrte Tendenz: Die Institution der Ehe ist dem persönlichen Glück des Einzelnen untergeordnet. Wenn das Individuum feststellt, dass es kein Glück in seiner Familie erlebt, verlässt es sie und gründet eine neue Familie oder lebt allein.

2 Ehe, Kind, Familie als die höchsten Werte

Trotz der verschiedenen Wandlungen in der polnischen Gesellschaft bleiben die Familie, die Ehe und das Kind unveränderlich die höchsten Werte der polnischen Bevölkerung. Für die Mehrheit ist das Familienleben heute so wichtig wie damals oder noch wichtiger, wie folgende Tabelle verdeutlicht:

Tab. 2: Die Bewertung des Familienlebens der 15-jährigen und älteren Polen

Civil Stand	Bewertung des Familienlebens			
	Das Leben in der Familie hat immer große Bedeutung	Das Leben in der Familie hatte und hat gleiche Bedeutung	Das Leben in der Familie hat weniger Bedeutung	Es ist schwer zu beurteilen
Ledig	29%	47%	15%	9%
Verheiratet/ Konkubinat	32%	41%	22%	5%
Geschieden/getrennt	18%	43%	27%	12%
Verwitwet	23%	30%	41%	6%
Total - 100%	30%	42%	22%	6%

Quelle: OBOP 1998, 4

Nach verschiedenen Untersuchungen ist die Familie der höchste Wert im Leben von Polen und das gelungene Familienleben beschließt über das Leben im Allgemeinen (vgl. CBOS, Wartości życiowe 2004). „Single life“ als Lebensstil ist unter den Polen nicht verbreitet. Im Jahr 1995 waren nur 3,3% nicht verheiratete Männer und 5,3% nicht verheiratete Frauen unter den 60-Jährigen und älteren Personen. Die Jugendlichen planen die Eheschließung und Gründung einer eigenen Familie fest in ihr zukünftiges Leben ein. Nur weniger als 1% der Befragten planen keine Ehe. Die Jugendlichen erwarten vom Leben in der Ehe Liebe (87,3%), Glück (84,8%), Kinder (51,9%), Stabilität (47,1%), eine eigene Wohnung (31,8%), Partnerschaft (4,1%), sexuelle Zufriedenheit (3,0%) und Treue (2,2%) (vgl. Pielka 1997).

Die Familien stehen eng zusammen. Man kann sagen, dass ein spezifischer räumlicher Familiarismus in der polnischen Gesellschaft weiter funktioniert. Nach der sehr starken Migration der Bevölkerung in der ersten Periode nach dem 2. Weltkrieg kam die räumliche Stabilität, und heute wohnen die Familien nah beieinander. Nach einer repräsentativen Untersuchung vom Dezember 2003 äußerten 70% der Befragten, dass sie in der Nähe ihrer Familien wohnen, d. h. in derselben Stadt, im selben Dorf, in derselben Gemeinde oder in einem benachbarten Ort. Nur ein Prozent der Befragten hat keine Familie.

Die Ehefrau und Mutter besitzt eine hohe Position in der Familie. Diese Situation kann man als das „Matriarchat im Haus“ bezeichnen. Die Gründe dafür sind verschieden: kulturelle, rechtliche, geschichtliche und auch psychosoziale; unter anderem folgende:

- a) Die Mutter hat meistens besseren und stärkeren emotionellen Kontakt zu den Kindern als der Vater.
- b) Die Mutter verfügt in der Regel über eine höhere moralische Autorität als der Vater.

3 Kinderwunsch und Geburtenrückgang in der polnischen Gesellschaft

Kinder sind ausdrücklich gewünscht in der zukünftigen Familie. Sie werden als der wichtigste Wert angesehen. Am häufigsten wollen die Befragten zwei Kinder haben, danach drei und mehr (vgl. Tabelle 3).

Tab. 3: Gewünschte Zahl der Kinder in der eigenen Familie

Gewünschte Zahl der Kinder	Antworten der Befragten im Alter von 18 bis 44 Jahre (in %)	
	IX 1996	II 2000
Keine Kinder	1	2
1 Kind	9	12
2 Kinder	58	57
3 Kinder	20	20
4 Kinder	3	3
5 Kinder	1	1
6 Kinder	1	0
7 und mehr Kinder	0	0
Offen für jede Kinderzahl	5	2
Keine Meinung	2	2

Quelle: CBOS 2000

Die Realität sieht jedoch etwas anders aus als der Wunsch nach Kindern in der eigenen Familie. Seit den 1960er Jahren sinkt in Polen die Zahl der Geburten. Von 1.611 im Jahre 1995 sank sie auf 1.249 im Jahre 2002. In den letzten zehn Jahren ist in Polen jedoch eine leicht steigende Tendenz der Reproduktionsrate festzustellen. Besonders bedeutsam ist der Rückgang der Kinderzahl in den Bauernfamilien, die bis vor kurzem eine wesentliche Grundlage des demographischen Potenzials der polnischen Gesellschaft bildeten. Im Jahre 1990 lag der Bevölkerungsnettoerproduktionskoeffizient in ganz Polen bei 0,967 – in den Städten lag er bei 0,837 und auf dem Lande bei 1,179 (Rocznik Statystyczny 1991, 51). Im Jahr 2002 sank er in ganz Polen weiter drastisch auf 0,599: in den Städten auf 0,531 und auf dem Lande auf 0,716 (Rocznik Statystyczny 2003, 119). Falls sich dieser Prozess fortsetzen sollte, werden die heute zur Welt kommenden künftigen Mütter die heutigen Mütter nicht mehr ersetzen können. Eine geringere Mütterzahl bedeutet aber eine geringere Kinderzahl, weil die junge Generation keine Neigung hat, mehr als ein oder zwei Kinder zu zeugen.

Infolge der stattfindenden demographischen Prozesse in Polen gibt es in den polnischen Familien heute zwar immer mehr Großeltern und Urgroßeltern,

aber immer weniger Enkel und Urenkel. In Polen kamen zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf 100 Enkel 13 Großeltern, 1995 waren es schon 51 (Szatur-Jaworska 1997, 33). Dieses Phänomen ist nicht nur in Polen zu beobachten. Im Zusammenhang damit stellt sich die Frage: Warum sind die heutigen Staaten und Familien einer größeren Zahl von Kindern in Familie und Gesellschaft eher „abgeneigt“? Warum kalkulieren sie zur Beschränkung der Kinderzahl sogar deren Vernichtung im Mutterleib mit ein? Dies sind ungemein schwierige Fragen, zu deren Beantwortung viele Aspekte berücksichtigt werden müssen.

Eine nicht geringe Rolle spielen wohl die sozialen Lebensbedingungen, vor allem das Fehlen einer eigenen Wohnung, eine zu kleine Wohnung und/oder ein zu niedriges Einkommen. Zwar wächst zur Zeit das Wohnungsangebot, doch sind diese Wohnungen wegen der hohen Mieten für junge Ehepaare nahezu unerschwinglich. Der Bedarf insbesondere an billigeren Wohnungen ist mithin nicht kleiner geworden.

Man darf vermuten, dass angesichts der schlechten Lebensbedingungen die Kinderzahl in den polnischen Familien auch weiterhin auf niedrigem Niveau verharren wird. Aber die ökonomischen Bedingungen geben nicht allein eine Antwort auf die oben gestellte Frage. Es ist zu vermuten, dass die kulturellen Faktoren eine größere Rolle spielen. Ich beschränke mich hier auf diejenigen Erklärungen, die mit der Sicht auf das und mit der Einstellung zum Kind im Zusammenhang stehen, weil die Zahl der Kinder in der Familie, die Sorge für sie und die Wahrung der Unverletzlichkeit ihrer Existenz schon vom Augenblick der Zeugung an ja doch davon abhängt, wie die Menschen einer bestimmten Epoche, die Eltern, die Frauen, das Kind sehen und einschätzen.

4 Wandel der kulturellen Aspekte des Wertes des Kindes

In den letzten Jahrzehnten sind weit reichende Veränderungen in der Sicht des Kindes als eigenem Wert eingetreten. Noch bis vor kurzem wurde das Kind von der öffentlichen Meinung als autotelischer Wert verstanden – als ein unbedingter Wert, d. h. der Kinderwunsch wurde nicht von so vielen Bedingungen abhängig gemacht wie heute, und die Existenz des Kindes war unantastbar. Heute gilt das Kind als kostbarer, aber relativer Wert. Man kann Kinder haben, aber nicht unbedingt unter allen Bedingungen. Man kann sich des Kindes entledigen, wenn seine Eltern aus diesem oder jenem Grunde nicht wollen, dass es geboren wird. Gründe dafür kann es viele geben.

Die Sicht des Kindes als eines – selbstverständlich immer sehr kostbaren – Wertes kann unterschiedlich sein. Das hängt davon ab, welche Aspekte dabei vor allem in Betracht gezogen werden, warum vor allem man ein Kind haben möchte, warum es geschützt und seine Entwicklung gefördert wird. In Abhängigkeit von den im Bewusstsein der Eltern und der meisten Erwachsenen in der jeweiligen Gesellschaft und in der jeweiligen Zeit dominierenden Aspekten der Sicht des Kindes werden seine Rechte bestimmt und die Bedingungen für seine Entwicklung gestaltet.

In der bisherigen europäischen Kultur wurde und wird das Kind folgendermaßen gesehen:

a) Das Kind als Element des Wirtschaftslebens

Hier wird das Kind als künftige Arbeitskraft zur Erfüllung bestimmter Aufgaben sowie als Verbraucher gesehen. Im ersten Fall wird das Kind unter dem Gesichtspunkt seiner Brauchbarkeit in der Produktion und im Dienstleistungssektor gesehen. Die Zahl der Kinder in Familie und Gesellschaft wird dann von der Zahl der Arbeitsplätze determiniert. Wenn die Familie einen Betrieb besitzt, und besonders wenn dieser groß ist, dann ist jedes Kind als potentielle Arbeitskraft willkommen. Wenn die Familie den Betrieb abgibt oder ihn mechanisiert, wird sie auch die Zahl der Kinder reduzieren. Ähnlich verhält sich der Staat. Angesichts der Mechanisierung und Automatisierung der Produktion und der Dienstleistungen benötigt er heute nicht mehr so viele Menschen wie früher. Es entsteht das Phänomen eines „Menschenüberschusses“, d. h. „überflüssiger Menschen“, die in den Augen des Staates nicht nur nichts produzieren und zu nichts brauchbar sind, sondern geradezu zu einer Belastung für den Staat werden und seinen Wohlstand reduzieren. Ein Übermaß an Kindern als potentielle Arbeitskräfte im Verhältnis zu den vorhandenen Arbeitsplätzen führt zu Arbeitslosigkeit. Diese wiederum stellt eine sehr schwierige Situation für die davon betroffenen Personen sowie eine Belastung für den Staat dar. Die einfache Schlussfolgerung lautet also: Wenn der Staat reicher sein will und die Familien über einen höheren Lebensstandard verfügen wollen, dann wird eine so genannte angemessene Kinderzahl festgelegt, und es sollten keine ungeplanten Kinder mehr geboren werden.

Wenn das Kind als Verbraucher betrachtet wird, sieht die Sache komplizierter aus: Die Hersteller wirtschaftlicher Güter sehen im Kind einen idealen Konsumenten von Waren und unterschiedlichen Dienstleistungen und befür-

worten deshalb eine höhere Geburtenrate. Eine größere Zahl von Kindern belebt – ihrer Meinung nach – den Wirtschaftsmarkt. Allerdings hat die Familie bei einer größeren Zahl von Kindern auch höhere, oft übermäßige Konsumausgaben. Wenn man sich also einen verhältnismäßig guten Lebensstandard sichern will, wird ein so genanntes optimales Familienmodell festgelegt, welches meistens zwei Kinder oder auch nur ein Kind vorsieht.

b) Das Kind als Element des politischen Lebens

Die Politiker verbanden, besonders bis zum zweiten Weltkrieg, die Größe und Bedeutung ihres Staates mit seiner Bevölkerungszahl und unterstützten deshalb eine pronatalistische Politik; sie schützten das Leben der gezeugten Kinder und förderten kinderreiche Familien. Heute verbinden die Politiker die Bedeutung ihres Staates eher mit der modernen Technologie und dem wirtschaftlichen Potential, und wenn schon mit dem menschlichen Potential, dann eher mit seiner Qualität als mit seiner Quantität. Deshalb begünstigen sie die pronatalistischen Haltungen nicht und fördern auch die Familienpolitik nicht.

*c) Das Kind als Fortsetzung der Familientradition
und als Stütze für die Eltern*

Dieser Sicht des Kindes zufolge herrschte ganze Jahrhunderte hindurch die Überzeugung, die Eltern würden sich bei größerer Kinderzahl eine bessere Altersfürsorge sichern, und ihr Geschlecht würde fort dauern. Diese beiden Motive für den Besitz einer zahlreichen Nachkommenschaft, die die Unverletzlichkeit menschlichen Lebens vom Augenblick seiner Zeugung an entschieden verteidigten, haben heute an Bedeutung verloren. In den modernen Gesellschaften besitzt die Familientradition keine größere Bedeutung mehr, und für die Altersversorgung kann heute jeder selbst Sorge tragen. Dank der Entwicklung der Sozialversicherungen und verschiedenartiger Institutionen, die sich um den Menschen kümmern, ist man auch mit nur einem Kind oder überhaupt ohne Kinder gut im Alter versorgt.

d) Das Kind als Gottesgabe

Eine solche Sicht des Kindes war im individuellen und sozialen Bewusstsein sehr stark präsent und gebot, jedes Kind mit Freude und Dankbarkeit anzunehmen, weil es einen evidenten Beweis göttlichen Segens und besonderer Auszeichnung bildete. Diese Sicht des Kindes kommt in dem polnischen

Sprichwort „Gott hat' s gegeben, Gott hat' s genommen“ vorzüglich zum Ausdruck, das heute allerdings fast völlig außer Gebrauch gekommen ist. Sie bot die stärksten Grundlagen für die Unverletzlichkeit des Kindes, denn hinter ihm stand Gott. Diese vertikale Sicht des Kindes ist schwächer geworden, sogar unter gläubigen Menschen. Dagegen kommt eine rein menschliche Sicht des Kindes zu Wort: das Kind als Werk der Eltern.

e) Das Kind als Ergebnis der gegenseitigen Liebe von Mann und Frau

Diese Sicht ist heute weit verbreitet. Sie kann laizistisch oder religiös interpretiert werden. Im Falle der religiösen Interpretation wird das Kind als Ergebnis der Zusammenarbeit und Kooperation des Menschen mit dem Schöpfer verstanden. Dieser Ansatz bietet dem Kind starke und dauerhafte Grundlagen für seine Existenz und Entwicklung auf der Ebene einer rein menschlichen Wertehierarchie; außerdem erhält es Unterstützung von Gott. Als Kind seiner Eltern ist es für sie eine Quelle der Freude, aber gleichzeitig gehört es Gott, was die Unantastbarkeit seiner Existenz garantiert, weil Er ausdrücklich gebietet, jedes gezeugte Kind anzunehmen, und seine Tötung streng verbietet.

Im Falle einer laizistischen Interpretation des Wertes des Kindes als Frucht gegenseitiger Liebe von Mann und Frau wird das Kind ebenfalls als ein hochgeschätzter Wert verstanden, aber es ist völlig in menschliche Hände gegeben, und diese garantieren ihm keine so stabile Sicherheit wie im Falle der religiösen Interpretation. Das ausschließlich als Ergebnis rein menschlicher Liebe angesehene Kind wird immer dann zu Niemandes Kind, wenn diese Liebe bei seiner Zeugung überhaupt nicht vorhanden war oder wenn die gegenseitige Liebe seiner Eltern zwar seine Zeugung begleitet hat, aber nach einiger Zeit nachlässt und aufhört.

f) Das Kind als Erfüllung persönlicher Bestrebungen der Eltern

Dies meint den Wunsch seitens der Eltern, ihr Bedürfnis nach Mutterschaft und Vaterschaft zu verwirklichen, das Kind wird somit als Faktor der eigenen Entwicklung gesehen. In dieser Sicht wird das Kind zu sehr privatisiert. Das persönliche Bedürfnis nach Elternschaft kann schon mit einem Kind befriedigt werden, wobei jedes weitere Kind dann sogar als Störung bei der ruhigen und perfekten Realisierung der bereits erlangten Elternschaft oder auch der persönlichen Entwicklung angesehen werden kann.

g) Das Kind als Hindernis

Schließlich kann das Kind auch als ein Störfaktor bei der Verwirklichung eigener persönlicher Ziele verstanden werden, wie zum Beispiel beim Erwerb von Bildung, in der beruflichen Qualifizierung, der Realisierung eigener Vorlieben, beim Reisen oder beim ungestörten geselligen Leben. Wenn sich die Frau und der Mann mit einer solchen Sicht für das Kind entscheiden, dann werden sie sich schnell ihrer Pflichten als Eltern eines kleinen Kindes entledigen. Ihre Fortpflanzung bleibt dann meistens auf ein Kind beschränkt.

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich ein Wandel in der Sicht des Kindes. Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Sicht des Kindes viel mehr Gesichtspunkte umfasste. Stark waren die verinnerlichten religiösen und sozialen Aspekte. Heute sind diese im individuellen und sozialen Bewusstsein schwächer geworden, und es sind rein menschliche und individualistische Aspekte sehr verbreitet, die das Kind zu stark privatisieren. Das Kind, das im Bewusstsein unserer Zeitgenossen keine so starke Unterstützung von Gott und von der Gesellschaft mehr besitzt wie früher oder diesen Rückhalt sogar völlig verloren hat, wurde stärker oder sogar ganz von den Eltern bzw. allein von der Mutter abhängig gemacht: von ihren Präferenzen und materiellen Bedingungen, ja sogar von ihren Launen und Schwächen. Daher geht die Zahl der Kinder zurück, was meistens mit dem Willen motiviert wird, einem oder zwei Kindern bessere Lebens- und Entwicklungsbedingungen zu bieten. Wehe dem Kind, das „ungeplant“ gezeugt wird! Es kann von der Familie als überflüssig, als eine den Lebensstandard beeinträchtigende Belastung angesehen werden. Dass ein solches Bild des Kindes bei den heutigen Eltern verbreitet ist, zeigt die Tatsache, dass in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ältere und länger verheiratete Frauen ihre gezeugten Kinder viel häufiger abgetrieben haben als junge Frauen. Unter den schwangeren Frauen im Alter von 25-29 Jahren entledigte sich damals jede zehnte ihres Kindes, im Alter von 35-39 Jahren taten dies etwas mehr als jede fünfte Frau, während von den schwangeren Frauen zwischen 45 und 49 Jahren fast jede zweite Frau (41,7%) ihr Kind abtreiben ließ (Stokowski/Wieczorek 1983, 8). Dieser Vergleich zeigt, dass die polnischen Frauen heute ein sehr starres Modell der Kinderzahl ihrer Familie vertreten und dass sie ihre Fortpflanzung früher beenden. Wenn also ein neues Kind außerhalb des angenommenen Modells der Kinderzahl und außerhalb des für die Geburt und Erziehung eines kleinen Kindes als angemessen geltenden Alters gezeugt wird, dann verschließt sich die Familie vor ihm, und seine Geburt ist gefährdet.

Das Kind stellt im Bewusstsein der Gesellschaft einen kostbaren, jedoch relativen Wert dar; deshalb wird die Zahl der Kinder in Familie und Gesellschaft von anderen Werten abhängig gemacht, wie etwa Wohlstand, Bequemlichkeit, Stabilität oder der Entwicklung eigener Bestrebungen. Und wenn diese anderen Werte im sozialen Bewusstsein dominieren, können sie die Kinderzahl mehr oder weniger deutlich beschränken. Diese Feststellung löst eine Reihe von Fragen aus, unter anderem diese: Wird dem als relativer Wert angesehenen Kind eine für seine angemessene Entwicklung unerlässliche Sicherheit gewährleistet? Begünstigt die Behandlung des Kindes als relativer Wert eine angemessene Gestaltung der Bindung zwischen den Eltern und dem Kind? Die Suche nach einer umfassenden Antwort auf diese Fragen stellt für die heutigen Forscher eine wichtige Herausforderung dar.

5 Liberalisierung der ausgewählten Normen in Bezug auf das familiäre Leben

In den letzten Jahren beobachtet man eine Liberalisierung der Normen in Bezug auf das familiäre Leben, besonders auf die sexuellen Beziehungen, die Konzeption und die Unlösbarkeit der Ehe. Als Nachfolge wächst die Zahl der unehelichen Kinder und Ehescheidungen, eine weitere Konsequenz ist der Geburtenrückgang.

Tab. 4: Die Beurteilung der Verhaltensweisen, die mit Ehe und Familie verbunden sind

Beurteilung	Sexuelle Beziehungen vor der staatlichen Eheschließung	Sexuelle Beziehungen nach der staatlichen aber vor der kirchlichen Eheschließung	Die eheliche Untreue	Nutzung von Kontrazeptiva	Abtreibung	Gültige Eheschließung
Gestattet	25,4	35,6	2,2	44,7	5,2	Lösbar ohne Begrenzung 2,3
Das hängt von der Situation ab	32,8	28,4	11,1	19,5	28,7	Lösbar in Ausnahmesituation 46,2
Nicht gestattet	33,0	29,8	83,5	28,0	62,6	Unlösbar 50,2
Keine Meinung	8,8	6,2	3,2	7,8	3,5	Keine Meinung 1,3
Gesamt	N- 1005 100%	N-1003 100%	N-1003 100%	N-1004 100%	N-1006 100%	N-1007 100%

Quelle: Dyczewski 1997, 186-193

Tab. 5: Antworten der Studenten über eigene sexuelle Beziehungen

Hochschule		Sexuelle Beziehungen (in %)			
		regelmäßig	Nicht regelmäßig	niemals	ohne Antwort
AGH - Kraków	126	31,6	35,1	17,5	15,8
Jagiellonische Universität - Kraków	182	33,1	26,9	17,9	22,1
Universität - Warszawa	39	41,2	25,5	21,6	11,8
SGH - Warszawa	231	42,9	24,5	16,3	16,3
Hochschule (Wyższa Szkoła Morska) – Gdynia	157	45,8	27,5	13,4	13,4
Universität - Toruń	75	43,9	27,3	13,6	15,2
Universität - Białystok	78	33,8	26	18,3	21,1
Universität - Wrocław	143	38,5	23,7	25,2	12,6
Universität - Śląsk	88	34,9	29,1	16,3	19,8
Politechnik - Gdańsk	125	53,6	29,5	8,9	8,0
Hochschule für Pädagogik - Rzeszów	56	20,7	25,9	27,6	25,9
Universität - Rzeszów	101	35,4	27,1	19,8	17,7
Medizinische Akademii - Białystok	79	32,9	21,4	20,0	25,7
Total	1500	38,9	27,1	17,3	16,7

Quelle: Slany 2002, 197 u. 223

Infolge der Liberalisierung der Normen in Bezug auf das familiäre Leben wächst die Zahl unehelicher Kinder in den letzten Jahren. Im Jahre 1990 wurden 34.035 uneheliche Kinder geboren. Im Jahre 1997 war ihre Zahl bereits auf 45.286 gestiegen, was 10,01% der lebend geborenen Kinder entspricht (Rocznik Demograficzny 1998, 190; Tabelle 46). Außerdem wird ein beträchtlicher Teil aller Kinder vor der Eheschließung gezeugt und geboren.

Nach 1984 in Polen durchgeführten repräsentativen Untersuchungen zur Fruchtbarkeit der Frauen hat jede dritte Frau ihr Kind vor der Eheschließung empfangen; gut zur Hälfte (54,4%) waren dies sehr junge Frauen (unter 20 Jahre), und jede zehnte Frau hat ihr Kind auch vor der Eheschließung

geboren (Badania 1988, 250-254). Diese Zahlen belegen einen Anstieg der vorehelichen sexuellen Beziehungen. Das gezeugte Kind veranlasst zwar die Eheschließung, doch lebten viele Paare (ihre Zahl lässt sich schwer bestimmen) auch längere Zeit davor als Familie.

Es wächst auch die Scheidungsrate, obwohl sie im Vergleich zu anderen Ländern in Polen noch verhältnismäßig niedrig ist. Unter europäischen Ländern befand sich Polen im Jahre 2001 mit einer Scheidungsrate von 1,2 auf 1.000 Einwohner an ähnlicher Stelle wie Slovenien (1,1), Bulgarien (1,3), viel niedriger als Weißrussland (4,1), Estland (3,2), Tschechien (3,1), Deutschland (2,4) (Rocznik Statystyczny 2003, 662). Seit den 1990er Jahren ist die Scheidungsrate in Polen relativ stabil und schwankt zwischen 1,0 (1995) und 1,2 (2002). Aber die Scheidungsrate pro 1.000 geschlossenen Ehen stieg von 4,1 im Jahre 1995 auf 5,1 im Jahre 2002. Im Jahre 2002 lag sie in der Stadt über dreimal höher (6,8) als auf dem Lande (2,1) (Rocznik Statystyczny 2003, 118).

Am häufigsten trennen sich die Ehepartner während der ersten neun Jahre nach der Eheschließung. In diesem Zeitraum sind die Frauen in der Regel zwischen 20 und 29 Jahre alt, was der Phase ihrer größten Fruchtbarkeit entspricht. Dabei waren von den im Jahre 2002 vollzogenen Scheidungen insgesamt 42.500 Kinder betroffen. 537 der geschiedenen Ehepaare hatten vier und mehr Kinder (eigene Berechnung nach Rocznik Statystyczny 2003, 118; Tabelle 20).

Folgt man den vor dem Scheidungsrichter angegebenen Motiven, so waren die Hauptgründe für eine Ehescheidung im Jahre 1977: zu großer Unterschied im Charakter (26,0%), Untreue (15,4%), Alkoholismus (14,9%) und Antipathie gegenüber den anderen Mitgliedern der Familie (6,5%) (Rocznik Demograficzny 1998, 179; Tabelle 33).

6 Das Band zwischen den Generationen in der Familie

In den letzten Jahrzehnten sind zwei prinzipielle Tendenzen im Leben der Familie zu erkennen. Einerseits kann eine Tendenz zur Vereinzelung der Generationen festgestellt werden, die sich gewissermaßen voneinander weg bewegen. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die Generationen in Bezug auf Wohnung, materielle Dinge, die Wahl der Lebensorientierung (Art der Ausbildung, Beruf, Ideologie, Religion usw.), Ehepartnerwahl, Freizeitverhalten, größere Einkäufe und dergleichen voneinander unabhängig werden.

Andererseits werden engere persönliche Bindungen, größere Unmittelbarkeit im gegenseitigen Kontakt sowie eine stärkere Entwicklung von Formen gegenseitiger Hilfe erkennbar.

Tab. 6: Die Frequenz der Inanspruchnahme unterstützender Hilfeleistungen nach den Formen und ihren Quellen (1995)

Spezifikation	Form der Hilfe			
	finanziell	sachlich	dienstlich	Betreuung der Kinder
Haushalte, die die Hilfe empfangen	Gesamt (3.844 Haushalte) = 100			
	13,2	17,8	6,8	14,9
von	<i>Haushalte, die eine spezifische Form der Hilfe empfangen = 100</i>			
den Eltern	56,7	59,9	16,5	91,7
erwachsenen Kindern	10,5	15,9	61,2	–
Verwandten, die in Polen leben	8,9	20,9	18,1	12,6
Freunden, die in Polen leben	1,0	9,2	9,3	6,7
der Gemeinde	21,5	6,1	3,1	0,3

Quelle: *Poziom 1999, 81*

Die Generationen sind untereinander tolerant. Es gibt Differenzen in der Familie, aber auch Kontinuitäten. Die Familie pflegt die familiären Feste und Bräuche, besonders Weihnachten, Allerheiligen, Namens- und Geburtstage. Alle Mitglieder der Familie kommen an diesen Tagen zusammen, um gemeinsam zu feiern. Diese Festtage vereinen die Familie. Die Pflege des von zahlreichen Familiengenerationen geschaffenen familiären Brauchtums bildet die Grundlage für die Kontinuität des familiären Erbes und der kulturell-ethnischen Identität der Gesellschaft, in der die Familie lebt und bringt diese Kontinuität auch zum Ausdruck (Dyczewski 1998, 77-91).

Tab. 7: Was verdanken die erwachsenen Polen ihren Großeltern?

Polen verdanken ihrer Großmutter/ihrem Großvater	Positive Antworten (in %)		
	Alle Respondenten	Personen, die den Großeltern die Betreuung und Erziehung verdanken (N = 512)	Personen, die den Großeltern die Betreuung und die Erziehung nicht verdanken (N = 556)
Moralische Prinzipien	61	90	34
Gefühl, von ihnen geliebt zu sein	60	92	32
religiöser Glaube	60	88	35
die Kenntnis der familiären Geschichte	57	84	34
Tugenden wie Pflicht, Arbeitsamkeit, Selbstbeherrschung, starker Wille	53	81	29
Patriotismus	52	78	29
die Kenntnis geschichtlicher Ereignisse	51	78	29
praktische Fähigkeiten verbunden mit der Führung des Haushaltes, der Betreuung der Mitglieder der Familie, Selbstbedienung, verschiedene Spiele und Hobbys	41	68	17
Interessen, Hobbys, z. B. Liebe zur Musik, zur Malerei, Literatur, Wanderung, zum Sport	24	41	9
Wohnung	15	28	4
Erbschaft	11	19	3
Sonstiges	3	5	2

Quelle: CBOS 2001, 5

Bis heute spielt die Familie im Bewusstsein der polnischen Gesellschaft eine außerordentlich zentrale Rolle. In der ersten Etappe der Systemtransformation ist die Bedeutung der Familie für das Individuum sogar gewachsen, was durch die vielen konkreten Schwierigkeiten im Alltag bedingt war. In dem allgemeinen Chaos, so kann man die augenblickliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation bezeichnen, ist die Familie für den Ein-

zelen der zentrale Stabilisierungsfaktor, eine geistige Stütze und Quelle materieller Hilfe gleichermaßen.

Literatur

- BADANIA DZIETNOŚCI KOBIET W POLSCE (1988): Ankieta macierzyństwa 1984. J.Z. Holzer, K. Linka (Hg.). Warszawa.
- CBOS (2000): Sytuacja polskich rodzin. Komunikat z badań. Warszawa.
- CBOS (2001): Co zawdzięczamy swoim babciom i dziadkom. Komunikat z badań. Warszawa.
- CBOS (2003): Związki Partnerskie par homoseksualnych. Komunikat z badań. Warszawa, grudzień, BS/189/2003.
- CBOS (2004): Wartości życiowe. Komunikat z badań. Warszawa, czerwiec, BS/98/2004.
- DYCZEWSKI, L. (1997): Społeczno-kulturowe czynniki rozwoju regionu środkowo-wschodniej Polski i Euroregionu Bug. Lublin.
- DYCZEWSKI, L. (1998): Das Brauchtum als ein intensivierender Faktor des Feierns und der Festfreude. In: A. Grausgruber; K. Zapotoczky; L. Dyczewski. (Hg.): Festkultur im Wandel. Ein interkultureller Vergleich zwischen Polen und Österreich. Linz.
- DYCZEWSKI, L. (2001): Die Familie im Transformationsprozess Polens. In: Zeitschrift für Familiensoziologie. Nr. 1/2001.
- DYCZEWSKI, L. (2002): An Intergenerational Family Bond in Polen. In: R. Nave-Herz (Hg): Family Change and Intergenerational Relations in Different Cultures. Würzburg.
- DYCZEWSKI, L. (2003): Stand der Forschung und Tendenzen des Familienwandels in Polen. In: F.W. Busch; W.-D. Scholz (Hg): Familienvorstellungen von Jugendlichen. Oldenburg. S. 43-56.
- DYCZEWSKI, L. (1999): The Family in a Transforming Society. Lublin: The Learned Society of the Catholic University of Lublin.
- GOSPODARSTWA DOMOWE I RODZINY(1996): GUS. Warszawa.
- GOSPODARSTWA DOMOWE I RODZINY. NARODOWY SPIS POWSZECHNY (1990): GUS. Warszawa.
- NARODOWY SPIS POWSZECHNY LUDNOŚCI I MIESZKAŃ 2002. GOSPODARSTWA DOMOWE I RODZINY (2003): GUS. Warszawa.

- NAVE-HERZ, R. (1994): Familienformen in Deutschland. In: R. Nave-Herz: Familie heute. Wandel der Familienstrukturen und Folgen für die Erziehung. Darmstadt. S. 3-19.
- NAVE-HERZ, R. (Hg). (2002): Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Eine zeitgeschichtliche Analyse. Stuttgart.
- OBOP(1998): Małżeństwo i życie rodzinne w opinii Polaków. Warszawa.
- PIELKA H. (1997): Uczniowie szkół średnich o swoich przyszłych małżeństwach. „Problemy Rodziny“. Nr. 1-2.
- POZIOM ZASPOKOJENIA POTRZEB RODZIN W 1995 R. (1999): NDP. Warszawa.
- RAPORT 1993 (1993): Sytuacja demograficzna Polski. GUS. Warszawa.
- RAPORT 1994 (1994): Sytuacja demograficzna Polski. GUS. Warszawa.
- ROCZNIK DEMOGRAFICZNY (1998): GUS. Warszawa.
- ROCZNIK STATYSTYCZNY (1991): GUS. Warszawa.
- ROCZNIK STATYSTYCZNY (1998): GUS. Warszawa.
- ROCZNIK STATYSTYCZNY (1999): GUS. Warszawa.
- ROCZNIK STATYSTYCZNY (2002): GUS. Warszawa.
- ROCZNIK STATYSTYCZNY (2003): GUS. Warszawa.
- SLANY, K. (2002): Alternatywne formy życia małżeńsko-rodzinnego w ponowoczesnym świecie. Kraków: NOMOS.
- METZLER-POESCHEL (1999): Statistisches Jahrbuch 1999 für das Ausland. Stuttgart.
- STOKOWSKI F.; WIECZOREK, M. (1983): Społeczno-demograficzne uwarunkowania przebiegu ciąży według rezultatu ich zakończenia. Zróżnicowania międzygeneracyjne. „Problemy Rodziny“. Nr. 5. S. 8.
- SZATUR-JAWORSKA, B. (1997): Solidarność i partnerstwo w relacjach międzypokoleniowych w rodzinie. In: Partnerstwo w rodzinie i na rzecz rodziny. Raport IPiSS. Nr. 13. Warszawa.
- TYRELL, H. (1988): Ehe und Familie – Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. In: K. Luescher; F. Schultheis; M. Wehrspaun (Hrsg.): Die „postmoderne“ Familie. Konstanz.
- WIERZCHOSŁAWSKI S. (1991): Przemiany rodziny polskiej w aspekcie demograficznym. In: Z. Tyszka (Hrsg.): Stan i przeobrażenia współczesnych rodzin. Poznań.

Table: Marriages, Divorces, Reproduction rate in Poland

Year	Contracted marriages	Contracted marriages per 1000 of population	Median age of bridegrooms and brides	Divorces		Reproduction rate	
				Per 1000 of population	Per 1000 of existing marriages	Total fertility rate	Net reproduction rate
1970	280 311		24.1	1.1	4.6	2.200	1.011
1980	307 373	8.6	M - 25.0 / W - 22.6	1.1	4.6	2.276	1.073
1985	266 816	7.2	M - 25.0 / W - 22.6	1.3	5.4	2.329	1.100
1990	255 369	6.7	M - 24.6 / W - 22.7	1.1	4.6	2.039	0.967
1995	207 081	5.4	M - 24.9 / W - 22.5	1.2	4.1	1.611	0.765
1996	203 641	5.3	M - x / W - 23.0	1.0	4.3	1.580	0.748
1997	204 850	5.3	M - 25.1 / W - 22.9	1.0	4.6	1.508	0.720
1998	209 430	5.4	M - x / W - 23.4	1.2	4.9	1.431	0.682
1999	219 398	5.7	M - 25.3 / W - 23.3	1.1	4.6	1.366	0.654
2000	211 150	5.5		1.1	4.7	1.337	0.640
2001	195 122	5.0		1.2	4.9	1.288	0.617
2002	191 935	5.0		1.2	5.1	1.249	0.599

M - Men

Sources:

W - Women

1. Statistical Yearbook of Demography, Central Statistical Office, Warsaw 1973-1998.

2. Statistical Yearbook of the Republic of Poland, Central Statistical Office, Warsaw 1993-2003

Autorinnen und Autoren

Monika Adamaszek (1945)

Dr. phil., Systemische Paar- und Familientherapeutin in eigener Praxis. Gründungsmitglied der Akademie für Systemische Medizin und Familienbiographik/Odenthal. Leitung des VHS-Konzepts: Systemische Familienberatung/Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Familienbiographik in Diagnostik und Therapie.

monika@adamaszek.de

Oliver Arránz Becker (1973)

Dipl. psych., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der RWTH Aachen in einem Forschungsprojekt zur Beziehungsstabilität.

arran@soziologie.rwth-aachen.de

Friedrich W. Busch (1938)

Dr. phil., Universitätsprofessor (em.) für Pädagogik und Bildungsforschung, Sprecher der Interdisziplinären Forschungsstelle Familienwissenschaft (IFF) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Honorarprofessor für Historische Bildungsforschung an der Technischen Universität Dresden.

friedrich.busch@uni-oldenburg.de

Leon Dyczewski (1936)

Dr. phil., Universitätsprofessor für Kulturosoziologie an der Katholischen Universität Lublin/Polen. Direktor der Postgraduate School of Communication and Journalism. Fellow des Hanse-Wissenschaftskollegs der Universitäten Bremen und Oldenburg, 1999 und 2002.

dycz@kul.lublin.pl

Michael Feldhaus (1970)

Dr. rer. pol., Wiss. Mitarbeiter im Institut für empirische und angewandte Sozialforschung (EMPASS), Universität Bremen. Seit 2004 Projektkoordinator und wissenschaftlicher Mitarbeiter im DFG Schwerpunktprogramm „Beziehungs- und Familienentwicklungs-Panel“, Teilstandort Universität Bremen.

feldhaus@empas.uni-bremen.de

Bruno Hildenbrand (1948)

Dr. rer. pol., Universitätsprofessor für Sozialisierungstheorie und Mikrosoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie. Arbeitsschwerpunkte: Strukturen sozialisatorischer Interaktion, Fallrekonstruktive Verfahren in der Familienforschung.

bruno.hildenbrand@uni-jena.de

Paul B. Hill (1953)

Dr. phil., Universitätsprofessor für Soziologie mit den Schwerpunkten empirische Sozialforschung und Familiensoziologie an der RWTH Aachen.

paul.hill@soziologie.rwth-aachen.de

Johannes Huinink (1952)

Dr. soz., Universitätsprofessor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Theorie und Empirie der Sozialstruktur an der Universität Bremen, Institut für empirische und angewandte Soziologie (EMPAS) und Institut für Soziologie.

huinink@empas.uni-bremen.de

Peter Kaiser (1950)

Dr. phil. habil., Professor für Psychologie im Gesundheits- und Sozialwesen an der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland, Osnabrück. Privatdozent für klinische Psychologie und Psychotherapie an der Universität Oldenburg; Leiter des Instituts für Familienpsychologie Oldenburg.

p.kaiser@onlinehome.de

Karl Lenz (1955)

Dr. phil., Universitätsprofessor für Mikrosoziologie an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden.

lenz-k@urz.tu-dresden.de

Heike Matthias-Bleck (1963)

Dr. rer. pol., Dozentin für Soziologie an der Niedersächsischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Fakultät Polizei Oldenburg. Privatdozentin im Fachbereich Sozialwissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Main. Lehrbeauftragte im Institut für Soziologie der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

heike.matthias-bleck@polizei.niedersachsen.de

Rosemarie Nave-Herz (1935)

Dr. rer. pol., Dr. phil. h.c., Universitätsprofessorin (em.) für Soziologie mit dem Schwerpunkt Familie, Jugend und Freizeit an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Veröffentlichungen u. a. auf dem Gebiet der Familiensoziologie, der Jugend- und Bildungssoziologie sowie der Geschlechterforschung.

rosemarie.nave.herz@uni-oldenburg.de

Kirsten Rüssmann (1966)

Dipl. psych., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der RWTH Aachen mit den Schwerpunkten Forschung und quantitative Datenanalyse.

kirsten.ruessmann@soziologie.rwth-aachen.de

Wolf-Dieter Scholz (1941)

Dr. phil., Professor für Pädagogik und empirische Bildungsforschung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Pädagogik. Mitglied der Interdisziplinären Forschungsstelle Familienwissenschaft (IFF).

wolf.d.scholz@uni-oldenburg.de

Gisela C. Schulze (1960)

Dr. phil. habil., Universitätsprofessorin für Allgemeine Sonder- und Rehabilitationspädagogik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Leiterin des Forschungsprojektes „Kooperation mit Familien in Multiproblemlagen“ in Kooperation mit den Universitäten Bremen, Groningen und Liverpool.

gisela.c.schulze@uni-oldenburg.de

Max Wingen (1930-2005), Dr. rer. pol.

Ministerialdirektor a. D.; Honorarprofessor an der Universität Konstanz; stellv. Vors. der Sachverständigen-Kommission der Bundesregierung für den Vierten Familienbericht (1986). Zahlreiche Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Familienpolitik(forschung) und der Demographie.

Professor Dr. Max Wingen ist Anfang des Jahres 2005 verstorben. Die Herausgeber gedenken seiner mit Hochachtung.

Veröffentlichungen

aus der Arbeit der
Interdisziplinären Forschungsstelle
Familienwissenschaft (IFF)
an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg)

Friedrich W. Busch/Ruth Kölblin (Hrsg.): In Hoffnung widerstehen. Beiträge im Kontext wissenschaftsorientierter Bildungsarbeit unter den Bedingungen der deutschen Teilung, Oldenburg 2002

Rosemarie Nave-Herz: Familie zwischen Tradition und Moderne. Ausgewählte Beiträge zur Familiensoziologie. Herausgegeben und eingeleitet von Friedrich W. Busch, Oldenburg 2003

Friedrich W. Busch/Wolf-Dieter Scholz (Hrsg.): Familienvorstellungen von Jugendlichen. Dokumentation eines Workshops, Oldenburg 2003

Friedrich W. Busch/Niels Logemann (Hrsg.): Forschungen zur Familienwissenschaft, Oldenburg 2004

Jürgen Friedrichs/Rosemarie Nave-Herz: Familiensoziologie. Zwanzig Jahre Forschungsgruppe Familiensoziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Oldenburger Universitätsreden Nr. 121, Oldenburg 1999

Friedrich W. Busch/Wolf-Dieter Scholz: Familie – Auslaufmodell oder Zukunftsoption? Überlegungen im Kontext eines Studienprojektes zum Thema „Familienvorstellungen Jugendlicher“. Oldenburger Universitätsreden Nr. 129, Oldenburg 2001

Jutta Limbach/Rosemarie Nave-Herz: Eine Zukunft ohne Kinder? Zur Emeritierung von Rosemarie Nave-Herz. Oldenburger Universitätsreden Nr. 141, Oldenburg 2003

Friedrich W. Busch: Über den Umgang mit Kindern. Oldenburger Universitätsreden Nr. 161, Oldenburg 2005

Zu beziehen über:

Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
z. Hd. Frau Barbara Sip
Postfach 2541, 26015 Oldenburg
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de